WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

2018 | 03

SCHWERPUNKT: GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

„Es gibt viele Menschen unter uns, die institutionellen Rassismus tagtäglich am eigenen Leibe erfahren“
Mehmet Daimagüler

Demokratiekompetenzen auf dem Prüfstand – Schule als Erfahrungsraum für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz
Carolin Kiehl & Barbara Schnerch

Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit
Kai Dietrich

Gebietsreform und extreme Rechte: Themen und Schwerpunkte regionaler Protestereignisse in Thüringen 2017
Susann Bischof & Matthias Quent

Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda
Samuel Salzborn

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen – ein empirischer Überblick
Andreas Grau & Kai Unzicker

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der
AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

2018 | 03

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

TEIL I

ZUM EINSTIEG

4 Mirjam Kruppa
Vorwort der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge

9 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Einleitung

TEIL II

HERAUSFORDERUNGEN SICHTBAR MACHEN

19 Andreas Grau & Kai Unzicker
Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen – ein empirischer Überblick

29 Axel Salheiser
Zusammenhalt, Gerechtigkeitswahrnehmung und die Akzeptanz von Minderheiten in Thüringen

39 Andreea Baier & Axel Böhm
Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede? Eine vergleichende Analyse politischer Einstellungen von Personen mit und ohne Fluchterfahrung in Deutschland

51 Susann Bischof & Matthias Quent
Gebietsreform und extreme Rechte: Themen und Schwerpunkte regionaler Protestereignisse in Thüringen 2017

65 Frank Schumann
Antidemokratische Demokratiekritik: Zum Demokratieverständnis politischer Empörungsbewegungen

TEIL III

RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

79 Mehmet Daimagüler
„Es gibt viele Menschen unter uns, die institutionellen Rassismus tagtäglich am eigenen Leibe erfahren“

87 Florian Jäger & Janine Dieckmann
Wenn sich die gesellschaftliche Normalität verschiebt: Über das Zusammenspiel von Normen, Vorurteilen und Diskriminierung

99 Thomas Gurr
Sozial disqualifiziert – Arbeitslose zwischen Abwertung, Entkoppelung und eigenen Vorurteilen

TEIL IV

DEMOKRATIE UND JUGEND

111 Carolin Kiehl & Barbara Schnerch
Demokratiekompetenzen auf dem Prüfstand – Schule als Erfahrungsraum für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz?

123 Kirsten Richter, Stephanie Wohlt & Wolfgang Frindte
„Wie hältst Du es mit der Demokratie?“ Einstellungen von Jugendlichen zur Demokratie und politischen Partizipation – ein Werkstattbericht

135 Kai Dietrich
Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit

TEIL V

ALTE UND NEUE RECHTE

149 Christoph Richter
„Die NPD hat der AfD den Weg geebnet“ – Analyse des AfD-Mobilisierungserfolgs zur Bundestagswahl 2017

159 Samuel Salzborn
Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda

169 Mobile Beratung in Thüringen
„Ein Prozent“ – Eine extrem rechte Organisation im Kampf um „kulturelle Hegemonie“

179 Quint Czymmek
Das Geschlechterbild der Neuen Rechten: Gleichberechtigung als Bedrohung

189 Stefan Heerdegen
RechtsRock-Konzerte in Thüringen: Entwicklung, Funktionen und Herausforderungen für die Zivilgesellschaft. Erfahrungen aus 11 Jahren Praxis

199 **Buchrezensionen**

204 **Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung**

INHALT

Vorwort

Beauftragte des Freistaates Thüringen für Integration, Migration und Flüchtlinge

Liebe Leserinnen und Leser,

„Sport ist so langweilig *alleine*…!!“ Das habe ich auf einer Schultafel gelesen. Anlässlich einer Dialogveranstaltung zur Vorbereitung des Thüringer Integrationskonzepts. Dort habe ich mit vielen Menschen gesprochen, die mir ihre Ausgrenzungserfahrungen geschildert haben aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Abstammung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer sozialen Stellung, ihrer Sprache, ihrer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugungen, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Unsere Landesverfassung verbietet solche Diskriminierung zwar. Sie passiert aber trotzdem und hinterlässt schlimme Verletzungen bei den Betroffenen.

Ein Flüchtling erzählte mir, aufgrund seiner beruflichen Qualifikation eine Anstellung bei einer Thüringer Behörde gefunden zu haben. Leider wurde er nach Ablauf der Probezeit wieder entlassen; zwar mit dem höchsten Lob für seine Arbeit, aber auch dem Hinweis, das Kollegium sei aufgrund seiner ‚Andersartigkeit‘ noch nicht zur Zusammenarbeit mit ihm bereit. So schnell machen „Praktikabilitätsüberlegungen“ das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot zunichte. Ich suche das Gespräch mit dem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber, um ihn an seine Verantwortung zu erinnern: Für die Menschen, die von seinem Handeln betroffen sind. Es muss eine bessere Lösung als solche Ausgrenzung geben.

Was können wir tun, um solche Verletzungen zu vermeiden? Ich denke an eine Schulklasse. Eine neue Schülerin aus Syrien kommt hinzu. Wie wird sich der Klassenverband ihr gegenüber positionieren? "Wir sind die wahren Schülerinnen und Schüler der Klasse 9b! Keine Migrantin kann dazu gehören!" Oder: "Nein zur Ausgrenzung der neuen Schülerin! Ja zum Miteinander in der Schule!" Die Antwort hat viel mit dem Lehrpersonal zu tun. Es wird erklären müssen, dass Ausgrenzung ein Mittel ist, um zum Beispiel politische Macht zu erreichen. Ein Zerstörungsmittel also, das nur die Ausgrenzenden und nicht die Gesellschaft weiterbringt! Dagegen ist das Miteinander ein Gestaltungsmittel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Wissen schafft Demokratie!**

Die Thüringer Landesregierung hat mit ihrem Integrationskonzept eine Entscheidung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung getroffen. Das ist unter anderem eine deutliche Absage an diejenigen, die politische Macht durch eine Politik gegen Integration, Migration und Flüchtlinge zu erreichen versuchen. Es ist eine niederträchtige Politik, weil die Betroffenen die gegen sie gerichtete Politik kaum angreifen können; Flüchtlinge beispielsweise, weil sie kein Wahlrecht haben. Dagegen habe ich als Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge das Wort zu erheben. Ich tue das nicht zuletzt in der Überzeugung, dass solche Ausgrenzungspolitik sich schnell auch gegen andere Formen des Andersseins richtet. Damit wird die soziale Benachteiligung zum politischen Werkzeug und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist der Preis dafür.

Die derzeitige Asyldebatte ist nichts anderes als eine solche Ausgrenzungspolitik. Sie ist gefährlich, weil sie nicht von den Menschen handelt, die in den geplanten Transitzonen und Ankerzentren behandelt werden sollen. Menschen, denen durch ihre Behandlung die Würde genommen wird. Nämlich als Menschen anerkannt zu sein und dazu zu gehören. Jeder Mensch hat aber an jedem Ort der Welt ein Recht darauf, nicht ausgegrenzt zu werden. Darüber müssen wir sprechen und eine bessere Lösung finden.

In der Auseinandersetzung mit der Ausgrenzungspolitik spielt die Wissensvermittlung eine wichtige Rolle: Eine Aufgabe, der sich das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in dankenswerter Weise angenommen hat. Ich freue mich über den aktuellen Band aus der Schriftenreihe "Wissen schafft Demokratie" zum Thema: Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein vielseitiger Vertrag, den wir täglich neu verhandeln müssen. Umso mehr wir wissen, desto besser wird das Verhandlungsergebnis sein: Niemand darf ausgegrenzt sein!

Ich wünsche Ihnen ein gewinnbringendes Lesen und schließe mit Barack Obama: "Es ist nicht cool, nicht zu wissen, worüber man spricht."

Ganz herzlich für ein *Gutes Miteinander!*

Mirjam Kruppa
Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

TEIL I

ZUM EINSTIEG

„ES MANGELT NICHT AN ÖFFENTLICH DIAGNOSTIZIERTEN HERAUSFORDE-RUNGEN FÜR DEN GESELLSCHAFT-LICHEN ZUSAMMENHALT.“

Einleitung

Mit dem Schwerpunkt Gesellschaftlicher Zusammenhalt widmet sich die Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie einem wichtigen und gleichzeitig schwer zu definierendem Thema. Begriffs- und Forschungsarbeiten zu gesellschaftlichem Zusammenhalt (oder sozialer Kohäsion) umfassen ein breites Spektrum an Ansätzen, Denkrichtungen und Schwerpunkten. Zum einen wird gesellschaftlicher Zusammenhalt international als ein mit wissenschaftlichen Methoden bestimm- und messbarer Gegenstand untersucht. Zum anderen wird er gesellschaftspolitisch als Anspruch und Gradmesser des demokratischen Zusammenlebens für moderne Gesellschaften diskutiert.

Durch die Analyse von Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wissensvermittlung, aber auch Handlungsempfehlungen will dieser Band Menschen unterstützen, die sich mit folgenden oder ähnlichen Fragen beschäftigen: Wie kann der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gelingen? Wie wird gesellschaftlicher Zusammenhalt in den aktuell gesellschaftspolitisch unruhigen Zeiten verhandelt? Was sind seine Herausforderungen? Im folgenden Abschnitt werden einige Ansätze aus der Breite gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Debatten beleuchtet. Anschließend wird ein Überblick über die Beiträge dieser Ausgabe der Schriftenreihe gegeben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als politischer Anspruch

Der Europarat definiert „soziale Kohäsion“ als

> *Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohlergehen all ihrer Mitglieder zu sichern [...] durch Minimierung von Ungleichheiten und Vermeidung von Marginalisierung [...] (Europarat 2010: 2)*

Als politischer Begriff sei soziale Kohäsion „wesentlich für die Erreichung der drei zentralen Werte des Europarates […]: für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ (ebd.). Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird als eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften angesehen. Für die deutsche Bundesregierung ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verbunden mit Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung wie dem „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017).

Unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche beanspruchen und rahmen den Begriff öffentlich in diversen und zum Teil widersprüchlichen Kontexten, wie folgende Beispiele veranschaulichen:

- Ein Referent des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hält die Fußballweltmeisterschaft 2018 für förderlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Märkische Onlinezeitung 2018).
- Bundesumweltministerin Svenja Schulze meint, der Klimawandel sei „in vielen Regionen die weitaus größte Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt" (Solarify 2018).
- Bürgermeister_innen[1] zahlreicher Städte aus verschiedenen Ländern fordern eine stärkere Berücksichtigung urbaner Interessen für eine Flüchtlingspolitik, die „Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Einklang bringt" (Focus Online 2018a).
- Der Staatsekretär und IT-Beauftragte der Bundesregierung Klaus Vitt betont: „[…] ein handlungsfähiger Staat, dem die Menschen vertrauen können, natürlich auch in digitalen Fragen" sei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig (Focus Online 2018b).
- Die Hilfsorganisation „CARE Deutschland" kritisiert das Schüren von diffusen Ängsten vor Asylsuchenden in Deutschland als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (CARE Deutschland 2018).
- Altbundespräsident Joachim Gauck betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Dialogs, wenn er die „Bereitschaft zum Austausch" als „großen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt" charakterisiert (evangelisch.de 2018).
- Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer (CSU) plädiert in einem Gastbeitrag der FAZ für einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Heimatpolitik als „Politik der Vielfalt" (Seehofer 2018).
- Die Bundestagsabgeordnete Yasmin Fahimi (SPD) schreibt, eine „soziale Grundsicherung ist daher unabdingbar auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt" (Fahimi 2018).
- Caritas-Präsident Peter Neher diagnostiziert, dass Wohnungsnot und Entwicklungen, aufgrund derer „die Zusammensetzung im Quartier zunehmend durch den Geldbeutel bestimmt wird", den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen (Deutscher Caritasverband e. V. 2018).
- Sachsens Gleichstellungs- und Integrationsministerin Petra Köpping warnte anlässlich des Gedenkens an die 2009 in Dresden bei einem rassistisch motivierten Angriff ermordete Marwa El-Sherbin vor einem Klima „von Hass und Angst" als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (MDR Sachsen 2018).

Die zahlreichen Beispiele zeigen:
Es mangelt nicht an öffentlich diagnostizierten Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

[1] In eigener Sache: Die Beiträge im Band unterscheiden sich in Absprache mit den jeweiligen Autor_innen in ihrer Verwendung gendersensibler Sprachformen (z.B. Bürger_innen, Bürger*innen, Bürger, Bürger und Bürgerinnen).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als wissenschaftliches Konzept

Was Zusammenhalt in der Gesellschaft ausmacht, was ihn prägt und beeinflusst, wird auch wissenschaftlich untersucht. Das Konzept des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ stellt eine Querverbindung zwischen demokratischen Verfassungsnormen und der empirisch messbaren sozialen Wirklichkeit dar. Jaschke schreibt, gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Demokratie

> *[...] ist keine Tatsache und kein erreichbares Endziel, sondern ein politisch-sozialer Prozess, getragen von sozialmoralischen, lebensweltlichen kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen: Vertrauen in Verfassung, Institutionen und soziale Infrastruktur, Engagement für das Gemeinwohl, politische Beteiligung und Konfliktbereitschaft nach demokratischen Spielregeln. Sie sind politisch weder kontrollier- noch steuerbar, wohl aber können sie auf verschiedenen Ebenen beeinflusst und gefördert werden. (Jaschke 2009: 7)*

Die britischen Sozialwissenschaftler Green und Janmaat betonen in ihrer Definition den konsensualen Charakter, also das gegenseitige Einvernehmen, auf dem gesellschaftlicher Zusammenhalt beruht: „Sozialer Zusammenhalt bezieht sich darauf, dass ganze Gesellschaften und die Individuen in ihnen durch spezifische Haltungen, Verhaltensweisen, Regeln und Institutionen miteinander verbunden sind, die auf Konsens und nicht auf reinem Zwang beruhen.“ (Green/Janmaat 2011: 18, Übersetzung durch Autor_innen dieser Einleitung). Diese Begriffsbestimmungen betonen das Zusammenspiel von Einstellungen und Verhaltensweisen auf individueller Ebene einerseits mit Regeln und Institutionen auf struktureller Ebene andererseits. Sie bieten somit Ansatzpunkte für die Operationalisierung, das empirische Messbarmachen, gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Als wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt von Gemeinschaften wird vielfach das generalisierte Vertrauen in die Gesellschaft (Sozialvertrauen) operationalisiert.

Als wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt von Gemeinschaften wird vielfach das generalisierte Vertrauen in die Gesellschaft, also das Sozialvertrauen operationalisiert (Putnam 2001, Pettigrew 1998, Hartmann 2015). Auswirkungen der Moderne und der Globalisierung wie zunehmende ethnische und kulturelle Diversität (u.a. Allmendinger 2015, Reitz et al. 2010, Thränhardt 2006) sowie die Pluralisierung der Lebensstile (u.a. Beck/Beck-Gernsheim 1994, Hitzler/Honer 1994, Müller 2012) erschweren zunehmend das Finden von lebensweltlichen und moralischen Gemeinsamkeiten und Vertrauen. Sie stellen die soziale Integration auf die Probe. Mit der Vielfalt von lebensweltlichen Perspektiven, von „Subsinnwelten“ (Berger/Luckmann 2007: 91), nimmt die Schwierigkeit zu, „die gesamte Gesellschaft unter ein Dach, das heißt unter ein integriertes Symbolsystem zu bringen“ (ebd.).

Die „wachsende Anzahl und Kompliziertheit der Subsinnwelten“ (ebd.: 93) verwandelt diese in hermeneutisch versiegelte „esoterische Enklaven“ (ebd.). Erschwert wird damit das Verständnis der einzelnen – politischen wie ‚unpolitischen‘ – Subkulturen und ihrer Handlungsmuster, weil sie spezifische Sprach-, Symbol- und Wertesysteme hervorbringen. Darunter sind auch Subsinnwelten, die demokratische Werte als solche negieren und herausfordern (Quent 2016: 80), wie beispielsweise Rechtspopulist_innen das tun. Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Vertrauen kann als basale Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht als gegeben vorausgesetzt werden, sondern muss als soziale Errungenschaft verstanden werden (vgl. Hartmann 2015: 21). Insbesondere die Frage, ob zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt mit Erosion des sozialen Zusammenhalts einhergeht, wird seit Jahren kontrovers diskutiert (Koopmans/Schaeffer 2014, Reitz et al. 2009).

Zu den zentralen Herausforderungen der Erforschung von gesellschaftlichem Zusammenhalt zählt auch die Entwicklung eines Verständnisses für das dynamische Verhältnis zwischen Diversität, Diskriminierung, sozialer Ungleichheit und Desintegration (vgl. Allmendinger 2015). Eigene Forschungsarbeiten zeigen, wahrgenommene Mehrfachdiskriminierung (Intersektionalität, d.h. eine Person erlebt Diskriminierung aufgrund mehrerer Merkmale wie z.B. Hautfarbe, sozialer Status und Geschlechtsidentität) verringert das Vertrauen in demokratische Institutionen und das allgemeine Sicherheitsgefühl (Dieckmann/Geschke/Braune 2017). Ähnlich negative Effekte zeigen sich, wenn Personen aufgrund der zugeschriebenen Mitgliedschaft in stigmatisierten Gruppen Hasskriminalität ausgesetzt sind (Geschke/Dieckmann 2017). Internationale Studien belegen: Zugewanderte und Angehörige ethnischer Minderheiten haben aufgrund geringerer sozioökonomischer Ressourcen und eines höheren Diskriminierungsrisikos in der Regel ein geringeres soziales Vertrauen als die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder (Ziller 2017: 563). Wahrgenommene Diskriminierungserfahrungen reduzieren bei Minderheitenangehörigen deren Sozialvertrauen (Dieckmann/Geschke/Braune 2017, Glanville et al. 2013, Smith 2010, van Lange 2015).

Gesellschaftlich ist zu beobachten, dass Demokratiefeind_innen wie rechte Populist_innen und Rechtsradikale derartige exkludierende Dynamiken verstärken durch den Versuch der Spaltung der Bevölkerung entlang ethnisch-kultureller Konfliktlinien mit dem Ziel einer homogenen Volksgemeinschaft. Sie greifen gesellschaftliche Spannungen auf, die sichtbar werden im Kontext der polarisierten Debatte über den Umgang mit Menschen, die nach Deutschland und Europa flüchten, und rahmen diese im Sinne ihrer ideologischen Agenda. Ihr Ziel ist es, den demokratischen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerstören und durch den eigenen autoritären und exklusiven Zusammenhalt der Volksgemeinschaft zu ersetzen (vgl. Jaschke 2009: 7).

Diese und weitere Themen behandeln die Beiträge in diesem Schwerpunktheft der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – zu den Beiträgen dieses Bandes

Im zweiten Teil *Herausforderungen sichtbar machen* werden zunächst empirische Analysen zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen vorgestellt: **Andreas Grau und Kai Unzicker** analysieren den Zusammenhalt in Thüringen auf Grundlage einer deutschlandweiten Erhebung der Bertelsmann-Stiftung. Thüringen weist den drittletzten Platz in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf. Die Autoren kontrastieren die Thüringer Ergebnisse mit denen anderer Bundesländer und diskutieren spezifische Herausforderungen in Thüringen. **Axel Salheiser** kontextualisiert Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2017 zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt" unter anderem mit den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung in Bezug auf ihre Gerechtigkeitswahrnehmung, ihre individuellen und kollektiven Deprivationsgefühle und ihre Akzeptanz von Minderheiten.

Eine spezifische Herausforderung für die soziale Kohäsion einer Gesellschaft ist das Demokratieverständnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. **Andreea Baier und Axel Böhm** untersuchen dieses für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung und zeigen auf, dass Geflüchtete teilweise liberalere demokratische Werte vertreten als Deutsche.

Mit einer empirisch fundierten Protestereignisanalyse illustrieren **Susann Bischof und Matthias Quent**, welche Themen die Thüringer Bevölkerung 2017 zu politischen Protestaktionen motiviert haben und welche Formen diese Proteste annahmen. Sie zeigen auf, welche Themen das Potenzial haben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen in Frage zu stellen. **Frank Schumann** fokussiert in seinem Beitrag das Demokratieverständnis politischer antidemokratischer Protestbewegungen wie PEGIDA.

Im dritten Teil *Rassismus, Diskriminierung und soziale Ungleichheit* gibt zunächst **Mehmet Daimagüler** einen Einblick in seine Analyse zu institutionellem Rassismus in Deutschland, der unter anderem in den Ermittlungen zur Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sehr deutlich sichtbar wurde. **Florian Jäger und Janine Dieckmann** beleuchten aus sozialpsychologischer Sicht, welche Prozesse in unserer Gesellschaft ablaufen, die der aktuell häufig als ‚Rechtsruck' gelabelten, wahrnehmbaren Normverschiebung zugrunde liegen können. Sie geben auch Handlungsempfehlungen, wie diesen Prozessen entgegengewirkt werden kann. **Thomas Gurr** zeigt in seiner Analyse auf, wie Diskriminierung mit sozialer Ungleichheit verwoben ist und welche Herausforderungen die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, sowohl für die Betroffenen selbst als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, haben kann.

Der vierte Teil des Bandes widmet sich dem Themenbereich *Demokratie und Jugend*. Welche Funktion Schule als Ort des Erwerbs von Demokratiekompetenz zukommt, untersuchen **Carolin Kiehl und Barbara Schnerch** auf theoretischer Ebene in ihrem Beitrag. **Kirsten Richter, Stephanie Wohlt und Wolfgang Frindte** untermauern die Bedeutung von Schule als Ort des Demokratieerlebens und –erlernens mit empirischen Daten. Sie betonen auch die Bedeutung einer demokratischen Kultur in der Familie. Praktische Handlungsanweisungen für die Soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gibt **Kai Dietrich** in seinem Beitrag.

Im letzten Teil beschäftigen sich die Beiträge mit der *Alten und Neuen Rechten*. Inwieweit die Wahlerfolge der AfD zur Bundestagswahl 2017 mit dem langjährigen Umgang innerhalb der Wahlkreise mit der NPD und allgemein mit Rechtsextremismus zusammenhängt, analysiert **Christoph Richter**. Ideologie und Praxis der Identitären Bewegung beschreibt **Samuel Salzborn** in seinem Beitrag. Er zeigt auf, wie die Neue Rechte in trivialer Form „nichts Anderes mehr als das wiederholte Raunen von Parolen" ihrer nationalsozialistischen Vordenker betreibt, um ihre ideologischen Versatzstücke zu Identität und Heimat im öffentlichen Diskurs zu platzieren. „Ein Prozent" als rechtsextremes Netzwerk und ein weiteres Beispiel für eine neurechte Organisation im Kampf um die kulturelle Hegemonie wird im Beitrag von **MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen** beschrieben. Welche Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit die Neue Rechte propagiert und welche Gefahr ihr Antifeminismus für unsere offene Gesellschaft darstellen kann, diskutiert **Quint Czymmek** in seinem Beitrag. **Stefan Heerdegen** geht in seinem Beitrag auf eines der wichtigsten Mobilisierungselemente der Neuen Rechten ein. Er beschreibt Thüringen als frequentierten Ort für RechtsRock-Konzerte, definiert ihre unterschiedlichen Formate und Funktionen für die Neue Rechte und verdeutlicht, welche Signale das Nichtvorhandensein von Gegenprotesten sowohl an Neue Rechte als auch an die Gesellschaft senden.

Das Team des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft
wünscht eine inspirierende Lektüre.

Literaturverzeichnis

Allmendinger, Jutta (2015): Soziale Ungleichheit, Diversität und soziale Kohäsion als gesellschaftliche Herausforderung. In: vhw-Fachkolloquium.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Individualisierung in modernen Gesellschaften. Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth [Hrsg.]: Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 10 – 39.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Fischer Taschenbuch-Verlag: Frankfurt am Main.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bundesregierung beschließt neuen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus. Online: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundesregierung-beschliesst-neuen-nationalen-aktionsplan-gegen-rassismus/116794 [17.02.2018].

CARE Deutschland (2018): „Keine Achse des billigen Populismus". Online: https://www.care.de/aktuelle-meldung/meldung/News/detail/care-zum-weltfluechtlingstag-keine-achse-des-billigen-populismus/ [04.07.2018].

Deutscher Caritasverband e. V. (2018): Wohnungen dürfen kein Luxusgut werden. Online: https://www.caritas.de/fuer-profis/presse/pressemeldungen/wohnungen-duerfen-kein-luxusgut-werden [04.07.2018].

Dieckmann, Janine/Geschke, Daniel/Braune, Ina (2017): Diskriminierung und ihre Auswirkungen für Betroffene und die Gesellschaft, In: Institut für Demokratie und Zivilgeselschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie 2017/02, S. 18-37.

Europarat (2010): Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarates für soziale Kohäsion. Online: https://www.coe.int/t/dg3/socialpolicies/source/Die%20neue%20Strategie%20und%20Aktionsplan%20des%20Europarates%20f%C3%BCr%20soziale%20Koh%C3%A4sion%20dt-%20Version.pdf [31.07.2018].

Evangelisch.de (2018): Tischgesellschaften werben für Offenheit und Demokratie. Online: https://www.evangelisch.de/inhalte/150600/17-06-2018/tischgesellschaften-werben-fuer-offenheit-und-demokratie [04.07.2018].

Fahimi, Yasmin (2018): Das Bedingungslose Grundeinkommen ist die Kapitulation vor der Zukunft. Online: http://www.maz-

online.de/Nachrichten/Politik/Das-Bedingungslose-Grundeinkommen-ist-die-Kapitulation-vor-der-Zukunft [04.07.2018].

Fielitz, Maik/Ebner, Julia/Guhl, Jakob/Quent, Matthias (2018): Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Jena.

Focus Online (2018a): Erlangen - Stadt Erlangen: Bürgermeister fordern politische Vision für Integration. Online: https://www.focus.de/regional/erlangen/erlangen-stadt-erlangen-buergermeister-fordern-politische-vision-fuer-integration_id_9117921.html [04.07.2018].

Focus Online (2018b): Berlin: Deutschland 2021: stark, sozial und digital. Online: https://www.focus.de/regional/berlin/berlin-deutschland-2021-stark-sozial-und-digital_id_9124219.html [04.07.2018].

Geschke, Daniel/Dieckmann, Janine (2017): Hasskriminalität: Auswirkungen der Gewalt gegen Minderheiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgeselschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie 2017/02, 38 – 51.

Glanville, Jennifer L./Andersson, Matthew A./Paxton, Pamela (2013): Do Social Connections Create Trust? An Examination Using New Longitudinal Data. In: Social Forces, 92, Heft 2, S. 545–562.

Green, Andy/Janmaat, Jan G. (2011): Regimes of social cohesion. Societies and the crisis of globalization. Palgrave Macmillan: Hampshire.

Hartmann, Martin (2015): On the Concept of Basic Trust. In: BEHEMOTH - A Journal on Civilisation, 8, Heft 1, S. 5 – 23.

Hitzler, Ronald/Honer, Anne (1994): Bastelexistenz: über subjektive Konsequenzen der Individualisierung. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth [Hrsg.]: Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 307 – 315.

Jaschke, Hans-Gerd (2009): Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern.

Koopmans, Ruud/Schaeffer, Merlin (2014): Perceptions of ethno-cultural diversity and neighborhood cohesion in three European countries. In: WZB Discussion Paper, SP VI 2014–103.

Märkische Onlinezeitung (2018): WM ist wie Weihnachten. Online: https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1664213/ [04.07.2018].

MDR Sachsen (2018): Gedenken vor Dresdner Landgericht an ermordete Marwa El-Sherbini. Online: https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/gedenken-marwa-rassistischer-angriff-getoetet-100.html [04.07.2018].

Müller, Hans-Peter (2012): Werte, Milieus und Lebensstile. Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft. In: Hradil, Stefan [Hrsg.]: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bonn, S. 189 – 212.

Pettigrew, Thomas F. (1998): Intergroup contact theory. In: Annual Review of Psychology, 49, Heft 1, S. 65 – 85.

Putnam, Robert D. (2001): Bowling alone. The collapse and revival of American community. Simon & Schuster: New York.

Quent, Matthias (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus: Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Beltz Juventa: Weinheim.

Reitz, Jeffrey G./Breton, Raymond/Dion, Karen K./Dion, Kenneth L./Phan, Mai B./Banerjee, Rupa (2009): Multiculturalism and Social Cohesion. Potentials and Challenges of Diversity. Springer Netherlands: s.l.

Reitz, Jeffrey G./Phan, Mai B./Banerjee, Rupa (2010): Multiculturalism and social cohesion. Potentials and challenges of diversity. Springer: Dordrecht.

Schuyt, C.J.M/Koelewijn, Jannetje/Baan, Petra (1997): Sociale cohesie en sociaal beleid. Drie publiekscolleges in De Balie. De Balie: Amsterdam.

Seehofer, Horst (2018): Debatte um Zusammenhalt: Warum Heimatverlust die Menschen so umtreibt. Online: http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/innenminister-horst-seehofer-zum-thema-heimat-15565980.html [04.07.2018].

Smith, Sandra S. (2010): Race and Trust. In: Annual Review of Sociology, 36, Heft 1, S. 453 – 475.

Solarify (2018): Merkel: "…müssen zugeben, dass wir besser werden müssen". Online: https://www.solarify.eu/2018/06/19/167-merkel-muessen-zugeben-dass-wir-besser-werden-muessen/ [04.07.2018].

Thränhardt, Dietrich (2006): Deutsche - Ausländer. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank [Hrsg.]: Deutschland - eine gespaltene Gesellschaft. Campus: Frankfurt am Main, S. 273 – 294.

van Lange, Paul A.M. (2015): Generalized Trust. In: Current Directions in Psychological Science, 24, Heft 1, S. 71 – 76.

Ziller, Conrad (2017): Equal Treatment Regulations and Ethnic Minority Social Trust. In: European Sociological Review, 33, Heft 4, S. 563 – 575.

HERAUS-FORDERUNGEN SICHTBAR MACHEN

„GELINGENDER ZUSAMMENHALT IST KEIN SELBSTLÄUFER.“

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen – ein empirischer Überblick

Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich als Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen definieren. Die Forschung zeigt, dass gute Voraussetzungen für starken Zusammenhalt größerer Wohlstand, geringeres Armutsrisiko und ein geringeres Durchschnittsalter der Einwohner_innen des betrachteten Gemeinwesens sind. Thüringen weist hinsichtlich des Zusammenhalts den drittniedrigsten Wert im Vergleich aller Bundesländer auf.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist als notwendiger Aspekt einer lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft erkannt und anerkannt. Er wird in zahlreichen Ländern (z. B. Australien, Kanada, Neuseeland, USA) und von internationalen Organisationen (z. B. OECD, Weltbank, Europarat) als Indikator für Lebensqualität erfasst und analysiert. Die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist fraglos eine der entscheidenden Herausforderungen weltweit. Nicht nur westliche Gesellschaften (Dragolov et al. 2016) ringen mit verschiedenen Entwicklungen, die in den vergangenen Jahren zu einem rasanten gesellschaftlichen Wandel beitrugen, sondern auch in anderen Weltregionen befördern allen voran Globalisierung, weltweite Migration und Digitalisierung tiefgreifende Transformationsprozesse (siehe z. B. im Hinblick auf Asien Walkenhorst/Unzicker 2017).

Die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist fraglos eine der entscheidenden Herausforderungen weltweit.

Insbesondere die Debatten um die erhöhte Zahl von geflüchteten Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, haben die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bestellt ist, noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Reaktionen in der Bevölkerung auf diese Fluchtbewegung fielen zu dieser Zeit und fallen auch heute noch sehr unterschiedlich aus. Es kann eine Polarisierung entlang der Frage um Einwanderung konstatiert werden: Einerseits gab es eine enorme Hilfsbereitschaft und unerwartet hohes ehrenamtliches Engagement, um die Geflüchteten zu unterstützen. Andererseits verschafften sich aber auch Stimmen deutlich Gehör, die die Aufnahmefähigkeit überschritten sehen, den Verlust ihrer kulturellen Identität befürchten sowie sich durch Überfremdung und Terror bedroht fühlen.

Ist der Gemeinsinn gefährdet? Um diese Frage beantworten zu können, muss zunächst geklärt werden, was man unter gesellschaftlichem Zusammenhalt eigentlich versteht, um ihn darauf aufbauend empirisch erfassen zu können. Dies ist das zentrale Ziel des Projekts „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet" der Bertelsmann Stiftung. Seit 2012 wurden hierzu Studien, die den Zusammenhalt in unterschiedlichen geopolitischen Einheiten vergleichen, erstellt (Bertelsmann Stiftung 2012, 2013, 2017).

Konzeption von gesellschaftlichem Zusammenhalt

Obwohl der Begriff „gesellschaftlicher Zusammenhalt" in den letzten zwei Jahren eine Hochkonjunktur in politischen Debatten und Reden erfahren hat, mangelt es häufig an einer klaren Definition des Konzeptes. Der Soziologe Paul Bernard (1999) vermutet, dass das Konzept gerade aufgrund seiner Unschärfe so oft bemüht werde: Einerseits lasse sich damit auf nachprüfbare Daten verweisen, anderseits sei es so wenig eindeutig, dass es im öffentlichen Diskurs fast beliebig verwendet werden könne. Es ist also notwendig genauer zu definieren, was man unter gesellschaftlichem Zusammenhalt versteht.

Alle Studien des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung basieren auf denselben theoretischen Annahmen (Bertelsmann Stiftung 2012; 2013; 2017). Diese sind anschlussfähig an den akademischen Konsens darüber, dass Zusammenhalt (a) ein Merkmal eines Gemeinwesens ist und nicht ein Charakteristikum einzelner Bürger_innen; dass es sich (b) um ein graduelles Phänomen handelt, Gemeinwesen also mehr oder weniger kohäsiv sein können; und (c) dass es sich um ein mehrdimensionales Konzept handelt (Schiefer/van der Noll 2017, Dragolov et al. 2016). Auch wenn Zusammenhalt das Merkmal eines Gemeinwesens ist, also eine kollektive Qualität beschreibt, drückt sich der Grad des Zusammenhalts in den Einstellungen und Verhaltensweisen der einzelnen Mitglieder und Gruppen des Gemeinwesens aus, kann also durch deren Befragung erfasst werden.

Eine kohäsive Gesellschaft ist durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet.

Entsprechend lässt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt als Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen definieren. Übereinstimmend mit der Überblicksarbeit von Schiefer und van der Noll (2017) ist eine kohäsive Gesellschaft durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet (für eine umfassende Darstellung siehe Dragolov et al. 2016).

Den drei Bereichen gesellschaftlichen Zusammenhalts lassen sich jeweils empirisch drei Dimensionen zuordnen (siehe Abbildung 1), woraus dann insgesamt neun Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts resultieren:

1. Soziale Netze
2. Vertrauen in Mitmenschen
3. Akzeptanz von Diversität
4. Identifikation mit dem Gemeinwesen
5. Vertrauen in Institutionen
6. Gerechtigkeitsempfinden
7. Solidarität und Hilfsbereitschaft
8. Anerkennung sozialer Regeln
9. Gesellschaftliche Teilhabe

Detaillierte Ausführungen, was die neun Dimensionen inhaltlich ausmacht, können im Buch „Der Kitt der Gesellschaft" nachgelesen werden (Bertelsmann Stiftung 2016). Dabei lassen sich nicht nur die jeweils drei Dimensionen zu einem Bereich empirisch zusammenfassen: Darüber hinaus können auch alle neun Dimensionen zu einem Gesamtindex zusammengeführt werden, der für die unterschiedlichen Aspekte von Zusammenhalt steht.

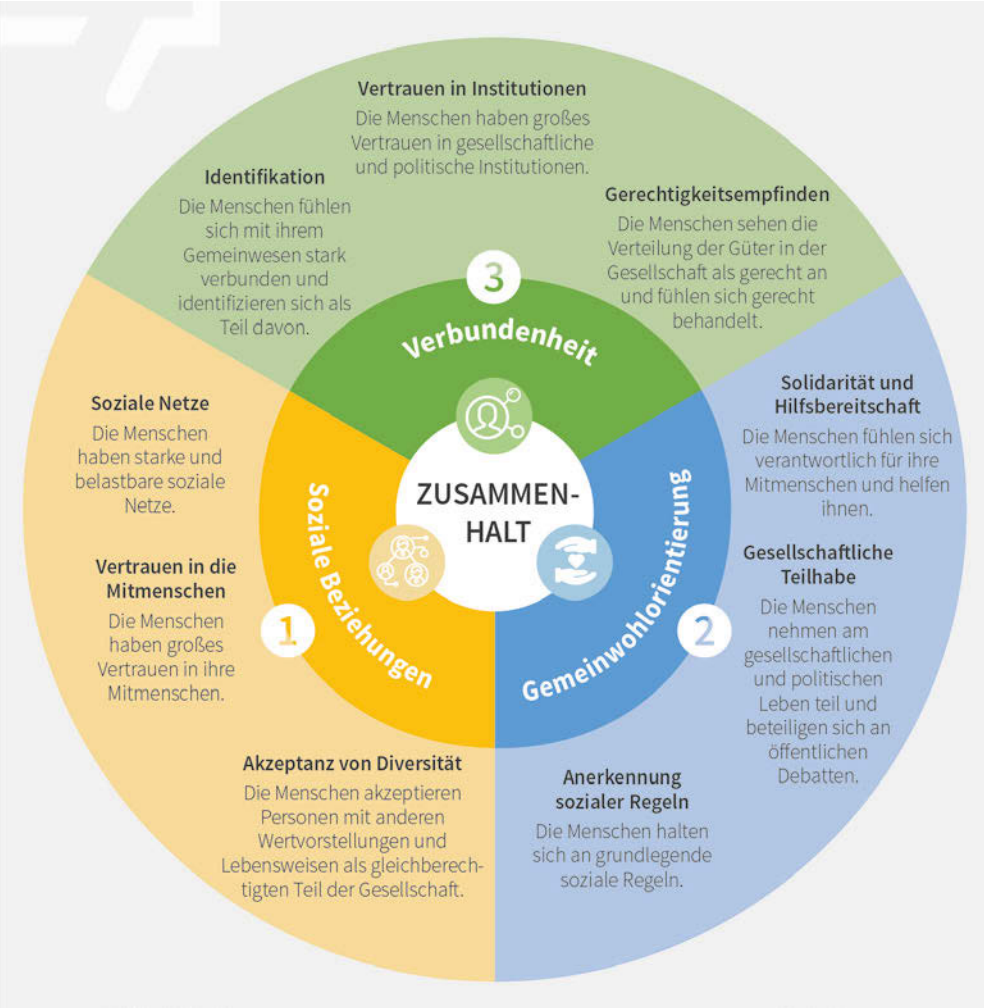

Abbildung 1: Drei Bereiche gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihren jeweiligen Dimensionen (Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017, S. 25.)

Zuletzt wurde im Jahr 2017 der Zusammenhalt für die Bundesländer und für 79 Regionen in Deutschland im Rahmen des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt untersucht (Bertelsmann Stiftung 2017). Hierfür wurden von Januar bis März 2017 5.041 Personen deutschlandweit befragt. Die telefonische Stichprobe, die sowohl Mobilfunk- und Festnetznummern umfasst, ist repräsentativ für Deutschland, die Bundesländer und die Regionen (siehe hierzu ausführlich Bertelsmann Stiftung 2017).

Die zentralen Befunde sind: Die Deutschen halten zusammen – aber dort wo Armut, Jugendarbeitslosigkeit und Überalterung der Bevölkerung hoch sind, ist der Zusammenhalt gefährdet. Wachsende kulturelle Vielfalt schwächt das gemeinschaftliche Miteinander dagegen nicht. In strukturschwachen Regionen ist das Miteinander geringer ausgeprägt als in wohlhabenden. Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass es um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland besser steht, als es gemeinhin angenommen wird.

Fokus Thüringen

Zusammenhalt in Thüringen im Vergleich der Bundesländer

Für den vorliegenden Beitrag wurden die Daten für Thüringen in den Fokus gerückt. Wie stellt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Thüringen im Vergleich der Bundesländer dar?

Die Berechnungen für die neun zuvor genannten Dimensionen (Abbildung 2) können Werte zwischen null (minimaler Zusammenhalt) und 100 (maximaler Zusammenhalt) ergeben. Für jede Dimension wurden zwischen vier und sechs unterschiedliche Indikatoren herangezogen (vgl. hierzu ausführlich Bertelsmann Stiftung 2017). Beim Gesamtindex (Skala 0-100) ergibt sich für Thüringen mit 58,63 Punkten der drittniedrigste Wert im Vergleich aller Bundesländer. Der Mittelwert für Deutschland insgesamt liegt bei 61. Das Saarland erreicht mit 63 Punkten den höchsten, Sachsen mit 57 Punkten den niedrigsten Wert (siehe Abbildung 2). Dies zeigt, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, zumindest hinsichtlich des Gesamtindex, verhältnismäßig gering ausfallen.

Gute Voraussetzungen für starken Zusammenhalt sind größerer Wohlstand, geringeres Armutsrisiko und ein geringeres Durchschnittsalter der Bevölkerung des betrachteten Gemeinwesens.

Womit geht gesellschaftlicher Zusammenhalt einher? Die Daten des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt ermöglichen es, Faktoren zu identifizieren, die einen entscheidenden Einfluss auf den Grad des Zusammenhalts in einem Gemeinwesen haben. Neben den im Radar verwendeten Einflussfaktoren werden im Folgenden auch noch weitere strukturelle Merkmale herangezogen, die mit Blick auf Thüringen Zusammenhänge aufzeigen können. Diese stammen teilweise aus unterschiedlichen Zeiträumen und sind nicht auf ihren direkten Einfluss auf den Wert des Zusammenhalts getestet. Vergleicht man die Bundesländer hinsichtlich ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP pro Kopf), schneiden diejenigen, mit einem höheren BIP besser ab. Auch eine niedrigere Arbeitslosenrate und ein geringeres

Armutsrisiko sind dem Zusammenhalt zuträglich. Es bleibt festzuhalten: Gute Voraussetzungen für starken Zusammenhalt sind größerer Wohlstand, geringeres Armutsrisiko und ein geringeres Durchschnittsalter der Bevölkerung des betrachteten Gemeinwesens. Für Thüringen sind die strukturellen Voraussetzungen im Vergleich der Bundesländer hinsichtlich Durchschnittsalter der Bevölkerung und Wirtschaftskraft (BIP) schwierig.

		1. Soziale Beziehungen		2. Gemeinwohl-orientierung		3. Verbundenheit				
	Gesamtindex Zusammenhalt	1.1 Soziale Netze	1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	1.3 Akzeptanz von Diversität	2.1 Identifikation	2.2 Vertrauen in Institutionen	2.3 Gerechtigkeitsempfinden	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	3.3 Gesellschaftliche Teilhabe
Saarland	63,07	72,43	54,82	81,51	78,75	57,28	37,21	49,07	80,69	55,85
Baden-Württemberg	63,00	72,46	57,30	80,58	78,75	54,64	40,72	50,69	78,06	54,51
Bayern	62,96	72,49	65,71	79,19	80,59	55,41	38,35	49,96	82,16	51,80
Rheinland-Pfalz	62,64	73,31	55,26	82,68	76,22	55,87	37,47	49,56	80,29	53,13
Hessen	62,62	71,58	58,49	82,52	73,15	57,49	37,82	50,27	77,49	54,80
Bremen	62,39	74,87	59,30	84,78	74,09	57,00	37,15	47,95	71,25	55,13
Niedersachsen	62,16	69,87	56,35	80,53	77,48	56,59	37,32	48,39	80,02	52,87
Hamburg	61,74	69,14	59,13	83,63	77,83	57,30	34,38	49,63	71,96	52,65
Deutschland (insgesamt)*	61,37	71,14	55,58	79,15	77,01	55,16	37,80	47,75	77,32	51,39
Schleswig-Holstein	61,55	69,87	55,65	78,20	79,15	55,65	41,91	47,04	78,32	48,20
Nordrhein-Westfalen	60,71	71,08	55,34	80,16	74,86	55,54	39,14	46,56	74,27	49,49
Berlin	59,43	70,32	54,81	81,19	73,11	55,15	32,80	45,51	69,73	52,28
Mecklenburg-Vorpommern	59,34	73,68	49,97	71,92	83,21	55,42	33,54	40,95	77,39	48,00
Sachsen-Anhalt	58,76	63,50	51,95	75,34	79,17	53,57	37,64	43,90	78,26	45,54
Thüringen	58,63	72,79	51,32	74,14	75,60	51,35	34,45	41,77	75,70	50,59
Brandenburg	57,71	69,19	49,71	70,18	78,44	49,44	32,97	43,91	78,08	47,51
Sachsen	57,06	68,38	52,02	68,34	76,10	51,31	33,67	43,31	73,31	47,11
Standardabweichung**	2,06	2,71	4,98	2,75	2,38	2,38	2,76	3,18	3,64	3,23

Die Tabelle zeigt die Werte der Bundesländer auf dem Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt und dessen neun Dimensionen, wie gemessen im Frühjahr 2017. Gesamtindex und Dimensionen können Werte von 0 (schwacher Zusammenhalt) - 100 (starker Zusammenhalt) annehmen.

Geringster Zusammenhalt — höchster Zusammenhalt

* Bei den Werten für Deutschland insgesamt handelt es sich nicht um den Mittelwert der für die Bundesländer berichteten Werte, sondern um an Bevölkerungsanteilen gewichtete Mittelwerte.

** Berechnet für die Streuung der Bundesländer ohne Miteinbeziehen der Werte für Deutschland (insgesamt)

Abbildung 2: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in den Bundesländern im Vergleich (Quelle: Bertelsmann Stiftung)

Hinzu kommt, wie die Autoren des Thüringen-Monitors feststellen, dass in Thüringen – wie auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern, mit Ausnahme von Berlin – ein am sozialen Zusammenhalt orientiertes Gesellschaftsideal dominiert (Best et al. 2016). Dies sei aber vor allem eine retrospektive Betrachtung, in der die DDR als eine „Zusammenhaltsgesellschaft" imaginiert wird, die auch mit Homogenitätsvorstellungen einhergeht. Ein derartiges auf Homogenität basierendes Gesellschaftsverständnis ist auf Ausgrenzung ausgerichtet und daher gerade nicht geeignet, das Miteinander in einer Einwanderungsgesellschaft gelingend zu gestalten. Ein zentrales Element der diesem Beitrag zugrundeliegenden Konzeption von gesellschaftlichem Zusammenhalt ist entsprechend die Akzeptanz von Diversität (vgl. hierzu ausführlich Bertelsmann Stiftung 2016). In den ostdeutschen Bundesländern fällt der Gesamtindex für Zusammenhalt durchweg geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern. Bei der Betrachtung der Ergebnisse für die Dimension „Akzeptanz von Diversität" (Abbildung 2) zeigt sich ebenfalls: Die ostdeutschen Bundesländer – mit Ausnahme von Berlin – erzielen hier durchweg niedrigere Werte als die westdeutschen Bundesländer.

Zusammenhalt in Thüringen in neun Dimensionen

Bei der Analyse der einzelnen Dimensionen (jeweils Werte von 0 bis 100) liegt Thüringen bei acht von neun Dimensionen unterhalb des bundesweiten Mittelwerts. Nur für die Dimension soziale Netze (73 Punkte) wird der bundesweite Mittelwert (71 Punkte) überschritten. Nachfolgend werden die Ausprägungen der einzelnen Dimensionen für Thüringen ausgeführt und anhand von Beispielindikatoren veranschaulicht.

Danach gefragt, wie sehr sie einem Menschen vertrauen, dem sie zum ersten Mal begegnen, geben in Thüringen 13 Prozent der Befragten an, diesem völlig oder ziemlich zu vertrauen.

Soziale Netze

Für die erste Dimension „Soziale Netze" weist Thüringen mit 73 Punkten den vierthöchsten Wert aller Bundesländer auf. Für Deutschland insgesamt liegt der Indexwert in dieser Dimension bei 71. Der höchste Wert findet sich in Bremen (75), der niedrigste in Sachsen-Anhalt (64). Verdeutlichen lässt sich dies an einem Beispielindikator: „Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen?". Im Durchschnitt sagen 49 Prozent aller Befragten in Deutschland, dass sie sich sehr häufig oder häufig treffen. In Thüringen sagen dies 50 Prozent der Befragten. Am seltensten treffen sich die Menschen in Sachsen-Anhalt. Hier sagen nur 40 Prozent, dass sie sich häufig oder sehr häufig treffen.

Vertrauen in Mitmenschen

Thüringen erreicht in der Dimension „Vertrauen in Mitmenschen" den drittniedrigsten Wert aller Bundesländer (51). Der Indexwert für diese Dimension liegt in Deutschland bei 56. Am höchsten fällt der Wert in Bremen aus (59), am niedrigsten in Brandenburg (50). Danach gefragt, wie sehr sie einem Menschen vertrauen, dem sie zum ersten Mal begegnen, geben für Deutschland insgesamt 15 Prozent der Befragten an, diesem völlig oder ziemlich zu vertrauen und weitere 44 Prozent teils-teils. In Thüringen sind es mit 13 bzw. 37 Prozent weniger. In Hamburg sagen sogar 23 Prozent der Befragten, dass sie bei der ersten Begegnung völlig oder ziemlich vertrauen; in Brandenburg indes lediglich acht Prozent.

Akzeptanz von Diversität

Thüringen erzielt in der Dimension „Akzeptanz von Diversität“ einen Indexwert von 74 und weist damit den viertniedrigsten Wert aller Bundesländer auf. Für Deutschland insgesamt liegt der Wert bei 79. Von den Bundesländern schneiden hier Bremen (85) mit dem höchsten und Sachsen (68) mit dem niedrigsten Wert ab. Trotz des hohen Indexwerts zeigen die Indikatoren, dass es durchaus noch Verbesserungspotenzial bei der Akzeptanz von Diversität gibt. So geben z. B. in Deutschland insgesamt 22 Prozent der Befragten an, „Ausländer_innen oder Migrant_innen“ ungern als Nachbar_innen haben zu wollen. In Sachsen sind es sogar 43 Prozent, die dies sagen, während in Hamburg lediglich zehn Prozent dieser Auffassung sind. In Thüringen möchten 34 Prozent der Befragten ungern Ausländer_innen oder Migrant_innen als Nachbar_innen haben.

Thüringen weist in der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ einen Indexwert von 42 und damit den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer auf.

Identifikation

Thüringen weist in der Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ einen Wert von 76 auf und bleibt damit unter dem Durchschnitt der Bundesländer. Bundesweit erreicht der Index 77. In dieser Dimension fällt der Ost-West-Unterschied geringer aus. In Mecklenburg-Vorpommern findet sich der höchste Wert (83), in Berlin der niedrigste (73). Am Beispiel der Verbundenheit mit dem Wohnort lässt sich diese Dimension gut veranschaulichen: 78 Prozent aller Befragten in Deutschland fühlen sich sehr oder ziemlich verbunden mit ihrem Wohnort, so auch in Thüringen. In Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern sind es 89 Prozent, in Berlin lediglich 70 Prozent.

Vertrauen in Institutionen

Thüringen kommt in der Dimension Vertrauen in Institutionen auf 51 Punkte und weist damit den drittniedrigsten Wert aller Bundesländer auf. Der Indexwert erreicht deutschlandweit 55 Punkte. Der niedrigste Wert findet sich dabei in Brandenburg (49), der höchste in Hessen mit 57. Obwohl alle Länder insgesamt ähnliche Indexwerte erzielen, gibt es dennoch bei den Einzelindikatoren erkennbare Unterschiede: So geben 37 Prozent der Befragten in Brandenburg an, der Bundesregierung nur gering oder überhaupt nicht zu vertrauen. In Hamburg sagen dies lediglich 15 Prozent. Deutschlandweit sind 25 Prozent der Befragten dieser Auffassung. In Thüringen haben 24 Prozent nur geringes oder überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung.

Gerechtigkeitsempfinden

Thüringen erreicht in der Dimension „Gerechtigkeitsempfinden“ mit 34 Punkten einen Wert, der deutlich unter dem Durchschnitt der Bundesländer liegt. Bundesweit wird hier nur ein Wert von 38 erreicht. Am höchsten ist der Wert für das Gerechtigkeitsempfinden in Schleswig-Holstein (42), am niedrigsten in Berlin (33). Am Beispiel der Frage danach, ob die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland gerecht verteilt werden, lassen sich sowohl das insgesamt niedrige Gerechtigkeitsempfinden, als auch die regionalen Unterschiede verdeutlichen. In Brandenburg sind gerade mal ein Prozent der Befragten der Meinung, die Gewinne würden im Großen und Ganzen gerecht verteilt. Die größte Zustimmung findet sich mit 15 Prozent in Bremen. Deutschlandweit sind es acht Prozent. In Thüringen liegt die Zustimmung deutlich unter dem Durchschnitt: Hier sind es nur drei Prozent.

Solidarität und Hilfsbereitschaft

Thüringen weist in der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ einen Indexwert von 42 und damit den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer auf. Deutschlandweit liegt der Indexwert dieser Dimension bei 48. Baden-Württemberg erzielt in dieser Dimension den höchsten Wert (51). Der niedrigste Wert ist in Mecklenburg-Vorpommern (41) zu verzeichnen. Ein Beispielindikator für diese Dimension ist die Frage danach, ob eine Person in den letzten zwölf Monaten eine Geldspende für soziale oder gemeinnützige Zwecke geleistet hat. In Sachsen-Anhalt bejahen dies nur 53 Prozent, während es in Thüringen 56 sind. In Hamburg und in Bayern geben sogar 68 Prozent an, in den letzten zwölf Monaten eine Geldspende für soziale oder gemeinnützige Zwecke geleistet zu haben. Der Durchschnitt liegt bei 61 Prozent.

Anerkennung sozialer Regeln

Thüringen liegt in der Dimension „Anerkennung sozialer Regeln“ mit 76 Punkten leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt. Bundesweit wird ein Wert von 77 erreicht. In Bayern liegt der Wert am höchsten (82), in den drei Stadtstaaten am niedrigsten, wobei Berlin den geringsten Wert in dieser Dimension erreicht (70). Einer der Indikatoren für diese Dimension war, ob die Befragten in der eigenen Nachbarschaft bestimmte Probleme erkennen (darunter u. a. beschädigte Spielplätze, Graffiti, Müll in den Straßen oder Grünanlagen, Ruhestörungen oder Belästigungen und Beschimpfungen). 26 Prozent der Deutschen berichten, dass es keine dieser Probleme in ihrer Nachbarschaft gibt. Im Saarland sagen dies sogar 35 Prozent. In Berlin hingegen beantworten nur elf Prozent der Befragten die Frage so. In Thüringen geben 32 Prozent kein solches Problem in ihrer Nachbarschaft an, 44 Prozent nennen wenige Probleme (eins oder zwei) und 24 Prozent zählen mehr als drei Probleme auf.

Gesellschaftliche Teilhabe

Thüringen liegt in der Dimension „gesellschaftliche Teilhabe“ mit 51 Punkten leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Bundesweit erreicht der Indexwert für gesellschaftliche Teilhabe einen Wert von 51. Der höchste Wert findet sich im Saarland (56), der niedrigste in Sachsen-Anhalt (46). Einer der vier Einzelindikatoren in dieser Dimension ist die Frage der Mitgliedschaft in einem gemeinnützigen Verein/Organisation. Hier geben in Deutschland insgesamt 35 Prozent der Befragten an, Mitglied einer solchen Vereinigung zu sein. Im Saarland sagen dies 45 Prozent und damit die meisten. Am geringsten ist der Anteil der Mitglieder in Sachsen-Anhalt (25 Prozent). In Thüringen geben 33 Prozent an, Mitglied in einem gemeinnützigen Verein/Organisation zu sein.

Resümee

Gelingender Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Um dem Auseinanderdriften unterschiedlicher Milieus – die sich zunehmend in getrennten Sphären bewegen und kaum Berührungspunkte haben – entgegenzuwirken, müssen wir Fremdheit überwinden und neue Formen der Begegnung und Beteiligung entwickeln. Eine Rückkehr zu vermeintlich behaglicheren Zeiten kann und wird nicht die Lösung sein. Die Analysen zeigen, dass wir hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach wie vor in zwei Gesellschaften leben: In den ostdeutschen Bundesländern fällt der Zusammenhalt bei Betrachtung des Gesamtindexes durchweg geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern. Auch Thüringen stellt hier keine Ausnahme dar. Der Gesamtwert für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist der drittniedrigste im Vergleich aller Bundesländer. Bei Betrachtung der einzelnen Dimensionen wird

deutlich, dass Thüringen bei acht von neun Dimensionen unterhalb des bundesweiten Mittelwerts zu verorten ist. Lediglich für die Dimension soziale Netze gelingt es einen Wert zu erzielen, der besser als der bundesweite Durchschnitt ist.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffend, ist die Lage in den ostdeutschen Bundesländern nach wie vor schwieriger, als in den Westdeutschen. Auch in Thüringen sind die Ausgangsvoraussetzungen (z. B. hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung, geringerer Wohlstand) schlichtweg schwierig. Ein Indiz dafür ist, dass es auch in den westdeutschen Bundesländern Regionen gibt, die einen vergleichsweise geringen gesellschaftlichen Zusammenhalt aufweisen. Darunter auch ländliche und strukturschwache Regionen. Es sind also zu einem nicht unerheblichen Teil ökonomisch-strukturelle Faktoren, die einen geringeren Zusammenhalt erklären können. Solange die Lebensverhältnisse unterschiedlich sind, wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland von Region zu Region verschieden stark sein.

Eine Rückkehr zu vermeintlich behaglicheren Zeiten kann und wird nicht die Lösung sein.

Andreas Grau ist Projektmanager im Programm Lebendige Werte der Bertelsmann Stiftung.

Dr. Kai Unzicker ist Senior Projektmanager im Programm Lebendige Werte der Bertelsmann Stiftung.

Literatur

Bernard, Paul (1999): Social Cohesion: A critique. CPRN discussion paper. F 09. Ohne Verlag: Ottawa.

Bertelsmann Stiftung (2012): Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Ein erster Überblick. (Autor_innen: Schiefer, David/van der Noll, Jolanda/Delhey, Jan/Boehnke, Klaus). Ohne Verlag: Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2013): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich. (Autor_innen: Dragolov, Georgi/Ignácz, Zsófia/Lorenz, Jan/Delhey, Jan/Boehnke, Klaus). Ohne Verlag: Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2016): Der Kitt der Gesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. (Autor_innen: Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus). Ohne Verlag: Gütersloh.

Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2016): Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2016. Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Dragolov, Georgi/Ignácz, Zsófia/Lorenz, Jan/Delhey, Jan/Boehnke, Klaus/Unzicker, Kai (2016): Social Cohesion in the Western World. What holds societies together: Insights from the Social Cohesion Radar. Springer: Cham (CH).

Schiefer, David/van der Noll, Jolanda (2017): The essentials of social cohesion: A literature review. Social Indicators Research (132), 2, S. 579 – 603.

Unzicker, Kai (2016): Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält. In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: Der Kitt der Gesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, S. 11 – 35.

Walkenhorst, Peter/ Unzicker, Kai (2017): Introduction: What holds Asian Societies together? In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: What holds Asian Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, S. 13 – 28.

„DIVERSITÄT ERSCHEINT ALS STÖRUNG DER ORDNUNG UND ALS GEFAHR FÜR DEN GESELLSCHAFT-LICHEN ZUSAMMEN-HALT.“

Zusammenhalt, Gerechtigkeitswahrnehmung und die Akzeptanz von Minderheiten in Thüringen

Der Beitrag liefert einen Überblick über Befunde des Thüringen-Monitors 2017 zum Zusammenhang zwischen der ‚Sorge um den gesellschaftlichem Zusammenhalt', der Gerechtigkeitswahrnehmung und den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung sowie ihrer Akzeptanz von ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten.

Einleitung

Wiederholt haben die Befragungen des Thüringen-Monitors[1] gezeigt, dass „gesellschaftlicher Zusammenhalt" ein zentraler Begriff in den Wahrnehmungen und Urteilen der Thüringer Bevölkerung hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Dazu gehört die Beurteilung der (sozialen) Gerechtigkeit, aber auch die Einstellung gegenüber Zuwanderung. Im Vergleich der deutschen Bundesländer ist der Freistaat Thüringen das Niedriglohnland Nr. 1, gleichzeitig aber eines der Länder, in denen die Einkommensunterschiede am geringsten sind (vgl. Best et al. 2017: 21 ff.). Ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Thüringer Bevölkerung sehr klein: Trotz der Aufnahme der Geflüchteten und Asylsuchenden lag er 2016 bei nur ca. sechs Prozent.

Obwohl die Mehrheit der Thüringer_innen mit ihren Lebensbedingungen zufrieden ist, sind die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit, die Angst vor sozialem Abstieg und Benachteiligungsgefühle verbreitet. Nachfolgend werden aktuelle Befunde des Thüringen-Monitors (Best et al. 2017) zum Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt, der Gerechtigkeitswahrnehmung, politischen Einstellungen und der Akzeptanz von Minderheiten diskutiert.

[1] Der Thüringen-Monitor ist eine jährliche repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen, die seit 2000 von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegeben wird. Weitere Informationen unter: http://www.soziologie.uni-jena.de/thueringen_monitor.html.

Was bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Der Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts verweist auf die Grundfrage, wie sich Gesellschaftsmitglieder auf gemeinsame Werte und Ziele verpflichten lassen (vgl. Zick/Küpper 2012). Demokratische Gesellschaften schöpfen ihre Legitimität aus dem Anspruch, eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger_innen zu gewährleisten und dabei Gerechtigkeit herzustellen. Politik muss sich daran messen lassen, inwieweit die Bürger_innen ihre zentralen Erwartungen als erfüllt betrachten, wo sie Gerechtigkeitsdefizite erkennen und Solidaritätsnormen verletzt sehen.

Demokratische Gesellschaften schöpfen ihre Legitimität aus dem Anspruch, eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger_innen zu gewährleisten und dabei Gerechtigkeit herzustellen.

Für den von ‚Rechtspopulist_innen' vertretenen Ethnozentrismus ist die Konstruktion einer Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ‚Fremde' typisch (vgl. Zick/Küpper 2012): Immigration und Asyl werden unter dem Schlagwort ‚unkontrollierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme' als Gefahr für die *nationale Solidargemeinschaft* und als Katalysator sozialer Problemlagen dargestellt. Markant ist der Vorwurf, die Eliten hätten ‚das eigene Volk vergessen'; sie würden zwar viel für ‚Fremde' tun, aber nichts für ‚die Deutschen'. Hier bricht sich auch eine tiefsitzende Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Entwicklungen Bahn. Besondere Anschlussfähigkeit besteht in Gefühlen der kollektiven Benachteiligung und Missachtung der Ostdeutschen (vgl. Küpper 2017), für die eine Überwindung der Folgen der deutschen Teilung Priorität besitzt.

Gerechtigkeitsdefizite und Benachteiligungsgefühle

Für 53 Prozent der Befragten im Thüringen-Monitor 2017 ist eine Gesellschaft gerecht, „in der alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten" (vgl. Best et al. 2017: 88 ff.). 24 Prozent der Befragten bevorzugten eine Gesellschaft, „in der der Wohlstand unter allen Menschen möglichst gleichverteilt wird", weitere 23 Prozent eine solche, „in der vor allem Leistung belohnt wird". Auf die Frage, wie sie die Gesellschaftsordnung in Deutschland einschätzen, antwortete 2017 eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten, diese sei „eher ungerecht", nur 29 Prozent meinten, sie sei „eher gerecht", und 14 Prozent antworteten „teils-teils".

Diese Wahrnehmung hing u. a. von der sozialen Lage der Befragten ab: Je schlechter z. B. die eigene finanzielle Situation bewertet wurde, desto häufiger wurde die Gesellschaftsordnung als „eher ungerecht" empfunden (r=0,15*).[2] Statistisch signifikant war auch der Zusammenhang mit der Selbstverortung im sozialen Schichtgefüge: Je höher sich die Befragten auf einer elfstufigen Skala zwischen „ganz unten" und „ganz oben" einordneten, desto häufiger tendierten sie zu einer Einschätzung der Gesellschaft als „eher gerecht" (r=0,17***). Besonders beeinflussen Gefühle der sozialen Benachteiligung und materiellen Entbehrung (Deprivation) die Gerechtigkeitswahrnehmung.

[2] Signifikanzniveaus: * $p < 0{,}05$; ** $p < 0{,}01$; *** $p < 0{,}001$.

Im Thüringen-Monitor 2017 wurde diese subjektive individuelle Deprivation mit mehreren Fragen erfasst (Tabelle 1). Je stärker die Deprivation war, desto häufiger erfolgte eine Einschätzung der Gesellschaft als „eher ungerecht“ (r=0,25*).[3]

Aspekte subjektiver individueller Deprivation	ja	nein
Abstiegsangst: „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ (Zustimmung)	**38**	62
Einschätzung, „im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten	**53**	47
„Meine Einkünfte erlauben es mir nicht, etwas anzusparen.“ (Zustimmung)	**48**	52
Persönliche finanzielle Situation „eher schlecht / sehr schlecht“	**26**	74
„Es ärgert mich, dass es anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“ (Zustimmung)	**23**	77
mit persönlichem Lebensstandard „eher unzufrieden / sehr unzufrieden“	**8**	92
subjektiv depriviert*	**31**	69

Tabelle 1: Aspekte subjektiver individueller Deprivation (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017, vgl. Best et al. 2017: 68)
***Anmerkungen**: Als depriviert gelten Befragte, auf die mindestens drei der sechs aufgeführten Aspekte zutrafen. Aussagen: vierstufige Antwortskalen; „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst.

Im Thüringen-Monitor 2017 stimmten 49 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.“

Diese subjektiven Bewertungen sind abhängig von objektiven Schichtkriterien wie Einkommen, Bildung und Berufsstatus (vgl. Best et al. 2017: 69). Unter Befragten mit hohem Einkommen, akademischer Bildung bzw. in herausgehobenen Berufspositionen war fast jede_r Zweite der Auffassung, in Deutschland gehe es „eher gerecht“ zu (ebd.: 92). Doch die großen Anteile von Befragten in allen sozialen Lagen, die die Gesellschaft als „eher ungerecht“ einschätzen, verweisen über ‚eigene Befindlichkeiten‘ hinaus. Jene Sensibilität für gesellschaftliche Polarisierungen zeigte sich auch im Zusammenhang der Beurteilung des „Gegensatzes zwischen Arm und Reich in unserem Land“ auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten (r=0,20*). 86 Prozent der Befragten schätzten den Gegensatz als „sehr stark“ oder „eher stark“ ein. Außerdem erhöhte eine negative Beurteilung der Chancen „heutzutage in Deutschland sozial aufzusteigen“ die Tendenz, die Gesellschaftsordnung als „eher ungerecht“ einzuschätzen (r=0,31*). Einen spezifischen Einfluss auf die Wahrnehmung von

[3] Hierzu gibt es kaum deutschlandweite Vergleichswerte. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2016) lehnten 30 Prozent der Befragten die Aussage ab: „Meine eigene wirtschaftliche Lage ist gut.“ 44 Prozent meinten: „Oft heißt es, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, aber ich persönlich profitiere nicht von dieser Entwicklung.“ (vgl. Faus et al. 2016: 24 ff.).

Gerechtigkeitsdefiziten hat die Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung der Ostdeutschen (r=0,18*). Im Thüringen-Monitor 2017 stimmten 49 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse." 14 Prozent gaben an, dass für sie persönlich „alles in allem [...] die Nachteile der Vereinigung überwiegen". 88 Prozent der kollektiv und individuell „ostdeprivierten" Befragten beurteilten 2017 die Gesellschaft als „eher ungerecht".

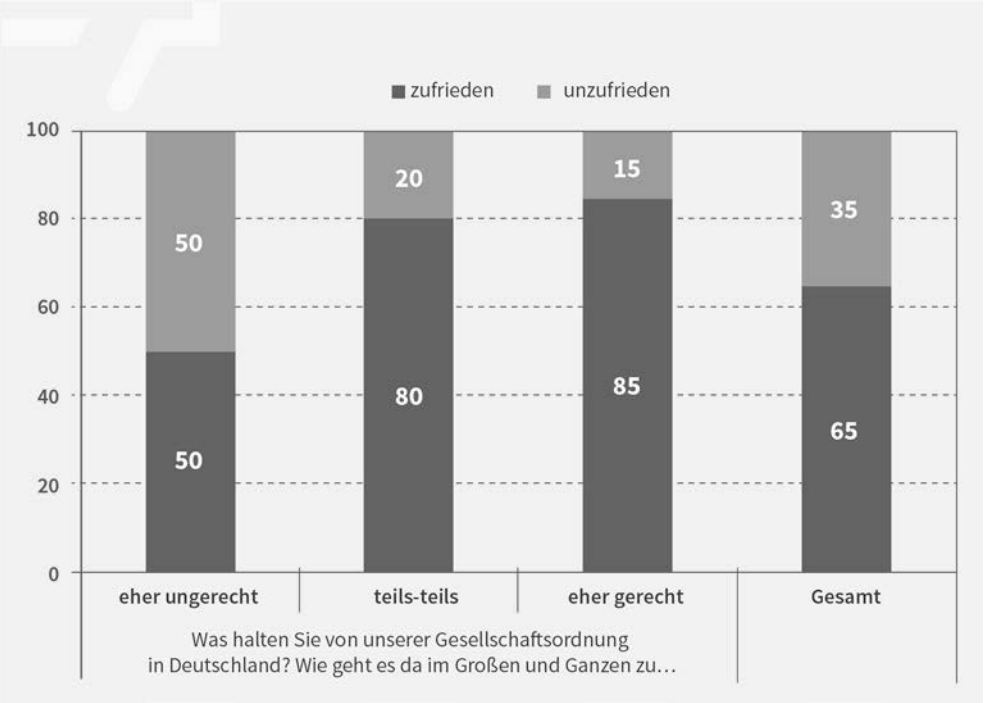

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit nach Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017)

67 Prozent der Befragten des Thüringen-Monitors 2017 bekundeten eine „große" oder „sehr große" Sorge, dass aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung „der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet" sei. Sowohl Benachteiligungsgefühle als auch die Einschätzung der Gesellschaft als „eher ungerecht" verstärkten diese Sorge signifikant. Die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten senkte außerdem die Zufriedenheit mit der Demokratie, „wie sie in der Praxis funktioniert" (r=0,34*; vgl. Abbildung 1) und erhöhte das Misstrauen gegenüber den Eliten (r=0,38*). Der Aussage „Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung" stimmten 69 Prozent der Befragten zu (vgl. Best et al. 2017: 158).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – im Gegensatz zu ethnischer und kultureller Diversität?

Im Thüringen-Monitor 2016 benannten 57 Prozent der Befragten die Sorge, dass „wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land gefährdet“ sei (vgl. Best et al. 2016: 36, Salheiser 2017: 62). 66 Prozent meinten: „Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“ Die Ablehnung gegenüber Asylsuchenden wurde durch die Einschätzung verstärkt, jene seien „aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar“ (58 Prozent Zustimmung; vgl. Best et al. 2016: 39 ff.). 70 Prozent der Befragten befürchteten einen Anstieg der Kriminalität, 67 Prozent meinten, dass „der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark wird“, und 54 Prozent, dass „sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändert“. 64 Prozent äußerten die Sorge, dass „die Kosten für Unterbringung und Versorgung zu hoch“ seien, und 41 Prozent erwarteten eine Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.[4] Hier vermischten sich also kulturelle Vorbehalte und materielle Kalküle (vgl. Best et al. 2016: 36).

Ethnische und kulturelle Diversität steht in einem Spannungsverhältnis zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

56 Prozent der Thüringer Befragten teilten 2016 die Auffassung, die „meisten“ Geflüchteten und Asylsuchenden „befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ (deutschlandweit: 42 Prozent, vgl. Zick et al. 2016: 44 f.). Zwar befürwortete auch eine überwiegende Mehrheit der Befragten, vor *Krieg und Verfolgung* Geflohenen Asyl zu gewähren (vgl. Best et al. 2016: 47). Doch die Abwertung von Asylsuchenden als „Armutsmigranten“ und potenzielle Kriminelle steht einer breiten Solidarisierung im Weg: 73 Prozent der Thüringer Befragten lehnten eine „großzügige Prüfung“ der Asylanträge ab (deutschlandweit: 70 Prozent). Im Thüringen-Monitor 2017 erhöhte sich dieser Anteil sogar auf 83 Prozent.

Ein statistisch signifikanter Zusammenhang bestand 2016 auch zwischen der *Ablehnung* der Aussage „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“ und der *allgemeinen* Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (r=0,32*). Unterlegt war jene Abwehr kultureller Diversität mit fremdenfeindlichen Einstellungen.

2017 stimmten 44 Prozent der Thüringer Befragten der Aussage zu: „Die Ausländer kommen nur hier her, um den Sozialstaat auszunutzen.“ 53 Prozent meinten: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“ (vgl. Best et al. 2017: 135). Multivariate Analysen zeigen, dass Ethnozentrismus – also fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen – durch Gefühle der individuellen und kollektiven Benachteiligung und durch Abstiegsangst signifikant verstärkt werden. Insbesondere „Ostdeprivation“ ist ein wichtiger Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen.

[4] Einige jener Sorgen wurden im März 2016 im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends deutschlandweit abgefragt (infratest dimap 2016: 12). Die Sorge „zu großer Einfluss des Islams“ teilten 50 Prozent der Deutschen, die Sorge „Veränderung der Lebensweise“ 47 Prozent, nur 27 Prozent jedoch die Sorge „steigende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt“.

Auch Befragte, die eine *persönliche Diskriminierung* als Ostdeutsche angeben, stimmten tendenziell häufiger fremdenfeindlichen Aussagen zu (vgl. Best et al. 2017: 174).

Statt sozioökonomischer Kalküle sind für Fremdenfeindlichkeit oftmals kulturelle Faktoren ausschlaggebend. Dies deutet sich auch in negativen Einstellungen gegenüber Muslim_innen an, die unabhängig von der sozialen Lage der Befragten geteilt werden. So meinten 48 Prozent, „die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren *nicht* unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind". 28 Prozent befürworteten sogar ein Zuwanderungsverbot für Muslim_innen (vgl. Best et al. 2017: 161; deutschlandweit: 16 Prozent, vgl. Zick et al. 2016: 44 f).

Allgemein steht ethnische und kulturelle *Diversität* in einem Spannungsverhältnis zum Zusammenhalt (vgl. Zick/Küpper 2012). So stimmten 62 Prozent der Befragten des Thüringen-Monitors 2017 der Aussage zu: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern". Je stärker jener Aussage zugestimmt wurde, desto größer war auch die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (r=0,16*).

	„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern."		**Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt**		**Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft als ...**		**autoritär**		**Gesamt**
	Ablehnung	Zustimmung	keine/ (sehr) klein	groß/ sehr groß	eher gerecht	eher ungerecht	nein	ja	
Fremdenfeindlichkeit	17	46	19	44	26	42	15	50	36
Vorurteile gegenüber Muslim_innen	27	52	37	47	33	53	21	59	43
Ablehnung von Asylbewerber_innen	54	72	63	69	57	73	48	78	66
Antisemitismus	6	19	6	17	9	16	7	18	13
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	46	65	50	62	52	62	34	73	58
Negative Aussagen zu Homosexuellen/ Trans*-Personen	12	30	17	27	20	24	11	32	23

Tabelle 2: Einstellungen gegenüber Minderheiten[5] in Abhängigkeit von der Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und Autoritarismus (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017, vgl. Best et al. 2017: 160 ff.)

[5] Bei mehreren Fragen zu einem Phänomen wurde eine Mittelwertskala berechnet und der Anteilswert der überwiegenden Zustimmung ausgewiesen. Die jeweiligen Einzelaussagen werden im Thüringen-Monitor 2017 berichtet (vgl. Best et al. 2017: 161).

Charakteristisch für die Ablehnung von Diversität ist die Meinung, Minderheiten (z. B. „Ausländer“) würden die Solidargemeinschaft ausnutzen, auf Kosten der „Mehrheit“ für sich „Sonderrechte“ beanspruchen oder in der Politik zu große Aufmerksamkeit erhalten. Vor allem bei fremdenfeindlichen Ressentiments verbinden sich *Ungleichwertigkeitsvorstellungen* mit der Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten. Je fremdenfeindlicher die Befragten waren, desto größer war ihre Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (r=0,19***) und desto höher die Tendenz, die Gesellschaftsordnung als ungerecht einzuschätzen (r=0,15***).

Mit der Behauptung, Minderheiten würden bevorzugt, wird eine Form des *Sozialneids* befeuert, der nicht die Bessergestellten trifft, sondern Bedürftige und marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, von denen 58 Prozent der Befragten glaubten, sie würden sich „auf Kosten der Anderen ein schönes Leben machen“. Signifikant erhöht war die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten Aussagen über Minderheiten bei *autoritär* eingestellten Befragten (Tabelle 2; vgl. Best et al. 2017: 195). Autoritarismus (vgl. Zick/Küpper 2016: 104) richtet sich aggressiv gegen Abweichende – und damit auch gegen jene, denen unterstellt wird, dass sie eine gerechte Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen behindern oder sich „vordrängeln“ wollen. Diversität erscheint demnach als Störung der Ordnung und als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist durch die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und sozialer Ungleichheit sowie durch Gefühle individueller und kollektiver Benachteiligung geprägt.

Zusammenfassung

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist durch die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und sozialer Ungleichheit sowie durch Gefühle individueller und kollektiver Benachteiligung geprägt. Auch viele Thüringer_innen, die persönlich nicht unter prekären Bedingungen leben oder einen sozialen Abstieg befürchten, haben die Erwartung an die Politik, Gerechtigkeitslücken zu schließen. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung, dass „wieder mehr“ für eine homogen *erscheinende* „Mehrheit der Leute in unserem Land“ getan werden solle als für Minderheiten. Diese Prioritätensetzung trägt ethnozentrische Züge und begünstigt die Entsolidarisierung mit Schutzbedürftigen, Migrant_innen und anderen marginalisierten Gruppen, die als ‚Sündenböcke‘ oder Konkurrent_innen konstruiert werden. Um den auch in Thüringen beobachtbaren Polarisierungstendenzen entgegenzuwirken, ist neben guter Sozialpolitik vor allem eine breite, offene Debatte über demokratische Inklusion und Solidarität notwendig. Angesichts zunehmender Diversität in der Gesellschaft sollten Zusammenhalt und Integration konsequent zusammengedacht werden.

Dr. Axel Salheiser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2012 ist er Co-Autor des Thüringen-Monitors.

Literatur

Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2016): Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2016. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989. Online: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2016_mit_anhang.pdf [10.06.2018].

Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700. Online: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2017_schlussfassung.pdf [10.06.2018].

Faus, Jana/Faus, Rainer/Gloger, Alexandra (2017): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Online: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf [10.06.2018].

infratest dimap (2016): ARD-Deutschland-Trend März 2016. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. Online: http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1603_bericht.pdf [10.06.2018].

Küpper, Beate (2017): Rechtspopulistische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In: Wissen schafft Demokratie. 2017/02, S. 91–103. Online: http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD2/Rechtspopulistische_Einstellungen.pdf [10.06.2018].

Salheiser, Axel (2017): Weltoffen oder fremdenfeindlich? Die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber Asyl, Migration und Minderheiten. In: Wissen schafft Demokratie. 2017/01, S. 60 – 71. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/05_Salheiser_Weltoffen_Fremdenfeindlich.pdf [10.06.2018].

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2012): Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In: Wilhelm Heitmeyer [Hrsg.]: Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 152 –176.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Fabian Virchow/Alexander Häusler/Martin Langebach [Hrsg.]: Handbuch Rechtsextremismus. Springer VS: Wiesbaden, S. 83 –114.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela [Hrsg.] (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Dietz: Bonn.

„ANGESICHTS ZUNEHMENDER DIVERSITÄT IN DER GESELLSCHAFT SOLLTEN ZUSAMMENHALT UND INTEGRATION KONSEQUENT ZUSAMMEN-GEDACHT WERDEN.“

„GEFLÜCHTETE HABEN EIN ÄHNLICH LIBERALES DEMOKRATIE-VERSTÄNDNIS WIE BEFRAGTE IN DEUTSCHLAND.“

Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede?

Eine vergleichende Analyse politischer Einstellungen von Personen mit und ohne Fluchterfahrung in Deutschland[1]

Im vorliegenden Text werden auf Basis aktueller Befragungsdaten Ergebnisse der politischen Einstellungen von Geflüchteten und Personen in Deutschland verglichen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf einer Analyse der Determinanten des liberalen Demokratieverständnisses von Geflüchteten.

Einleitung

In Folge der Flüchtlingszuwanderung und der Vorfälle in der Silvesternacht 2015/2016 entbrannte eine breite gesellschaftliche Debatte um die Integration von Neuzugewanderten und die Grundlagen des Zusammenlebens in Deutschland. Die unter dem Schlagwort des *Gesellschaftlichen Zusammenhalts* geführte Debatte umfasst u. a. gesellschaftliche Polarisierungstendenzen, die sich beispielsweise an den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien manifestieren. Auch identifikationspolitische Fragen und kulturelle Konflikte werden dabei thematisiert (Bertelsmann Stiftung 2017: 10ff.). Die Werte Geflüchteter spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, insbesondere in der öffentlichen Auseinandersetzung (Bertelsmann Stiftung 2016: 62).

Neben den Einstellungen der Geflüchteten zu Geschlechterrollen wird in diesem Kontext insbesondere der Frage nachgegangen, wie Geflüchtete aus vielfach autokratisch regierten Ländern in ein neues politisches System integriert werden können. Dies erscheint aus zweierlei Perspektive relevant. Zum einen stammt der Großteil der geflüchteten Menschen aus Ländern, in denen demokratische Traditionen sowie zivilgesellschaftliche Strukturen schwach ausgebildet sind oder in den letzten Jahren zerstört wurden. Hiervon zeugen ein hoher Grad politischer Verfolgung, hohe Werte auf der politischen Gewaltskala sowie eine teilweise sehr hohe Zahl an Konfliktoten (Sirries et al. 2016: 22f.). Zum anderen wird Werten, Normen und Einstellungen sowie damit zusammenhängenden Verhaltensweisen

[1] Die Darstellung in diesem Beitrag gibt ausschließlich die persönlichen Sichtweisen der Autor_innen wieder.

Relevanz im Integrationsprozess zugeschrieben (Heckmann 2015: 163f.). Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag *politische Einstellungen* von Geflüchteten analysiert und mit repräsentativen Umfragedaten aus Deutschland verglichen. Dabei wird insbesondere den Fragen nachgegangen, inwieweit Geflüchtete das gleiche *Demokratieverständnis* aufweisen wie Personen ohne Fluchterfahrung und inwieweit sich diese Gruppen hinsichtlich der *Unterstützung der Demokratie als Regierungsform* unterscheiden. Im Zuge der deskriptiven Auswertungen werden zudem Geschlechterunterschiede analysiert, da eine solche analytische Trennung bislang noch nicht vorgenommen wurde. Als Datengrundlage dient die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten[2] aus dem Jahr 2016, auf deren Grundlage erstmals repräsentative Aussagen zur Gruppe der nach Deutschland Geflüchteten getroffen werden können. Zudem stehen Daten des World Value Surveys (WVS) zur Verfügung, was eine Kontextualisierung der Befunde ermöglicht.

Theoretischer Rahmen: Politische Kultur, Demokratieunterstützung und Demokratieverständnis

Viele Geflüchtete sehen sich nach der Ankunft in Deutschland mit einem neuen politischen System konfrontiert. Dies kann in der Frage münden, inwiefern bestehende politische Einstellungen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland vereinbar sind. Dies erscheint nicht nur aus einer integrationspolitischen Perspektive interessant. Vielmehr kommt politischen Einstellungen aus demokratietheoretischer Sicht ganz grundsätzlich eine zentrale Bedeutung für die Stabilität eines politischen Systems zu.

Viele Geflüchtete sehen sich nach der Ankunft in Deutschland mit einem neuen politischen System konfrontiert.

So misst das Konzept der *Politischen Kultur* dem Individuum und seinen Einstellungen Bedeutung für den Ablauf des politischen Prozesses bei (Pickel 2006: 268). Diese Überlegung zur politischen Unterstützung verdeutlicht exemplarisch das Ebenen-Modell von Fuchs (2002). Dieser setzt die Stabilität und Persistenz eines demokratischen Systems mit der Akzeptanz und Befürwortung demokratischer Wertorientierungen in Verbindung und unterstellt einen Einfluss politischer Einstellungen auf die Unterstützung des politischen Regimes. Es hat sich im Kontext der politischen Kulturforschung für Analysen als zweckmäßig erwiesen, die Legitimität der Demokratie als *prinzipiell* richtige Form der politischen Ordnung konzeptuell von der Unterstützung des *spezifischen* demokratischen Systems (z. B. der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und ihrer Entscheidungsträger) zu unterscheiden (Pickel 2006: 268). Im Folgenden wird der Fokus auf das normative Prinzip der Demokratie im Allgemeinen gelegt und entsprechend die (grundlegende) *Befürwortung der Demokratie als Regierungsform* bzw. die generalisierte Unterstützung des Ordnungsmodells Demokratie untersucht.

[2] Informationen zur Datengrundlage finden sich im Abschnitt „Operationalisierung politischer Einstellungen auf Grundlage der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten“.

Die bloße Befürwortung der Demokratie als Ordnungsform – in Abgrenzung zur Autokratie als alternativem politischen System – ist allerdings in der Praxis nicht hinreichend aussagekräftig. Vielmehr hat die vergleichende Demokratieforschung gezeigt, dass es unterschiedliche Verständnisse von Demokratie gibt und es deshalb einer weiteren Unterscheidung bedarf (Fuchs/Roller 2015: 178). Entsprechend erscheint es sinnvoll, unterschiedliche Vorstellungsinhalte bzw. spezifische Demokratievorstellungen zu unterscheiden, um das *Demokratieverständnis* sinnvoll interpretieren zu können (Mohammad-Klotzbach/Schlenkrich 2016: 406). Ein zentrales Konzept stellt das *liberale* Demokratieverständnis dar, das durch freie und faire Wahlen, das Prinzip der Gleichheit aller Bürger_innen sowie die Gewährleistung grundlegender Freiheiten gekennzeichnet ist (Dahl 1989).[3] Diese (minimalistische) liberale Konzeption von Demokratie ist grundsätzlich mit einem *sozialen* Verständnis von Demokratie im Sinne sozialstaatlicher Umverteilungspraktiken kompatibel (Welzel 2013: 311). Da sich im politischen System Deutschlands Komponenten beider Verständnisse wiederfinden, wird in der Folge sowohl das liberale als auch das soziale Demokratieverständnis untersucht. Insgesamt wird in diesem Beitrag also mit Blick auf Einstellungen zum politischen System – wie anderorts im Kontext der politischen Kulturforschung (Fuchs/Roller 2015: 179) – zwischen den theoretischen Konstrukten *Unterstützung der Demokratie* (in Abgrenzung zur Autokratie) sowie verschiedenen *Demokratieverständnissen* (darunter hier das liberale und soziale) unterschieden.

Ein zentrales Konzept stellt das liberale Demokratieverständnis dar, das durch freie und faire Wahlen, das Prinzip der Gleichheit aller Bürger_innen sowie die Gewährleistung grundlegender Freiheiten gekennzeichnet ist.

Operationalisierung politischer Einstellungen auf Grundlage der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Als Datengrundlage dient die erste Welle der *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten* aus dem Jahr 2016, die im Rahmen einer Forschungskooperation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) sowie des Sozio-oekonomische Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt wurde (Kroh et al. 2017). Befragt wurden ca. 4.500 volljährige Personen, die vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Januar 2016 nach Deutschland gekommen sind, einen Asylantrag gestellt haben und dadurch im Ausländerzentralregister registriert waren, sowie ihre Haushaltsmitglieder.[4] Neben einer Vielzahl an Themen wurden u. a. Einstellungen und Werte Geflüchteter erfasst (überblickshaft hierzu Kroh et al. 2017: 23). Analysen zu politischen Einstellungen von Geflüchteten

[3] Das liberale Demokratieverständnis ist sowohl weitgehender Konsens in der theoretischen Literatur, als auch empirisch betrachtet die global dominierende Ausprägung der Demokratie (Welzel 2013: 310) und wird daher in diesem Beitrag zur Strukturierung herangezogen.

[4] Um Disproportionalitäten bei der Stichprobenziehung auszugleichen, wird bei der Auswertung auf Gewichte zurückgegriffen, wodurch die Ergebnisse als repräsentativ für die zugrundeliegende Grundgesamtheit interpretiert werden können.

und Deutschen sowie zur Bevölkerung in den Krisenländern wurden bereits auf Grundlage von vorläufigen Vorabdaten der gleichen Studie veröffentlicht (Schupp et al. 2016).

Bei der Konstruktion bzw. Auswahl der Items (d.h. der gestellten Fragen) wurde darauf geachtet, dass geeignete Vergleichszahlen zur deutschen Bevölkerung vorliegen, um die Antworten der Interviewten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten mit Antworten Befragter in Deutschland vergleichen und kontextualisieren zu können. Für diesen Vergleich von Geflüchteten mit der Aufnahmegesellschaft wird die sechste Welle der international vergleichenden und repräsentativen Befragungsstudie des World Value Survey (WVS) herangezogen, die in den Jahren 2010 bis 2014 durchgeführt wurde.[5] Die Formulierung der Fragekonstruktionen politischer Einstellungen sind am WVS angelehnt und unterscheiden sich nur marginal bezüglich Formulierung und Skalenniveau (Jacobsen et al. 2017: 14f.). Hierbei wird auf fünf Items zurückgegriffen (siehe Tabelle 1), die sich mit den eingeführten theoretischen Konzepten (Unterstützung der Demokratie als Regierungsform sowie des liberalen bzw. sozialen Demokratieverständnisses) decken und entsprechend auch bereits in anderen empirischen Untersuchungen operationalisiert und verwendet wurden (Fuchs/Roller 2015: 182; Welzel 2013: 312).

Deskriptive Analysen: Einstellungen zur Demokratie als Regierungsform und Demokratieverständnis

In Bezug auf die Befürwortung der Demokratie als Regierungsform zeigen sich sehr hohe Zustimmungswerte (vergleiche Tabelle 1). Beinahe alle Befragten, ob mit oder ohne Fluchterfahrung, stimmen der Aussage zu, dass man ein demokratisches System haben solle. Bedeutsame Unterschiede zwischen Geschlechtern oder zwischen Geflüchteten und Deutschen ergeben sich nicht. Diese sehr hohe Unterstützung der Demokratie steht im Einklang mit bisherigen Forschungsergebnissen, die zeigen, dass global betrachtet eine hohe Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, selbst in autoritären Regimen, herrscht (Mohamad-Klotzbach/Schlenkrich 2016: 405f., Schupp et al. 2016: 55, Welzel 2013: 318).

Beinahe alle Befragten, ob mit oder ohne Fluchterfahrung, stimmen der Aussage zu, dass man ein demokratisches System haben solle.

Neben dieser normativen und abstrakten Betrachtung der Demokratie ergeben sich hingegen differenzierte Ansichten in Bezug auf verschiedene Demokratieverständnisse. Wie bereits theoretisch angeführt, lohnt es sich im deutschen Kontext,

[5] Für die Analysen zur (Aufnahme-) Gesellschaft in Deutschland wird ausschließlich auf die deutsche Teilstudie mit etwa 2.000 Befragten zurückgegriffen. Eine denkbare weitergehende Differenzierung der Befragten nach Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund (1. bzw. 2. Generation) wird im Folgenden nicht vorgenommen, da Geflüchtete mit der in Deutschland lebenden (Gesamt-) Gesellschaft verglichen werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint vor dem Hintergrund der Fokussierung dieses Beitrags theoretisch sinnvoll, da sich der gesellschaftliche Zusammenhalt ebenso wie die Stabilität einer Demokratie stets auf die in Deutschland lebende (Gesamt-) Gesellschaft bezieht (unabhängig von rechtlichen oder migrationshistorischen Kategorien).

das liberale und soziale Verständnis von Demokratie in den Fokus zu nehmen. Befragte sollten hierfür auf einer Skala einschätzen, inwiefern gewisse Dinge zu einer Demokratie gehören oder nicht. Die Items umfassten hierbei sowohl Bestandteile eines liberalen (demokratische Wahlen, Bürgerrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau) als auch eines sozialen Demokratieverständnisses (Umverteilung zwischen Arm und Reich).

Für das liberale Verständnis zeigen sich sowohl mit Blick auf die Gesamtbetrachtung der drei Items (Zeile ‚Durchschnittliche Zustimmung' in Tabelle 1) als auch auf Item-Ebene Unterschiede zwischen Geflüchteten und Personen in Deutschland. Geflüchtete weisen ein liberaleres Verständnis von Demokratie auf als Personen in Deutschland. Dies zeigt sich insbesondere hinsichtlich der Zuschreibung von freien Wahlen sowie Bürgerrechten als Bestandteile von Demokratie (vgl. Spalte ‚Differenz Gesamt' in Tabelle 1). Zudem zeigen sich besonders bei der Frage, inwiefern die rechtliche Gleichheit von Mann und Frau als Bestandteil einer Demokratie betrachtet wird, sowohl unter Geflüchteten als auch bei Personen in Deutschland, höhere Zustimmungswerte unter Frauen als bei Männern.

Geflüchtete weisen ein liberaleres Verständnis von Demokratie auf als Personen in Deutschland. Dies zeigt sich insbesondere hinsichtlich der Zuschreibung von freien Wahlen sowie Bürgerrechten als Bestandteile von Demokratie.

Die größten Unterschiede zwischen Geflüchteten und Personen in Deutschland sowie zwischen den Geschlechtern zeigen sich bezüglich des sozialen Demokratieverständnisses. Während geflüchtete Frauen (83 Prozent) deutlich häufiger der Aussage zustimmen, dass die Besteuerung der Reichen und die Unterstützung der Armen zu einer Demokratie gehören, ist der Anteil bei Frauen in Deutschland weitaus geringer (68 Prozent). Unter Männern sind die Unterschiede mit sieben Prozentpunkten etwas moderater. Des Weiteren äußern geflüchtete Männer ein weniger soziales Verständnis von Demokratie als geflüchtete Frauen (80 Prozent und 83 Prozent), während deutsche Männer konträr hierzu ein etwas sozialeres Verständnis von Demokratie aufweisen als deutsche Frauen (73 Prozent und 68 Prozent).

Dass Geflüchtete ein liberaleres und sozialeres Verständnis von Demokratie angeben als Personen in Deutschland überrascht vielleicht. Einerseits handelt es sich möglicherweise bei Geflüchteten um eine spezifische (selektive) Gruppe, die ihr Herkunftsland häufig u. a. wegen politischer *Verfolgung verlassen* musste und daher möglicherweise liberalen Freiheitsrechten eine große Bedeutung für Demokratie zuschreibt. Andererseits zielen die Fragen nach den Bestandteilen von Demokratie explizit auf die mit Demokratie verbundenen Vorstellungen ab. Mit Blick auf die soziale Komponente von Demokratie kann hier unter Umständen eine gewisse Erwartungshaltung zum Ausdruck kommen, die sich unter Personen in Deutschland vor dem Hintergrund ihrer praktischen Erfahrungen mit Demokratie weniger stark äußern.

Einstellungen zur Demokratie und Demokratieverständnis							
Datenbasis	IAB-BAMF-SOEP			World Value Survey (WVS)			Differenz Gesamt
Befragungs-gruppe	Geflüchtete			Personen in Deutschland			
Geschlecht	Männlich	Weiblich	**Gesamt**	Männlich	Weiblich	**Gesamt**	
Anzahl	2.811	1.716	**4.527**	1.015	1.031	**2.046**	
Befürwortung der Demokratie als Regierungsform							
Man sollte ein demokratisches System haben.	95 (11)	95 (16)	**95 (12)**	96 (1)	94 (1)	**95 (1)**	[0]
Dimensionen des Demokratieverständnisses							
Liberales Verständnis							
Die Menschen wählen ihre Regierung in freien Wahlen.	95 (11)	97 (17)	**96 (13)**	91 (<1)	91 (<1)	**91 (<1)**	5
Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.	90 (9)	95 (12)	**91 (10)**	90 (<1)	93 (<1)	**92 (<1)**	[1]
Bürgerrechte schützen die Menschen vor staatlicher Unterdrückung.	92 (15)	92 (22)	**92 (17)**	84 (<1)	82 (1)	**83 (1)**	9
Durchschnittliche Zustimmung	92	95	**93**	88	89	**89**	6
Soziales Verständnis							
Die Regierung besteuert die Reichen und unterstützt die Armen.	80 (15)	83 (20)	**81 (16)**	73 (0)	68 (0)	**71 (0)**	10

Tabelle 1: Dimensionen des Demokratieverständnisses (Zustimmung in Prozent, gewichtet)
Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten (Welle 1) und WVS (Welle 6), gewichtet

Anmerkungen:

1) Werte in Klammern verdeutlichen die fehlenden Angaben aller Befragten (weiß nicht, Verweigerung) in Prozent.

2) Die Differenzen zwischen geflüchteten Personen und deutschen Personen werden in Prozentpunkten angegeben (fettgedruckt), wobei die in eckige Klammern gesetzten Prozentpunkte auf einen statistisch nicht signifikanten Unterschied (99-prozentiges Signifikanzniveau) hinweisen.

3) Während sich die Items in ihrem Antwort-Wortlaut nicht unterscheiden, liegen in Bezug auf Einleitung und Kodierung der Variablen Differenzen zwischen beiden Datengrundlagen vor. Im WVS lautet der Wortlaut: „Ich werde Ihnen nun verschiedene Typen von politischen Systemen beschreiben und fragen, wie Sie über die einzelnen Regierungsformen denken. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die Regierungsform als sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht ansehen". Die Items im WVS liegen auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu). Als Ablehnung gelten die Antworten 1 und 2, als Zustimmung 3 und 4. In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten lautet der Wortlaut: „Geben Sie bitte an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen über Regierungsformen zustimmen? Die Items liegen auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu)". Für die vorliegenden Analysen gelten die Antworten 1 bis 4 als Ablehnung, als Zustimmung 5 bis 7.

4) Im WVS lautet der Wortlaut: „Vieles ist wünschenswert, aber nicht alles davon gehört zur Demokratie. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Dinge, wie sehr Sie finden, dass das zur Demokratie gehört. Nutzen Sie dazu diese Skala, auf der 1 für ‚gehört keinesfalls zur Demokratie' und 10 für ‚gehört in jedem Fall zur Demokratie' steht". In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten lautet hingegen der Wortlaut: „Denken Sie, dass die folgenden Dinge zur Demokratie gehören oder nicht? Antworten Sie bitte wieder anhand einer Skala. Der Wert 0 bedeutet ‚gehört auf keinen Fall zur Demokratie'. Der Wert 10 bedeutet ‚gehört auf jeden Fall zur Demokratie'. Als Ablehnung gelten die Antworten 0 bis 5, als Zustimmung 6 bis 10.

Neben diesen inhaltlichen Interpretationen kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei den Antworten im Themenkomplex politischer Einstellungen insgesamt Effekte sozialer Erwünschtheit zum Tragen kommen. Diese Interpretation legt ein Blick auf die fehlenden Angaben nahe: Sowohl beim Item der Einstellung zur Demokratie als auch bei der Dimension des liberalen und sozialen Verständnisses von Demokratie ergeben sich für Geflüchtete im Vergleich zu Befragten in Deutschland ein hoher Anteil an fehlenden Angaben (weiß nicht, Verweigerung). Bei geflüchteten Personen liegt dieser bei 9 bis 22 Prozent und damit weitaus höher als bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (<=1 Prozent). Aus den vorliegenden Daten lässt sich jedoch nicht weitergehend ableiten, inwieweit diese Differenz auf Unterschiede in Erhebungsinstrumenten und -situation, Sprachprobleme oder Effekte sozialer Erwünschtheit zurückzuführen ist (Schupp et al. 2016: 56).

Multivariate Analyse: Determinanten eines liberalen Demokratieverständnisses

Neben der deskriptiven Betrachtung von politischen Einstellungen ist es insbesondere mit Blick auf das Demokratieverständnis interessant und in der Forschungslandschaft mittlerweile etabliert zu untersuchen, mittels welcher Faktoren sich unterschiedliche Demokratieverständnisse erklären lassen (Mohamad-Klotzbach/Schlenkrich 2016: 406). Für Geflüchtete sollen in der Folge erstmals Determinanten eines liberalen Demokratieverständnisses analysiert werden. Als abhängige Variable in der multivariaten Analyse (OLS-Regression) dient ein Mittelwertindex aus den drei Items eines liberalen Demokratieverständnisses (Cronbachs Alpha 0,88).

Die Ergebnisse der multivariaten Analyse zeigen uns, ob und wie stark die jeweiligen Faktoren die abhängige Variable bestimmen. So ergibt sich bezüglich der *soziodemografischen* Faktoren, dass mit zunehmendem Alter und Bildungsstand das liberale Verständnis von Demokratie zunimmt (siehe Tabelle 2). Dies deckt sich hinsichtlich der formalen Bildung mit modernisierungstheoretischen Überlegungen sowie mit diesbezüglichen empirischen Befunden (Welzel 2013: 326). Weiterhin zeigt sich, dass Frauen ein eher liberales Demokratieverständnis aufweisen als Männer. Mit Blick auf die bivariaten Befunde (vergleiche Tabelle 1) bestätigen sich also die geschlechtsspezifischen Muster, die insbesondere hinsichtlich der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau als Bestandteil von Demokratie identifiziert wurden.

Hinsichtlich politischer Faktoren zeigen die Ergebnisse, dass die Unterstützung der Demokratie eng mit dem liberalen Verständnis im Zusammenhang steht.

Hinsichtlich *politischer* Faktoren zeigen die Ergebnisse, dass die Unterstützung der Demokratie eng mit dem liberalen Verständnis im Zusammenhang steht. Dies deckt sich sowohl theoretisch als auch empirisch mit der impliziten Annahme der politischen Kulturforschung, dass Personen, welche die Demokratie als Regierungsform unterstützen, auch ein liberaleres Verständnis von Demokratie aufweisen (Mohamad-Klotzbach/Schlenkrich 2016: 411, 427). Das Interesse für Politik hingegen zeigt keinen signifikanten Einfluss. Eine Neigung zu einer Partei oder einer Bewegung im Herkunftsland (ca. 5 Prozent der Befragten) hat hingegen einen signifikant negativen

Einfluss auf das liberale Demokratieverständnis. Inwiefern dieser Befund auf eine Verbundenheit zu einer Systempartei, Bewegung oder Opposition im Zusammenhang steht, kann an dieser Stelle nicht weitergehend betrachtet werden und bedürfte einer separaten Analyse.

Einflussfaktoren auf das liberale Demokratieverständnis		
Einflussfaktoren	Kodierung	Koeffizienten
Soziodemographische Faktoren		
Alter	metrisch, in Jahren	**0,008 ** (2,38)**
Geschlecht	Referenzkategorie: männlich	**0,167 * (2,33)**
Bildung (ISCED)	Schüler_in (0) - Doktoratsstufe oder gleichwertiges Niveau (8)	**0,063 *** (3,91)**
Politische Faktoren		
Befürwortung der Demokratie	Referenzkategorie: Nein	**0,327 *** (9,30)**
Interesse für Politik	Überhaupt nicht (1) - sehr stark (4)	0,018 (0,44)
Neigung zur Partei/Bewegung im Herkunftsland	Referenzkategorie: Nein	**-0,639 ** (-3,14)**
Migrations- und fluchtspezifische Faktoren		
Aufenthaltsdauer	metrisch, in Jahren	-0,000 (-1,82)
Teilnahme am Integrationskurs	Referenzkategorie: Nein	0,053 (0,67)
Verbrachte Zeit mit Deutschen	Nie (1) - Täglich (6)	0,012 (0,59)
Häufigkeit des Kontakts mit Familie/ Freund_innen im Herkunftsland	Nie/Noch nicht (1) - Mindestens einmal pro Woche (5)	**0,078 * (2,46)**
Migrationsmotiv: Verfolgung im Herkunftsland	Referenzkategorie: Nein	0,143 (1,83)
Migrationsmotiv: Achtung der Menschenrechte in Deutschland	Referenzkategorie: Nein	0,052 (1,61)
Konstante		**5,122 *** (11,49)**
R^2		0,25
N		3.561

Tabelle 2: Multivariate OLS-Regression mit abhängiger Variable Liberales Demokratieverständnis (Index)

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet.
Anmerkungen: unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern; Signifikante Koeffizienten sind fett gedruckt, Signifikanzen (fett gedruckt): * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001.

Mit Blick auf *migrations- und fluchtspezifische Faktoren* wurde ausgehend von Überlegungen zu institutionellen Lernprozessen (Gabriel 2007: 546) die Aufenthaltsdauer, die Kontakthäufigkeit zu Deutschen sowie die Teilnahme am Integrationskurs, der ein Orientierungskursmodul zur Wertevermittlung beinhaltet, aufgenommen. Es zeigen sich allerdings keine signifikanten Effekte, ebenso wenig hinsichtlich der Migrationsmotive Verfolgung im Herkunftsland sowie der Achtung der Menschenrechte als Grund für die Wahl von Deutschland als Migrationsziel. Interessant ist, dass die Häufigkeit des Kontakts zu Familie und Freund_innen im Herkunftsland einen positiven Einfluss auf das liberale Verständnis von Demokratie hat. Die befragten Geflüchteten scheinen also durch den Kontakt zu Personen im Herkunftsland (und deren dortige Erfahrungen) eher in ihrem liberalen Demokratieverständnis bestärkt zu werden.

Als positive Einflussgrößen für ein liberales Demokratieverständnis erweisen sich die generelle Unterstützung der Demokratie als Regierungsform, höheres Alter, weibliches Geschlecht, höhere Bildung sowie mehr Kontakte zu Freunden und Familie im Herkunftsland.

Fazit

Im vorliegenden Beitrag wurden politische Einstellungen von Geflüchteten und Personen in Deutschland verglichen. Mit Blick auf die Befürwortung der Demokratie als Regierungsform zeigen sich auf hohem Niveau keine Unterschiede zwischen beiden Gruppen. In beiden Gruppen stimmen 95 Prozent derer, die die Frage beantwortet haben, überein, dass man ein demokratisches System haben sollte. Bezüglich der konkreteren Vorstellungsinhalte von Demokratie weisen Geflüchtete ein liberaleres sowie sozialeres Demokratieverständnis auf.

Hinsichtlich der multivariaten Analysen zu Determinanten eines liberalen Demokratieverständnisses unter Geflüchteten haben sich die generelle Unterstützung der Demokratie als Regierungsform, höheres Alter, weibliches Geschlecht, höhere Bildung sowie mehr Kontakte zu Freund_innen und Familie im Herkunftsland als positive Einflussgrößen erwiesen. Die nur von sehr wenigen Geflüchteten angegebene Neigung zu einer Partei bzw. Bewegung im Herkunftsland steht hingegen in negativem Zusammenhang.

Diese Befunde lassen sich durch inhaltliche Gründe erklären (Selektivität der Gruppe, Erwartungshaltung an Demokratie) und sie stehen möglicherweise auch mit sozial erwünschtem Antwortverhalten in Zusammenhang. Auf Grundlage der vorliegenden Daten kann dies allerdings nicht weitergehend beurteilt werden. Die zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP Daten bietet durch eine Kurzskala zur Messung von sozialer Erwünschtheit diesbezüglich weitere Analysepotenziale.

Insgesamt zeigen die vorliegenden Befunde eine äußerst starke Befürwortung der Demokratie unter nach Deutschland geflüchteten Menschen, die teilweise noch stärkere Zustimmungsraten aufweisen als die deutsche Gesamtbevölkerung. Damit erweisen sich insgesamt in Bezug auf Einstellungen zur Demokratie die Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Gruppen als viel stärker als die Unterschiede.

Andreea Baier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Integrations- und Migrationsforschung mit Fokus auf der Evaluation integrationspolitischer Maßnahmen.

Axel Böhm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ). Seine Forschungsschwerpunkte sind Integrations- und Migrationsforschung, insbesondere zur Lebenssituation von Geflüchteten.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf [10.04.2018].

Bertelsmann Stiftung (2016): Wertebildung in der Einwanderungsgesellschaft. Dokumentation der gemeinsamen Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Bertelsmann Stiftung (10.11.2016). Online: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Wertebildung/Tagungsdokumentation_Wertebildung-in-der-Einwanderungsgesellschaft_final.pdf [10.04.2018].

Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its Critics. Yale University Press: Yale.

Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/ Weßels, Bernhard [Hrsg.]: Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Springer VS: Wiesbaden, S. 27 – 49.

Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (2015): Individualismus und Kollektivismus: Ein empirischer Kulturvergleich zwischen den USA und China. In: Rössel, Jörg/Roose, Jochen [Hrsg.]: Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards. Springer VS: Wiesbaden, S. 165 – 193.

Gabriel, Oscar W. (2007): Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland, Politische Vierteljahresschrift, 48, Heft 3, S. 540 – 552.

Heckmann, Friedrich (2015): Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Springer VS: Wiesbaden.

Jacobsen, Jannes/Klikar, Julius/Schupp, Jürgen (2017): Scales Manual IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees in Germany, SOEP Survey Papers 475, Series C, Berlin.

Kroh, Martin/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Jacobsen, Jannes/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Scheible, Jana A./ Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel/Trübswetter, Parvati (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Studiendesign und Feldergebnisse der Welle 1 (2016). In: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen [Hrsg.]: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

Mohamad-Klotzbach, Christoph/Schlenkrich, Oliver (2016): Determinanten input- und outputorientierter Demokratievorstellungen in der arabischen Welt: Eine Mehrebenenanalyse. In: Schubert, Sophia/Weiss, Alexander [Hrsg.]: „Demokratie“ jenseits des Westens. Theorie, Diskurse, Einstellungen. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 51. S. 404 – 436.

Pickel, Gert (2006): Die Einschätzung der Demokratie im internationalen Vergleich. In: Pickel Gert/Pickel, Susanne [Hrsg.]: Demokratisierung im internationalen Vergleich. Springer VS: Wiesbaden, S. 267 – 300.

Schupp, Jürgen/Brücker, Herbert/Friedrich, Martin/Holst, Elke/Yuliya, Kosyakova/Kroh,Martin/Richter, David (2016): Werte, Persönlichkeitsmerkmale, soziale Beziehungen und subjektives Wohlbefinden. In: Brücker, Herbert/ Rother, Nina/Schupp, Jürgen [Hrsg.]: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

Sirries, Steffen/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Kosyakova, Yuliya (2016): Auf der Flucht – Motive und Kosten. In: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen [Hrsg.]: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

Welzel, Christian (2013): Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation. Cambridge University Press: Cambridge.

„EIN GROSSTEIL DES THÜRINGER PROTESTGESCHEHENS GEHT VON LÄNDLICHEN RÄUMEN AUS.“

Gebietsreform und extreme Rechte: Themen und Schwerpunkte regionaler Protestereignisse in Thüringen 2017

Was beschäftigt die Zivilgesellschaft in Thüringen? Der vorliegende Artikel berichtet deskriptive Befunde einer Protestereignisanalyse auf Grundlage von Tageszeitungsartikeln aus dem gesamten Jahr 2017. Zugrunde liegen insgesamt 507 erhobene Protestereignisse. Die Daten zeigen, welche Themen besonderes Konfliktpotenzial mit sich bringen und offenbaren allgemeine Tendenzen und Trends gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Sie weisen u. a. ein besonders hohes Gewaltpotenzial im Rechtsextremismus aus.

Einleitung und Methode

Der ländliche Raum wird oftmals als ein Raum der Idylle imaginiert. Zahlreiche Magazine präsentieren wohlgetrimmte Rasenflächen, liebevoll gestaltete Gartenlandschaften, eine zumindest in ihrer visuellen Repräsentation kaum industrialisierte Landwirtschaft und entspannte Radtourist_innen. Periphere Regionen erscheinen als Hort von Ruhe und Ordnung, an dem gesellschaftliche Widersprüche sich scheinbar weniger stark äußern als in den urbanen Zentren (vgl. Neu 2016). Und so denkt man auch bei Protest eher an Hamburg, Berlin oder Dresden als an Ostritz, den Kyffhäuser oder Hermsdorf. Dieses Bild muss zumindest teilweise revidiert werden. Wie unsere Daten zeigen, sind zahlreiche Menschen in Thüringen, auch in der Fläche, nicht nur ehrenamtlich, sondern auch politisch für diverse Interessen und Themen mobilisierbar. Dabei geht es nicht nur um diffuse Fragen von Heimat oder regionaler Identität, vielmehr beleben sie den öffentlichen Diskurs mit einer Vielzahl konkreter Themen, machen Demokratie erlebbar und gesellschaftliche Spannungen sichtbar, sodass Politiker_innen darauf reagieren können. Öffentliche Diskussionen, etwa um den Begriff „Heimat“, indizieren die gesellschaftliche Dynamik von Modernisierungs- und Gestaltungsprozessen ebenso wie die empirischen Befunde aus Thüringen in diesem Beitrag. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch öffentliche, politische Aushandlung – dazu gehört auch das Protestieren, welches heutzutage nicht mehr nur im Repertoire hauptsächlich linker Akteur_innen eine bedeutende Rolle spielt: Protest verhandelt die Grundlagen des Zusammenhaltes und indiziert somit gesellschaftliche Konfliktpotenziale (vgl. Bischof/Quent 2017).

Im Jahr 2017 haben wir in einer umfassenden Erhebung in den Zeitungen Thüringer Allgemeine, Ostthüringer Zeitung und Freies Wort im Rahmen einer Stichprobenerhebung Protestereignisse in Thüringen systematisch recherchiert, dokumentiert und in die Datenbank „Zivilgesellschaft in Bewegung" eingepflegt.[1] Der Stichprobe lagen jede Montagsausgabe der ausgewählten Zeitungen und zusätzlich ein fortlaufender Tag pro Woche zugrunde. Das heißt, in der ersten Woche Montag und Dienstag, in der zweiten Montag und Mittwoch, in der dritten Montag und Donnerstag usw. (Bischof/Quent 2017: 133). Das Forschungsprojekt orientierte sich methodisch am Vorgehen und am Handbuch der bundesweiten Protestdatenbank „Prodat", welche Protestereignisse in der Bundesrepublik zwischen 1993 und 2007 dokumentiert und analysiert hat (vgl. u. a. Rucht 2001). Daran angelehnt definieren wir Protestereignisse als öffentliche Aktionen nicht staatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder Ziels verbunden sind (Bischof/Quent 2017: 127). Da es sich um eine Stichprobe handelt, bilden die zugrunde liegenden Daten nicht das gesamte Protestaufkommen in Thüringen ab: Die Daten liefern keine vollständige Dokumentation, sondern einen repräsentativen Einblick in das öffentlich berichtete Protestgeschehen im Jahr 2017 in Thüringen.

Wir definieren Protestereignisse als öffentliche Aktionen nicht staatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder Ziels verbunden sind.

Aufgrund der besonderen Schädlichkeit für das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt in der Gesellschaft wurden Berichte über gewalttätige Angriffe auf (vermeintliche) Angehörige von gesellschaftlich stigmatisierten Gruppen ebenfalls in die Datenbank aufgenommen (zu Hassaktivitäten vgl. Geschke 2017). In allen Fällen wurden die jeweiligen öffentlichen Pressequellen gesichert, mit eindeutigen Kennziffern versehen und anhand vorab definierter Vorgaben eines umfangreichen Kodierhandbuches mithilfe eines Onlinefragebogens erfasst. Der entstandene Datensatz wurde geprüft, um formale Fehler bereinigt und mit der statistischen Analysesoftware SPSS ausgewertet.

[1] Konkret wurden in der Erhebung die Landesteile der genannten Zeitungen sowie folgende Lokalteile berücksichtigt: aus *Freies Wort* die Lokalteile Bad Salzungen, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Meiningen, Neuhaus, Schmalkalden und Suhl/Zella-Mehlis; aus der *Ostthüringer Zeitung* die Lokalteile Bad Lobenstein, Eisenberg, Gera, Greiz, Jena, Pößneck, Saalfeld, Schmölln und Stadtroda sowie aus der *Thüringer Allgemeinen* die Lokalteile Apolda, Artern, Eichsfeld, Eisenach, Erfurter Land, Gotha, Mühlhausen, Nordhausen, Sömmerda, Sondershausen und Weimar. Damit sind alle Landkreise Thüringens abgedeckt. Datenerhebung und -eingabe wären ohne die Mitarbeit von Ina Braune, Christine Eckes, Konrad Erben, Laura Gey, Janis Human und Niklas Trinkhaus nicht möglich gewesen. Selbstkritisch mussten wir im Zuge des Erhebungsprozesses feststellen, den Aufwand für die dauerhafte und systematische Erhebung und Eingabe der Stichprobendaten auf Grundlage von 27 lokalen Zeitungen unterschätzt zu haben. Die Umsetzung des Projektes für das gesamte Jahr 2017 war mit einem erheblichen Kräfteeinsatz verbunden, der ohne zusätzliche Ressourcen langfristig nicht durchzuhalten ist, weshalb die Erhebung mit dem Stichtag des 31.12.2017 vorläufig abgeschlossen wurde. Damit steht nun einerseits eine regional differenzierte Datenbank über das Protestgeschehen Thüringens 2017 für vertiefende Untersuchungen und Vorhaben zur Verfügung, anderseits können auf dieser Grundlage in Zukunft nicht regelmäßig kontinuierliche Längsschnittanalysen durchgeführt werden. Angestrebt wird eine vergleichende Wiederholung der Erhebung als Panel zu einem späteren Zeitpunkt. Vertiefende Analysen könnten sich beispielsweise mit dem ländlichen Raum als Protestraum auseinandersetzen.

Der vorliegende Artikel berichtet deskriptive Befunde der Erhebung aus dem gesamten Jahr 2017. Zugrunde liegen insgesamt 507 erhobene Protestereignisse. Die Daten zeigen, welche Themen besonderes Konfliktpotenzial mit sich bringen und offenbaren allgemeine Tendenzen und Trends gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Besonderen Wert besitzen die Daten aufgrund der kleinräumigen Erhebung in allen Landkreisen. Somit können beispielsweise lokale Schwerpunktthemen identifiziert werden.

Im Folgenden wird zunächst die regionale Verteilung von Protestereignissen in Thüringen im Jahr 2017 auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten betrachtet. Anschließend werden die Hauptthemenfelder dargestellt und überblicksartig beschrieben. Dem folgen vertiefende Analysen zu dem wichtigen einzelnen Konfliktthema, der geplanten Gebietsreform, sowie zu dem größten Konfliktfeld insgesamt: extrem rechte Aktivitäten sowie Gegenproteste.

Regionale Verteilung

Wie bereits angedeutet, wurden Protestereignisse aus allen Teilen Thüringens im Rahmen der Erhebung sichtbar. Tabelle 1 stellt die absolute Anzahl der erhobenen Protestereignisse je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt dar. Abbildung 2 zeigt, wie sich die Protestereignisse anteilig an der Bevölkerung der Landkreise bzw. kreisfreien Städte in Thüringen verteilen.

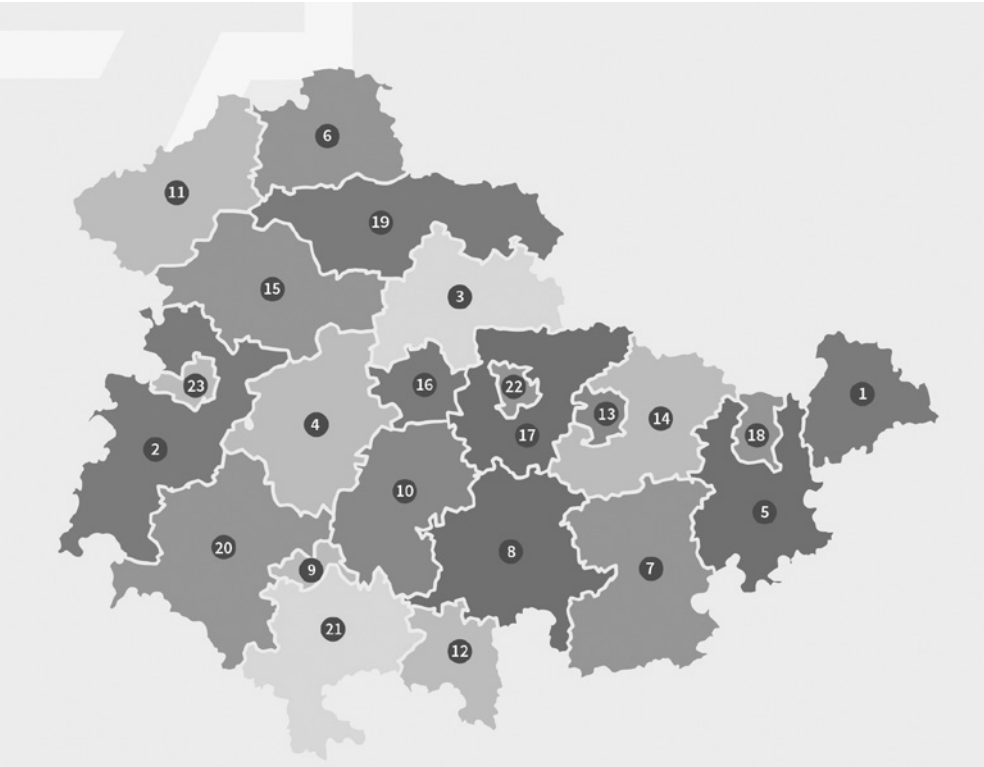

Abbildung 1: Thüringenkarte mit Landkreisen und kreisfreien Städten und Anzahl der Protestereignisse in der Stichprobe (n=507); zusätzlich wurden zehn landesweite Protestereignisse erfasst

Nr. in Abbildung 1	Landkreis bzw. kreisfeie Stadt	Anzahl der Protestereignisse in der Stichprobe
1	Altenburger Land	5
2	Wartburgkreis	12
3	Sömmerda	9
4	Gotha	18
5	Greiz	15
6	Nordhausen	14
7	Saale-Orla-Kreis	15
8	Saalfeld-Rudolstadt	21
9	Suhl	7
10	Ilm-Kreis	22
11	Eichsfeld	22
12	Sonneberg	13
13	Jena	26
14	Saale-Holzland-Kreis	21
15	Unstrut-Hainich-Kreis	27
16	Erfurt	56
17	Weimarer Land	25
18	Gera	31
19	Kyffhäuserkreis	26
20	Schmalkalden-Meiningen	44
21	Hildburghausen	23
22	Weimar	25
23	Eisenach	20
	landesweite Protestereignisse	10
	Thüringen gesamt	***507***

Tabelle 1: Absolute Anzahl der erhobenen Protestereignisse je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt

Die Stichprobe weist im Durchschnitt 2,35 Protestereignisse pro 10.000 Thüringer_innen im Jahr 2017 aus. Die Werte sind als Stichprobenbefunde relational zu interpretieren, das heißt: Die tatsächliche Zahl der Protestereignisse ist höher. Dabei kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Berichterstattung zwischen den Regionen differiert. Über das Altenburger Land beispielsweise berichtet auch die Leipziger Volkszeitung. Diese konnte jedoch aus ökonomischen Gründen in der zugrundeliegenden Stichprobe nicht berücksichtigt werden (zu den methodischen Schwachpunkten der Protestereignisanalyse vgl. Bischof/Quent 2017: 133f., Eilders 2001, Hocke 2001). Die wenigsten Protestereignisse wurden im Altenburger Land berichtet und die meisten in der kreisfreien Stadt Eisenach. Wird berücksichtigt, dass es sich bei Eisenach mit 42.588 Einwohner_innen um eine relativ kleine kreisfreie Stadt handelt und wenn man die Protestereignisse

des die Stadt umschließenden Wartburgkreises hinzuzählt, dann ergibt sich jedoch ein insgesamt unterdurchschnittlicher Wert von 1,9 Protestereignissen pro 10.000 Einwohner_innen in Eisenach und dem Wartburgkreis. Deutlich über dem landesweiten Durchschnitt liegt die Dichte von Protestereignissen in den kreisfreien Städten Weimar, Gera sowie in den Landkreisen Hildburghausen, Schmalkalden-Meiningen, Kyffhäuserkreis, Weimarer Land, Unstrut-Hainich und Saale-Holzland. Besonders wenige Protestereignisse wurden aus den Landkreisen Altenburg, Sömmerda, Gotha, Greiz, Nordhausen, Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt, Suhl und dem Ilm-Kreis berichtet.

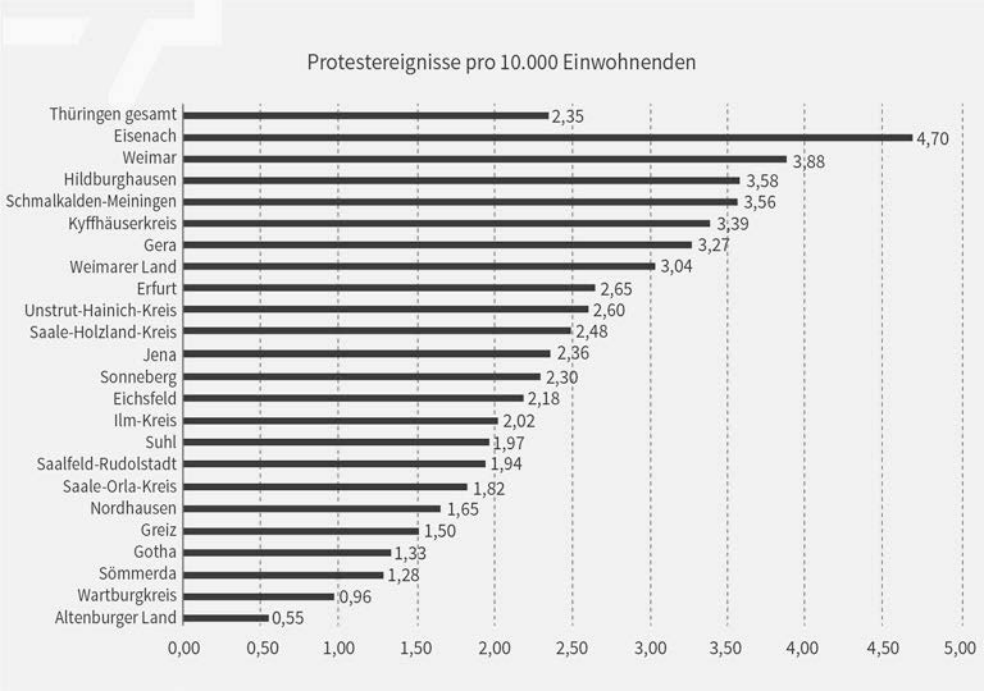

Abbildung 2: Protestereignisse 2017 in Thüringer Landkreisen pro 10.000 Einwohner_innen

Auffällig ist: In ländlichen Regionen nehmen spezifische Themen zum Teil eine große Rolle ein. Entsprechend erfahren Protestaktivitäten in ländlichen Regionen eine unerwartet hohe Resonanz in den Tageszeitungen. Während man auf Grundlage der Forschung von einem „Hauptstadteffekt" (Hocke 1998: 219, Eilders 2001: 282) bzw. „proximity effect" (Oliver/Maney 2000: 495f.) ausgehen würde, also von einem Bias der Berichterstattung zulasten ländlicher Räume, sind Protestereignisse auch in der Fläche durch die Berichterstattung der lokalen Zeitungen anscheinend gut abgedeckt. Zwar ist Erfurt in absoluten Zahlen mit 56 Protestereignissen tatsächlich der am stärksten vertretene Ort. Aber in Relation zur Bevölkerungszahl weist die Landeshauptstadt überraschenderweise nur durchschnittliche Werte auf, obwohl sie als Sitz des Landtages und der Ministerien, zentraler Medienredaktionen und wichtiger Bekenntnis- und Richtungsorganisationen einen besonders hohen symbolischen Wert für Protestierende besitzen dürfte. Dies zeigt zum einen, dass der ländliche Raum ein wichtiger räumlicher und themensetzender Kontext für das Protestgeschehen in Thüringen ist, und zum anderen, dass diese Proteste auch öffentlich wahrgenommen werden.

Dies drückt sich vor allem aus in Protesten gegen die Gebietsreformpläne der Thüringer Landesregierung – die aus Sicht der Kritiker_innen erfolgreich verlaufen sind.

Dominante Themenfelder

Abbildung 3 zeigt, welche Claimfamilien das Protestgeschehen in Thüringen prägten. Claimfamilien fassen Protestereignisse unterschiedlicher, thematisch miteinander verwandter Protestanliegen zusammen. Die Claims wurden weitgehend auf Grundlage der Methodik des Projektes „Prodat“ verwendet, jedoch an die gegenwärtig und regional wichtigen Themen angepasst. Auf Grundlage der kodierten Claims wurden Oberkategorien („Claimfamilien“) gebildet. Bereits auf den ersten Blick offenbart sich ein breites Feld an Protestthemen, welche Thüringer_innen bewegen und zum Ausdruck von politischem Widerspruch motivieren. Die Daten zeigen: Proteste und Gegenproteste im Zusammenhang mit Themen der extremen Rechten machen etwas mehr als ein Viertel aller Ereignisse aus (28,4 Prozent, n=144, inklusive Gegenproteste). Rechtsextremismus bildete 2017 also das größte soziale Konfliktthema in Thüringen.

Die Daten zeigen: Proteste und Gegenproteste im Zusammenhang mit Themen der extremen Rechten machen etwas mehr als ein Viertel aller Ereignisse aus. Rechtsextremismus bildete 2017 also das größte soziale Konfliktthema in Thüringen.

Das zweitwichtigste Themenfeld stellt Infrastruktur dar. Darunter fallen sowohl Proteste für oder gegen den Ausbau der kulturellen und sozialen Infrastruktur als auch Verkehrsthemen sowie der Ausbau des Stromnetzes im Zuge der Energiewende. 93 Protestereignisse wurden für dieses Themenfeld erhoben, fast jedes fünfte Protestereignis (18,3 Prozent) in Thüringen bezieht sich darauf. Differenziert man diese Proteste genauer, so zeigt sich, dass es hier um die Auseinandersetzung mit den Strukturen der Daseinsvorsorge ebenso geht wie um die Bedingungen des alltäglichen Lebens. Knapp 8 Prozent aller Protestereignisse (n=41) in diesem Themenfeld beziehen sich auf Anliegen der kulturellen und sozialen Infrastruktur. So wurde für Kultur (bspw. Theater; n=8) und Kindergärten (n=2) und gegen Flächennutzungsvorhaben (n=8) protestiert. 6 Prozent der Protestereignisse im Jahr 2017 (n=31) richteten sich im Themenfeld „Stromnetz“ gegen den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien bzw. den Ausbau des Leitungsnetzes vor allem in ländlich geprägten Regionen. Daneben sind es Proteste zu verkehrsbezogenen Themen, wie für den Ausbau oder Erhalt des öffentlichen Nahverkehrs, Straßenbau oder zur Verkehrsberuhigung, die die Auseinandersetzungen prägen (4,1 Prozent, n= 21).

Etwa halb so viele Protestereignisse wie im Themenfeld Rechtsextremismus fanden im Feld „Arbeit und Soziales“ (14 Prozent der Fälle, n=70) statt. So wurden insgesamt 50 Protestereignisse erhoben, die sich für eine bessere Lage von Arbeitnehmenden, für Lohnerhöhungen, betriebliche Mitbestimmung, für den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen oder sonstige arbeitnehmendenbezogene Themen einsetzen. Damit zeigt sich, dass klassische gesellschaftliche Konfliktlinien,

wie die Auseinandersetzung um die Bedingungen von Erwerbsarbeit, nach wie vor eine hohe Relevanz haben und Menschen mobilisieren können. 14 Protestereignisse setzen sich für bessere Bedingungen von Schüler_innen oder Studierenden ein. Drei Protestereignisse thematisieren die Verbesserung der Situation von Familien und Kindern allgemein und die restlichen drei Ereignisse forderten allgemeine Verbesserungen im sozialen Bereich.

Als wichtigstes Einzelthema erweist sich die Auseinandersetzung um die Pläne der Thüringer Landesregierung für eine Gebietsreform (13 Prozent der Fälle, n=65). Bei diesem Claim überschneiden sich nicht – anders als beispielsweise in der Claimfamilie Arbeit und Soziales – diverse miteinander verwandte Anlässe, sondern die Aktivitäten beziehen sich unmittelbar auf die konkreten Vorhaben für eine Gebietsreform: Insbesondere Aktivitäten gegen dieses Vorhaben mobilisierten Thüringer_innen zu Protesten. Ereignisse im Themenfeld Ökologie und Tierschutz umfassten 2017 8,9 Prozent der berichteten Protestereignisse (n=45). Dabei nehmen vor allem Proteste für Tier-, Landschafts-, Wald- und Pflanzenschutz eine wichtige Rolle ein. Diesen relativ stark vertretenen Themenfeldern folgen Protestereignisse zu Bürgerrechten und Mitbestimmung (n=24), für Frieden und Abrüstung (n=13), für Frauenrechte und gegen sexualisierte Gewalt (n=13) sowie gegen andere Formen von Diskriminierung (z. B. gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung; n= 13). 10 Protestereignisse richteten sich allgemein gegen Staatsorgane oder Politiker_innen der Bundesrepublik (2 Prozent). 7 erhobene Aktionen (1,4 Prozent) sprachen sich für die europäische Integration (n=7) aus.

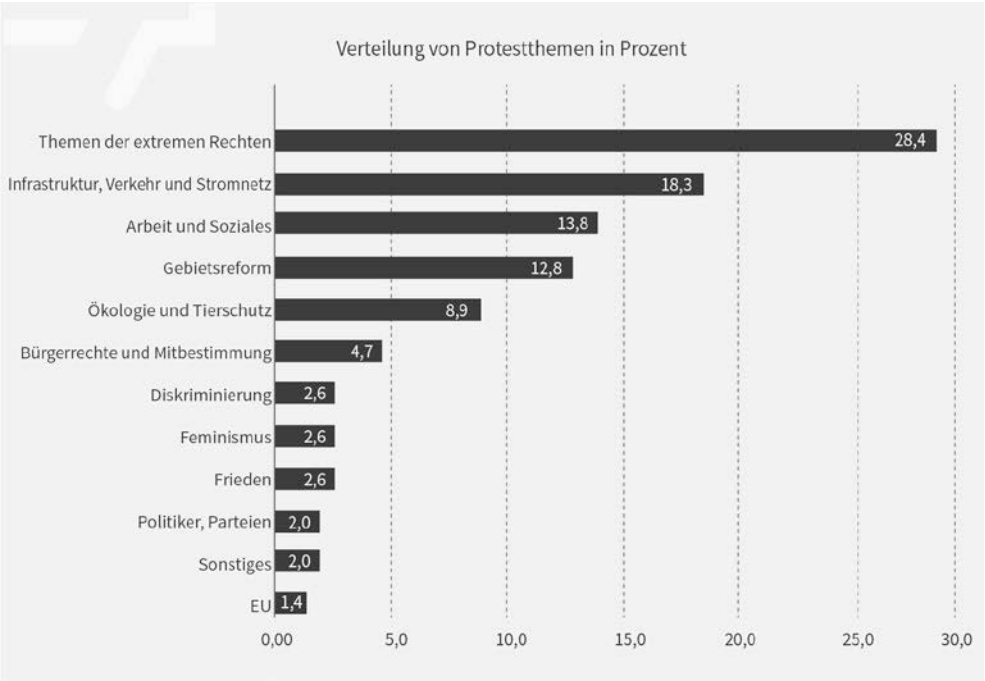

Abbildung 3: Anteil inhaltlicher Claimfamilien am Protestgeschehen in Thüringen 2017; n = 507

Thematisch zeigen sich regionale Schwerpunkte. Die überdurchschnittliche Protestdichte ist in Eisenach, Weimar, Hildburghausen und Gera vor allem auf Proteste für und gegen die extreme Rechte zurückzuführen. In den Kreisen Schmalkalden-Meiningen, Weimarer Land und Unstrut-Hainich haben überdurchschnittlich viele Proteste zum Thema Gebietsreform stattgefunden, im Kyffhäuserkreis zu ökologischen Themen und im Saale-Holzland-Kreis gegen Windenergie.

Größtes einzelnes Konfliktthema: die Gebietsreform

Proteste gegen die von der rot-rot-grünen Landesregierung geplante Gebietsreform stellten 2017 das größte Einzelanliegen bei Protestereignissen in Thüringen dar. Im August 2017 reagierte die Landesregierung auf den erheblichen Gegenwind u. a. durch die Entlassung des zuständigen Ministers für Inneres und Kommunales, Holger Poppenhäger, sowie die Ankündigung, die Strukturreform zunächst in der angedachten Form bis 2021 zu stoppen und stattdessen die freiwilligen Gemeindezusammenlegungen voranzutreiben. Bemerkenswert ist: Dieses lokal- bzw. landespolitische Thema spielt für das Protestgeschehen eine größere Rolle als bundes- oder europapolitische Themen. Knapp 13 Prozent (n=65) aller erhobenen Protestereignisse thematisierten die Gebietsreform – weitestgehend ablehnend. Nur 5 der 65 erfassten Ereignisse (7,7 Prozent) unterstützten die entsprechenden Pläne der Landesregierung. Die häufigste Aktionsform der Proteste gegen die Reformpläne waren Unterschriftensammlungen bzw. Petitionen (33,4 Prozent), öffentliche Versammlungen bzw. Demonstrationen (27,7 Prozent) und Pressemitteilungen bzw. Aufrufe (21,5 Prozent). Weniger häufig wurde über Flugblätter, kulturelle und nicht-sprachliche Protestereignisse berichtet. Regional verteilten sich die Proteste gegen die Gebietsreform unterschiedlich: Die meisten Aktivitäten wurden in den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen, Unstrut-Hainich, Weimarer Land und Greiz berichtet.

Bemerkenswert ist: Das lokal- bzw. landespolitische Thema Gebietsreform spielt für das Protestgeschehen eine größere Rolle als bundes- oder europapolitische Themen.

Das größte Konfliktfeld: Themen der extremen Rechten

Fast 30 Prozent aller berichteten Protestereignisse 2017 (n=144) bezogen sich auf extrem rechte Akteure als Veranstalter, Claims der extremen Rechten (v.a. Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus) sowie Straf- und Gewalttaten gegen gesellschaftlich stigmatisierte Gruppen (Hassaktivitäten). Dieses Themenfeld stellte 2017 ausgehend vom Anteil der berichteten Protestereignisse das größte gesellschaftspolitische Konfliktfeld in Thüringen dar. Dabei ist der Anteil der „Pro"- und „Kontra"-Proteste in diesem Themenfeld nahezu ausgewogen: 71 erfasste Protestereignisse unterstützen rechtsextreme Anliegen und 73 Ereignisse (50,7 Prozent) richteten sich dagegen. Somit ging mehr als jedes zehnte berichtete Protestereignis (14 Prozent) von extremen Rechten aus. Häufig gab es dabei Gegenveranstaltungen der Zivilgesellschaft: Fast die Hälfte der Proteste gegen rechts (46,6 Prozent; n=34) richteten sich reaktiv gegen rechte Protestereignisse. Gemessen am

Bevölkerungsanteil fanden in Eisenach und im Landkreis Hildburghausen mehr als dreimal so viele Proteste in diesem Themenfeld statt wie im Landesdurchschnitt. Verantwortlich dafür sind im Landkreis Hildburghausen insbesondere die RechtsRock-Konzerte (vgl. Beitrag von Heerdegen in diesem Band) und in Eisenach die Aktivitäten von und gegen die NPD, die im Ort ein Veranstaltungszentrum betreibt. Auch in Gera und Weimar ist der Anteil überdurchschnittlich. Besonders wenige Protestereignisse in diesem Themenfeld wurden im Saale-Holzland-Kreis, im Altenburger Land, Gotha, Sonneberg und im Unstrut-Hainich-Kreis erhoben.

Gewalt im Konfliktfeld extreme Rechte

Den Angaben der erhobenen Medienbeiträge folgend waren 39 der 144 erfassten Ereignisse gewaltsam oder wurden im Verlauf zum Ausgangspunkt von Gewalt gegen Menschen oder Gegenstände. Dies trifft insbesondere auf die rechtsmotivierten oder vorurteilsgeleiteten, d.h. meist rassistischen oder antisemitischen Taten zu: Insgesamt 34 der 71 erhobenen rechten Protestereignisse (d.h. 48,9 Prozent) waren gewalttätig. Davon richteten sich 15 Taten unmittelbar gegen Menschen (meist gegen rassistisch Diskriminierte oder Polizist_innen) und 19 Fälle waren Beschädigungen von Gegenständen (meist durch das Anbringen rechtsextremer Symbole und Schmierereien bspw. gegen jüdische Grabsteine oder gegen Treffpunkte von alternativen Jugendlichen). Von den Protestereignissen gegen Rechts richteten sich 6,9 Prozent (n=5) der Fälle in der Stichprobe zerstörerisch gegen Gegenstände (n=4; meist Schmierereien an öffentlichem Eigentum oder gegen Veranstaltungsorte der extremen Rechten) oder Menschen (n=1; in diesem Fall gegen einen Teilnehmenden einer AfD-Versammlung). Abbildungen 4 und 5 veranschaulichen: Das weitaus größte berichtete Gewaltpotenzial in diesem Konfliktfeld geht von den Aktivitäten der extremen Rechten aus. Proteste gegen rechts verliefen in mehr als 90 Prozent der Fälle friedlich.

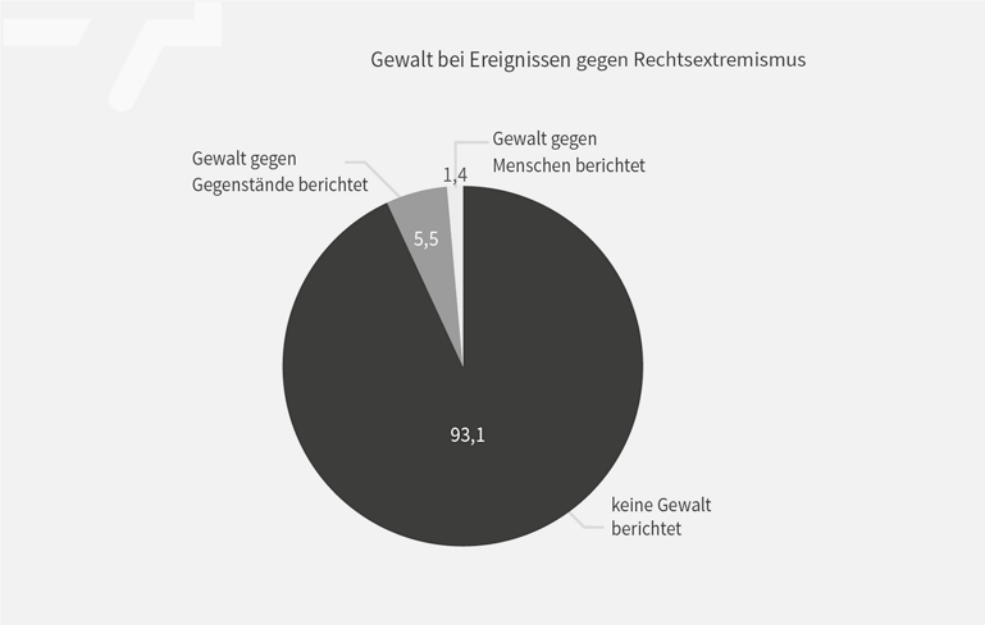

Abbildung 5: Verteilung des Gewaltvorkommens bei Ereignissen, die sich gegen Rechtextreme richten

Fazit

Diese Einblicke in das Thüringer Protestgeschehen im Jahr 2017 zeigen: Ein Großteil der Protestereignisse hat auch einen spezifisch räumlichen, in dem Fall ländlichen Aspekt. Besonders deutlich wird dies beispielsweise mit Blick auf die Proteste in Bezug auf die Energiewende. Sie spielen sich zu einem großen Teil in ländlichen Räumen ab. Von der Forschung werden sie seit Jahren analytisch begleitet. Besonders im englischsprachigen Raum wurden Proteste gegen die Energiewende als NIMBY-Phänomen beschrieben (vgl. Burningham et al. 2006, Jones/Eiser 2010). NIMBY bedeutet „Not in my backyard". Man beschreibt damit den Widerspruch gegen die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie meist nicht aus einer prinzipiellen Ablehnung solcher Technologien heraus, sondern äußert die Ablehnung solcher Anlagen konkret in der eigenen Wohnumgebung bzw. dem eigenen „Hinterhof". Inzwischen hat das Konzept jedoch vielfältige Kritik erfahren und es sind neue Begrifflichkeiten entstanden, die auch räumliche Aspekte mitberücksichtigen (vgl. Devine-Wright 2012, Horst 2007, Petrova 2016).

Dass sich Proteste und soziale Bewegungen nicht nur in urbanen Räumen abspielen, ist sowohl aus der deutschen wie auch aus der europäischen Geschichte bekannt (vgl. u. a. Böck/Gerke 2015, Prendiville 2017). Inwieweit Protest in ländlichen Räumen sich von dem im städtischen Bereich unterscheidet, ist jedoch erst in Ansätzen erforscht (vgl. Hocke 2001). Interessante Perspektiven dazu bieten beispielsweise die Arbeiten von Michael Woods et al. (2008): In ihrer Analyse von Grassroots-Protesten und politischen Aktivitäten in Großbritannien stellten die Forschenden beispielsweise fest, dass Ländlichkeit die Aushandlung ihrer politischen Bedeutung und die identitäre und emotionale Bezugnahme auf den ländlichen Raum eine zentrale Rolle im Protestgeschehen in der Provinz spielten. Dabei konnten sie je nach Themengebieten des Protests unterschiedliche gefühlsmäßige und räumliche Muster der Bezugnahme auf Ländlichkeit feststellen (vgl. ebd.: 5). Auf Grundlage der Protestdatenbank lässt sich bereits ablesen, dass ein Großteil des Thüringer Protestgeschehens von ländlichen Räumen ausgeht. In ihnen spiegelt sich sowohl ein Bewahrungs- wie auch ein Gestaltungswille. Dies trifft nicht nur für das Themenfeld Infrastruktur, sondern auch für das Themenfeld der extremen Rechten zu. Im Untersuchungszeitraum waren zwar diverse Konflikte um konkrete Sachthemen zu finden, etwa die Organisation der Verwaltung durch die Gebietsreform, doch der größte Bereich der erhobenen Protestereignisse umfasst von extrem Rechten inszenierte Proteste und die zivilgesellschaftlichen Reaktionen darauf. Vertiefend muss analysiert werden, inwieweit der ländliche Raum eine besondere Rolle für die Verbreitung von Ressentiments spielt – wie es neuere Studien nahelegen (vgl. Cramer 2016, Hillje 2018, Hochschild 2016).

Deutlich wird anhand der Daten, dass die Probleme und Konfliktpotenziale komplexer sind als eine Fokussierung auf Heimat oder regionale Identitäten suggeriert.

Deutlich wird anhand der Daten, dass die Probleme und Konfliktpotenziale komplexer sind als eine Fokussierung auf Heimat oder regionale Identitäten suggeriert. Betrachtet man das Protestgeschehen als Indikator für gesellschaftlichen Zusammenhalt, zeigt sich anhand des Protestgeschehens

in Thüringen, dass Konflikte und Widersprüche sich nicht nur an den Achsen Stadt-Land oder Zugewanderte-Etablierte festmachen lassen. Vor allem konkrete Anlässe wie die Infrastruktur vor Ort sowie Arbeit und Soziales sind zentrale Themen der Auseinandersetzung mit und der Gestaltung von Gesellschaft. Von den vielfältigen und konkreten Partizipationsformen und Protestanlässen gesellschaftlicher Aushandlungen lenken rechte populistische und extremistische Stimmungsmache sowie die häufig rassistisch geprägte Konstruktion von Sündenböcken ab. Derartige extrem rechte Proteste waren 2017 in Thüringen besonders virulent und verliefen in fast der Hälfte der Fälle gewalttätig. Die etwa gleichgroße Zahl an – überwiegend friedlichen – Gegenprotesten zeigt indes: Die demokratische Zivilgesellschaft in Thüringen ist aktiv und wehrhaft.

„Demokratie und Zivilgesellschaft im ländlichen Raum“ wird Schwerpunkt des fünften Bandes der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ sein.

Susann Bischof, M.A., studierte Soziologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von Oktober 2016 bis Juli 2018 war sie am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft tätig. Aktuell arbeitet sie am Thünen-Institut in Braunschweig.

Dr. Matthias Quent ist Soziologe und leitet das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Literatur

Bischof, Susann/Quent, Matthias (2017): Was bewegt die Zivilgesellschaft? Protestereignisanalyse als Indikator für soziale Konfliktpotenziale. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/01, Amadeu Antonio Stiftung: Berlin, S. 124 – 149.

Böck, Korbinian/Gerke, Tano F. (2015): Tagungsbericht: Neue soziale Bewegungen in der ‚Provinz ' (1970 – 1990). Online: http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5780 [09.07.2018].

Burningham, Kate/Barnett, Julie/Trush, Diana (2006): The Limitations of the NIMBY Concept for Understanding Public Engagement with Renewable Energy Technologies: a Literature Review. University of Manchester (Working Paper, 1.3). Online: https://geography.exeter.ac.uk/beyond_nimbyism/deliverables/bn_wp1_3.pdf [09.07.2018].

Cramer, Katherine J. (2016): The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker (Chicago studies in American politics). University of Chicago Press: Chicago/London.

Devine-Wright, Patrick (2012): Explaining ‚NIMBY '. Objections to a Power Line: The Role of Personal, Place Attachment and Project-Related Factors. In: Environment and Behavior 45 (6), S. 761 – 781.

Eilders, Christiane (2001): Die Darstellung von Protesten in ausgewählten deutschen Tageszeitungen. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus: Frankfurt a.M./New York, S. 275–311.

Geschke, Daniel (2017): Alle reden von Hass. Was steckt dahinter? Eine Einführung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/01, Amadeu Antonio Stiftung: Berlin, S. 169 – 187.

Hillje, Johannes (2018): Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Online: http://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/03/Ru%CC%88ckkehr-zu-den-politisch-Verlassenen_500-Gespra%CC%88che-in-rechtspopulistischen-Hochburgen-in-Deutschland-und-Frankreich_Studie-von-Johannes-Hillje_Das-Progressive-Zentrum.pdf [12.04.2018].

Hochschild, Arlie R. (2016): Strangers in their Own Land. Anger and Mourning on the American Right. The New Press: New York/London.

Hocke, Peter (1998): Determining the Selection Bias in Local and National Newspaper Reports on Protest Events. In: Rucht, Dieter/Koopmans, Ruud/Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.]: Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest. Edition Sigma: Berlin, S. 131 – 163.

Hocke, Peter (2001): Protestieren nur Studenten? Ein Vergleich mittelgroßer Städte in der ‚alten' Bundesrepublik. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus: Frankfurt a.M./New York, S. 211 – 239.

Horst, Dan van der (2007): NIMBY or not? Exploring the relevance of location and the politics of voiced opinions in renewable energy siting controversies. In: Energy Policy 35 (5), S. 2705 – 2714.

Jones, Christopher R./Eiser, J. Richard (2010): Understanding ‚local opposition' to wind development in the UK: How big is a backyard? In: Energy Policy 38 (6), S. 3106 – 3117.

Neu, Claudia (2016): Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ 66 (46–47), S. 4 – 9.

Oliver, Pamela E./Maney, Gregory M. (2000): Political Processes and Local Newspaper Coverage of Protest Events: From Selection Bias to Triadic Interactions. In: American journal of sociology 106 (2), S. 463 – 505.

Petrova, Maria A. (2016): From NIMBY to acceptance: Toward a novel framework -VESPA - For organizing and interpreting community concerns. In: Renewable Energy 86, S. 1280 – 1294.

Prendiville, Brendan (2017): Rural Protest in England. In: Haigron, David [Hrsg.]: The English Countryside. Representations, Identities, Mutations. Palgrave Macmillan: Cham, Switzerland, S. 35 – 59.

Rucht, Dieter (2001): Protest und Protestereignisanalyse. In: Dieter Rucht [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus: Frankfurt a.M./New York, S. 7 – 25.

Woods, Michael/Anderson, Jon/Guilbert, Steven/Watkin, Suzie (2008): Grassroots Rural Protest and Political Acitivity in Britain. Full Research Report. ESRC End of Award Report, RES-000-23-1317. Online: https://www.aber.ac.uk/en/media/departmental/dges/doc/ESRC-research-report.doc [09.07.2018].

„EIN GROSSTEIL DER PROTEST-EREIGNISSE IN THÜRINGEN HAT EINEN SPEZIFISCH RÄUMLICHEN, IN DEM FALL LÄNDLICHEN ASPEKT.“

FRANK SCHUMANN

„DIE VERBREITETE UNZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE LÄSST SICH OFFENBAR LEICHT FÜR EINE ANTI-DEMOKRATISCHE POLITIK MOBILISIEREN.“

Antidemokratische Demokratiekritik: Zum Demokratieverständnis politischer Empörungsbewegungen

Immer öfter mischt sich in politischen Protesten Kritik an mangelnder demokratischer Mitbestimmung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Ressentiments. Wie geht das zusammen? Eine Erklärung, so versucht der Beitrag zu zeigen, liegt in einem einseitigen Demokratieverständnis, in dem demokratische Teilhabe lediglich als eine Leistung des politischen Systems verstanden wird. Darin kommt nicht nur demokratische Beteiligung zu kurz. Diese politische Kultur begünstigt außerdem die Abwertung von Gruppen, die vermeintlich keinen Anspruch auf diese Leistungen haben.

Soziale Bewegungen und Proteste gehören in vielen westlichen Ländern zur politischen Normalität. Und das sogar so weit, dass schon vor über zwei Jahrzehnten von einer „Bewegungsgesellschaft" die Rede war (Neidhardt/Rucht 1993). Im Sinne einer engagierten und partizipativen Öffentlichkeit wurden Protestbewegungen meist als ein Korrektiv zu institutionalisierten politischen Akteuren und damit als eine bereichernde Stimme in demokratischen Aushandlungsprozessen verstanden. Dieses progressiv-demokratische Verständnis (vgl. Honneth 1994) erfuhr in den letzten Jahren jedoch eine deutliche Verunsicherung (vgl. Roth/Rucht 2008: 10, vgl. auch zu Thüringen Bischof/Quent 2017). Nicht erst seit der PEGIDA-Bewegung besteht der Eindruck, dass sich einige der Bewegungen gegen eine plurale, demokratische Gesellschaft und die mit ihr verbundenen Institutionen richten. Schon einige Jahre vor den ersten PEGIDA-„Spaziergängen" war anlässlich der Debatte um Thilo Sarrazin und der Stuttgart-21-Proteste bereits vom „Wutbürger" die Rede (Kurbjuweit 2010). Unabhängig davon, wie treffend der Ausdruck letztlich die unterschiedlichen Gruppierungen beschreibt, macht er doch zweierlei deutlich: Offenbar erklang nach der Finanz- und Eurokrise die Stimme des Protests nicht mehr allein aus aktivistischen Milieus; zunehmend war sie auch aus der bürgerlichen Mitte zu vernehmen. Was sie zu sagen hatte, schien nicht immer von der Idee eines

gerechteren oder freieren Zusammenlebens getragen zu sein, sondern oft von ressentimentgeladener Empörung. Einige Jahre später hat sich mit der AfD jene Empörung nun auch in den deutschen Parlamenten konsolidiert und ist zu einem festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden.

Passend dazu ist in jüngerer Zeit ein deutlicher Vertrauensverlust in demokratische Institutionen beobachtbar (vgl. Embacher 2009). Ein immer größerer Teil der Bevölkerung fühlt sich politisch nicht mehr repräsentiert. Die Krise der repräsentativen Demokratie wurde auch im politik- und sozialwissenschaftlichen Diskurs registriert. Begriffe wie „Postdemokratie" (Crouch 2008) oder „simulative Demokratie" (Blühdorn 2013) bezeichnen dabei ähnliche Probleme: die neoliberale Auflösung eines nationalstaatlich gerahmten Wohlfahrtsprinzips, verbunden mit der Übertragung ebenfalls lange Zeit nationalstaatlich gefasster Entscheidungskompetenzen an supranationale Institutionen wie die EU oder an demokratisch nicht legitimierte Gremien, ThinkTanks und administrative Exekutivorgane.

Das problematisches Demokratieverständnis der „Empörungsbewegungen"

Die neuerliche Demokratiekritik vieler Protestbewegungen nimmt ihren Ausgangspunkt damit an tatsächlichen Problemlagen. Sie offenbart aber mitunter fragwürdige Demokratievorstellungen. Es wurde daher vorgeschlagen, von „postdemokratischen Empörungsbewegungen" zu sprechen, da die Demokratiekritik eine Reaktion auf eine zunehmende Entleerung demokratischer Verfahren darstelle, aber selbst von einer lediglich diffusen Idee von Demokratie getragen sei (vgl. Ullrich 2015). Feindbildorientierte und repressive Demokratieforderungen sind vor allem von PEGIDA-Veranstaltungen oder der bewegungsnahen AfD zu vernehmen. Sie fanden sich aber auch bei den heterogeneren „Montagsmahnwachen für den Frieden". Selbst die Occupy-Bewegung gab mit dem Slogan „We are the 99 percent" eine simplifizierende Diagnose aus, die komplexe strukturelle Probleme auf die Machenschaften einer Elite reduziert und über diese Feindbildkonstruktion anschlussfähig für Ressentiments ist. Zwar findet die *Idee* der Demokratie als Staatsform noch immer in weiten Bevölkerungsschichten Zustimmung (vgl. Statistisches Bundesamt 2016). Aber ob diese Zustimmung als ein Resilienzfaktor gegen antidemokratische Politik verstanden werden kann, ist besonders vor dem Hintergrund des Einzugs der AfD in den Bundestag fraglich. Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem *Funktionieren* der Demokratie lässt sich offenbar leicht für eine antidemokratische Politik mobilisieren.

Die neuerliche Demokratiekritik vieler Protestbewegungen nimmt ihren Ausgangspunkt damit an tatsächlichen Problemlagen, sie offenbart aber mitunter fragwürdige Demokratievorstellungen.

Wenn mehr Demokratie gefordert oder die undemokratische Politik korrupter Machteliten kritisiert wird, muss daher gefragt werden, welches Demokratieverständnis dieser Kritik zugrunde liegt. Vorstellungen eines politischen Gemeinwesens, in denen die universelle Gleichwertigkeit der Menschen oder das Konzept einer selbstgewählten Lebensführung keine Rolle mehr spielen, widersprechen modernen, aufklärerischen Demokratieideen. Das gilt etwa für völkische oder

ethnopluralistische Gemeinschaftsvorstellungen, die die Gleichwertigkeit der Menschen direkt infrage stellen. Ebenfalls trifft es auf eine feindbildorientierte und pauschale Elitenkritik zu, da sie lediglich einen Sündenbock präsentiert und damit an unterschwellige Ressentiments und Vorurteilsstrukturen anknüpft. Das Problem ist jedoch nicht nur eines ‚in den Köpfen', es hängt ebenso mit der politischen Praxis und politischen Kultur zusammen. Der Verbindung von Demokratieverständnis, politischer Kultur und Partizipation möchte ich im Weiteren nachgehen und eine Erklärung anbieten, weswegen der Vertrauensverlust in demokratische Institutionen in jüngerer Zeit zugleich problematische Demokratievorstellungen offenbarte.

Wer Demokratie sagt, meint Beteiligung

In modernen Demokratietheorien ist die Frage nach demokratischer Legitimation eng mit Möglichkeiten politischer Partizipation verbunden. Politische Entscheidungen können nach diesem Verständnis nur dann als demokratisch legitimiert – das heißt als im Interesse aller – gelten, wenn sie Ergebnis eines Aushandlungsprozesses sind und sich öffentlich rechtfertigen lassen. „Wer Demokratie sagt", so kann der Punkt zusammengefasst werden, „meint Partizipation" (van Deth 2009: 141). Das setzt aber eine politische Öffentlichkeit voraus, an der möglichst viele Menschen gleichberechtigt und vor allem aktiv teilnehmen. Je lebendiger und vielfältiger die Beteiligung an der politischen Willensfindung ist, desto mehr Legitimität kann der so gebildete Gemeinwille für sich beanspruchen. Denn dadurch kann ausgeschlossen werden, dass Politik nur für bestimmte Interessengruppen gemacht wird. Die Idee einer breiten, demokratischen Zivilgesellschaft beinhaltet damit schon von sich aus egalitäre und liberale Wertvorstellungen.

Je lebendiger und vielfältiger die Beteiligung an der politischen Willensfindung ist, desto mehr Legitimität kann der so gebildete Gemeinwille für sich beanspruchen.

Gerade an den ungleichen Beteiligungsmöglichkeiten entzündet sich die jüngere Kritik an postdemokratischen Verhältnissen. Diese beklagt den übermäßigen und demokratieschädlichen Einfluss von Wirtschaftsorganisationen auf politische Entscheidungen und bezweifelt daher, dass eine neoliberale Politik demokratisch legitimiert ist. Die Klage über nachlassendes Vertrauen in demokratische Institutionen ist aber nicht neu. Sie spielte schon in den 1960er und 1970er Jahren eine gewisse Rolle im sozial- und politikwissenschaftlichen Diskurs – vor allem assoziiert mit Jürgen Habermas und Claus Offe. An dieser Stelle lohnt sich daher ein Rückblick auf ältere Theorien, die einen Legitimationsverlust in demokratischen Gesellschaften diagnostizierten – auch wenn die damalige Situation in einigen Punkten von der heutigen abweicht.

Zum Beispiel genoss die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren, in denen Habermas „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" (Habermas 1973) diagnostizierte, trotz der 68er-Proteste eine Akzeptanz und Zustimmung, die aktuell ihresgleichen suchen. Ökonomische Krisen schienen beherrschbar geworden zu sein, die Wirtschaft wuchs weitgehend stabil und führte dadurch zum sozialen Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten: dem „Fahrstuhleffekt" (Beck 1986).

So gesehen waren die 1960er und frühen 1970er Jahre eine Zeit großer sozialer und politischer Integration, was sich auch daran zeigte, dass CDU, CSU und SPD auf eine außerordentliche Mehrheit der Stimmen zählen konnten. Dass Habermas trotzdem von Legitimationsproblemen sprach, verwundert daher zunächst; es kann aber helfen, die Ambivalenz im Demokratieverständnis neuerer Protesterscheinungen besser zu verstehen.

Mangelnde Beteiligung im Nachkriegsdeutschland – eine Spurensuche

Habermas bezeichnete mit Legitimationsverlust nicht den Verlust an Zustimmung zu Parteien und Politik, sondern – ganz im Sinne des geschilderten Demokratieverständnisses – meinte er einen Verlust an politischer Beteiligung. Nach der normativen Demokratietheorie, die Habermas im Hinterkopf hatte, gelten politische Entscheidungen nur dann als demokratisch legitimiert, wenn sie im Verfahren eines öffentlichen Aushandlungsprozesses getroffen worden sind oder im Zweifelsfall dadurch nachträglich gerechtfertigt werden können (vgl. Habermas 1973: 144; Habermas 1990; Habermas 1998). Nach der Theorie von Almond und Verba (1965) ließe sich auch sagen, dass demokratische Legitimation nur im Rahmen einer *participant political culture* hergestellt werden kann. Damit ist eine politische Kultur gemeint, in der die Staatsbürger_innen nicht nur Empfänger_innen staatlicher und politischer Leistungen – eines *Outputs* – sind, sondern zugleich auch über Beteiligung an politischen Aushandlungsprozessen, Initiativen, sozialen Bewegungen oder ähnlichem einen relevanten Input in das politische System leisten.

Habermas bezeichnete mit Legitimationsverlust einen Verlust an politischer Beteiligung.

An dieser Stelle hakte die kritische Diagnose von Habermas ein. Zwar schaffte es der bundesrepublikanische Sozialstaat der Nachkriegszeit durch eine interventionistische Politik wirtschaftliche Krisentendenzen zu entschärfen und Arbeitskämpfe beziehungsweise Klassenkonflikte weitgehend zu befrieden. Aber das gelang, so bilanzierte Habermas, nur um den Preis einer „Reinigung der politischen Teilhabe von partizipatorischen Gehalten“ (Habermas 1995: 514). Gemeint ist damit, dass die politische Integration in den Sozialstaaten vorwiegend über die Teilhabe an staatlichen und politischen Leistungen erzielt wurde. Mit anderen Worten: Der Input in das politische System – zivilgesellschaftliches und politisches Engagement – verlor gegenüber dem Output an Bedeutung.

Zum Output des Sozialstaates gehören etwa die unterschiedlichen Leistungen der Sozialversicherung, der Arbeitnehmer_innenschutz, die Ermöglichung von Aufstiegschancen und die Absicherung von Erwerbsbiografien (vgl. Habermas 1995: 510f). Aber der Output beschränkt sich nicht nur auf materielle Leistungen. Darunter fiel auch ein soziales Identitätsangebot, das auf die Berufsrolle und auf ein sozialstaatlich abgefedertes Normalarbeitsverhältnis konzentriert war. Die damit assoziierten Werte wie Wohlstand und Leistungsbereitschaft drückten der sozialen Integration und den Wertvorstellungen der sogenannten „Mitte“ ihren Stempel auf und bildeten nach 1945 auch die Grundlage einer erneuerten nationalen Identität (vgl. Decker et al. 2014).

Habermas vermutet nun, dass ein Teil des sozialstaatlichen Outputs die Aufgabe erfüllt, für die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten „in einer strukturell entpolitisierten Öffentlichkeit" zu entschädigen (Habermas 1973: 55). Selbst im Kernbereich der sozialstaatlichen Politik finden sich daher nur Ansätze einer partizipatorischen politischen Kultur, da Arbeits- und Tarifkonflikte routiniert von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften stellvertretend für die Lohnarbeitenden gemanagt werden. Die Rolle, die den Staatsbürger_innen in diesem politischen System zukommt, ist nicht die eines engagierten Citoyens, sondern die von Klient_innen: „Klienten, das sind die Abnehmer, die in den Genuß des Sozialstaates kommen; und die Klientenrolle ist das Pendant, das eine zur Abstraktion verflüchtigte, ihrer Effektivität beraubte politische Teilnahme akzeptabel macht" (Habermas 1995: 515). Nach der zugespitzten Diagnose von Habermas lässt sich daher für die alte Bundesrepublik eher von einer autoritär strukturierten *subject political culture* sprechen (Almond/Verba 1965), da die Bürger_innen periodisch im Wahlgang den jeweiligen Funktionseliten ihr Einverständnis geben oder verweigern können, darüber hinaus aber weitgehend passiv bleiben (vgl. Habermas 1973: 106ff.). Das gleiche lässt sich in extremerer Form auch für die DDR sagen. In dieser politischen Kultur werde Teilhabe nicht über Beteiligung an Aushandlung eines Gemeinwillens verstanden, sondern über politische Repräsentation und Empfang politischer Leistungen bestimmt. Sofern dies gelingt, können die politischen Institutionen zwar mit einem hohen Maß an „Massenloyalität" (Habermas 1995: 509), also Zustimmung, rechnen. Diese Zustimmung ist aber nicht mit demokratischer Legitimation gleichzusetzen.

Die Reduktion politischer Teilhabe auf den Empfang von staatlichen Entschädigungsleistungen führt zu einem Denken, in dem die gruppenbezogene Anspruchsberechtigung auf jene Leistungen im Vordergrund steht.

Die Institutionalisierung sozialer Rechte im Sozialstaat wird gemeinhin als ein Schritt in der Verwirklichung universeller und gleicher gesellschaftlicher Teilhabe gelesen (vgl. Honneth 1994). Denn Partizipation erfordert ein Mindestmaß an Zeit, Bildung und materieller Grundsicherung. Aber die sozialstaatliche Regierungsweise begünstigt für Habermas bei den Bürger_innen eine politische Haltung, die wenig Wert auf Partizipation legt. Und damit nehmen die mit gleicher Beteiligung assoziierten universalistischen Werte in der politischen Praxis ebenfalls einen geringeren Stellenwert ein. Im Gegenteil: Die Reduktion politischer Teilhabe auf den Empfang von staatlichen Entschädigungsleistungen führt zu einem Denken, in dem die gruppenbezogene Anspruchsberechtigung auf jene Leistungen im Vordergrund steht.

Schließlich scheint es das sozialstaatliche Arrangement notwendig zu machen, sowohl den Umfang des Outputs als auch die Gruppe, die legitimen Anspruch auf diesen hat, zu begrenzen. Üblicherweise sind das deutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Normalarbeitsverhältnissen. Dieses „kommunitaristische" Prinzip, das Teilhabe über Gruppenzugehörigkeit bestimmt, läuft dem „kosmopolitischen" Egalitätsprinzip demokratischer Partizipation zuwider, das Teilhabe an universalistischen Gesichtspunkten festmacht (vgl. Merkel 2017). Aussagen wie „Wir sind nicht das Weltsozialamt", die so ähnlich von NPD, AfD aber auch CSU in Wahlkämpfen getätigt wurden, drücken dieses Spannungsverhältnis zugespitzt aus: Die gruppenbezogene Anspruchshaltung wird damit gegen universelle Schutz- und Teilhaberechte ausgespielt.

Eine Folge: problematische Demokratieverständnisse

Aus heutiger Sicht fallen an der Diagnose von Habermas zwei Schwachpunkte ins Auge: Zum einen konnte Habermas den Rückbau des Sozialstaates und das Aufkommen neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht vorhersehen, die ab den 1980er Jahren an Fahrt aufnahmen (vgl. Nachtwey 2010). Zum anderen unterschätzte Habermas die Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen, die ab den 1970er Jahren die politische Landschaft in Deutschland mitprägten. Durch die „Beteiligungsrevolution" (Kaase 1984) erweiterte sich nicht nur das Repertoire politischer Partizipation. Mit den Grünen etablierte sich auch eine Partei, die einen dezidierten Bewegungshintergrund hatte. Das schränkt die Argumentation von Habermas ein, entkräftet sie aber nicht auf ganzer Linie.

Denn die These von der Beteiligungsrevolution blendet aus, dass die politische Partizipationskultur vorwiegend von aktivistischen und gebildeten Milieus getragen ist – sie setzte sich also nur in Teilen der Gesellschaft durch (vgl. Böhnke 2011). Ebenso führt der Rückzug des Sozialstaates nicht ohne weiteres zu einem Wandel der politischen Kultur. Eher ist zu erwarten, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen sozialstaatlicher Identitätspolitik und einem demokratischen Universalismus in Krisenzeiten verschärft. An diesem Punkt lässt sich zum Ausgangsproblem zurückkehren. Wenn also tatsächlich die partizipatorische Revolution nur auf bestimmte, aktivistische Milieus beschränkt bleibt, so lässt sich vermuten, dass die ambivalente Demokratiekritik der „postdemokratischen Empörungsbewegungen" u. a. daher rührt, dass an ihnen Menschen teilnehmen, deren Demokratieverständnis vorwiegend durch die beschriebene Output-Kultur geprägt ist. Wenn die These zutrifft, dann verlieren demokratische Institutionen an Vertrauen, weil sie infolge des Bedeutungsverlusts sozialstaatlicher Politik nicht mehr ausreichend ‚leisten'. Beklagt wird damit ein mangelnder Output öffentlicher und staatlicher Institutionen, aber nicht mangelnde Mitbestimmung. Ein Indiz dafür ist etwa, dass Veranstaltungen jenes Typs tatsächlich vermehrt von Protestneulingen besucht werden, die zwar politisch interessiert, sonst aber weniger politisch aktiv sind. Das lässt sich sowohl bei den Montagsmahnwachen für den Frieden (vgl. Daphi et al. 2014) als auch für PEGIDA (vgl. Rucht et al. 2015) und selbst für die deutsche Occupy-Bewegung (vgl. Brinkmann et al. 2013) feststellen.

Es ist zu erwarten, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen sozialstaatlicher Identitätspolitik und einem demokratischen Universalismus in Krisenzeiten verschärft.

Hinweise auf das geschilderte Demokratieverständnis finden sich auch in zwei Kerngedanken, die in der Kritik und den politischen Forderungen immer wieder auftauchen: zum einen die Behauptung einer privilegierten Anspruchsberechtigung auf die Vertretung und Zuwendung der öffentlichen Politik oder der Medien; zum anderen eine pauschale Elitenkritik, die sich um eine Vernachlässigung oder einen Verrat der Bevölkerung seitens der Eliten dreht.

Zwei Grundmotive antidemokratischer Kritik: Zugehörigkeitspolitik und pauschale Elitenkritik

Die Betonung eines privilegierten Anspruchs auf staatlich garantierte Rechte und Leistungen lässt sich am deutlichsten bei rechten Bewegungen finden. Die PEGIDA-Parole „Wir sind das Volk" appelliert unmissverständlich an die Politik, die Interessen der Protestierenden – ihre ‚Sorgen und Nöte' – in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen. Hier geht es nicht darum, durch Beteiligung an politischen Aushandlungsprozessen an der Bildung eines politischen Gemeinwillens teilzuhaben. Die PEGIDA-Anhänger_innen behaupten schließlich, bereits den – primär ethnisch bestimmten – ‚Volkswillen' zu repräsentieren. Hier geht es stattdessen ganz im Sinne einer Output-orientierten politischen Kultur darum, dass die Politik liefert, was das Volk bestellt. Die Forderungen haben damit einen deutlich autoritären Zug, da nicht politische Elitenbildung und ungleiche Partizipationsmöglichkeiten im Zentrum der Kritik stehen, sondern lediglich die Vernachlässigung seitens ebenjener Eliten. Diese autoritäre Struktur macht sich ebenfalls in der konkurrenzbetonten Abwertung anderer Gruppen bemerkbar. Bei PEGIDA dreht sie sich vorwiegend um einen ethnisch verstandenen Islam sowie um Geflüchtete. In anderen Diskursen richtet sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eher gegen Menschen, die als (leistungs-)schwach wahrgenommen werden, aber denen es vermeintlich dennoch zu gut gehe (vgl. Heitmeyer 2012). Damit geht meist das subjektive Gefühl einher, benachteiligt zu werden, obwohl die objektive soziale Lage der Empörten meistens nicht schlecht ist (vgl. Hilmer et al. 2017).

Die PEGIDA-Anhänger_innen behaupten, bereits den ‚Volkswillen' zu repräsentieren. Hier geht es ganz im Sinne einer Output-orientierten politischen Kultur darum, dass die Politik liefert, was das Volk bestellt.

Das zweite Motiv, eine pauschale Elitenkritik und Feindbildkultur, ist gewissermaßen das Spiegelbild des Anspruchsdenkens und zeichnet sich durch eine undifferenzierte Ablehnung öffentlicher und politischer Akteure aus – seien es Parteien, Politiker, Gewerkschaften oder Presse. Zentral ist hier der Gedanke, dass effektive demokratische Teilhabe durch die Machenschaften einer korrupten Elite systematisch verhindert wird. Anhänger_innen dieses tendenziell verschwörungsideologischen Weltbilds neigen jedoch dazu, durchaus bestehende Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten schlicht zu ignorieren (vgl. Klein 2014). Auch wenn Verschwörungsdenken als ein Ausdruck politischer Ohnmachtsgefühle verstanden werden kann, führt die damit einhergehende Geringschätzung gegenüber verfügbaren Beteiligungsmöglichkeiten zu einer Verstärkung jener Ohnmachtsempfindungen. Die Feindbildorientierung knüpft außerdem an Ressentiments und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Solche Denkmuster sind nicht nur in rechten Bewegungen verbreitet, sondern sie finden auch Anhänger in Milieus, die sich als eher ‚links' verstehen – wie etwa die Mahnwachen für den Frieden – und dürften auch in der sogenannten Mitte weit verbreitet sein. Vereinzelt ist daher schon von einer neuen, breitenwirksamen Querfront die Rede, die sich um eine antiamerikanische und antisemitische Elitenkritik entspinnt und dabei traditionell eher linke, antiimperialistische Denkfiguren mit antidemokratischen und schlicht rechtsextremen Motiven verknüpft (vgl. Storz 2015).

Mehr zivilgesellschaftliche Beteiligung – eine Herausforderung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die einseitige politische Kultur der BRD dazu beiträgt, genau die Einstellungen zu untergraben, auf die ein demokratisches Gemeinwesen angewiesen ist. Sowohl die gruppenbezogene Anspruchshaltung als auch die pauschale Elitenkritik zeichnet ein eher passives Verhältnis zu öffentlichen Aushandlungsprozessen aus. Schon in der Populismus-Debatte der frühen 2000er wurde festgestellt, dass die Anhängerschaft populistischer Parteien kein Interesse an mehr Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten hat. Stattdessen herrschte die Erwartung vor, dass charismatische Führungspersönlichkeiten gleichsam intuitiv den vermeintlichen Volkswillen erfassen und in die Tat umsetzen (vgl. Mudde 2004). Diese knappen Bemerkungen sollen illustrieren, dass die Demokratiekritik neuerer „Empörungsbewegungen" wie auch sogenannter populistischer Politik auf ein Demokratieverständnis verweisen, das soziale und politische Teilhabe über den Empfang staatlicher Leistung – eines Outputs – bestimmt. Dieses Verständnis steht, so wurde mit Habermas zu zeigen versucht, in einer gewissen Tradition mit einer politischen Kultur, die durch sozialstaatliche Repräsentationspolitik geprägt ist. Nicht die gleichberechtigte Partizipation an politischen Aushandlungsprozessen, sondern die Repräsentation durch eine politische Führung und die Teilhabe an einem staatlichen Output stehen dabei im Mittelpunkt des Demokratieverständnisses.

Die Forderungen, sich wieder vermehrt um die Nöte der Besorgten zu kümmern, bleiben einem Demokratieverständnis treu, das auf einen gruppenbezogenen Output setzt.

Egalitäre Demokratien sind zu ihrer Erhaltung folglich auf eine partizipative politische Kultur angewiesen. Aber es ist fraglich, ob ‚besorgte Bürger' ohne weiteres für eine partizipatorische Praxis zu motivieren sind. Ihr Protest versteht sich schließlich als eine Ausnahmehandlung, als empörter Widerstand gegen eine korrupte Elite – und nicht als eine übliche Form zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Die Forderungen, sich wieder vermehrt um die Nöte der Besorgten zu kümmern, bleiben daher einem Demokratieverständnis treu, das auf einen gruppenbezogenen Output setzt. Das trifft auch auf die Sammlungsbewegung zu, die zuletzt von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine lanciert wurde. Vorschläge wie diese stellen keine Lösung des Problems dar und helfen, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Ressentiments als politische Optionen zu etablieren. Zwar hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit andere Ursachen, aber sie verträgt sich gut mit einem passiven, klientelistischen Demokratieverständnis. Dagegen gibt es in einer vitalen, partizipatorischen politischen Kultur weniger Nischen für die Abwertung von Menschengruppen (vgl. Quent/Schulz 2015; Klein 2017). Die Herausforderung besteht somit darin, gegen die Trägheit der bestehenden politischen Kultur und den allgegenwärtigen Rechtsruck eine lebendige, demokratisch-zivilgesellschaftliche Perspektive zu entwerfen, in der Teilhabe nicht mehr allein von ‚denen da oben' eingeklagt, sondern unter egalitären und inklusiven Gesichtspunkten selbst gestaltet wird.

Dr. Frank Schumann studierte Soziologie, Psychologie und Philosophie an der FSU Jena und promovierte ebenfalls in Jena im Fach Soziologie. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Sozialpsychologie und Sozialpsychiatrie an der IPU Berlin.

Literatur

Almond, A. Gabriel/Verba, Sidney (1965): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Little, Brown and Company: Boston, Toronto.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Bischof, Susann/Quent, Matthias (2017): Was bewegt die Zivilgesellschaft? Protestereignisanalyse als Indikator für soziale Konfliktpotenziale. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/01. Online: www.idz-jena.de/wsddet/was-bewegt-die-zivilgesellschaft-protestereignisanalyse-als-indikator-fuer-soziale-konfliktpotenzia/ [20.10.2017].

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Suhrkamp: Berlin.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61, Heft 1-2, S. 18 – 25.

Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver/Décieux, Fabienne (2013): Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste. OBS-Arbeitspapier 6. Online: www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy.pdf [27.09.2017].

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Ullrich, Peter (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der "Mohntagsmahnwachen für den Frieden". Online: depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/5260/3/occupy-frieden.pdf [27.09.2017].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Brähler, Elmar (2014): Wohlstand, autoritäre Dynamik und narzisstische Plombe. Psychoanalytisch-sozialpsychologische Beiträge zur Kritik der postdemokratischen Gesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 27, Heft 1.

Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Dietz: Berlin.

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Habermas, Jürgen (1995): Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beitrag zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Wilhelm Heitmeyer [Hrsg.]: Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp: Berlin, S. 15–41.

Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Online: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf [06.09.2017].

Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Kaase, Max (1984): The Challenge of the "Participatory Revolution" in Pluralist Democracies. In: International Political Science Review, 5, Heft 3, S. 299 – 318.

Klein, Anne (2014): Mitten in einer entleerten Demokratie? In: Klein, Anne/Zick, Andreas [Hrsg.]: Fragile Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Dietz: Bonn, S. 85 – 101.

Klein, Ansgar (2017): Engagement- und Demokratiepolitik vor der rechtspopulistischen Herausforderung. Die Stärkung von Orten demokratischen Lernens als Aufgabe zivilgesellschaftlicher Struktur- und Gesellschaftspolitik. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 30, Heft 2, S. 108 – 119.

Kurbjuweit, Dirk (2010): Der Wutbürger. Online: www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html [26.09.2017].

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/Thomas Poguntke/Ina Kubbe [Hrsg.]: Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy. Springer VS: Wiesbaden, S. 9 – 24.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government & Opposition, 39, Heft 3, S. 541–563.

Nachtwey, Oliver (2010): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus revisited. In: Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tilman [Hrsg.]: Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands. Campus: Frankfurt a. M./New York, S. 359 – 379.

Neidhart, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, 44, Heft 3, S. 305 – 326.

Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Springer VS: Wiesbaden.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (2008): Einleitung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter [Hrsg.]: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Campus: Frankfurt a. M./New York, S. 9 –36.

Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Online: www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016.pdf [19.10.2017].

Storz, Wolfgang (2015): "Querfront". Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. Online: www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP18_Storz_2015_10_19.pdf [26.09.2017].

van Deth, Jan (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea [Hrsg.]: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Springer VS: Wiesbaden, S. 141–162.

„PARTIZIPATION ERFORDERT EIN MINDESTMASS AN ZEIT, BILDUNG UND MATERIELLER GRUNDSICHERUNG.“

TEIL III

RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

„VIELE NEHMEN ES ALS PROVOKATION WAHR, AUF RASSISMUS ANGESPROCHEN ZU WERDEN. NICHT RASSISMUS SCHEINT DAS PROBLEM ZU SEIN, SONDERN DAS THEMATISIEREN DESSELBEN.“

„Es gibt viele Menschen unter uns, die institutionellen Rassismus tagtäglich am eigenen Leibe erfahren“

Der Beitrag dokumentiert einen Auszug aus dem Abschlussplädoyer des Autors beim NSU-Prozess in München. Im NSU-Verfahren vertrat er die Geschwister von Abdurrahim Özüdoğru, der 2001 ermordet wurde, und die Tochter von Ismail Yaşar, den der NSU 2005 erschossen hatte. Es wird anhand von Erfahrungen insbesondere aus dem NSU-Kontext gezeigt, wie Rassismus und Diskriminierung den Zusammenhalt in der Gesellschaft in Frage stellen.

Rassismus. Schon das Wort allein führt zu Abwehrreaktionen beim Gegenüber. Auch ich persönlich muss das oft genug feststellen. Sobald ich es wage, das Wort über die Lippen zu bringen, wird umgehend abgestritten, relativiert, beschwichtigt. Viele Menschen nehmen es als Provokation wahr, auf Rassismus angesprochen zu werden. Nicht der Rassismus selbst scheint daher das Problem zu sein, sondern das Thematisieren desselben. Die Zurückweisung erfolgt reflexhaft. Eine Auseinandersetzung mit dem Gesagten findet dann in der Regel gar nicht statt.

Im Jahr 2006 demonstrierten über 4.000 Menschen in Kassel unter dem Motto „Kein 9. Opfer“. Auf den Videoaufzeichnungen dieses Trauerzuges sind Plakate zu sehen, auf denen die Aufklärung der – so wörtlich – „rassistischen Morde“ gefordert wird. Doch auch diese Appelle an den Staat, seine Sicherheitsorgane, die Medien, die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft blieben ungehört. Sie blieben ungehört, weil es fast ausschließlich türkischstämmige Personen waren, die demonstrierten, und keine Deutschen.

Sowohl die von der Mordserie betroffenen Familien als auch die Anwohner der von einem Bombenanschlag getroffenen Keupstraße in Köln haben unabhängig voneinander auf eine rassistische Motivation der Taten hingewiesen. Dennoch ließen sich die deutschen Behörden in all den Jahren nicht von ihrer einseitigen Ermittlungsstrategie abbringen. Woran liegt es, dass die Demonstranten die Botschaft des NSU verstanden hatten? Warum war es für sie offensichtlich, dass es sich um einen Angriff auf sie als Kollektiv handeln muss? Und warum lag diese Einsicht für Polizei und Öffentlichkeit so fern?

Die Menschen, die damals auf die Straße gingen, vereinte ein gemeinsamer Erfahrungsschatz. Viele von ihnen hatten allzu oft erlebt, was es bedeutet, wenn die eigene gesellschaftliche Zugehörigkeit infrage gestellt wird. Welche Konsequenzen es hat, ausgegrenzt zu werden aus dem nationalen Narrativ. Wie es sich anfühlt, als „Fremde" angesprochen und behandelt zu werden. Nur zu gut kannten sie die subtileren und alltäglichen Formen dieser Ideologie, deren extremste Ausdrucksform die Morde waren. Diese Erfahrungen machten sie zu „Experten der Funktionsweise von Rassismus".[1] „Das ist doch ganz einfach – ich kenne meine Feinde", hat es Mehmet Demircan, der die Demonstration anmeldete, auf den Punkt gebracht.

Das Wissen um die Hintergründe der Morde war in der Gesellschaft vorhanden. Es wurde bloß nicht gehört.

Diese Erfahrungen teilten sie aber weder mit den Beamten der Polizei noch mit den Journalisten in den Redaktionen des Landes, jene Redaktionen, die das Wort „Dönermorde" erfanden und im Übrigen unkritisch Polizeierklärungen nachdruckten. Das spezifische Wissen von Menschen, die Rassismus aus eigener Erfahrung nur allzu gut kannten, wurde auch nicht als gelebte Realität in den kollektiven Wissensvorrat aufgenommen. Ihre und ähnliche Stimmen wurden stets aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausgeblendet. Als aktuelle und folgenreiche Bedrohung wurde der Rassismus so nur aus der Position der Betroffenen wahrgenommen. Und das, obwohl die rechtsterroristische Bedrohung ganz objektiv auf der Hand lag.

In Kassel blieben die Demonstranten weitgehend unter sich. Die Mehrheitsgesellschaft schenkte ihnen keine Aufmerksamkeit. Sie hörte ihre Forderungen nicht, sondern tat sie als Migranten-Problem ab. Es war ein rassistisches Weghören.

Stellen Sie sich vor, Behörden und Öffentlichkeit hätten den Opfern und Hinterbliebenen damals vertraut. Man hätte ihre Hinweise auf ein rassistisches Mordmotiv ernst genommen und die Ermittlungen konsequent in diese Richtung betrieben. Was wäre geschehen? Wo stünde dieses Land heute? Womöglich wären die Mörder früher gestoppt und Menschenleben gerettet worden. Mit Sicherheit aber wäre unser Land ein anderes. Das Vertrauen eines großen Teils der (Neu-)Deutschen in einen Staat, der sie schützen kann und will, wäre nicht beschädigt. Der Riss in der Gesellschaft wäre nicht so greifbar.

Das Wissen um die Hintergründe der Morde war in der Gesellschaft vorhanden. Es wurde bloß nicht gehört. Auch wenn es uns Deutschen sichtlich schwerfällt, den Rassismus in unserer Mitte zu sehen, ist er doch von außen, insbesondere für ein geschultes Auge, unschwer zu erkennen. Githu Muigai, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Rassismus, brachte diesen Alltagsrassismus klar zur Sprache. Darüber hinaus thematisierte er auch die institutionelle Ebene: Polizei, Behörden und Gerichte müssten noch einiges mehr tun. Auch die geringe Präsenz von „People of Colour" im öffentlichen Leben sowie deren geringe politische Teilhabe kritisierte er.

[1] http://www.fsk-hh.org/blog/2015/10/22/ein_wissen_dass_schon_immer_da_war_aber_immer_wieder_unwahrnehmbar_unhoerbar_gemacht_werden_sollte.

In seinem Abschlussbericht von 2010 forderte er mehr Personal für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, während er die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes als Schritt in die richtige Richtung bewertete.[2]

Ein Land, dem es kaum möglich ist, über Alltagsrassismus zu sprechen, wird auch zur institutionellen Diskriminierung schweigen. Doch zu welchem Preis? Schaut man auf das Behördenversagen rund um den NSU-Komplex, so muss man sich eingestehen, dass uns der institutionelle Rassismus mit hoher Wahrscheinlichkeit Menschenleben gekostet hat. Der Staat hat unschuldige und fleißige Mitbürger, die zum Wohlstand dieses Landes beigetragen haben, vollkommen im Stich gelassen. Wir tragen keine Mitschuld an den Morden, aber unsere Behörden haben durch ihre vorurteilsbehaftete Ermittlungsarbeit dafür gesorgt, dass der NSU nach dem ersten, dem zweiten und selbst nach dem neunten Mord noch unbehelligt weitertöten konnte.

Ein Land, dem es kaum möglich ist, über Alltagsrassismus zu sprechen, wird auch zur institutionellen Diskriminierung schweigen.

Institutioneller Rassismus ist keine deutsche Besonderheit. Der von dem US-amerikanischen Bürgerrechtler Stokely Carmichael in seiner 1967 erschienenen Schrift *Black Power* geprägte Begriff ist bei den US-Amerikanern und auch bei den Briten ein weitestgehend anerkanntes Phänomen, dessen Bekämpfung sich in Teilen bereits als erfolgreich erwiesen hat.[3] In Großbritannien steht für die Aufarbeitung des institutionellen Rassismus an erster Stelle der Fall Stephen Lawrence. Der britische Teenager wurde im Jahr 1993 an einer Londoner Bushaltestelle erstochen. Stephens Mörder wurden nie gefasst. 1999 untersuchte ein Team unter Sir William Macpherson die mangelhaften Ermittlungen der Metropolitan Police und kam zu dem Schluss, dass es sich dabei um institutionellen Rassismus handelte. Macpherson bezeichnete diesen Fall als „einen der wichtigsten Momente der modernen Rechtsprechung in Großbritannien“.[4] Zusammen mit Antonia von der Behrens und Carsten Ilius, meiner Kollegin und meinem Kollegen von der Nebenklage im NSU-Verfahren, bin ich nach London gereist, um mich mit den britischen Kollegen auszutauschen und von ihren Erfahrungen zu lernen. Damals hatten wir die Hoffnung, dass eine derartige Aufarbeitung auch bei uns im Rahmen des Vorstellbaren liegt. Doch bei uns ist institutioneller Rassismus weiterhin durch viele Tabus belegt.

[2] Githu Muigai: Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia, and related intolerance, 22.2.2010. Online: http://www2.ohchr.org/english/issues/racism/rapporteur/docs/A_HRC_14_43_Add.2.pdf.

[3] Stokely Carmichael/Hamilton Charles V. (1969): Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika. Fischer: Frankfurt a. M.

[4] Q&A: Stephen Lawrence murder. In: BBC News, 5.5.2004.

Im Gegensatz zu dem bereits angesprochenen Alltagsrassismus ist der institutionelle Rassismus in der Organisation der Gesellschaft verortet und somit also nicht Sache der persönlichen Einstellung. Er geht von Struktur und Mechanismen des gesellschaftlichen Miteinanders aus. So werden die, die nach verbreitetem Verständnis zur deutschen Mehrheitsbevölkerung zählen, gegenüber denen, die nicht dazugehören, systematisch bevorzugt.[5] Institutioneller Rassismus findet sich in den gesellschaftlich relevanten Einrichtungen, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und in Form der eingeschränkten politischen Teilhabemöglichkeiten. Die Nicht-Dazugehörigen werden ausgegrenzt, benachteiligt und herabgewürdigt. Die Ausgegrenzten unter uns wissen genau, wovon ich spreche. Die vielen Male, bei denen man ohne Grund von der Polizei angehalten wird und sich fragt, was man falsch gemacht hat und was man überhaupt noch tun kann, um dazuzugehören. Das gleiche Gefühl beschleicht einen bei der Wohnungssuche, die um vieles mühseliger ist als bei den Freunden mit deutschem Nachnamen. Man bewirbt sich bei etlichen Stellen, doch wird gar nicht erst zum Jobinterview gebeten. Am Ende des Spektrums steht die Diffamierung der Opferangehörigen der NSU-Morde.

Institutioneller Rassismus findet sich in den gesellschaftlich relevanten Einrichtungen, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und in Form der eingeschränkten politischen Teilhabemöglichkeiten. Die Nicht-Dazugehörigen werden ausgegrenzt, benachteiligt und herabgewürdigt.

Es gibt also viele Menschen unter uns, die institutionellen Rassismus tagtäglich am eigenen Leibe erfahren. Das Perfide daran ist, dass den Betroffenen nicht einmal erlaubt wird, darüber zu sprechen. Denn: So etwas gibt es bei uns nicht. Auch deshalb mag diese Form des Rassismus Außenstehenden subtiler erscheinen, doch für die Menschen, die institutionellen Rassismus erleben, ist er das keineswegs. Vielmehr kann er die Existenz von Anfang an erschweren, Chancen nehmen und Hürden errichten.

Die Polizei trägt ebenfalls eine Mitschuld an den Morden des NSU: In der Berichterstattung über die missglückten polizeilichen Ermittlungen dominiert dabei der Topos der „Pleiten, Pech und Pannen“. Tatsächlich ist es erschreckend, wie dilettantisch die Polizei teilweise ermittelt hat, wie viele Ermittlungsfehler begangen wurden: Wie es beispielsweise dem Jenaer Trio ermöglicht wurde, unterzutauchen, oder wie die in der Garage gefundene Telefonliste nicht ausgewertet wurde. Und es ist auch richtig, dass ein Grund für das ungehinderte Morden des NSU darin liegt, dass die Inlandsgeheimdienste ihre Erkenntnisse nicht mit den Polizeibehörden teilten.

Die Schlagzeilen, die auf ein mangelndes Kooperationsverhalten der Polizei schließen lassen, reißen nicht ab. So wurden im Zusammenhang mit der Frage, woher der NSU seine Waffen erhalten habe, immer wieder die Namen zweier ehemaliger Thüringer Unterwelt-Bosse genannt. Da diese in den 1990er-Jahren das kriminelle Milieu in Jena beherrschten, liegt es nahe, dass sie auch von den Waffendeals der in Jena operierenden NSU-Rechtsterroristen wussten. Nun ist klar,

[5] Ute Osterkamp (1996): Rassismus als Selbstentmächtigung. Argument Verlag: Hamburg, S. 201.

dass sie für das Thüringer Landeskriminalamt spitzelten.[6] Aus internen Polizeiunterlagen geht hervor, dass einer der beiden auch nach einem behördlichen Verbot bis mindestens 1997 als V-Mann aktiv war. Laut einer Zeugenaussage vor dem BKA soll es in dieser Zeit auch zu einem Treffen dieses V-Manns mit Mundlos und Böhnhardt gekommen sein, in dem es um Geld gegangen sei. Über diese wichtige V-Mann-Tätigkeit wurde weder der parlamentarische Untersuchungsausschuss noch dieses Gericht aufgeklärt. Es stellen sich drängende Fragen: Welche Informationen wurden geliefert? Wo wurden diese dokumentiert? Wie lange waren die Unterwelt-Bosse tatsächlich Informanten?

Der zentrale Grund für dieses Staatsversagen liegt jedoch im institutionellen Rassismus der Sicherheitsbehörden.

Der zentrale Grund für dieses Staatsversagen liegt jedoch im institutionellen Rassismus der Sicherheitsbehörden. Ich habe schon beschrieben, wie das Sprechen über Rassismus zu Abwehrreaktionen führt. Das gilt insbesondere für die Angehörigen der Polizei, die Verantwortungsträger in den Sicherheitsbehörden und die Politiker, die für die Polizei in diesem Land zuständig sind. Denn gerade bei diesen ist die Weigerung, Rassismus in der Polizei zu thematisieren, besonders verbreitet – allgemein wird die Thematisierung als skandalöse Unterstellung und Beleidigung der Beamten „im Dienst“ zurückgewiesen. Hinsichtlich des NSU ist aus dem Sicherheitsapparat immer wieder zu hören, dass es rückblickend ja einfach sei, die Ermittlungen zu kritisieren. Natürlich: Ohne die nachträgliche Rekonstruktion, ohne dass bekanntgeworden wäre, wie ermittelt wurde, wäre es uns heute nicht möglich, diese Ermittlungen zu kritisieren. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, sie zu hinterfragen. Es ändert nichts an der Notwendigkeit, Aufmerksamkeit und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es Rassismus in der Polizei gibt – damit die gleichen Fehler nicht ein weiteres Mal passieren und rassistische Mörder zukünftig gestoppt werden können, bevor sie weitere Leben auslöschen.

Wenn ich die Ermittlungen kritisiere, dann kritisiere ich zumindest nicht in erster Linie, dass die Polizei die Täter nicht nach dem ersten Mord oder vor dem zehnten ermittelt hat. Ich kritisiere vielmehr, dass bundesweit nach demselben Muster gearbeitet wurde: Die Opfer und ihre Angehörigen wurden kriminalisiert. Sie konnten nicht Opfer sein, sondern waren in den Augen der Ermittler immer Täter, Mitwisser – verstrickt in die Organisierte Kriminalität.

Die Opfer und ihre Angehörigen wurden kriminalisiert. Sie konnten nicht Opfer sein, sondern waren in den Augen der Ermittler immer Täter, Mitwisser – verstrickt in die Organisierte Kriminalität.

[6] Siehe dazu: V-Mann soll Waffenlieferant gewesen sein. In: n-tv.de, 26.5.2016. Online: http://www.n-tv.de/politik/V-Mann-soll-Waffenlieferant-gewesen-sein-article17789816.html.

Dieser Blick auf die Opfer und ihre Angehörigen hat den Blick auf die wahren Täter verstellt. Der rassistische Terrorismus wurde nicht verfolgt. Und so wurden die Menschen zwei Mal Opfer des Rassismus – einmal in seiner fanatischen, mörderischen Form und einmal in seiner bürokratischen, institutionalisierten. Und da weder das Gericht noch die Bundesanwaltschaft den Rassismus der Ermittlungsbehörden in diesem Verfahren ansprechen wollte, möchte ich es nun tun. Dazu gehört auch zu fragen, ob bei den Ermittlungen im Umgang mit Angehörigen dieselben Standards gegolten haben, als wenn die Opfer Meier, Müller oder Schmidt geheißen hätten. Und um die Antwort gleich vorwegzunehmen: Nein, es haben nicht dieselben Standards gegolten. Meine Kritik zielt dabei weniger auf das Ressentiment der einzelnen Beamten als auf den institutionellen Rassismus in den Polizeibehörden.

Institutioneller Rassismus – das bedeutet: Institutionen übernehmen rassistische Zuordnungen, aus denen sich für die so markierten Menschen systematische Benachteiligungen ergeben. Institutioneller Rassismus bedeutet nicht, dass alle oder die Mehrheit der Personen, die in entsprechenden Institutionen arbeiten, persönlich rassistische Ziele verfolgen. Der Rassismus ist stattdessen oft in Routinen, Vorschriften und Regelungen eingewoben, welche diese Diskriminierung erzeugen, ohne dass es den Beteiligten zwangsläufig auffallen muss. Somit ist institutioneller Rassismus das kollektive Versagen einer Institution, die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft nicht angemessen und professionell behandelt.[7]

Institutioneller Rassismus bedeutet nicht, dass alle oder die Mehrheit der Personen, die in entsprechenden Institutionen arbeiten, persönlich rassistische Ziele verfolgen.

Die Opfer und ihre Angehörigen wurden von den Polizeibehörden mitnichten angemessen oder professionell behandelt. Tatsächlich gehörte der Rassismus in den Routinen der ermittelnden Beamten von Anfang an automatisch dazu. Das zeigt sich u. a. in der Unfähigkeit, von der bundesweit herrschenden Hypothese abzuweichen, dass es sich hier um eine Tat innerhalb der organisierten migrantischen Kriminalität handele. Das zeigt sich aber auch im Umgang mit den Angehörigen der Opfer: Sie wurden kriminalisiert, beschattet, unter Druck gesetzt und pietätlos behandelt. Und das zeigt sich schließlich in der Unfähigkeit, das wahre Motiv der Tat zu sehen, obwohl es hierfür – im Gegensatz zur bis zuletzt verfolgten sogenannten Organisationstheorie – zahlreiche Anhaltspunkte gab.

Besonders deutlich macht das der Umstand, dass den Hinweisen auf an zahlreichen Tatorten beobachtete Radfahrer nicht nachgegangen worden ist. Zwei mittel- beziehungsweise nordeuropäisch aussehende Männer auf Fahrrädern als Tatverdächtige – das scheint nicht in das Bild der ermittelnden Beamten gepasst zu haben. Dieses Schema – Ermittlungen gegen die Opfer und Angehörigen

[7] Parallelbericht zum 19. – 22. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD). Der Verfasser war Mitglied des Redaktionsteams des Berichts. Zitiert aus: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_19-22_2013_parallel_Joint_report_2015_de.pdf.

und Nichtverfolgung von Hinweisen auf einen rassistischen Anschlag – zieht sich durch alle neun Morde des NSU an Menschen mit Migrationshintergrund. Es zieht sich durch die Ermittlungen zu den Bombenanschlägen – und selbst in den Ermittlungen zur Ermordung Michèle Kiesewetters findet es seinen Niederschlag.

Doch lassen wir uns nicht dadurch entmutigen, dass unser Staat im NSU-Komplex seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden ist, sondern lassen wir uns gemeinsam daran arbeiten, es in Zukunft besser zu machen. Denn: Unser Staat, das sind wir. Es ist unsere Demokratie, unser Rechtsstaat, unser Grundgesetz: Unsere Institutionen und unsere Verfassungsgrundsätze sind stark, aber sie sind keine unverletzlichen Naturgewalten. Sie sind nur so stark wie die Menschen, die hinter ihnen stehen, die sie im Alltag leben. Wir müssen uns einbringen, unser Wort erheben, solidarisch sein. Unsere Demokratie ist zu wichtig, um ihren Schutz allein Politikern anzuvertrauen. Unser Rechtsstaat ist zu wichtig, um seinen Schutz allein der Justiz zu überlassen. Wir Bürger und Bürgerinnen sind gefragt. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jetzt erst recht!

Mehmet Gürcan Daimagüler ist promovierter Rechtsanwalt und Politikwissenschaftler, Kolumnist und Buchautor. Er ist einer der bekanntesten Opferanwälte in Deutschland. Daimagüler ist u. a. Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung und Mitglied im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran

Mein Plädoyer im NSU-Prozess

Mehmet Daimagüler, 2017 | 352 Seiten |
Bastei Lübbe: Köln | ISBN: 978-3785726105 | 18,00 €

„AN VIELEN STELLEN WIRD OFFENSICHTLICH, DASS SICH DAS SOZIALE KLIMA IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT IN DEN LETZTEN JAHREN STÄRKER POLARISIERT HAT.“

Wenn sich die gesellschaftliche Normalität verschiebt: Über das Zusammenspiel von Normen, Vorurteilen und Diskriminierung

Vorurteile und Diskriminierung werden in Deutschland zunehmend salonfähig und damit scheinbar immer ‚normaler'. In diesem Beitrag sollen – bezugnehmend auf die aktuelle Situation in Deutschland – aus sozialpsychologischer Sicht einige Faktoren beleuchtet werden, die zu gesellschaftlichen Normverschiebungen führen können. Die Funktion sozialer Normen und ihre enge Verzahnung mit Vorurteilen werden theoretisch und empirisch erörtert. Zudem werden Handlungsempfehlungen gegeben, wie diesen Normverschiebungen entgegengewirkt werden kann.

Die Normalisierung von Vorurteilen und Diskriminierung in Deutschland

Der MDR Sachsen wollte im April 2018 zum Thema „Darf man heute noch N-Wort[1] sagen? Warum ist politische Korrektheit zur Kampfzone geworden" im Radio diskutieren, u. a. mit Frauke Petry, ehemaliges Mitglied der AfD.[2] In sozialen Netzwerken im Internet werden immer öfter gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen mit Klarnamen geäußert. In den Medien sind die Themen Flucht, ‚Flüchtlinge' und Islam überaus präsent. Mit dem Argument des demokratischen Meinungsaustauschs werden fremdenfeindliche Ressentiments und Vorurteile wiederholt in der Öffentlichkeit reproduziert – mit bedrohlichen Auswirkungen für bestehende Werte und Normen unserer demokratischen Gesellschaft. An vielen Stellen, sei es in medialen, parlamentarischen, politischen oder privaten Diskussionen, wird offensichtlich, dass sich das soziale Klima in der deutschen Gesellschaft in den letzten Jahren stärker polarisiert hat (vgl. Zick et al. 2016).

Mit dem Argument des demokratischen Meinungsaustauschs werden fremdenfeindliche Ressentiments und Vorurteile wiederholt in der Öffentlichkeit reproduziert.

[1] Ausgeschrieben in der Sendungsankündigung.

[2] https://www.sz-online.de/nachrichten/kultur/nach-neger-tweet-mdr-sagt-sendung-ab-3919569.html [09.05.2018].

Die zunehmend menschen- und demokratiefeindliche Seite der Klimawende, befeuert durch Rechtspopulismus und neurechte Bewegungen, bleibt nicht ohne Folgen: Sie zieht Diskriminierung und Hasskriminalität nach sich (vgl. u. a. Quent 2017). Schon vor September 2015 zeigte mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausländer_innenfeindliche Einstellungsmuster (Decker et al. 2013). Die Ergebnisse der Mitte-Studie[3] 2016 zeigen, dass von 2014 zu 2016 in der allgemeinen Bevölkerung insbesondere die Islamfeindlichkeit sowie die Abwertung von Asylbewerber_innen zugenommen haben (vgl. Decker et al. 2016: 50). Vor allem seit der vermehrten Aufnahme von Geflüchteten 2015 werden Vorurteile und Diskriminierung gegen diese offener, direkter und häufiger ausgedrückt (z. B. Zick et al. 2016). Dieser Ausdruck beginnt bei offenen Ressentiments in allen gesellschaftlichen Schichten und reicht bis hin zur gestiegenen Anzahl von Gewalttaten gegen Geflüchtete sowie Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte durch einzelne oder organisierte Straftäter_innen (z. B. Federl 2016, vgl. Quent 2017). Diese Indikatoren sind Hinweise für einen zugrunde liegenden *Shift* gruppenbezogen menschenfeindlicher Einstellungen, d.h. eine Verschiebung der durchschnittlichen Einstellungen und Vorurteile der deutschen Bevölkerung.

Die aktuelle Verwendung des Begriffs „Asyltourismus“ in der Bundesregierung im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen zeigt auf, wie Vorurteile gebündelt und mehr oder weniger indirekt verpackt in die Debatten transportiert werden.

Stellt man sich das Vorkommen von spezifischen Einstellungen in unserer Gesellschaft entsprechend einer Gauß’schen Normalverteilung[4] vor, definieren die von den meisten Bürger_innen geteilten Einstellungen den gesellschaftlichen ‚Normalbereich‘. Einstellungen, die weniger geteilt werden und damit weniger wahrscheinlich vorkommen, liegen auf der Verteilung eher an den Rändern der umgedrehten U-Kurve. Werden gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen (z. B. rassistische, antisemitische, homophobe) vermehrt geteilt, geäußert und stoßen sie dabei auf positive Resonanz, rücken sie in die Mitte der Verteilung. Sie werden ‚normaler‘, gesellschaftlich akzeptierter. Doch wie kann es dazu kommen?

Ein Schritt in Richtung Normalisierung von Vorurteilen beispielsweise gegenüber Muslim_innen und Geflüchteten ist vollzogen, wenn diskriminierende Äußerungen von Personen des öffentlichen Interesses keine Seltenheit mehr sind, sondern prominent Raum im öffentlichen Diskurs erhalten. Damit sind nicht nur rassistische Äußerungen gemeint, die spätestens seit der Veröffentlichung von Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ (wieder) im Mainstream Einzug fanden (vgl. Cremer 2017).

[3] In den repräsentativen „Mitte-Studien“ veröffentlicht die Universität Leipzig seit 2002 alle zwei Jahre Messungen zu u. a. rechtsextremen Einstellungsmustern in der deutschen Gesellschaft. Seit 2013 werden auch Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erhoben (u. a. Einstellungen gegenüber Muslim_innen und Geflüchteten).

[4] Eine Wahrscheinlichkeitsverteilung in Form einer umgedrehten U-Kurve.

Die aktuelle Verwendung des Begriffs „Asyltourismus“[5] in der Bundesregierung im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen zeigt auf, wie Vorurteile gebündelt und mehr oder weniger indirekt verpackt in die Debatten transportiert werden. Äußerungen wie diese verdeutlichen zwei Dinge: Zum einen spiegeln sie, wie die Normalität aktuell beschaffen ist. Sie zeigen, dass Personen sich ermutigt fühlen, menschenverachtende Einstellungen öffentlich kundzutun. Zum anderen beeinflussen solche Aussagen die Normalitätswahrnehmung der Bevölkerung: Eine Person, die derlei Aussagen hört, mag denken, dass Ansichten wie diese zwar extrem seien, sie aber dennoch möglicherweise eine Kernproblematik in der Gesellschaft ansprechen. Die Gefahr eines logischen Fehlschlusses besteht: Wenn etwas Zugang zur Öffentlichkeit findet, kann es so ‚unnormal‘ nicht sein. Bestimmte extreme Aussagen und Handlungen können einen Ankereffekt haben: Sie ‚ziehen‘ die Einstellungen der (restlichen) Bevölkerung an sich heran und verschieben entsprechend die Normalität (vgl. Tversky/Kahneman 1974).

Was zuvor bereits latent in den Einstellungen vorhanden war, aber der vormaligen gesellschaftlichen Norm entsprechend als öffentliche Äußerung verpönt war und infolgedessen unterdrückt wurde, hat nun soziale Anknüpfung in einer Gemeinschaft gefunden.

Ein weiteres Anzeichen bzw. eine Ursache der Normalisierung von Vorurteilen und Diskriminierung sind die Manifestationen in der (gesellschafts-)politischen Struktur der letzten Jahre: Die Dresdner Pegida-Bewegung und die AfD boten und bieten einen zunehmend institutionalisierten Rahmen, der Vorurteile gegen Minderheiten nicht nur vermeintlich salonfähiger macht, sondern sie – der Funktionsweise des Rechtspopulismus folgend – zur angeblich sozial geteilten Norm erhebt und Legitimation durch die Mehrheit „des Volkes“ suggeriert (vgl. Müller 2016). Was zuvor bereits latent in den Einstellungen vorhanden war, aber der vormaligen gesellschaftlichen Norm entsprechend als öffentliche Äußerung verpönt war und infolgedessen unterdrückt wurde, hat nun soziale Anknüpfung in einer Gemeinschaft gefunden und ist in dieser gar identitätsstiftend. Von den betreffenden Personen werden Einstellungen und Verhaltensweisen nicht mehr in Frage gestellt und offen gezeigt.

Ein sozialpsychologischer Blick auf Normen und Vorurteile

Soziale Normen sind der Klebstoff einer Gesellschaft, sie ermöglichen den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. Grau/Unzicker in diesem Band). Indem sie einen bestimmten Regelrahmen bieten, geben sie Orientierung, wie die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft oder sozialer Gruppen sich verhalten sollten, um dazuzugehören (z. B. Cialdini et al. 1990). Das Befolgen der Normen symbolisiert Zugehörigkeit zur Gruppe.

[5] http://www.sueddeutsche.de/kultur/framing-check-asyltourismus-als-waere-flucht-eine-kreuzfahrt-mit-pina-colada-1.4038595 [06.07.2018].

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ist ein wichtiger Teil der persönlichen Identität (Tajfel/Turner 1979). Die jeweils geltenden Normen unterscheiden sich dabei für unterschiedliche Gruppen. In der Regel werden Normen durch Autoritäten einer Gruppe oder durch andere Gruppenmitglieder kommuniziert (z. B. Cialdini et al. 1990). Vor allem Medien kommt in der Kommunikation und Reproduktion von Normen innerhalb einer Gesellschaft eine wichtige Rolle zu.

Soziale Normen haben in vielen verschiedenen Bereichen Einfluss auf Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen (z. B. Stangor et al. 2001). Sie werden in Gruppensituationen (durch den Kontakt zu anderen Mitgliedern) geformt und dienen einem Individuum als Standard für die Wahrnehmung und Bewertung auch außerhalb dieser spezifischen Gruppensituationen (u. a. Sherif/Sherif 1953). Normen werden verinnerlicht, sind damit nicht mehr auf einen bestimmten Kontext limitiert und werden nicht bewusst wahrgenommen. Über Gruppennormen werden entsprechend Vorurteile gelernt und übernommen – als Bestandteil unserer Sozialisation. Dabei können Vorurteile sowohl für die Gruppe als auch für ein Individuum identitätsstiftend werden. Die Glaubenssysteme und Ideologien einer Person basieren demnach auf den sozialen Normen der Gruppen, denen eine Person zugehörig ist. Wenn man verstehen möchte, gegen wen und warum eine Person Vorurteile hat und/oder äußert, lohnt sich also der Blick auf die sozialen Gruppen, in denen sie sich bewegt und/oder mit denen sie sich identifiziert.

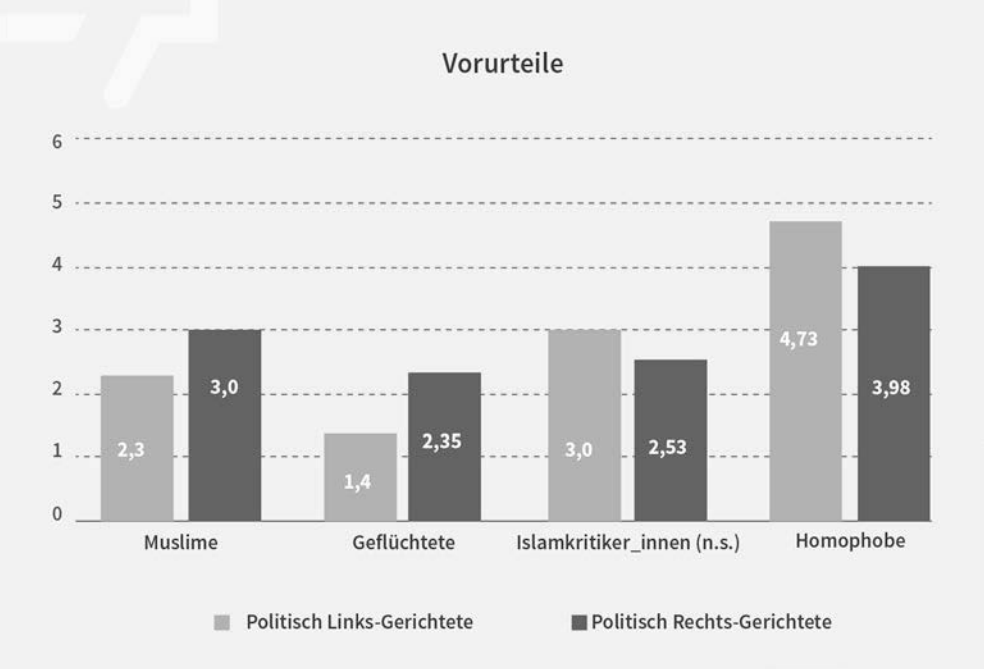

Abbildung 1: Vorurteile in Abhängigkeit der politischen Orientierung (vgl. Jäger 2018)
Die Grafik zeigt die Mittelwerte der Befragten auf einer Skala von 0 (niedrig) bis 6 (hoch); eigene Darstellung

Den Zusammenhang zwischen der sozialen Akzeptanz von Vorurteilen und dem Ausdruck von Vorurteilen auf gesellschaftlicher Ebene haben Crandall und Kolleg_innen eingehend untersucht: Sie kommen zu dem Schluss, „geäußerte Vorurteile sind ein direkter Ausdruck ihrer sozialen Akzeptanz“[6] (Crandall et al. 2002: 363). Demnach gelten Vorurteile als gerechtfertigt und korrekt, wenn sie dem sozialen Konsens einer spezifischen sozialen Gruppe entsprechen. Personen sind weniger bereit, entsprechende Vorurteile zu unterdrücken, wenn diese als sozial normativ wahrgenommen werden (Crandall/Eshleman 2003). Im Gegenzug haben Personen weniger Vorurteile bzw. unterdrücken sie, wenn diese in ihrer Gruppe nicht sozial akzeptiert sind. Auch in einer deutschen Stichprobe zeigt sich, dass die wahrgenommene soziale Akzeptanz von Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen beinahe deckungsgleich ist mit den persönlichen Vorurteilen der Studienteilnehmenden (Jäger 2018). Politisch eher rechts gerichtete Personen haben demnach nicht nur stärkere Vorurteile gegenüber Muslim_innen und Geflüchteten, sondern nehmen diese Vorurteile auch als generell stärker sozial akzeptiert wahr. Jäger und Kessler (2016) zeigen zudem, dass auch politisch eher links gerichtete Studienteilnehmende nicht vorurteilsfrei sind; allerdings unterscheiden sich demzufolge die Zielgruppen: Hier sind es zum Beispiel eher Islamkritiker_innen und Homophobe, denen mit Vorurteilen begegnet wird (siehe Abbildung 1).

Über Gruppennormen werden Vorurteile gelernt und übernommen – als Bestandteil unserer Sozialisation.

Jäger (2018) zeigt: Werden pauschale und abwertende Aussagen gleicher Qualität (z. B. „[Gruppe XY] sind schlechte Menschen“) in Bezug auf eine Gruppe geäußert, gegen die Vorurteile gesellschaftlich als nicht akzeptiert gelten, wird die Aussage als Verzerrung bzw. Vorurteil identifiziert. Wird die gleiche Aussage allerdings mit einer Gruppe präsentiert, gegen die Vorurteile als akzeptiert gelten, wird sie eher als den Tatsachen entsprechend angesehen. Dies zeigt: Vorurteile werden nicht als solche erkannt, wenn sie normkonform sind. Vorherrschende Gruppennormen geben an, ob Aussagen als Fakt oder Vorurteil interpretiert werden. Weitere Studien unterstreichen den Zusammenhang zwischen Gruppennormen und Vorurteilen: Blanchard und Kolleg_innen (1994) zeigen, dass die Akzeptanz von rassistischen Handlungen dramatisch sinkt, wenn nur eine einzige Person (als Indikator für eine Norm) in einer relevanten Situation antirassistische Ansichten äußert. Im Gegensatz dazu steigert die Zustimmung einer anderen Person zu rassistischen Handlungen sowohl die öffentliche als auch die private Akzeptanz. Stangor und Kolleg_innen (2001) zeigen zudem, dass schon einfache Aussagen über den (vermeintlichen) Gruppenkonsens zu Einstellungen gegenüber Afroamerikaner_innen die Vorurteile der Teilnehmenden beeinflussten: Sie passten sich anderen Gruppenmitgliedern nachhaltig an.

Die berichteten sozialpsychologischen Befunde verdeutlichen den deterministischen Zusammenhang zwischen Normen und Vorurteilen. Sie veranschaulichen, wie Normveränderungen zu erhöhter oder verringerter Äußerung von Vorurteilen führen.

[6] Übersetzung der Beitragsautor_innen.

Gruppenpsychologische Mechanismen von Normverschiebungen

Ob eine Einstellung oder ein Verhalten als normal, also normentsprechend angesehen wird, hängt neben der schon beschriebenen Orientierung am Verhalten anderer und den jeweiligen Gruppennormen u. a. von folgenden Faktoren ab: der Häufigkeit, in der die Einstellung oder das Verhalten wahrgenommen wird, der Vertrautheit sowie der zeitlichen Reihenfolge der Wahrnehmung verschiedener Verhaltensweisen (z. B. Higgins 1996, Weaver et al. 2007). Diese Faktoren tragen entsprechend zu einer Änderung der Normalitätswahrnehmung bei und bilden die Grundlage für Normverschiebungen. Bereits die einmalige Wahrnehmung eines Reizes, etwa das Hören einer bestimmten abfälligen Aussage (z. B. gegenüber Geflüchteten), führt dazu, dass eine entsprechende Aussage als weniger überraschend und eher normal wahrgenommen wird. Nach Weaver und Kolleg_innen (2007) führt im Weiteren eine häufige Wahrnehmung bestimmter Aussagen dazu, dass diese als vertrauter und normaler wahrgenommen werden – selbst, wenn sie immer wieder von derselben Quelle geäußert werden: „Eine wiederholte einzelne Stimme kann wie ein Chor klingen“[7] (ebd. 2007: 1). Das gilt auch für Aussagen, die konsistent von einer Minderheit innerhalb der Gruppe wiederholt werden (Moscovici et al. 1969). Eine oft wiederholte Aussage wird nicht nur als normaler angesehen, sondern auch als „wahrer“.

Der Raum, der bestimmten Themen, Informationen, Ansichten und Personen im öffentlichen Diskurs, in den klassischen und sozialen Medien gegeben wird, ist entscheidend dafür, was für die Bevölkerung letztendlich Bedeutung und Wahrheitsanspruch hat.

Beobachten Menschen, dass andere Personen, die sie als nicht grundsätzlich verschieden von sich wahrnehmen, eine bestimmte (z. B. vorurteilsbehaftete) Einstellung oder (z. B. diskriminierendes) Verhalten zeigen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie dieses als akzeptiert und normal ansehen. Sie gleichen ihre eigenen Einstellungen und ihr Verhalten eher an – vor allem, wenn kein Widerspruch gezeigt und keine Gegenmeinung geäußert wird. Dies gilt auch für mediale Darstellungen. Der Raum, der bestimmten Themen, Informationen (siehe z. B. Fake News), Ansichten und Personen im öffentlichen Diskurs, in den klassischen und sozialen Medien gegeben wird, ist entscheidend dafür, was für die Bevölkerung letztendlich Bedeutung und Wahrheitsanspruch hat.

Normverschiebungen als unbewusster Prozess

Normverschiebungen verlaufen in der Regel schleichend und fluide, sind im Prozess selten bewusst wahrnehmbar – oft muss erst ein bestimmtes Maß erreicht sein, damit eine Verschiebung als solche überhaupt erkannt und thematisiert wird. Das ist ein Grund dafür, warum Menschen häufig erst rückschauend aufhorchen und sich fragen: Wie konnte es dazu kommen? Normen werden vor allem dann wahrgenommen, wenn jemand gegen sie verstößt. Die relevanten „Spiegel“ der Normalität sind dabei vor allem das nahe soziale Umfeld (z. B. Jäger 2018). Wenn Menschen im nahen

[7] Übersetzung der Beitragsautor_innen.

Umfeld ähnliche Einstellungen haben und ähnliches Verhalten zeigen wie man selbst, gibt es keine Widersprüche im Angebot der Normalitätswahrnehmung und keine Brüche bei sich ändernden Normen. Dabei kann eine Meinung, die zwar mehrheitsgesellschaftlich abgelehnt oder kritisch beäugt wird, in einer gesellschaftlichen Subgruppe als normal gelten. Dies kann man zum Beispiel in Kommentaren zu Online-Zeitungsartikeln sowie in rechtspopulistischen und rechtsradikalen Facebook-Gruppen beobachten, wo häufig die Meinungen Gleichgesinnter unkritisch bekräftigt, übernommen und gesteigert werden. Durch Effekte der selektiven Darbietung (*selective exposure*[8]; Crocker 1981) fehlt es in gesellschaftlichen Gruppen oft an Meinungsdiversität und kritischen Stimmen. Auch der Bestätigungsfehler (*confirmation bias*; Nickerson 1998), also Informationen nach einem bestimmten, die bereits bestehende Meinung unterstützenden Denkmuster zu selektieren und zu interpretieren, trägt zu diesem Effekt bei. Einigkeit wird suggeriert und sowohl offline als auch online kursieren in „Echokammern“ immer wieder die gleichen Informationen und Meinungen (z. B. Del Vicario et al. 2016). Entsprechend einseitig verläuft die (unbewusste) Bildung der Normalitätswahrnehmung. Individuen überschätzen in der Folge die Repräsentation ihrer Meinung in der Gesamtgesellschaft und bezichtigen Personen mit abweichenden Meinungen verzerrter Realitätswahrnehmung und/oder des bewussten Täuschens (z. B. Ross & Ward, 1996). Eine Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung und die Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts können folgen. Doch wie kann all den oben beschriebenen Faktoren entgegnet werden?

Einigkeit wird suggeriert und sowohl offline als auch online kursieren in „Echokammern“ immer wieder die gleichen Informationen und Meinungen.

Interventionen gegen Normverschiebung

Normen klar definieren und „rote Linien“ markieren

Wenn sich Normen gefestigt haben, die das Äußern von Vorurteilen und Ressentiments akzeptieren oder sogar fordern, ist es sinnvoll, menschenrechtsorientierte Normen sichtbar entgegenzusetzen, nach denen entsprechende Äußerungen nicht akzeptiert werden. Beispiel: In einem Verein oder einer Schulklasse sind Situationen von Diskriminierung aufgetreten. Nun wird gemeinsam über diese Vorfälle und geltende Normen diskutiert und es werden sichtbare Zeichen gesetzt (z. B. neue Vereinsrichtlinien, Plakat im Klassenzimmer).

Zivilcourage zeigen

Vorurteilsäußerungen, Beschimpfungen und Diskriminierungen sollte direkt und entschieden entgegengetreten werden. Das Benennen einer Äußerung oder Handlung als nicht-normative Diskriminierung bewirkt, dass die Ungleichbehandlung nicht ‚normal‘ wird. Beispiel: Wird in der Straßenbahn ein Mensch syrischer Herkunft rassistisch beleidigt und niemand äußert sich dazu,

[8] Die höhere Wahrscheinlichkeit, im eigenen Umfeld auf Personen zu treffen, die einem ähnlich sind, und mit diesen zu interagieren.

wird angezeigt, dass die Beleidigung normal und womöglich berechtigt ist. Interveniert eine Person, ist diese Normalitätssicht nicht mehr haltbar und eigene zukünftige Erwiderungen werden gefördert.

Selbst nicht pauschalisieren

Es ist ratsam, auch selbst der Versuchung bewusst zu widerstehen, bestimmte Personen(-gruppen) einseitig und pauschal zu verurteilen. Hier besteht einerseits die Gefahr, unterschiedliche Motivationen innerhalb einer vielfältigen Gruppe zu unterschätzen (z. B. durch Vorurteile ‚Alle Nazis sind dumm' oder ‚Alle Reichsbürger_innen spinnen') und damit das Finden geeigneter Gegenmaßnahmen zu erschweren. Andererseits besteht die Gefahr, selbst gesellschaftlich schwächere Gruppen zu diskriminieren (z. B. Frauen, Schwule, Lesben, Menschen mit Behinderungen, obdachlose Menschen).

Reflexion der eigenen Vorurteile

Die eigenen bzw. die Normen und Vorurteile der eigenen Gruppe sind ständig kritisch und mit Mut zu Kritik und Widerspruch auch innerhalb der eigenen sozialen Gruppe (z. B. gegenüber Vertreter_innen einer ähnlichen politischen Ideologie) zu hinterfragen. Die Prägung bzw. Sozialisation im Leben durch bestimmte soziale Normen ist keine Rechtfertigung für das Ausdrücken und Anwenden dieser Vorurteile.

Wissen erlangen

Wissen aneignen zu Vorurteilsprozessen, den Fragen, was Vorurteile sind, wie sie mit dem persönlichen sozialen Umfeld zusammenhängen und wo Diskriminierung beginnt, kann eine weitere hilfreiche Maßnahme zur Reduktion von Vorurteilen sein.

Vielfalt als Norm etablieren

Eine weitere Möglichkeit, die Verbreitung und Vehemenz von Vorurteilsäußerungen gegenüber zum Beispiel Geflüchteten und Muslim_innen zu ändern, besteht darin, Vielfalt (oder Multikulturalität etc.) als ‚Normalität' zu etablieren und sichtbar zu machen. Diese Norm der Vielfalt würde zum einen als direktes Gegenbild gegen die genannten Vorurteile wirken und zum anderen dazu führen, dass Herkunft, Ethnie und Religion nicht mehr ständig als Kategorien zur Unterscheidung von Menschen herangezogen werden.

Gemeinsame Basis schaffen

Die gesellschaftliche Polarisierung wird durch die Verfestigung unterschiedlicher Normalitätswahrnehmungen gefördert. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, ist es wichtig, Kontexte zu schaffen, in denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen gemeinsam Realität erleben und Erfahrungen teilen können. So können sich Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster angleichen und es kann eine gemeinsame menschenrechtsbasierte Lebensrealität entstehen. In Bezug auf den Umgang mit Neuen Rechten in diesen Kontexten empfiehlt Volker Weiß den „souveränen Ausschluss" (Weiß 2018: 44).

Für den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft ist es wichtig, diese normativ als vielfältig und inklusiv zu definieren. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse von Normen bedürfen Zeit, Reibung und Diskussion, welche jedoch demokratische Grundprinzipien nicht durch falsch verstandene Freiheit der Meinungsäußerung infrage stellen darf:

> *Eine Demokratie kann und muss vieles aushalten, und sie lebt von der Aushandlung gesellschaftlicher Kompromisse. Aber ihr Zusammenhalt und ihre Stabilität bemessen sich eben auch daran, wie, trotz aller Divergenzen und Differenzen zwischen Gruppen, die Gleichwertigkeit insbesondere ihrer gesellschaftlichen Minderheiten gesichert und gestärkt wird. (Zick 2016: 203)*

Normen der Gleichwertigkeit aller Menschen müssen verteidigt und dort, wo sie nicht gelten, erstritten werden. Dazu müssen bedrohliche Prozesse, die innerhalb einer Gesellschaft ablaufen, erkannt und minimiert werden. Bedrohlich sind nicht nur rechtspopulistische oder neu-rechte Bewegungen. Bedrohlich ist auch fehlendes Bewusstsein für die enormen individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Vorurteilen und Diskriminierung und fehlendes (individuelles) Intervenieren gegen die Normverschiebungen innerhalb unserer demokratischen Gesellschaft.

Dr. Florian Jäger ist Sozialpsychologe und hat an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Einfluss von sozialen Normen auf die Wahrnehmung von Vorurteilen promoviert.

Dr. Janine Dieckmann ist wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft und verantwortlich für den Forschungsschwerpunkt „Diskriminierung“.

Literatur

Blanchard, Fletcher/Brigham, John C./ Crandall, Chris/ Vaughn, Leigh Ann(1994): Condemning and condoning racism: A social context approach to interracial settings. Journal of Applied Psychology, 79, S. 993 – 997.

Cialdini, Robert B./Kallgren, Carl A./ Reno, Raymond R. (1990): A focus theory of normative conduct: Recycling the concept of norms to reduce littering in public places. Journal of Personality and Social Psychology, 58, S. 1015–1026.

Crandall, Christian S./ Eshleman, Amy (2003): A justification-suppression model of the expression and experience of prejudice. Psychological Bulletin, 129, S. 414 – 446.

Crandall, Christian S./ Eshleman, Amy/O'Brien, Laurie (2003): Social norms and the expression and suppression of prejudice: the struggle for internalization. Journal of Personality and Social Psychology, 82, S. 359 – 378.

Cremer, Hendrik (2017): Verbreitung rassistischen Gedankenguts - Meinungsfreiheit hat Grenzen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/02. Amadeu-Antonio-Stiftung: Berlin.

Crocker, Jennifer (1981): Judgment of covariation by social perceivers. Psychological Bulletin, 90, S. 272 – 292.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Psychosozial Verlag: Gießen.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Psychosozial Verlag: Gießen.

Del Vicario, Michela/Bessi, Alessandro/Zollo, Fabiana/Petroni, Fabio/Scala, Antonio/Caldarelli, Guido/Stanley, H. Eugene/ Quattrociocchi, Walter (2016): The spreading of misinformation online. Proceedings of the National Academy of Sciences, 113, 554 – 559.

Federl, Fabian (2016): Straftaten gegen Asylunterkünfte steigen weiter. Der Tagesspiegel. Online: http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeskriminalamt-straftaten-gegen-asylunterkuenfte-steigen-weiter/13958206.html [15.03.2018].

Higgins, E. Tory (1996): Knowledge activation: Accessibility, applicability, and salience. In: Higgins, E. Tory/Kruglans, Arie W. [Hrsg.]: Social psychology: Handbook of basic principles (pp. 133 –168). Guilford: New York.

Jäger, Florian/Kessler, Thomas (2016): Does perceived consensus create reality? Examining the relationship between social norms, prejudice expression and attribution to objective reality. Vortrag auf International Congress of Psychology, Yokohama, Japan.

Jäger, Florian (2018): A Social Psychological Concept of Normality: An examination of the emergence, perpetuation and shift of unnoticed standards, and their influence on behavior and social dynamics. Unveröffentlichte Dissertation, Abteilung für Sozialpsychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Moscovici, Serge/Lage, Elisabeth/Naffrechoux, M. (1969): Influence of a consistent minority on the responses of a majority in a color perception task. Sociometry, 32, S. 365 – 380.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Rechtspopulismus? Ein Essay. Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Nickerson, Raymond S. (1998): Confirmation bias: A ubiquitous phenomenon in many guises. Review of General Psychology, 2, S. 175 – 220.

Quent, Matthias (2017): Vorurteilsgeleitete Radikalisierung als integratives Konzept öffentlicher Demokratieforschung. In: Institut für Demokratie [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie 2017/01, Amadeu Antonio Stiftung: Berlin, S. 104 – 123.

Ross, Lee/Ward, Andrew (1996): Naïve realism in everyday life: Implications for social conflict and misunderstanding. In: Reed, Edward S./Turiel, Elliot/Brown, Terrance [Hrsg.]: Values and knowledge. The Jean Piaget symposium series. Lawrence Erlbaum Associates, Inc: Hillsdale, England, S. 103 – 135.

Sherif, Muzafer/Sherif, Carolyn W. (1953): Groups in harmony and tension. Harper: New York.

Stangor, Charles/Sechrist, Gretchen B./Jost, John T. (2001): Changing racial beliefs by providing consensus information. Personality and Social Psychology Bulletin, 27, S. 486 – 496.

Tajfel, Henry/Turner, John C. (1979): An integrative theory of intergroup conflict. In: Austin, William G./Worchel, Stephen [Hrsg.]: The social psychology of intergroup relations, Brooks/Cole: Monterey, California, S. 33 – 37.

Weaver, Kimberlee/Garcia, Stephen M./Schwarz, Norbert/Miller, Dale T. (2007): Inferring the popularity of an opinion from its familiarity: A repetitive voice can sound like a chorus. Journal of Personality and Social Psychology, 92, S. 821 – 833.

Weiß, Volker (2018): Debatte oder Protest: Wie weiter gegen rechts? In: Blätter, 6, S. 41-44. Online: https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2018/juni/debatte-oder-protest-wie-weiter-gegen-rechts [05.07.2018].

Zick, Andreas (2016): Polarisierung und radikale Abwehr – Fragen an eine gespaltene Gesellschaft und Leitmotive politischer Bildung. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela [Hrsg.]: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J.H.W. Dietz: Bonn.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J.H.W. Dietz: Bonn.

„LANGZEIT-ARBEITSLOSIGKEIT GILT VIELFACH ALS (SELBSTVER-SCHULDETER) MAKEL, DER UM (FAST) JEDEN PREIS ZU VERMEIDEN IST.“

Sozial disqualifiziert – Arbeitslose zwischen Abwertung, Entkoppelung und eigenen Vorurteilen

Ausgehend von den Ideen des französischen Soziologen Paugam zur Sozialen Disqualifizierung wird in dem Beitrag dargelegt, wie Langzeitarbeitslose die Abwertung ihres Status wahrnehmen. Grundlage der Analyse sind 26 leitfadengestützte Interviews mit Langzeitarbeitslosen, die zwischen 2013 und 2016 geführt wurden. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Wahrnehmung von und der Umgang mit negativen Zuschreibungen in Bezug auf den Status der eigenen Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse lassen für diese Gruppe erhebliche Zweifel an einem solidarischen, gesellschaftlichen Zusammenhalt entstehen. Deutlich wird stattdessen, dass die Stigmatisierung dieser Gruppe zu Absonderung, Misstrauen, Skepsis, dem Abbruch von bestehenden Beziehungen sowie zur weiteren Abwertung und der Entstehung von Vorurteilen unter den Betroffenen führen, die als Reaktionen auf die zahlreichen Kränkungen verstehbar werden. Ein kritisches Fazit und die Diskussion möglicher wirkungsorientierter Maßnahmen zur Destigmatisierung dieser Gruppe schließen diesen Beitrag.

Spaltung statt Zusammenhalt[1]

> *Ich kenne also wirklich Leute, die, die wirklich auch herablassend, die, man sagt: Ja, die Sozialhilfeempfänger, die soll man alle nach Sibirien schicken. Ist mir zu Ohren gekommen. Also was man hört, ist schon sehr traurig.*

Dieser Auszug eines Interviews stammt von Elisabeth (60 Jahre alt, seit zehn Jahren arbeitssuchend). Er bezeugt die Erfahrungen mit Abwertung, dem Mangel an Respekt und sozialer Wertschätzung, von dem zahlreiche Interviewpartner*innen in unserem Projekt berichtet haben.

[1] Ein Dank gilt Sebastian Lang sowie den Gutachter*innen und Herausgeber*innen der Zeitschrift für ihre wertvollen Hinweise zur ersten Fassung des Manuskripts.

Sie erzählen uns von vielfach als Drangsalierung wahrgenommenen Versuchen behördlicher Kontrolle und Disziplinierung und von Erfahrungen mit Zurückweisung und Missbilligung aufgrund der Arbeitslosigkeit im Alltag. Wie kommt es aber zu diesen Formen der Abwertung und welche Folgen kann das für die Betroffenen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben?

Zunächst handelt es sich bei Langzeitarbeitslosen um eine Gruppe, die, sehr beharrlich, kaum Möglichkeiten zu einer den Bedarf deckenden und nachhaltigen Erwerbsarbeit hat. Die Betroffenen können vom gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwung und der verbesserten Situation am Arbeitsmarkt nicht profitieren. So bleiben sie über den Ausschluss aus dem Erwerbssystem dauerhaft von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen (u. a. Böhnke 2006). Der Zugang zur Erwerbsarbeit, dem zentralen Bindemittel der modernen Gesellschaft (grundlegend Durkheim 1977), bleibt ihnen verwehrt. In einer Gesellschaft, in der soziale Wertschätzung vor allem nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit vergeben wird, führt Erwerbslosigkeit zu negativen Rückschlüssen auf arbeitslose Personen. Vor dem Hintergrund abwertender und pauschaler Verlautbarungen in verschiedenen Diskursen und der ungebrochenen Geltung der Erwerbsarbeitsnorm gilt die Langzeitarbeitslosigkeit vielfach als ein (selbstverschuldeter) Makel, der um (fast) jeden Preis zu vermeiden ist. Empirische Detailarbeit lässt für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen aus diesen Gründen auch ein besonderes Bild sichtbar werden. Sie offenbart, dass Mitglieder dieser Gruppe vielfach Opfer von Missbilligungen und negativen Zuschreibungen sind. Sie verdeutlicht ferner, dass für einen Teil von ihnen ein hohes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft, Vertrauen in Institutionen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung wirklichkeitsfern bleiben und nur sehr wenig mit ihren Alltagserfahrungen zu tun hat. Vor allem im direkten Umfeld in Form manifester negativer Abwertungen und in den behördlichen Vermittlungsversuchen wird den Arbeitslosen wiederkehrend ihre Fehlbarkeit vor Augen und der Mangel an Selbstdisziplin und Anpassungsleistung aufgezeigt.

Vor allem im direkten Umfeld in Form manifester negativer Abwertungen und in den behördlichen Vermittlungsversuchen wird den Arbeitslosen wiederkehrend ihre Fehlbarkeit vor Augen und der Mangel an Selbstdisziplin und Anpassungsleistung aufgezeigt.

Ausgehend von den Ideen des französischen Soziologen Paugams (2008) zur Sozialen Disqualifizierung lassen sich hier zwei Dimensionen untersuchen: Die konkreten Erfahrungen der Betroffenen mit Missachtung und Diskriminierung in den Unterstützungsverhältnissen und die Erfahrungen in ihrem direkten, persönlichen Umfeld. Aus diesem Blickwinkel, der die Deutung der Arbeitslosen und damit die Wahrnehmung von Stigmatisierung in den Mittelpunkt stellt, sollen nun vor allem zwei miteinander verbundene Gesichtspunkte skizziert werden. Einerseits wird auf der Grundlage von Interviewergebnissen gezeigt, wie die Akteur*innen diese Abwertung ihres Status wahrnehmen. Zum anderen werde ich beispielhaft skizzieren, welche Folgen dies für sie haben kann. Dabei beschränke ich mich auf die Frage nach der Entstehung von Vorurteilen bei den Arbeitslosen selbst, die als Reaktion auf die zahlreichen Kränkungen und Unterstellungen verstehbar wird.

Die betreffenden Passagen sind ein Teil von insgesamt 26 Interviews, die zwischen 2013 und 2016 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts durchgeführt wurden.[2] Die Interviewpartner*innen wurden über Träger beschäftigungsfördernder Maßnahmen und Beratungsstellen für Arbeitslose rekrutiert. Zentrales Kriterium für die Auswahl war die Langzeitarbeitslosigkeit, der Grundsicherungsbezug[3], vor allem aber die Erreichbarkeit und Bereitschaft zur Teilnahme. Die Themen des Interviewleitfadens ergaben sich aus verschiedenen Bestandteilen der theoretischen Überlegungen des amerikanischen Soziologen Goffman (1975). Im Mittelpunkt der Erhebung standen allgemein die Wahrnehmung von und der Umgang mit negativen Zuschreibungen in Bezug auf den Status der eigenen Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit als ein Schandmal?

Die Kategorisierung „arbeitslos" als negative Abweichung und die Abwertung dieser Gruppe finden sich sinnfällig in unzähligen Äußerungen öffentlicher Geringschätzung und der Zuschreibung verschiedener schemenhafter negativer Eigenschaften (u. a. Chassé 2010, Uske 1995). Diese werden in Form verkürzter Figuren und als (Stigma-)Symbole in Medien und politischen Verlautbarungen (u. a. „Florida Rolf", „Drückeberger", „soziale Hängematte") zu Klassifikationsangeboten bei der Beurteilung dieser Gruppe. Daraus ergeben sich zwei grundlegende Aspekte, die Grund für die Gruppenüberheblichkeit und für die Gruppenabwertung sind. In diesem medial und politisch vermittelten umfangreichen Bestand von abwertenden Annahmen über die Arbeitslosen werden unterschiedliche Besonderheiten dargelegt. Zum einen wird hier allgemein deutlich, dass die Arbeitslosen in unerwünschter, moralisch fragwürdiger Weise anders sind als die große Mehrheit. Zweitens wird mit diesen negativen Bildern die Gefährdung der Gemeinschaft, der respektablen Gruppe durch die Arbeitslosen belegt (Bauman 2005: 82). In diesem Zusammenspiel von zugewiesenem Status, negativen Eigenschaften und Schuldvermutung wird deutlich, dass der Status der Arbeitslosigkeit vor allem mit negativen und durch Vermittlung und Hilfe zu bearbeitenden Attributen versehen ist. Dabei ist der Verdacht der Untätigkeit oder der Passivität, der den Arbeitslosen entgegengebracht wird, schon im allgegenwärtigen sozialpolitischen Credo von Aktivierung angelegt, der sich u. a. im Slogan „Fördern und Fordern" manifestiert.

Im Zusammenspiel von zugewiesenem Status, negativen Eigenschaften und Schuldvermutung wird deutlich, dass der Status der Arbeitslosigkeit vor allem mit negativen und durch Vermittlung und Hilfe zu bearbeitenden Attributen versehen ist.

[2] Diese Arbeit wurde finanziell gefördert und entstand im Rahmen des DFG-Vorhabens DFG JU 414/15-1.

[3] Gefragt wurde nach längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit. Alle Interviewpartner*innen sind länger als 12 Monate ohne Arbeit und erhalten Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Dabei sind so genannte schädliche Unterbrechungen etwa durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder längere Krankheit, die den Status der Langzeitarbeitslosigkeit offiziell beenden würden, für die vorliegende Untersuchung und – so zeigte sich – auch für die Selbstwahrnehmung der Betroffenen weitgehend ohne Bedeutung.

Die Idee der Aktivierung erweist sich „als ein paradoxes Projekt. Sie muss ihren Adressaten zunächst die Passivität unterstellen, die sie dann zu überwinden verspricht." (Kocyba 2004: 21). Doch auch jenseits der Erfahrungen mit behördlichen Vermittlungsversuchen[4] berichtet ein Teil der von uns Interviewten von manifesten Formen der Stigmatisierung im Alltag, die auf ihren weniger respektablen Status zurückzuführen sind. Andere nehmen bestimmte Formen der Abwertung und Diskriminierung vorweg, weil sie die negativen, stereotypen Bilder in Medien und politischen Verlautbarungen gut kennen. Bei den Erfahrungen mit Stigmatisierung ist vor allem die Tatsache von Bedeutung, dass ihr Status im Alltag im Kontakt mit Erwerbstätigen nicht unmittelbar erkennbar ist. Die ungefilterten Erfahrungen, bei denen die Arbeitslosen den Standpunkt der Erwerbstätigen ihnen gegenüber kennenlernen, sind vielfach nur möglich, weil sie in den Situationen nicht als Arbeitslose erkennbar sind. Diese Wahrnehmung von negativen Zuschreibungen ist als eigene Erfahrung und über Geschichten von Schmähungen durch Erwerbstätige aus zweiter Hand präsent (dazu auch Gurr/Jungbauer-Gans 2017). So berichtet beispielsweise Jan (50 Jahre alt, seit zehn Jahren arbeitssuchend) von der Erfahrung bei der Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr wie folgt:

> *Ja, da höre ich das, die wollen nicht arbeiten und ... Ja (.) Ja. Und der Führer müsste wieder her und sie müssten ja alle zur Arbeit gezwungen werden und (Abbruch).*

Vor allem die zugeschriebene Faulheit und fehlende Anstrengungsbereitschaft werden in Sequenzen wie dieser hervorgehoben. Richard (29 Jahre alt, seit 2 Jahren arbeitssuchend) äußert über die negativen Annahmen der Erwerbstätigen und die Verbindung von Status und unterschiedlichen negativen (Charakter-)Eigenschaften folgendes:

> *Wenn man keine Arbeit hat dann und so dann denke die Leute eben dass man, dass man den ganzen Tag nur zuhause sitzt und sowieso kein Bock hat loszulaufen und ja, das glaube ich ist das was die Leute immer denken.*

Diese Erfahrungen sind es, die den Interviewpartner*innen im Alltag wiederholt und anschaulich wie drastisch ihre Minderwertigkeit vor Augen führen. So wird ihnen verdeutlicht, dass sie als Kostgänger*innen oder Schmarotzer*innen eine Belastung oder Gefährdung für die Gemeinschaft sind. Elisabeth, nachdem sie lange Zeit in der Gastronomie gearbeitet hat, berichtet von einer Begebenheit in einem Gastronomiebetrieb:

[4] Wenn bei den folgenden Darstellungen auf die stigmatisierenden Erfahrungen mit den Behörden verzichtet wird, mitnichten, weil es sie nicht gibt, sondern aus Platzgründen. Nachzulesen sind diese in Gurr (2017).

> *... ich sagte zu dem Döner-Mann: Ja, weißt du doch, wenn man Hartz IV kriegt hat man halt nicht so viel Geld. Und die beiden sich hinter meinen Rücken, ich hörte nur wie der eine sagte: Boh, diese Spacken von Hartz IV - Empfänger. Überall wollen sie noch, ne, und wir gehen arbeiten und die Faulen sitzen zuhause.*

Diese schmerzhafte Einsicht, die wiederholten Erfahrungen von Missbilligung lassen aus der „intimen Gewissheit, negativ gegen eine Norm abzufallen“ (Goffman 1975: 16) für die Betroffenen eine offensichtliche werden. Dass diese Erfahrungen unterschiedliche Folgen haben, liegt auf der Hand. Der Verlust an Beziehungen und der Rückzug aus Kontexten, in denen es zu Kontakt mit Erwerbstätigen kommen kann, ist eine der Folgen dieser Stigmatisierungen. Ein wichtiger Grund für den Abbruch von Beziehungen zu erwerbstätigen Personen und sogar zu Familienmitgliedern besteht darin, dass die Arbeitslosigkeit mit wechselseitigen Schamgefühlen verbunden ist. So etwa Paul (36 Jahre alt), der im Verlauf seiner sechs Jahre andauernden Arbeitslosigkeit trotz Versuchen der vertrauten Personen, ihn zu unterstützen, den Kontakt schrittweise abgebaut hat:

> *Ich habe mich rausgezogen. Ähm. Na, die Faktoren waren einfach ich war selber mit mir unzufrieden, mein Selbstwertgefühl hat unheimlich gelitten. Ähm. Mein eigenes Schamgefühl, ähm, war irgendwann dann so ausgeprägt, dass ich mich von Kontakten distanziert habe.*

Negative Zuschreibungen und Scham sind insbesondere in Beziehungen, deren Bezugspunkt die Familie bzw. das Verwandtschaftsverhältnis ist, von zentraler Bedeutung. Einige Familienmitglieder scheinen zu befürchten, dass der Makel und die damit verbundenen negativen Eigenschaften auf sie zurückfallen. Andere Interviewpartner*innen berichten auch von Versuchen die Beziehungen aufrecht zu erhalten oder wiederaufzunehmen. So beschreibt etwa Manuela (55 Jahre alt, seit 15 Jahren arbeitssuchend) diese Versuche:

> *Er will nicht. Ich hatte noch mal zwei Briefe geschickt, die sind dann zurückgekommen. ... und das letzte Telefonat hatte ich mit mein Vaters Partnerin, in T-Stadt, und da hatte sie mir wortwörtlich gesagt, ähm er schämt sich halt, weil die haben da nen Haus, und ich würde da nicht rein passen. ...*

An dieser Stelle ließe sich nun deutlich mehr hinsichtlich der Bedingungen und Folgen für die Betroffenen differenzieren. Das Spektrum der Reaktionen auf diese Formen der Abwertung ist vielfältig, reicht von Konfrontation und Widerstand bis zur Übernahme der negativen Bilder in das Selbstbild, einer Art destruktiver Selbstbezichtigung. Ein weiterer Aspekt der Folgen dieser negativen Zuschreibungen erweist sich allerdings vor dem Hintergrund der Frage nach einem solidarischen Zusammenleben und der Entstehung von Abwertungstendenzen von besonderer

Bedeutung. Es zeigte sich nämlich, dass die Interviewten nicht einfach passive Opfer von Stigmatisierungen sind. Vielmehr finden sich neben den unterschiedlichen Umgangsweisen des Rückzugs oder den Versuchen der Informationskontrolle, wie des Verbergens oder Täuschens auch zahlreiche Sequenzen in den Interviews, in denen die Interviewten ihrerseits wiederum Versuche unternehmen, Gruppengrenzen zu konstruieren und andere Gruppen abwerten.

Negative Zuschreibungen und Scham sind insbesondere in Beziehungen, deren Bezugspunkt die Familie bzw. das Verwandtschaftsverhältnis ist, von zentraler Bedeutung.

Abwertung anderer Gruppen als Reaktion auf Kränkungen

Versuche der Erklärungen für die Entstehung und Verfestigung von Vorurteilen gibt es einige (im Überblick Pettigrew 2016), hier wird aber vor allem offenkundig, dass ein Teil der Interviewten mit Blick auf andere Gruppen interessanterweise genau das Repertoire an negativen Annahmen übernehmen, welches sie bei den Erwerbstätigen ihnen gegenüber vermuten oder im Rahmen manifester Stigmatisierungen erfahren haben. Die Unterstützung dieser Gruppen, etwa Geflüchteten, oder Ausländer*innen wird als ungerechtfertigt gesehen und direkt mit eigenen Erfahrungen von Benachteiligungen verknüpft. Verstärkt wird diese Tendenz zur Abwertung durch die Konkurrenz um knappe Ressourcen und die Annahme, dass die Unterstützung einer Gruppe zu eigenen Einschränkungen und Entbehrungen der Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen, führt (dazu Runciman 1967). Beispiele sind etwa geringere Regelsätze oder unzureichende Möglichkeiten bei der Wohnungssuche. Illustrieren lässt sich dies am Beispiel von Uta, die, von einigen kurzen Unterbrechungen mit Jobs in der Gastronomie abgesehen, seit 20 Jahren arbeitssuchend ist:

> *Die, äh, Ausländerjugendlichen oder die Ausländer, die hier reinkommen, die wollen gar nicht arbeiten und kriegen aber alles. Die kriegen alles in den Arsch gesteckt. Sprich kriegen Geld für neue Möbel, kriegen eine tolle Wohnung, kriegen Autogeld und, und, und. Und unsereiner, ne, also ich meine da stimmt, sage ich dann auch manches Mal also wie kann das angehen, ne. … Die, die hier hoch kommen wollen hier ar-, oder wollen hier wohnen, unsere Staatsbürgerschaft haben, wollen aber nicht Deutsch lernen, wollen nicht arbeiten, ne, und kriegen trotzdem alles, ne. Und manchmal ist das ungerecht. Also manchmal ist unser Staat echt ungerecht.*

Dabei ist die Wahl der jeweiligen Gruppe vor allem in Hinblick auf Unterscheidbarkeit und Abgrenzung von Belang. Dies trifft häufig auf ethnische Grenzziehungen zu. Allerdings gibt es bei diesen Interviewpartner*innen auch die Tendenz, die eigene Gruppe der Arbeitslosen nach anderen Kriterien (Geschlecht, Drogenkonsum, Alter, Familienstand) noch einmal in würdige und unwürdige Transferempfänger*innen zu gliedern. Die Wahl der Gruppe und die Betonung der damit verbundenen negativen moralischen Eigenschaften hängen vor allem von einem gefährdeten Selbstbild

Die Reaktionen sind ein Mittel, um das eigene Selbstwertgefühl zu erhöhen und sich über Abwertung der anderen Gruppen der positiven Distanz der eigenen Gruppe zu vergewissern.

und der befürchteten/erfahrenen Kränkung ab. Mit anderen Worten je gekränkter die Personen sind, desto eher betonen sie das moralische Fehlverhalten anderer. Das liegt vor allem daran, dass der eigene Status durch die damit verbundenen negativen Zuschreibungen kaum geeignet ist, den oder die Merkmalsträger*in positiv erscheinen zu lassen. Auch hier dienen die oben skizzierten Kriterien fehlender Anstrengungsbereitschaft, bezahlten Müßiggangs oder die Rangordnung und die Unterschiede rechtfertigenden Mythen über die Verteilung von Fleiß, Faulheit, Anstand zur Distanzierung. Dass die betreffenden Interviewten nun genau diese Zuschreibungen übernehmen, die die Erwerbstätigen ihnen gegenüber haben oder die antizipiert werden, scheint vordergründig absurd. Dies ist aber der Bestand an negativen Annahmen, an dem sich die Arbeitslosen bedienen, um ihrerseits die Minderwertigkeit anderer Gruppen zu begründen und die Bedrohung durch sie zu erklären. Hier handelt es sich um ein Phänomen, welches bereits Goffman (1975: 133) herausgearbeitet hat. „Das stigmatisierte Individuum zeigt eine Tendenz, seinesgleichen gemäß dem Grad, in dem ihr Stigma offenbar und aufdringlich ist, in Schichten zu gliedern. Es kann dann jenen gegenüber, die evidenter als es selbst stigmatisiert sind, die Verhaltensweisen einnehmen, die die Normalen ihm gegenüber haben.“ Diese Reaktionen sind ein Mittel, um das eigene Selbstwertgefühl zu erhöhen und sich über Abwertung der anderen Gruppen der positiven Distanz der eigenen Gruppe – wahlweise Deutsche, Frauen, Männer, Gebildete etc. – gegenüber Fremdgruppen und damit einer positiven Identität (vgl. grundlegend Tajfel 1978) zu vergewissern.

Prinzipien der Nützlichkeit dürften die Frage um Wohltätigkeit und Integration nicht dominieren.

Einige Folgerungen

Vor dem Hintergrund der hier sehr kurz skizzierten Ergebnisse bleiben vor allem mit Blick auf die Gruppe der Arbeitslosen Zweifel an positiven Beschreibungen des sozialen Zusammenhalts. Wenigstens für diese Gruppe dürften vielmehr die Thesen von Spaltung und Entkoppelung (u. a. Castel 2000) plausibel sein. Die fehlende Einbindung in Erwerbsarbeit, die behördlichen Versuche zu kontrollieren, zu disziplinieren und schlimmstenfalls zu sanktionieren zusammen mit den medial und politisch orchestrierten negativen Zuschreibungen dieser Gruppe gegenüber haben Folgen für Betroffene und den sozialen Zusammenhalt. Dies führt statt zu Kooperation, Vertrauen, Gemeinsinn, festen und verlässlichen Beziehungen eher zu Absonderung, Misstrauen, Skepsis und dem Abbruch von bestehenden Beziehungen. Dabei wird deutlich, dass ein Teil der Arbeitslosen sehr sensibel gegenüber den negativen, verallgemeinernden Zuschreibungen ist. Zur Einsicht in die eigene Entbehrlichkeit gesellt sich bei ihnen das Gefühl, unverdient Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen und für andere eine Belastung zu sein. Hinzu kommt, dass diese Prozesse sozialer Degradierung Ausgangspunkt für weitere negative Zuschreibungen durch die Arbeitslosen selbst

Im öffentlichen Diskurs gilt es, bestimmte soziale Probleme auch als Symptome spezifischer gesellschaftlicher Entwicklungen und nicht als selbstverschuldet zu kennzeichnen.

sein können. Diese Prozesse, bei denen durch die Betroffenen die Minderwertigkeit und die Belastung bzw. Gefährdung durch andere gesellschaftlicher Gruppen in den Vordergrund gerückt werden, sind als Reaktion auf die Kränkung zu verstehen. Es kommt zu Kränkungen durch negative, wirkmächtige moralisierende Zuschreibungen im Alltag und durch eine sozialpolitische Ungleichwertigkeitsideologie, die den Transferempfänger*innen Passivität unterstellen. Hinzu kommen die Verunsicherung hinsichtlich der Verfügbarkeit knapper Ressourcen und die vertraute Gewissheit eines weniger respektablen Status innerhalb der Gesellschaft. Dies kann, wie gezeigt, zu weiteren auch radikaleren Abwertungen von gesellschaftlichen Gruppen führen.

Doch wie könnten wirkungsorientierte Antworten aussehen: Prinzipien der Nützlichkeit dürften die Frage um Wohltätigkeit und Integration nicht dominieren. Vielmehr müssten die Illusion der Chancengleichheit und der Leistungsgerechtigkeit, die entsprechenden Prinzipien der Statuszuweisung und damit verbundene Machtungleichheiten hinterfragt werden. Im öffentlichen Diskurs gilt es, bestimmte soziale Probleme auch als Symptome spezifischer gesellschaftlicher Entwicklungen und nicht als selbstverschuldet zu kennzeichnen. Diese Erklärungen müssen auch den Betroffenen zur Verfügung gestellt und eher Gemeinsamkeiten mit den Erwerbstätigen betont werden. Für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen sollte es zentral aber darum gehen, ihren entwerteten und in Misskredit gebrachten Status rasch aufzuwerten. Auf diesem Weg muss die Arbeitsvermittlungspraxis mit der starken Akzentuierung auf den Aspekt des Forderns, der Disziplinierung und der Kontrolle verändert werden. Eine stärker nach pädagogischen Orientierungen modifizierte Vermittlungsarbeit, die nicht mehr nur Drohkulisse ist sondern den Einzelfall und die Sorge um den/die Klient*in in den Vordergrund stellt, dürfte hier ein guter Ausgangspunkt sein. Noch bedeutender allerdings ist aus meiner Sicht die Veränderung des bisher sehr moralinhaltigen politischen und medialen Diskurses. Hier werden die diffamierenden Bilder des oder der faulen, antriebslosen, satten Arbeitslosen geschaffen, die in ihrer spaltenden und gruppenverachtenden Wirkung folgenreich sind und im Nahbereich der Betroffenen ankommen. Mehr noch: Sie sind vielmehr Blaupause für neue Abwertungen durch jene, die eigentlich Opfer von Diskriminierung und Missbilligung sind. Wie auch bei anderen gesellschaftlichen Fragen von Protest und Konflikt sind es vor allem diese abwertenden Klassifikationen bestimmter Gruppen, die einer konstruktiven Problembearbeitung im Wege stehen. Die diskursive Konstruktion von verschiedenen Gruppen als andersartig, als bedrohlich, als belastend für die Gemeinschaft, als weniger nützlich oder als minderwertig macht einen politischen, am Problemgehalt orientierten, demokratischen

Die diskursive Konstruktion von verschiedenen Gruppen als andersartig, als bedrohlich, als belastend für die Gemeinschaft, als weniger nützlich oder als minderwertig macht einen politischen, am Problemgehalt orientierten, demokratischen Diskurs unmöglich.

Diskurs unmöglich.[5] Eines ist die öffentlich verleumdete, für weniger rechtmäßig und respektabel erklärte Lebensweise der Arbeitslosen jedoch ganz sicher nicht: Grundlage für einen solidarischen, von Hilfsbereitschaft, Vertrauen in Institutionen, positiver emotionaler Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung geprägten gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Thomas Gurr ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Leibniz-Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: Armut, Arbeits- und Ausbildungslosigkeit, Formen von Stigmatisierungen; qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung sowie Mixed-Methods-Ansätze.

Literatur

Bauman, Zygmunt (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Lizenzausg. Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung, 524): Bonn.

Böhnke, Petra (2006): Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung. Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2004 u.d.T.: Böhnke, Petra: Risiken sozialer Ausgrenzung. Budrich: Opladen (Edition Recherche).

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Fragen. Eine Chronik der Lohnarbeit. Universitätsverlag: Konstanz.

Chassé, Karl August (2010): Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte. VS Verl. für Sozialwiss: Wiesbaden.

Durkheim, Émile (1977): Über die Teilung der sozialen Arbeit. Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Goffman, Erving (1975): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Unter Mitarbeit von Frigga Haug. Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 140): Frankfurt a. M.

Gurr, Thomas (2017): Ohnmacht und Aktivierung – Ein Blick auf Agency im Vermittlungskontext. In: Sowa, Frank/Staples, Ronald [Hrsg.]: Beratung und Vermittlung im Wohlfahrtsstaat. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 311 – 338.

Gurr, Thomas/Jungbauer-Gans, Monika (2017): Eine Untersuchung zu Erfahrungen Betroffener mit dem Stigma Arbeitslosigkeit. In: SozProb 28 (1), S. 25 – 50.

Jensen, Sune Qvotrup (2011): Othering, identity formation and agency. In: Qualitative studies 2 (2), S. 63–78.

Kocyba, Hermann (2004): Aktivierung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas [Hrsg.]: Glossar der Gegenwart. Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 17 – 22.

Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburger Ed: Hamburg.

Pettigrew, Thomas F. (2016): In Pursuit of Three Theories. Authoritarianism, Relative Deprivation, and Intergroup Contact. In: Annu. Rev. Psychol. 67, S. 1 – 21.

Runciman, Walter G. (1967): Relative deprivation and social justice: A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England. Routledge & Kegan Paul: London.

Tajfel, Henri (1978): Differentiation between social groups: Studies in the social psychology of intergroup relations. American Press: Oxford.

Uske, Hans (1995): Die diskursive Entsorgung der Massenarbeitslosigkeit. In: Revue belge de Philologie et d'Histoire 73 (3), S. 755 – 772.

[5] Man denke in diesem Zusammenhang, in dem auch von *Othering* gesprochen werden kann, auch an andere Konflikte und andere öffentlich diskreditierte Gruppen. Dabei werden bestimmte Gruppen als anders, fremdartig und abweichend dargestellt und hierarchisierend als minderwertig, als pathologische Fälle und damit als bedrohlich konstruiert (dazu bspw. Jensen 2011).

TEIL IV

DEMOKRATIE UND JUGEND

„EINE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKT DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT.“

Demokratiekompetenzen auf dem Prüfstand – Schule als Erfahrungsraum für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz?

Demokratiebildung fungiert schon längst nicht mehr als ausschließliche Domäne des Sozialkundeunterrichtes. Das Bewusstsein, als Bürger*in Gesellschaft zu reflektieren, zu kritisieren und aktiv zu gestalten, bildet eine generelle Vermittlungsaufgabe von Schule ab. Der Beitrag stellt die Frage nach den Grundlagen demokratischer Bildung und wirft das Problem auf, inwieweit Pluralität und Vielfalt innerhalb der Bildung ihre Entsprechung finden können. Dabei bilden Widersprüche und gesellschaftliche Konflikte eine zentrale Herausforderung, auf welche Schule in ihrem Grundverständnis als Sozialisationsinstanz noch stärker reagieren muss.

Ein Theorie-Praxis-Widerspruch

Eine demokratische Zivilgesellschaft stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert über ihr Engagement Lösungen für Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Doch was ist das eigentlich – eine demokratische Zivilgesellschaft – wie zeigt sich ihr Wesen und ihr Handeln in der Praxis? In einem Beitrag der Publikationsreihe „Wissen schafft Demokratie“ zeichnet Matthias Quent (2017) ein ambivalentes Bild zivilgesellschaftlichen Engagements: Ressourcenmangel der zivilgesellschaftlichen Arbeit einerseits lassen strukturelle Defizite in der Gestaltung und Finanzierung dieses gesellschaftlichen Teilsystems erkennen. Zugleich finden Facetten zivilgesellschaftlichen Engagements ihren Ausdruck in der Unterstützung antidemokratischer, rechtsextremistischer Organisationen – wie Quent am Beispiel des Saale-Holzland-Kreises illustriert.

Dabei gilt das Engagement aus der Zivilgesellschaft heraus als ideal- und prototypische Form, um jenseits eines beruflichen Auftrags das Zusammenleben und den gemeinsamen sozialen Raum zu gestalten. Kompetent als Bürger*in mitbestimmen sowie an demokratischen Werten partizipieren – das sind Ziele, wie sie auch unabhängig der politischen Bildung als Kennzeichen einer*eines mündigen Erwachsenen beschrieben werden. Konkret finden diese Kennzeichen ihre Entsprechung im Verständnis der *Demokratiekompetenz*. Dabei ist die genaue Definition von Demokratiekompetenzen so heterogen wie das Verständnis des Kompetenzbegriffes und die moderne Gesellschaft selbst. Als übergeordnete Fähigkeit, um kompetent in einer demokratischen Gesellschaft zu leben,

kann der Begriff der *Mündigkeit* gesetzt werden. Die Autorengruppe Fachdidaktik (2016) fasst in ihrem Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht Mündigkeit wie folgt zusammen:

> *Mündigkeit ist die Leitidee des Unterrichtes in den Fächern der politischen Bildung. Dazu gehören Autonomie, Verantwortung und Selbstreflexion über die eigene Mündigkeit. Die Lernenden sollen auch die Fähigkeit zu Kritik, Widerspruch und Widerstand entwickeln. Deshalb thematisiert Mündigkeit fördernder Unterricht Alternativen, statt das Bestehende nur zu bestätigen. (Ebd.: 21)*

Ihre Realisierung findet die Mündigkeit in der demokratischen Zivilgesellschaft und deren Handeln. Die Basis zivilgesellschaftlichen Engagements liegt demnach in der Mündigkeit selbst; das kritische Reflektieren von Zusammenhängen – als mündiger Umgang mit Wissen – wird dabei zur Kernkompetenz. Der Didaktiker Wolfgang Klafki (1999) erklärt diese Fähigkeit zur Schlüsselkompetenz der Bildung. Und auch für den Soziologen Oskar Negt (2016 [1997]) wird eine kritische Reflexion der Lebensrealität zur Grundlagenkompetenz für das Leben und Arbeiten in einer modernen Gesellschaft.

Welche Auswirkungen hat nun mangelnde Mündigkeit? Am Beispiel des Freiwilligendienstes lassen sich Folgen aufzeigen: In der praktischen Arbeit mit jungen Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, zeigen sich die Auswirkungen in Überforderung (vgl. Huth 2011: 74ff.) und spiegeln die Bildungskritik der letzten Jahre wider (vgl. Allmendinger 2012, Erpenbeck/Sauer 2016, Florin 2014). Dem Gedanken der Partizipation, Autonomie und Selbstreflexion folgend werden die jungen Freiwilligen angeregt, ihr Engagement zu reflektieren, eigene Gedanken und Meinungen für die Gestaltung ihres Freiwilligenjahres zu entwickeln. All dies scheint eine Überforderung darzustellen, setzt doch Mündigkeit auch Eigeninitiative voraus. Mitbestimmung ist jedoch zu diesem Zeitpunkt ein Thema, an das die Freiwilligen erst herangeführt werden müssen. So erwarten sie beispielsweise zu den Seminaren dozierende Lehrende, die ihnen das Denken und die Verantwortung für ihr Handeln weitestgehend abnehmen. Ist der erste erlebte Widerspruch überwunden, gelingt es den Jugendlichen im Laufe des Jahres Verantwortung für sich und die Gruppe zu übernehmen, eigene Ideen zu entwickeln und die Dinge kritisch zu betrachten. Sie werden mutiger und nehmen die Möglichkeiten der Mitbestimmung wahr, weil sie die dafür notwendigen Strukturen vorfinden und ermutigt werden, für ihre Interessen einzutreten. Der Freiwilligendienst ist vielfach eine Grundlage für ein späteres Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft, er baut auf schulischer Bildung auf.

Bedenkt man nun, dass die Anlagen der*des mündigen Bürger*in bereits in der Schule gebildet werden, dass Demokratiebildung eine schulische Querschnittsaufgabe darstellt und dass das normative Bildungsziel der Schule in eben jener Mündigkeit liegt, ist die kritische Nachfrage nach den Prämissen schulischer Bildung berechtigt. Denn in der Schule als Sozialisationsinstanz werden die Grundlagen für Handlungsfähigkeit, Kritik und Selbstwirksamkeit als notwendige Bedingungen einer kritischen Bestandsaufnahme der Wirklichkeit gebildet. Die Vermittlung von Wissen bildet dabei nur eine Facette von Bildung ab; daneben stehen die kompetente Aneignung sowie ein produktiver Umgang mit diesem Wissen.

Schule als „Gesellschaft im Kleinen“

Schul- und Bildungskritik ist ‚en vogue‘. Obwohl notwendig, ist diese Kritik dabei zu Teilen ungerecht gegenüber den Lehrenden und (sozial-)pädagogischen Mitarbeitenden, agieren sie doch im Rahmen struktureller und bildungspolitischer Gegebenheiten. Analog einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive haben sie zwar die Möglichkeit, den schulischen demokratischen Raum über ihr Engagement zu gestalten. Aber auch ihr Engagement ist, wie das der demokratischen Zivilgesellschaft, an die Formierung und Realisierung der „Regierungsform“ gebunden. So bleiben beispielsweise die besten pädagogischen Konzepte zur individuellen Begabungsförderung in der praktischen Umsetzung hinter ihren Möglichkeiten, wenn ein zu eng bemessener Personalschlüssel die „inklusive Schule/Kita“ von innen aushöhlt. Die Mitarbeitenden sind letztendlich zu großen Teilen abhängig von rechtlichen Grundlagen, politischen Vorgaben und der realen Umsetzung ihrer Schulkultur: einer Demokratie im Kleinen. Denn Schule selbst fungiert als „Gesellschaft im Kleinen“.

Diese Sichtweise ist nicht neu. Sie geht auf den Philosophen und Pädagogen John Dewey (2007 [1899]) zurück, der mit seinem Verständnis von Schule als „Gesellschaft im Werden“ (*embryonic society*, ebd.: 31 f.) ein notwendiges Bewusstsein von Bildung jenseits standardisierter Leistungsmessungen schafft. Ebenso wie im gesellschaftlichen Raum ist die Schule ein Ort, an dem Menschen miteinander kommunizieren und durch Beziehungen miteinander verbunden sind. Ergänzend zu dieser Perspektive beschreibt der Soziologe Anthony Giddens (1997 [1993]) Schule als *Machtbehälter*. Giddens begründet jene Machtbeziehung der Schule u. a. über die räumliche Positionierung von Lehrenden und Lernenden im Raum des Klassenzimmers (ebd.: 188 ff.). Diese räumliche Figuration – die*der Lehrende steht dozierend vor den Lernenden – wird gestützt über einen disziplinierenden Kontext des Lernens und der Erziehung: Ein sozialer Raum für Widerspruch, Widerstand und Protest wird über die Kernprinzipien der Schule – Allokation (Zuordnung) und Selektion – stark eingegrenzt. Möglichkeiten bieten sich über eine demokratisch gestaltete Schulkultur, die bewusst Möglichkeiten der Mitgestaltung und des Widerspruchs in ihre Arbeitspraxis integriert.

Ebenso wie im gesellschaftlichen Raum ist die Schule ein Ort, an dem Menschen miteinander kommunizieren und durch Beziehungen miteinander verbunden sind.

Sicherlich mag ein „preußisch-autoritäres“ Bildungsverständnis der Vergangenheit angehören, aber „Schule“ bleibt zu Teilen in den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stecken, da sie es nur bedingt schafft, die “Gesellschaft im Werden“ auf die Erfordernisse der Moderne auszurichten. Gesellschaftliche Beschleunigungsprozesse (vgl. Rosa 2005, 2012) greifen im Teilsystem der Schule und formieren die Notwendigkeit, sich Wissen über die resonante Beziehungsarbeit anders „anzuverwandeln“ (vgl. Rosa/Endres 2016). Dabei gilt es auch, eine machtsensible Perspektive auf die abhängigen Beziehungsstrukturen der schulischen Akteur*innen zu entwickeln. Mit Blick auf zentrale Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts formiert die Schule zur *Heterotopie* – einem Raumkonzept Michel Foucaults (2006 [1967]), durch welches der Philosoph abgeschlossene Orte und Räume innerhalb der Gesellschaft kennzeichnet, die auf eine eigene, spezifische Weise Gesellschaft charakterisieren oder ein „Idealbild“ dieser konterkarieren.

Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Indem schulische Wirklichkeit hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurückbleibt, beschreibt sie ein Wesensmerkmal der Moderne: Regression. Aus soziologischer Perspektive etikettiert die regressive Moderne den Zustand, „dass Gegenwartsgesellschaften hinter das in der sozialen Moderne erreichte Niveau der Integration zurückfallen" (Nachtwey 2016: 75). Die damit verbundenen Formen von Exklusion und Segregation sind vielfältig. Das Erstarken nationalistischer oder rechtsextremistischer Gruppierungen in Europa spiegelt dabei eine Facette der regressiven Moderne wider. Obwohl die Ursachen multikausal sind, steht dahinter aus Perspektive der sozialpsychologischen Forschung der Wunsch, die größer gewordene Welt verstehbarer zu machen – quasi ein hilfloser Versuch von nicht hinreichend entwickelter Mündigkeit und gleichzeitiger Problematik, Mündigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen erfahrbar und erlebbar zu machen.

Darüber hinaus müssen wir uns die Frage stellen, ob das aktuelle Verständnis von Mündigkeit noch ausreicht, um den Anforderungen der Moderne gerecht zu werden. Denn ganz gleich, mit welchem Theorieverständnis oder über welche Kennzeichen man unsere gegenwärtige Lebenswirklichkeit beschreiben will, der gemeinsame Nenner wird über Konzepte von Vielfalt, Pluralismus, Heterogenität, Antagonismus, Mehrdeutigkeit, Ambivalenz und letztendlich dadurch auch über *Konflikthaftigkeit* gekennzeichnet. Diese Wesensmerkmale treffen auch auf Demokratien in westlichen Gesellschaften zu und wirken über Kausalitätsketten auf globale Kontexte zurück. Ulrich Beck (1996) beschreibt dies als Reflexivität und Risikohaftigkeit, die ihren Ausdruck in der ungleichen und kaum steuerbaren Verteilung von *goods* (z. B. Einkommen) und *bads* (z. B. Erwerbsrisiken) findet. Zugleich wird das Wissen um die dahinter stehenden Prozesse unscharf, nicht konstruierbar oder brüchig. Um „Wissen" also sicher zu erlangen, ist man auf eigene Erfahrungen sowie auf die Einschätzung dieses Wissens durch andere Menschen angewiesen. In Zeiten zwischenmenschlicher Entfremdung und wachsender Verinselung der Lebensräume ist jede*r zunehmend selbst für den Umgang mit Wissen und Nichtwissen verantwortlich. Virtuelle und reale Echokammern – „*Orte einer bewussten und selbstgewählten Perspektivverengung*" (Lütjen 2016: 18) – fördern dabei den Prozess der gesellschaftlichen Spaltung.

Indem schulische Wirklichkeit hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurückbleibt, beschreibt sie ein Wesensmerkmal der Moderne: Regression.

„Kognitive Dissonanz" als bestimmendes Gefühl

Zurückkommend auf das Beispiel der Freiwilligendienste stellen wir fest, dass einige Freiwillige ihren Freiwilligendienst weit vor Beendigung abbrechen, weil ihre Vorstellungen und die Realität im Engagement nicht übereinstimmen. So zum Beispiel eine junge Frau, 16 Jahre alt; sie leistete einen Freiwilligendienst in einem Krankenhaus, weil sie Gesundheits- und Krankheitspflegerin werden wollte. Die Aufgaben, die sie von der Einsatzstelle erhielt, entsprachen aber nicht ihren Vorstellungen, obwohl im Vorstellungsgespräch darüber informiert wurde. Sie glaubte, dass sie

viel Patient_innenkontakt haben wird und bereits Teile der Pflege übernehmen kann. Sie verstand nicht, dass die Schwestern und Pfleger sie und ihre Arbeit erst kennenlernen mussten, um einzuschätzen, ob sie schon in der Lage ist, mit Patient_innen umgehen zu können. So musste sie nun Dinge tun, die weder ihrer Vorstellung vom Dienst entsprachen, noch wusste sie wofür sie es tat. Die junge Frau war verwirrt und irritiert. Statt einem gemeinsamen klärenden Gespräch, zog sich die junge Frau mehr und mehr zurück und bat um die Beendigung des Dienstes. Die Verwirrung und auch der fehlende Mut, ihre konflikthafte Situation offen anzusprechen, führten dazu, dass sie den Dienst vorzeitig beendete. Ihren Berufswunsch verschob die junge Frau zugunsten einer anderen Ausbildung, ohne einer anderen Lösung – die es in diesem Falle gegeben hätte – eine Chance zu geben.

Oftmals bleiben Alternativen und Lösungen aus, das bestimmende Gefühl von Verwirrung bleibt bestehen. Die Sozialpsychologie beschreibt dieses Gefühl als kognitive Dissonanz. Menschen streben prinzipiell danach, sich und ihre Umwelt zu verstehen. Bleibt dieses Verständnis aus, sorgt ein unangenehmes Gefühl von fehlender innerer Balance für Druck. Leon Festinger (2012 [1957]) formuliert dazu folgende Hypothesen:

> *1. Die Existenz von Dissonanz, die psychologisch unangenehm ist, wird die Person motivieren zu versuchen, die Dissonanz zu reduzieren und Konsonanz herzustellen.*

> *2. Wenn Dissonanz besteht, wird die Person, zusätzlich zu dem Versuch, sie zu reduzieren, aktiv Situationen und Informationen vermeiden, die möglicherweise die Dissonanz erhöhen könnten. (Ebd.: 16)*

Die Notwendigkeit von Ambiguitätstoleranz

Akzeptiert man nun, dass gesellschaftliche Moderne unweigerlich Widersprüche, Doppel- und Mehrdeutigkeiten produziert, versteht man auch, warum das Gefühl von Dissonanz zum ständigen Begleiter wird und welche Folgen sich daraus ableiten: Echokammern reproduzieren sich aus sich selbst heraus. Entfremdung und Verinselung sind die möglichen Antworten, um der Dissonanz zu entfliehen. Seine Objektivierung findet diese Problematik im steten Wunsch, Verantwortung abzugeben – ein unmündiger Lösungsversuch. Vielleicht schafft es eine fixierte Verwaltungsvorschrift, ein väterlicher Chef, eine einflussreiche Gruppe, eine starke Wirtschaft oder eine alternative Partei, den gefühlten Konflikt für mich zu lösen. Akzeptiert man gleichfalls, dass es keine kurzen Antworten oder keine schnelle Ableitung von mehrdimensionalem Wissen geben kann, weiß man auch, dass sich Dissonanzen nur schwer dauerhaft und vollständig lösen lassen.

Einen möglichen Lösungsansatz formuliert jedoch die Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik (1949) mit ihrem generellen Verständnis von Ambiguitätstoleranz. Damit beschreibt sie die Fähigkeit,

aus sich selbst heraus mit mehrdeutigen oder widersprüchlichen Sachverhalten umgehen und leben zu können. So liegt in dieser Fähigkeit auch die Anerkennung unterschiedlicher – möglicherweise konflikthafter – Positionen. *Ambiguitätstoleranz* bildet somit eine zentrale Demokratiekompetenz ab. Damit wird Mündigkeit über das Wesen der Moderne automatisch an diese Fähigkeit gebunden. Wenn also Mündigkeit ein zentrales Bildungsziel der Schule ist, dann ist Schule auch der Ort, an dem junge Menschen und künftige Bürger*innen Ambiguitätstoleranz entwickeln sollen. Tatsächlich übernimmt Ambiguitätstoleranz im fächerübergreifenden Kompetenz-Diskurs eine zentrale Rolle, allerdings meist ohne, dass die Kompetenz-Ansätze aufeinander bezogen werden. Im Diversity- und Intersektionalitäts-Diskurs formuliert Hubertus Schröer (2012) die *Vielfaltskompetenz* als

> *Fähigkeit der organisatorischen und individuellen Bewältigung von sich ständig wandelnden Anforderungen und Aufgaben. Elemente dieser Kompetenz sind etwa der Umgang mit Ambivalenz, also mit Uneindeutigkeiten, die Ambiguitätstoleranz, also das Aushalten von Ungewissheit und Fremdheit, die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und zur Flexibilität, die Einsicht in die Notwendigkeit reflexiven Handelns, das Denken in Zusammenhängen und eine ausgeprägte Analysefähigkeit. Die zu bewältigende Herausforderung ist es dabei, in und trotz dieser Vielfalt seinen Kohärenzsinn zu bewahren, in seinem Leben und Arbeiten weiterhin Sinn zu sehen. (Ebd.: 5)*

Damit greift Schroer das Konzept der Ambiguitätstoleranz auf. Semantisch steht dieses Kompetenzverständnis in Korrespondenz zu Kompetenz-Modellen der Berufspädagogik (vgl. Ratschinski 2014), der Gesundheitsförderung (vgl. WHO 1997 [1994]) oder auch zu demokratiebildenden Ansätzen wie der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (vgl. Programm Transfer-21 2007). Obwohl der Umgang mit Widersprüchen und Vielfalt eine übergreifende Querschnittskompetenz darstellt, wird die Ambiguitätstoleranz nicht als zentrale Demokratiekompetenz herausgestellt – möglicherweise, weil Schul- und Bildungsforschung zu stark innerhalb ihrer Didaktiken und Disziplinen verankert sind. Analog eines fächerübergreifenden Demokratieverständnisses kann Bildungsforschung im interdisziplinären Austausch mit weiteren Sozialwissenschaften nur an Wissen und Kompetenz gewinnen.

„Konfliktualer Konsens“ als methodisch-didaktischer Ansatz der Schule

Die Frage liegt nun darin, wie Schule als Machtbehälter Konflikthaftigkeit abbildet bzw. gestaltet, um darüber Ambiguität erfahrbar zu machen – quasi als Grundvoraussetzung für Ambiguitätstoleranz. Die Autorengruppe Fachdidaktik (2016) zeichnet die Kontroverse als Grundvoraussetzungen des sozialwissenschaftlichen Unterrichtes. Doch ist Ambiguität und der Umgang mit ihr weit mehr als ein Konzept der Demokratiedidaktik. Sie ist ein Wesensmerkmal jeder Beziehung und greift darüber in allen übrigen Didaktiken sowie ganzheitlich in der Schulkultur und in der Interaktion zwischen Schule und Gemeinwesen.

Dieses Verständnis findet sich auch in der Demokratietheorie von Chantal Mouffe wieder. Ohne dass die Politikwissenschaftlerin dabei konkret auf die Mesoebene der Schule eingeht, beschreibt sie Moderne über einen gesellschaftlichen *Pluralismus*. Mouffes Demokratieverständnis wird über einen unauslöslichen Wertepluralismus gekennzeichnet, welcher an die Akzeptanz abweichender, fremder Standpunkte gebunden ist. Dieses *agonistische* Spannungsverhältnis zwischen Gegner_innen formiert den Wesenskern der Demokratie. Die Forderung eines unipolaren Konsenses trägt die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung in sich. Trotz dieser Grundposition erkennt auch Chantal Mouffe die Notwendigkeit eines Konsenses an. Dieser orientiert sich am gemeinsamen Verständnis der Menschenrechte. Mouffe bezeichnet diesen Konsens als *konfliktualen* Konsens: *„einen Konsens über die ethisch-politischen Werte der Freiheit und der Gleichheit aller, einen Dissens aber über die Interpretation dieser Werte*“ (Mouffe 2016: 158).

Wenn es Schule schafft, gesellschaftliche Vielfalt wirklich erfahrbar zu machen, bereitet sie die Basis für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz.

An diese Gedanken schließt die Sozialwissenschaftlerin Susanne-Verena Schwarz im Kontext der politischen Bildung an und leitet daraus eine *„agonistische“ Demokratiepädagogik* (Schwarz 2017: 219) für die Schule ab. Dies bedeutet für schulische Realitäten die bewusste Öffnung für Konflikthaftigkeit als Lerngegenstand. Zur Steuerung dieser Konflikthaftigkeit kann der konfliktuale Konsens in Bildungsprozessen als methodisch-didaktischer Operator zum Einsatz kommen, damit verwirrende Situationen – wie sie im Freiwilligendienst beispielweise auftreten können – ausgehalten und möglicherweise auch gelöst werden können. Wenn es Schule schafft, gesellschaftliche Vielfalt wirklich erfahrbar zu machen, bereitet sie die Basis für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz. Um die dafür notwendigen Weichen zu stellen, gilt es, strukturelle Hürden zu benennen: Raum und Zeit für Schule als gesellschaftliches Teilsystem, um wiederholt engagiert Kritik zu formulieren. Gelingt dies und wird diese Kritik in eine (bildungs-) politische Kontroverse überführt, stärkt jene „Gegnerschaft“ zwischen Theorie und Praxis den gesellschaftlichen Zusammenhalt über bildungspolitische Kontexte hinaus.

Lösungsansätze für die schulische Praxis

Da Konflikthaftigkeit ein Merkmal des sozialen Raums abbildet – über Figurationen und Interdependenzbeziehungen – liegt es nahe, Lernen in der Schule an den Sozialraum anzubinden. Möglichkeiten dafür liegen im außerschulischen Unterricht, in Kooperationen mit dem Gemeinwesen oder aber in der Kopplung verschiedener Raum-Ebenen. Was für die Sozialarbeitswissenschaft eine Form ihres Selbstverständnisses abbildet, ist für die schulische Unterrichtspraxis noch eine Seltenheit: Aneignung von sozialem Raum (vgl. Deinet 2014, Kessl/Reutlinger 2010). Der Sozialraum in seiner relationalen Raumstruktur schafft es, über den begleitenden Reflexionsprozess die Erfahrung in einen informellen Lernprozess zu überführen. In demokratiebildenden Lernformen wie Projektunterricht liegen dabei Chancen, Lerninhalte an den informellen Prozess zu koppeln. Als Lehr-Methode bietet sich die Debatte an: Ein breiter und differenziert geführter Diskurs bildet die Grundlage einer agonistischen Demokratiepädagogik. In ihren Betrachtungen zur Kunst als

agonistische Interventionen beschreibt Chantal Mouffe (2016 [2014]: 133-160) bereits die methodisch-didaktischen Ansätze einer agonistischen Bildung, ohne dabei direkt auf Schule und Unterricht zu referieren.

Ein breites Bewusstsein für Sozialraum als Lernsetting und -community bietet Möglichkeiten, Fachdidaktiken wie „Deutsch", „Informatik" oder „Kunst" als Formen der politischen Bildung zu denken, existiert doch der soziale Raum auch auf einer digitalen, fiktionalen und imaginären Ebene (Kiehl o.J.). Diese Ebenen werden über Interaktionsprozesse miteinander verschränkt und spiegeln Lebenswelt und Gesellschaft auf der jeweiligen Ebene spezifisch wider. Speziell im fiktionalen Raum der Literatur sowie im imaginären Raum der Kunst liegen Zugänge, um Mündigkeit und den Umgang mit Widersprüchen zu üben. Im reflektierenden Prozess der Kunst- und Literaturvermittlung können – anders als im analogen Sozialraum – gesellschaftliche Phänomene jenseits eines etablierten Diskurses diskutiert werden. Es greifen Prinzipien der Dekonstruktion (vgl. Derrida 1975, Wimmer 2016 [2006]), worüber Konflikte in ihrer Figuration offenbart werden können, Vorurteile ihre Zuschreibung verlieren und verschiedenste Positionen eine Daseinsberechtigung erfahren. Dekonstruktions-Prinzipien nutzen die „*Erfahrung des Paradoxen und Unentscheidbaren als*" eine „*ethischen Erfahrung', denn in der Spannung des Paradoxen, in der Situation der Unentscheidbarkeit, ist es möglich, die Antwort des Anderen zu hören.*" (Wimmer 2016 [2006]: 332) Damit schaffen Prozesse der Kunst- und Literaturvermittlung, die nicht nur in ihren jeweiligen Didaktiken greifen müssen, einen Raum der politischen Bildung, indem sie Möglichkeiten bieten, mit Widersprüchen und Konflikten umzugehen.

Im reflektierenden Prozess der Kunst- und Literaturvermittlung können – anders als im analogen Sozialraum – gesellschaftliche Phänomene jenseits eines etablierten Diskurses diskutiert werden.

Carolin Kiehl ist Stipendiatin am PromotionsKolleg „Didaktische Forschung. Citizenship & Inklusion" der Leibniz Universität Hannover. Ihr Forschungsschwerpunkt ist das Lernen im Sozialraum. Grundlage dafür bilden berufspraktische Erfahrungen aus einer fast zehnjährigen Tätigkeit in der sozialräumlichen Projektarbeit im reflexiven und regressiven Sozialraum Bitterfeld-Wolfens. Der derzeitige Arbeitsschwerpunkt und das aktuelle Forschungsinteresse liegen in den gesellschaftlichen Nebenfolgen eines sich verengenden Asylrechts sowie in einer Kritischen Sozialen Arbeit.

Barbara Schnerch studierte an der Universität Hildesheim Sozial- und Organisationspädagogik und arbeitet seit 2012 in den Freiwilligendiensten Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilligendienst aller Generationen und Bundesfreiwilligendienst bei verschiedenen Trägern.

Literatur

Allmendinger, Jutta (2012): Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden. Pantheon Verlag: München.

Autorengruppe Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Wochenschau Verlag: Schwalbach/Ts.

Beck, Ulrich (1996): Wissen oder Nicht-Wissen? Zwei Perspektiven „reflexiver Modernisierung". In: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott [Hrsg.]: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Suhrkamp: Frankfurt/Main, S. 289 – 315.

Deinet, Ulrich (2014): Vom Aneigungskonzept zur Activity Theory. Transfer des tätigkeitsorientierten Aneignungskonzeptes der kulturhistorischen Schule auf heutige Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Online: https://www.socialnet.de/materialien/attach/249.pdf [16.03.2018].

Derrida, Jacques (1974): Grammatologie. Suhrkamp: Frankfurt/Main.

Dewey, John (2007 [1899]): The School and Society. Cosimo: New York.

Erpenbeck, John/Sauter, Werner (2016): Stoppt die Kompetenzkatastrophe. Wege in eine neue Bildungswelt. Springer: Berlin/Heidelberg.

Festinger, Leon (2012 [1957]): Theorie der kognitiven Dissonanz. [Hrsg.] von. M. Irle u. V. Möntmann, 2. Auflage, Verlag Hans Huber: Bern.

Florin, Christiane (2014): Warum unsere Studenten so angepasst sind. Rowohlt Taschenbuch Verlag: Reinbek bei Hamburg.

Foucault, Michel (2006 [1967]): Von anderen Räumen. In: Dünne, Jörg/Günzel, Stephan [Hrsg.]: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Suhrkamp: Frankfurt/Main, S. 317 – 329.

Frenkel-Brunswik, Else (1949): Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual Personality Variable, Journal of Personality, 18, S. 108 –143.

Giddens, Anthony (1997 [1993]): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Campus Verlag: Frankfurt/Main; New York.

Huth, Susanne (2011): Endbericht der Evaluation des Bundesprogramms „Freiwilligendienste machen kompetent". Online: https://www.bmfsfj.de/blob/96714/04cd4d6cdb5551202c6ca162ee8212ce/endbericht-evaluation-bundesprogramm-data.pdf [26.03.2018].

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2010): Sozialraum. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Kiehl, Carolin (o.J.): „Unterricht findet Stadt". Demokratiebildende Koordinaten sozialräumlichen Lernens in einer Gesellschaft der Vielfalt. Promotionsvorhaben der Leibniz Universität Hannover, im Entstehen.

Klafki, Wolfgang (1999): Schlüsselprobleme und Schlüsselqualifikationen – Schwerpunkte neuer Allgemeinbildung in einer demokratischen Kinder- und Jugendschule. In: Hepp, Gerd/Schneider, Herbert [Hrsg.]: Schule in der Bürgergesellschaft. Demokratisches Lernen im Lebens- und Erfahrungsraum der Schule, Wochenschau Verlag: Schwalbach/Ts., S. 30 – 49.

Lütjen, Torben (2016): Die Politik der Echokammer. Wisconsin und die ideologische Polarisierung der USA. transcript: Bielefeld.

Mouffe, Chantal (2016 [2014]): Agonistik. Die Welt politisch denken, Suhrkamp: Berlin.

Mouffe, Chantal (2016): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Suhrkamp: Frankfurt/Main.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Suhrkamp: Berlin.

Negt, Oskar (2016 [1997]): Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche. Steidl: Göttingen.

Programm Transfer-21 (2007): Orientierungshilfe Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Sekundarstufe I. Begründungen, Kompetenzen, Lernangebote. Erstellt von der „AG Qualität & Kompetenzen" des Programms Transfer-21. Online: http://www.transfer-21.de/daten/materialien/Orientierungshilfe/Orientierungshilfe_Kompetenzen.pdf [16.03.2018].

Quent, Matthias (2017): Eine Fallstudie aus dem Saale-Holzland-Kreis: Zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/01, Online: http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/18_Quent_Fallstudie_SHK.pdf [06.02.2018].

Ratschinski, Günter (2014): Berufswahlbereitschaft und -fähigkeit als Metakompetenz aus Identität, Adaptabilität und Resilienz. Eine neue Konzeptualisierung der Zielgröße von Berufsorientierungsmaßnahmen. In: bwo@. Berufsorientierung, Nr. 27, Dezember 2014. Online: http://www.bwpat.de/ausgabe27/ratschinski_bwpat27.pdf [16.03.2018].

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp: Frankfurt/Main.

Rosa, Hartmut (2012): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit, Suhrkamp: Berlin.

Rosa, Hartmut/Endres, Wolfgang (2016): Resonanzpädagogik. Wenn es im Klassenzimmer knistert, Beltz: Weinheim.

Schröer, Hubertus (2012): Diversity Management und Soziale Arbeit. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Vierteljahresheft zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe. 43. Jahrgang, Nr. 1/2012, Berlin, S. 4 – 16.

Schwarz, Susanne-Verena (2017): Agonistische Öffentlichkeit bei Chantal Mouffe: Zwischen lebendiger Demokratie und Populismus. In: Hetzel, Andreas [Hrsg.]: Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, Nomos: Baden-Baden, S. 193 – 230.

WHO (1997 [1994]): Life skills education for children and adolescents in school. Introduction and Guidelines to facilitate the development and implementation of life skills programmes. Reprint, Genf. Online: http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/63552/1/WHO_MNH_PSF_93.7A_Rev.2.pdf [16.03.2018].

Wimmer, Michael (2016 [2006]): Dekonstruktion und Erziehung. Studien zum Paradoxieproblem in der Pädagogik, Ferdinand Schöningh: Paderborn.

„EIN BREITER UND DIFFERENZIERT GEFÜHRTER DISKURS BILDET DIE GRUNDLAGE EINER AGONISTISCHEN DEMOKRATIE-PÄDAGOGIK.“

KIRSTEN RICHTER, STEPHANIE WOHLT &
WOLFGANG FRINDTE

„DEMOKRATIE-KOMPETENZ WIRD OFT ALS SCHLÜSSEL-QUALIFIKATION FÜR DIE GESTALTUNG EINES MODERNEN GESELLSCHAFTLICHEN GEMEINWESENS BETRACHTET.“

„Wie hältst Du es mit der Demokratie?“

Einstellungen von Jugendlichen zur Demokratie und politischen Partizipation – ein Werkstattbericht

Vorgestellt werden das theoretische Modell und ausgewählte Ergebnisse einer standardisierten Befragungsstudie, die 2017 im Rahmen eines durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts mit N = 1.083 Jugendlichen mit und ohne Einwanderungshintergrund aus Thüringen durchgeführt wurde. Ziel des Projekts ist die Analyse von Einstellungen zu Demokratie und demokratischer Partizipation sowie möglicher Ursachen und Einflussfaktoren. Die Befunde machen darauf aufmerksam, dass demokratiefreundliche sowie demokratiepraktizierende Unterrichtsbedingungen wichtige Voraussetzungen sind, um Jugendliche zu motivieren, sich politisch zu engagieren und an demokratischen Aktivitäten zu beteiligen.

Ausgangsfragen

An der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens sollten alle Gesellschaftsmitglieder, ob jung oder alt, ob mit oder ohne deutscher Staatsangehörigkeit, teilhaben können. Was aber, wenn die Rechte zur Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten sowie zu Freiheit und Gleichheit der Bürger_innen bedroht werden?

„Wie tickt Deutschland?“, so fragte die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Studie zu politischen Einstellungen und kommt u. a. zu dem Ergebnis:

> *Im Westen ist eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen (67 Prozent) mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Im Osten hingegen ist mit 54 Prozent nur eine knappe Mehrheit der Bürger_innen zufrieden, was aus demokratietheoretischer Sicht bedenklich ist. (Belok/Faus 2017: 12)*

In diesem Kontext ließe sich nun weiter fragen, wie ticken die Jugendlichen in Deutschland, wenn es um die Demokratie und das multikulturelle Zusammenleben geht? Die 17. Shell-Studie aus dem Jahre 2015 konstatiert, dass immer mehr Jugendliche politisches Interesse zeigen (Albert et al. 2015). Gilt das auch nach 2015, beispielsweise nach Ankunft von vielen geflüchteten Menschen in Europa und Deutschland? Wie stehen deutsche Jugendliche heute zur Demokratie und wie sind die Kompetenzen der Jugendlichen ausgeprägt, sich aktiv und engagiert für ein demokratisches Zusammenleben einzusetzen? Welche Rolle spielen Schule und Familie in der demokratischen Sozialisation?

Mit diesen Fragen haben wir einen Strauß von wissenschaftlichen, politischen und pädagogischen Fragen, die den Rahmen unseres Projekts markieren und über dessen Ergebnisse im Folgenden ausschnitthaft berichtet wird.

Theoretische und methodische Anmerkungen

Damit eine demokratische Gesellschaft bestehen kann, ist es nötig, dass ihre Bürger_innen die Fähigkeit und Bereitschaft haben, das zivilgesellschaftliche Zusammenleben gemeinsam zu gestalten und auf Probleme und Konflikte unter Berücksichtigung von Gleichheitsansprüchen, Menschenrechten und allgemeingültigen Prinzipien zu reagieren, um diese Probleme zu lösen. Demokratiekompetenz wird unter diesem Aspekt oft als Schlüsselqualifikation für die Gestaltung eines modernen gesellschaftlichen Gemeinwesens betrachtet (z. B. Beutel et al. 2016; Friedrichs/Lange 2016).

Damit eine demokratische Gesellschaft bestehen kann, ist es nötig, dass ihre Bürger_innen die Fähigkeit und Bereitschaft haben, das zivilgesellschaftliche Zusammenleben gemeinsam zu gestalten.

Seit den 1990er Jahren ist die Demokratiekompetenz in den Fokus der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit gerückt. Zahlreiche Projekte und Initiativen zielen darauf ab, Demokratie-Lernen und Demokratiekompetenz von Jugendlichen zu erforschen und zu befördern (BLK 2013, Demokratisch Handeln 2017, Marker 2009). Auch vielfältige Initiativen von öffentlichen und privaten Träger_innen, Schulen, Stiftungen und freien Sponsor_innen setzen sich zum Ziel, Politikverdrossenheit vorzubeugen und Kooperations- und Verantwortungsfähigkeit, Zivilcourage, interkulturelles Lernen und die Bildung einer demokratischen Identität bei Schüler_innen zu stärken.

Vielfältig sind auch die wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit möglichen Randbedingungen und Faktoren beschäftigen, welche Einfluss auf die Demokratiekompetenz nehmen können. Zu diesen gehören: Wert- und Zukunftsorientierungen (vgl. z. B. Calmbach et al. 2016), demokratische und interkulturelle Erfahrungen im schulischen Raum (z. B. Müller/Zifonun 2016), familiäre und religiöse Traditionen im Umgang mit demokratischen Grundwerten (Miller 2013), aber auch Medienpräferenzen und Einstellungen gegenüber Fremden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

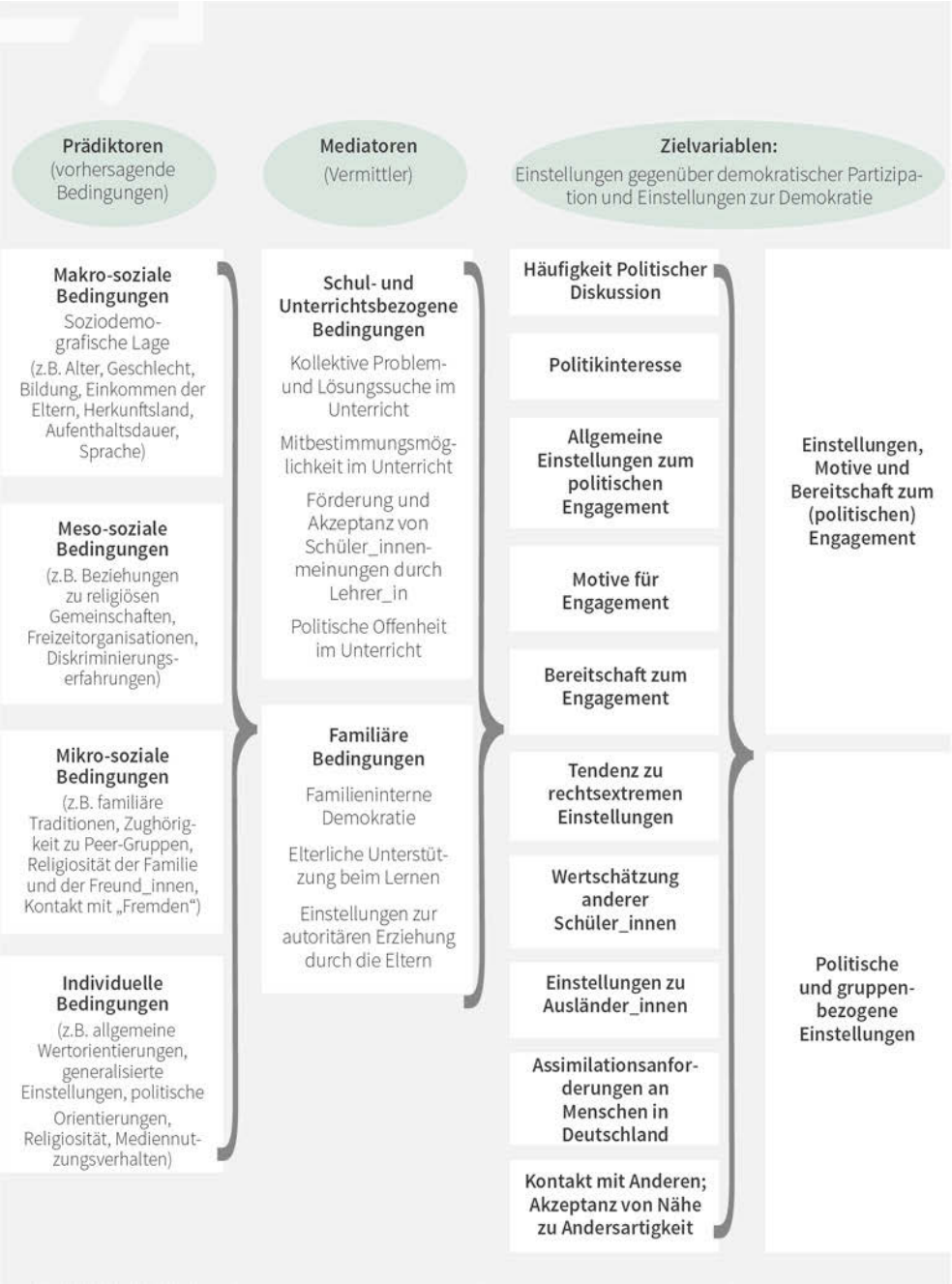

Abbildung 1: Operatives Modell

Wir gehen davon aus, dass sich Demokratiekompetenz im Wissen, den Einstellungen, den Fähigkeiten sowie der Bereitschaft ausdrückt, a) politische Sachlagen kritisch, offen und gemeinsam zu analysieren, b) politische Entscheidungen auf der Grundlage legitim erachteter Rechtsprinzipien zu beurteilen, c) für alle Beteiligten tragfähige Entscheidungen zu fällen, d) die Effizienz gemeinsamer Entscheidungen beurteilen und unter Umständen revidieren zu können, e) aktiv in zivilgesellschaftlichen Gruppen mitzuwirken und sich an politischen Prozessen auf unterschiedlichen Ebenen zu beteiligen.

Demokratiekompetenz hängt mit Einstellungen, Motiven und der Bereitschaft zum politischen Engagement sowie mit weiteren politischen und gruppenbezogenen Einstellungen zusammen.

Mit der Komplexität des Konstrukts Demokratiekompetenz sind auch die vielfach diskutierten Schwierigkeiten verbunden, das Konstrukt zu operationalisieren und empirisch zu erfassen. Aus diesem Grunde wurde im hier beschriebenen Projekt zunächst der Forschungsstand analysiert, um relevante Variablen ausfindig zu machen, mit denen Demokratiekompetenz (und deren Einflussfaktoren) in verschiedenen Studien erfasst wurde. Als Ergebnis der Recherche wurde ein operationales Modell entwickelt, das sich auf ausgewählte Zielvariablen (Einstellungen gegenüber demokratischer Partizipation, Einstellungen zu Demokratie) sowie mögliche Einflussfaktoren konzentriert (Abbildung 1)[1].

Demokratiekompetenz hängt demnach mit Einstellungen, Motiven und der Bereitschaft zum politischen Engagement sowie mit weiteren politischen und gruppenbezogenen Einstellungen zusammen. Die Bedingungen, die diese drei Zielvariablen beeinflussen können, lassen sich auf makro-, meso-, mikro- und Individualebene verorten. Darüber hinaus gibt es vermittelnde Faktoren (Mediatoren), zu denen besonders familiäre und schulische Hintergründe gehören.

Der standardisierte Fragebogen, mit dem die im Modell aufgeführten Variablen erhoben wurden, stützte sich auf Skalen und Items aus der Jugendstudie der Stadt Jena (Morgenstern et al. 2015), dem Modellprogramm der deutschen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Abs et al. 2007), der JIM-Studie[2] zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland (Feierabend et al. 2015), der Shell-Jugendstudie 2015 (Albert et al. 2015) und auf eigene Arbeiten (Frindte 2013). Die von uns eingesetzten Skalen weisen gute bis sehr gute Gütekriterien auf.

Befragt wurden Schüler_innen aus 16 Schulen in Mittel- und Ostthüringen und aus Geflüchtetenhilfevereinen (N = 1.083). Das durchschnittliche Lebensalter der Befragten (im Alter von 14 bis 18 Jahren) beträgt 15,8 Jahre – am stärksten ist dabei die Altersgruppe der 15 bis 17-Jährigen vertreten, was den Klassenstufen 9 bis 11 entspricht. 56,6 Prozent (N = 613) der insgesamt Befragten sind weiblich. 56 der befragten Jugendlichen haben einen Einwanderungshintergrund. Im Folgenden berichten wir ausgewählte Befunde aus der Gesamtstichprobe.

[1] Diese und alle weiteren Abbildungen sind eigene Darstellungen.

[2] Basisstudie zu den Themenbereichen Jugend, Information und (Multi) Media (JIM).

Lassen sich psychologische Zielvariablen identifizieren, die Demokratiekompetenz signifikant beeinflussen?

Um diese Frage zu beantworten, wurden schrittweise Regressionsanalysen nur mit der Gruppe der in Deutschland geborenen Jugendlichen (N = 1.027) gerechnet.[3] Als zu erklärende abhängige Variablen wurden jene Zielvariablen gewählt, deren Skalenqualitäten für Regressionen geeignet waren:

- Allgemeine Einstellungen zu politischen Engagement (z. B. „Jeder Mensch sollte sich in seiner Stadt oder Gemeinde sozial engagieren.“)
- Intrinsische Motive für (politisches) Engagement4 (z. B. „Politisches Engagement ist wichtig für unsere Gesellschaft.“)
- Wertschätzung anderer Schüler_innen (z. B. „Alle Schülerinnen und Schüler sind gleich viel wert, egal aus welchem Land jemand kommt.“)
- Einstellungen zu Ausländer_innen
- Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen

Als Prädiktoren, also beeinflussende Variablen, wählten wir:

- Soziodemografische Merkmale: Alter, Geschlecht, Schulart, Schultyp, Arbeitssituation von Vater und/oder Mutter, angestrebter Schulabschluss
- Zufriedenheit in der Schule, persönliche Diskriminierungserfahrungen, eigene Religiosität, Religiosität des direkten sozialen Umfelds
- Wertorientierungen (z. B. Wichtigkeit von sozialer Anerkennung, von Unabhängigkeit)
- Autoritäre Überzeugungen
- Links-Rechts-Orientierung („Wie schätzt du dich politisch ein?“ – links versus rechts)
- Familiendemokratie (gleichberechtigte Mitbestimmung aller Familienmitglieder bei wichtigen Familienangelegenheiten, z. B. „Alles in allem, kann ich in meiner Freizeit sehr viel mitbestimmen.“)
- Kollektive Lösungssuche im Unterricht (z. B. „Wir versuchen, Spannungen gemeinsam zu lösen.“)
- Politische Offenheit im Unterricht (z. B. „Schülerinnen und Schüler können den Lehrerinnen und Lehrern in politischen Fragen offen widersprechen.“)
- Mitbestimmungsmöglichkeit im Unterricht (z. B. „Ob ich mitdiskutiere, hat auf Entscheidungen keinen Einfluss.“ [negativ gepolt]).

[3] In weiteren Auswertungen werden nur die in Deutschland geborenen Jugendlichen betrachtet. Ein prüfstatistischer Vergleich zwischen in Deutschland und nicht hier geborenen Jugendlichen verbietet sich aufgrund der geringen Stichprobengröße der nicht hier Geborenen.

[4] Intrinsische Motive für politisches Engagement beruhen auf Freiwilligkeit und nicht auf der Absicht, persönliche Vorteile (z. B. Geld) zu erlangen.

Bevor wir auf die Ergebnisse der Regressionsrechnungen eingehen, berichten wir in Abbildung 2 die Zustimmungen der befragten Jugendlichen zu den Zielvariablen.

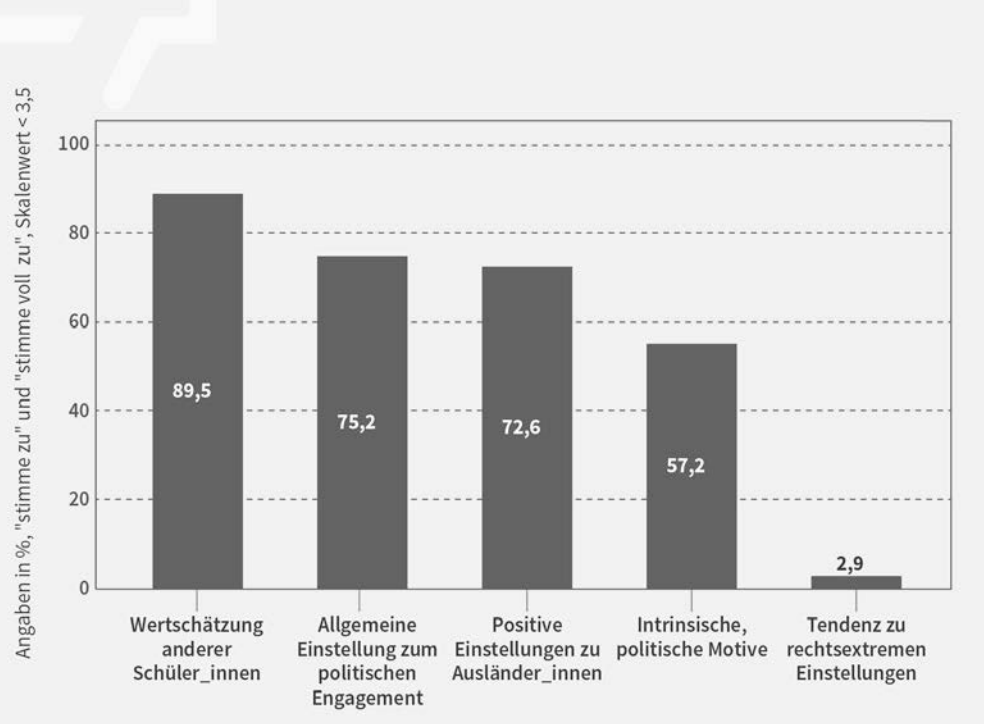

Abbildung 2: Prozentuale Zustimmungen zu Zielvariablen

Knapp 90 Prozent der befragten Jugendlichen wertschätzten andere Schüler_innen; 75 Prozent berichteten positive Einstellungen zum politischen Engagement; 73 Prozent äußerten positive Einstellungen gegenüber Ausländer_innen, 57 Prozent würden sich aus intrinsischen Motiven politisch engagieren und nur drei Prozent befürworteten Aussagen, die als rechtsextreme Tendenzen betrachtet werden können. Die Einstellungen sind demnach im Durchschnitt durchaus positiv zu bewerten. Ob und inwieweit sich Gründe bzw. psychologische Variablen für diese Einstellungen finden lassen, soll im Folgenden geklärt werden. Tabelle 1 gibt das statistisch beste Modell der schrittweisen Regressionsrechnungen wieder, ausschließlich für die signifikanten Prädiktoren und Zielvariablen.

Von allen Variablen, die wir für die Regressionsanalysen ausgewählt haben, erwiesen sich vor allem die Zustimmung zu verschiedenen Wertorientierungen (z. B. Streben nach sozialem und politischem Engagement, nach Unabhängigkeit, nach gutem Familienleben, nach Ordnung), die positive Einschätzung von kollektivem Lösungssuchen im Unterricht und von Familiendemokratie als Vorhersager für die positiv ausgerichteten Zielvariablen: Allgemeine Einstellungen zum politischen Engagement, Intrinsische politische Motive für Engagement, Wertschätzung anderer Schüler_innen, Positive Einstellungen zu Ausländer_innen.

	Zielvariablen				
	Allgemeine Einstellung zum politischen Engagement	**Intrinsische politische Motive**	**Wertschätzung anderer Schüler_innen**	**(Positive) Einstellungen zu Ausländer_innen**	**Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen**
	$R^2 = 0.28^{*}$	$R^2 = 0.27^{*}$	$R^2 = 0.33^{*}$	$R^2 = 0.51^{*}$	$R^2 = 0.76^{**}$
Soziales & politisches Engagement	0.33^{***}	0.34^{***}			
Streben nach Unabhängigkeit	0.15^{**}	0.16^{**}			-0.07^{*}
Streben nach Macht und Einfluss				-0.15^{**}	
Streben nach Ordnung, Sicherheit und Fleiß		0.20^{**}			-0.17^{**}
Streben nach gutem Familienleben			0.13^{*}		
Streben nach sozialen Kontakten & Anerkennung	0.12^{*}				-0.08^{*}
Streben nach Phantasie, Kreativität, Spaß			0.16^{**}	0.10^{*}	
Kollektive Lösungssuche im Unterricht	0.12^{*}	0.14^{**}			
Mitbestimmungsmöglichkeit im Unterricht			0.12^{*}		
Politische Offenheit im Unterricht				0.10^{*}	
Autoritäre Überzeugungen			-0.24^{**}	-0.26^{**}	0.81^{***}
Links-Rechts-Orientierung			-0.13^{*}	-0.33^{***}	0.15^{*}
Familiendemokratie	0.14^{**}			0.19^{**}	-0.12^{*}

Tabelle 1: Standardisierte Koeffizienten & Signifikanzniveaus der in die schrittweise Regressionsanalyse aufgenommenen unabhängigen Variablen (paarweiser Ausschluss)
Anmerkung: R^2 ist die durch das jeweilige Modell erklärte Varianz der Zielvariablen, *** bedeutet: $p < 0{,}005$; ** $p < 0{,}01$, * $p < 0{,}05$. Die in der ersten Spalte abgetragenen Variablen sind jene, deren Einfluss auf die Zielvariablen (Zeile 2) geprüft wurden. Die Zahlen in den einzelnen Zellen drücken die Stärke des Einflusses aus. Es handelt sich um Regressionskoeffizienten, die Werte von -1,00 bis +1,00 annehmen können. Sofern ein Minuszeichen vor den Koeffizienten steht, handelt es sich um einen negativen Einfluss, andernfalls kann man von einem positiven Einfluss ausgehen. Das Signifikanz- oder Bedeutungsniveau ist an den hochgestellten Sternchen neben den Zahlen abzulesen.

Die Zustimmung zu anderen Wertorientierungen (z. B. Streben nach Macht und Einfluss), ausgeprägte autoritäre Überzeugungen, die eigene Verortung im Links-Rechts-Spektrum als eher rechts zeigten sich dagegen als Vorhersager für weniger positive Einstellungen gegenüber Ausländer_innen.

Für Tendenzen zu rechtsextremen Einstellungen erschienen insbesondere ausgeprägte autoritäre Überzeugungen maßgeblich zu sein. Einschränkend muss allerdings auf den selbstverständlichen Sachverhalt aufmerksam gemacht werden, dass die jeweiligen signifikanten Regressionskoeffizienten noch keine Hinweise darauf geben, ob es sich bei den Einflussrichtungen tatsächlich um kausale Wirkungen handelt. Überdies sind die aufgeklärten Varianzen (R^2) nicht sehr hoch, sodass neben den von uns geprüften Prädiktoren noch weitere, nicht analysierte Variablen als potenzielle Erklärungen für die Zielvariablen in Frage kommen können. Insgesamt zeigen die Ergebnisse aber:

Positiv soziale Wertorientierungen, eine positiv eingeschätzte Familiendemokratie, politische Offenheit und kollektive Lösungssuche im Unterricht und die Möglichkeiten, als Schüler_in im Unterricht mitbestimmen zu können – all das sind Bedingungen, die sich positiv auf Einstellungen zur Demokratie und zur politischen Partizipation auswirken können.

Die ebenfalls geprüften soziodemografischen Merkmale wie Alter, Geschlecht und Schulart sind in der Tabelle nicht aufgeführt, da sie sich in den Berechnungen nicht als signifikant erwiesen haben. Das heißt allerdings nicht, dass es keine Unterschiede zum Beispiel zwischen den Schularten (Regelschule, Gymnasium, Gesamtschule, Gemeinschaftsschule) oder den Altersgruppen, beispielsweise im Hinblick auf die Einstellungen zur Demokratie, gibt.

Was kann Schule, was Familie?

Beispielhaft möchten wir noch eine weitere Frage beantworten: Welche Möglichkeiten haben Familie, Schule und Unterricht als Dämpfer gegen rechte Orientierungen von Schüler_innen und deren Folgen?

Natürlich hat Schule dieses Potenzial; und natürlich können wir dieses Potenzial in unserer Studie nur andeuten. Für diese Andeutungen haben wir statistisch geprüft, inwieweit familiäre und schulische Bedingungen in der Lage sind, negative Einflüsse von politisch rechten Orientierungen und Überzeugungen auf die positiven Facetten der demokratiebezogenen Einstellungen zu dämpfen. Als statistische Methode wählten wir die Mediatoranalyse[5]. Beispielhaft verweisen wir auf das folgende Modell (Abbildung 3).

Dargestellt ist zunächst in der Horizontalen ein Pfeil von rechten Orientierungen zu intrinsischen Motivationen für (politisches) Engagement. Ohne Betrachtung der übrigen Variablen gibt es eine signifikant negative Beziehung zwischen den rechten Orientierungen und den intrinsischen Motivationen (Klammerausdruck *-.10**). Das heißt, Jugendliche, die sich im politischen Spektrum eher rechts verorten, äußern weniger intrinsische Motive für ihr Engagement.

[5] Die Mediatoranalyse ist eine Spezialform der multiplen Regression. Dabei wird geprüft, ob eine dritte Variable den Zusammenhang zwischen zwei Variablen beeinflusst.

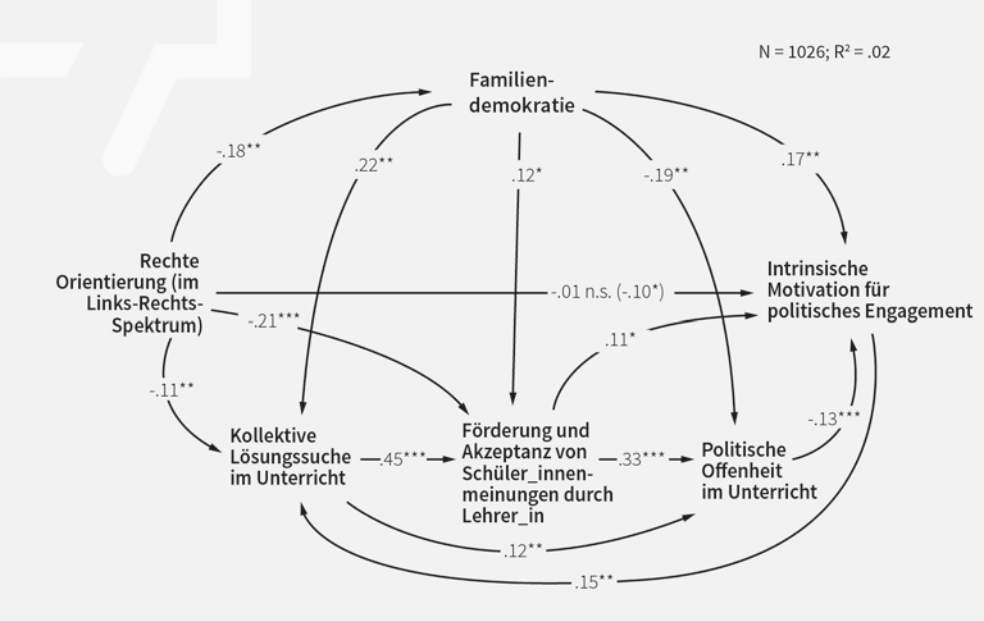

Abbildung 3: Mediatormodell – intrinsische Motivation für Engagement
Anmerkung: R^2 ist die durch das jeweilige Modell erklärte Varianz der Zielvariablen, *** bedeutet: $p < 0{,}005$; ** $p < 0{,}01$, * $p < 0{,}05$

Gleichzeitig gibt es negative Beziehungen von den rechten Orientierungen auf die familiäre Demokratie, auf die kollektive Lösungssuche im Unterricht und auf die Förderung und Akzeptanz von Schüler_innen-Meinungen durch die Lehrer_innen. Das bedeutet, dass eher rechts orientierte Jugendliche ihre Familiendemokratie nicht sonderlich gut beurteilen und auch die beiden unterrichtsbezogenen, demokratieförderlichen Schulbedingungen nicht sehr positiv bewerten.

Je positiver die Familiendemokratie hingegen beurteilt wird, umso positiver bewerten Schüler_innen auch die kollektive Lösungssuche im Unterricht, die Förderung und Akzeptanz von Schüler_innen-Meinungen und die politische Offenheit im Unterricht. Darauf verweisen die Pfeile von Familiendemokratie auf die drei Unterrichtsbedingungen. Eine positive Familiendemokratie zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass jedes Familienmitglied über Familienangelegenheiten mit gleicher Stimme mitentscheiden kann. Von kollektiver Lösungssuche und politischer Offenheit im Unterricht kann z. B. dann die Rede sein, wenn Entscheidungen, die alle Schüler_innen betreffen, auch gemeinsam diskutiert und getroffen werden oder politische Fragen auch kontrovers diskutiert werden dürfen.

Von der Familiendemokratie und den Unterrichtsbedingungen gehen signifikant positive Einflüsse auf die intrinsische Motivation für (politisches) Engagement aus. In Folge dieses positiven Einflusses der Familiendemokratie und der drei Unterrichtsbedingungen verringert sich die eingangs genannte signifikant negative Beziehung zwischen rechten Orientierungen und intrinsischer Motivation auf ein nichtsignifikantes Niveau (Kennwert *-0,01 n.s.* vor Klammer am horizontalen Pfeil).

Wir interpretieren dieses Ergebnis folgendermaßen: Ein positives Familienklima und demokratiefreundliche sowie demokratiepraktizierende Unterrichtsbedingungen sind wichtige Bedingungen, um auch Jugendliche mit eher rechten Orientierung zu motivieren, sich intrinsisch (politisch) zu engagieren und an demokratischen Aktivitäten zu beteiligen.

Zu diesen demokratischen Aktivitäten gehören u. a.: Klassensprecher_in in der Schule werden, in einem Jugendparlament oder Jugendrat oder bei Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace mitarbeiten.

Fazit und Ausblick

Was zeigen die Ergebnisse nun im Hinblick auf unsere Ausgangsfragen? Wie sind also die Kompetenzen der von uns befragten Jugendlichen ausgeprägt, sich aktiv und engagiert für ein demokratisches Zusammenleben einzusetzen? Wie stehen die Jugendlichen zur Demokratie? Welche Rolle spielen Schule und Familie in der demokratischen Sozialisation?

Insgesamt ist eine durchaus optimistische Sicht auf die demokratischen Einstellungen der befragten Jugendlichen durch unsere Ergebnisse möglich. So äußerten 75 Prozent positive Einstellungen zum politischen Engagement und 72 Prozent äußerten positive Einstellungen gegenüber Ausländer_innen. Es zeigten sich aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Jugendlichen, die sich politisch links, in der Mitte oder rechts verorteten. Die Bereitschaft zum (politischen) Engagement war bei den Jugendlichen, die sich links oder in der Mitte einordnen, deutlich ausgeprägter als bei den Jugendlichen, die sich selber eher rechts verorten.

Demokratische und gleichberechtige Strukturen und Beziehungen in der Familie sowie im Unterricht haben das Potenzial, die Entwicklung positiver Einstellungen bei Jugendlichen zu politischer Partizipation zu verstärken.

Demokratische und gleichberechtige Strukturen und Beziehungen in der Familie sowie im Unterricht haben das Potenzial, die Entwicklung positiver Einstellungen bei Jugendlichen zu politischer Partizipation zu verstärken. Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass kollektive und gleichberechtigte Problemlösungen im Unterricht, Akzeptanz und Förderung von Schüler_innenmeinungen durch die Lehrer_innen und politische Offenheit im Unterricht weit mehr als bisher gefördert, unterstützt und realisiert werden müssen. Um sie zu erreichen, müssten allerdings Räume geschaffen werden, um dem Lehrpersonal noch bessere Möglichkeiten zur demokratischen Erziehung zu ermöglichen. All das und noch mehr lässt sich nur bewerkstelligen, wenn mehr Geld und Personal für den schulischen Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden.

Seit 2018 arbeitet unser Forschungsteam an der Fortsetzung dieser Studie. Wir erweitern unsere Studie dabei um die Erhebung in zusätzlichen Bundesländern und erfassen gezielt auch die Ansichten und Einstellungen zu Demokratie von geflüchteten Jugendlichen.

Kirsten Richter, M. A., studierte nach ihrer dualen Ausbildung zur Fotografin Bachelor of Arts der Kommunikationswissenschaft mit Ergänzungsfach Psychologie (2014) und Master of Arts der Öffentlichen Kommunikation (2017) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2017 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft an der FSU Jena im Projekt „ViDem“ (Vielfalt zusammen leben – miteinander Demokratie lernen).

Stephanie Wohlt, M. A., studierte nach ihrer dualen Ausbildung zur Mediengestalterin für Digital- und Printmedien Bachelor of Arts der Kommunikationswissenschaft mit Ergänzungsfach Psychologie (2014) und Master of Arts der Öffentlichen Kommunikation (2017) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2017 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft an der FSU Jena im Projekt „ViDem“.

Prof. Wolfgang Frindte leitete von 2008 bis März 2017 die Abteilung Kommunikationspsychologie am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2007 ist er Mitglied der wissenschaftlichen Leitung des Studiengangs „Human Communication“ an der Dresden International University. Ebenfalls über den Ruhestand hinaus leitet er die Studie „Interkulturelle Erziehung“ im Projekt „ViDem“ und ist aktives Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des IDZ.

Literatur

Abs, Hermann J./Diedrich, Martina/Sickmann, Helge/Klieme, Eckhard (2007): Evaluation im BLK-Modellprogramm Demokratie lernen und leben: Skalen zur Befragung von Schüler/-innen, Lehrer/-innen und Schulleitungen Dokumentation der Erhebungsinstrumente 2006. In: Materialien zur Bildungsforschung (20). Gesellschaft zur Förderung Pädagogischer Forschung / Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung: Frankfurt a. M.

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/TNS Infratest (2015): 17. Shell Jugendstudie – Jugend 2015. Fischer Taschenbuch: Frankfurt a.M.

Belok, Felicitias/Faus, Rainer (2017): Kartografie der politischen Landschaft. Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

Beutel, Wolfgang/Edler, Kurt/Förster, Mario/Veith, Hermann (2016): Demokratiepädagogik als präventionswirksame Idee. In: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole & Schmidtke, Franziska [Hrsg.]: Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ – Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Springer VS: Wiesbaden, S. 463-479.

Bund-Länder-Kommission (2013): BLK-Programm. Online: http://blk-demokratie.de/index.php?id=83 [27.11.2017].

Calmbach, Marc/Borgstedt, Silke/Borchard, Inga/ Thomas, Peter M./Flaig, Berthold B. (2016): Wie ticken Jugendliche? Springer VS: Wiesbaden.

Demokratisch Handeln (2017): Demokratisch Handeln – Was ist das? Online: http://www.demokratisch-handeln.de/index.html [27.11.2017].

Feierabend, Sabine/Plankenhorn, Theresa/Rathgeb, Thomas (2015): JIM 2016. Jugend, Information, (Multi) Media. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): Stuttgart.

Friedrichs, Werner/Lange, Dirk [Hrsg.] (2016): Demokratiepolitik. VS Springer: Wiesbaden.

Frindte, Wolfgang (2013): Der Islam und der Westen. Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung. Springer VS: Wiesbaden.

Marker, Michael (2009): Die Schule als Staat. Demokratiekompetenz durch lernendes Handeln. Wochenschau Verlag: Schwalbach/Ts.

Miller, Reinhold (2013): Frei von Erziehung, reich an Beziehung: Plädoyer für ein neues Miteinander. Reihe Pädagogik (Vol. 49). Centaurus Verlag & Media: Freiburg.

Morgenstern, Ines/Rosenstengel, Luzia/ Fieber-Martin, Kerstin (2015): Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2014. Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e. V.: Jena.

Müller, Marion/Zifonun, Darius [Hrsg.] (2016): Ethnowissen. Springer VS: Wiesbaden.

KAI DIETRICH

„ES IST NOTWENDIG, DEN BESTEHENDEN STRUKTURELLEN WIE INDIVIDUELLEN RASSISMUS AUS DER JUGENDARBEIT HERAUS UND IN DER JUGENDARBEIT SICHTBAR ZU MACHEN UND ZU KRITISIEREN.“

Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit

Die aktuellen gesellschaftlichen Debatten um Flucht und Zuwanderung ziehen sich bis tief in die Lokalräume. Vielfältige asylfeindliche Mobilisierungen sind in der Lage, sich vor Ort zu etablieren und politische Deutungsmacht zu erlangen. Dies fordert auch Jugendarbeit als lokalräumlichen Akteur heraus, strategische Maßnahmen demokratischer Bildung voranzutreiben. Der Beitrag versucht praxisrelevante Grundannahmen des Modells der pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (PAKO, vgl. Möller et al. 2016) zu veranschaulichen und hiervon Handlungsempfehlungen für Sozialarbeiter*innen in der Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern abzuleiten. Dabei steht vor allem die Analyse der Adressat*innen im Vordergrund, deren Ablehnungshaltungen in ihrer subjektiven Funktionalität und Sinnhaftigkeit zu entschlüsseln sind.

Einleitung

Mit dem Aufkommen von Pegida und einer verstärkten Fluchtmigration in die Bundesrepublik haben gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Flucht, Zuwanderung und Vielfalt vor dem Hintergrund höchst aggressiver Ablehnungsdynamiken und erstarkender völkisch-nationalistischer Deutungsmuster (Keil 2015) eine starke Zunahme erfahren. Bis tief in lokalräumliche Strukturen konnten Initiativen Debatten prägen und sich im Alltag der Bevölkerung etablieren, welche sich mithilfe der Zuwanderungsdebatten autoritär gegen gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, das heißt zunehmende Diversität und migrationsgesellschaftliche Realitäten, positionieren. Diese antidemokratische Dynamik erreicht auch die Einrichtungen und Fachkräfte der Jugendarbeit und fordert das Arbeitsfeld heraus, als Akteur der demokratischen Bildung wirksam zu werden.

In unterschiedlichen Projekten[1] wurden in den vergangenen Jahren Erfahrungen bei der Qualifizierung von Fachkräften im Umgang mit Ablehnungshaltungen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gesammelt. Diese umfassten Rassismus und gegen Migrant*innen bzw. gegen

[1] „Rückgrat! – Eine Wissenschaft-Praxis-Kooperation gegen Rechtsextremismus und gruppierungsbezogene Ablehnungen“, Online: http://www.hs-esslingen.de/de/hochschule/fakultaeten/soziale-arbeit-gesundheit-und-pflege/forschung/projekte/abgeschlossene-projekte/rueckgrat.html https://www.hs-esslingen.de/soziale-arbeit-gesundheit-und-pflege/forschung/projekte/projekte/rueckgrat/ [24.06.2018]; „MUT-Interventionen: Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“, Online: http://www.agjf-sachsen.de/mut-interventionen.html [24.06.18]; „Land in Sicht! Demokratiegestaltung innovativ qualifizieren“, Online: http://www.agjf-sachsen.de/land-in-sicht [24.06.2018].

geflüchtete Menschen gerichtete Ablehnungen, wie auch weitere Felder bspw. (z. B. Heterosexismus oder Ablehnungen aufgrund des sozialen Status). Dabei wurden und werden aktuell überwiegend Fachkräfte an Standorten Offener Einrichtungen in mehreren Sozialräumen in Sachsen bei der Entwicklung von strategischen Präventions- und Interventionskonzepten über Fortbildungsangebote und Beratungsprozesse begleitet. Adressat*innen dieser Fachkräfte sind junge Menschen in den entsprechenden Einrichtungen und Lokalräumen. Interventionen sollen sich dabei einerseits auf Träger*innen von rassistischen, heterosexistischen und andere Ablehnungen beziehen, gleichzeitig auch Betroffene dieser Haltungen in den Blick nehmen und zur integrativen Öffnung der Einrichtungen und Lokalräume beitragen. Dieser Beitrag beschreibt Grundannahmen des zugrundeliegenden Modells der pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (vgl. Möller et al. 2016) und versucht hiervon abzuleitende Handlungsempfehlungen für Sozialarbeiter*innen in der Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern zu geben.

Die antidemokratische Dynamik erreicht auch die Einrichtungen und Fachkräfte der Jugendarbeit und fordert das Arbeitsfeld heraus, als Akteur der demokratischen Bildung wirksam zu werden.

Das „Modell der pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen“ als Analyseraster für die Praxis

Die aktuellen Dynamiken werden in den sozialwissenschaftlichen wie sozialarbeiterischen Fachdebatten unterschiedlich analysiert und gekennzeichnet. So werden sie einerseits als „Krisenphänomen“ oder „Ausnahmezustand“ kapitalistischer Gesellschaften und neoliberaler Ideologeme beschrieben (vgl. Demirovic 2018, PROKLA Redaktion 2016, Opratko 2017, Sablowski/Thien 2018, Schmidt 2016) und unter Gesichtspunkten der Vernachlässigung der Sozialen Frage durch etablierte Parteien und gesellschaftliche Bewegungen erörtert. Eine andere Perspektive erklärt die aktuellen Bewegungen vor allem aus dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft heraus (vgl. Eversberg 2018, Lessenich 2017). Daraus entstehende „Flügeldiskurse“ (vgl. PROKLA Redaktion 2018: 5) laufen Gefahr eines verkürzten Verständnisses jugendarbeiterischer Praxis. Es ist notwendig, den bestehenden strukturellen wie individuellen Rassismus aus der Jugendarbeit heraus und in der Jugendarbeit sichtbar zu machen und zu kritisieren. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass bestehende Erzählungen zu Benachteiligungen in den Lokalräumen nicht allein aus rassistischen Ressentiments zu erklären sind. Sie speisen sich u. a. auch aus reellen Erfahrungen mit lokalen, sozioökonomischen Verwerfungen und Ausgrenzungsprozessen.

Will sich Soziale Arbeit, in diesem Fall Jugendarbeit, strategisch mit den bestehenden Phänomenen auseinandersetzen, muss sie die Alltagslogik rassistischer und anderer Ablehnungen ergründen. Hierfür ist die sozialpädagogische Grundhaltung ernst zu nehmen, den eigenen Adressat*innen als mündige Subjekte in ihrer Lebenswelt zu begegnen (vgl. Wendt 2017: 34). So ergibt sich ein detailliertes Verständnis jener rassistischen Konstruktionen, welche aus dem individuellen Alltag zum Verständnis desselben abgeleitet werden. Zentral für strategisch angelegte Maßnahmen zum

Abbau von Ablehnungshaltungen bei jungen Menschen scheint daher die eingehende Analyse der eigenen Adressat*innen. Entlang des folgenden Modells wird versucht, ein spezifisches Verständnis zum Aufbau von Ablehnungskonstruktionen bei Jugendlichen zu entwickeln.

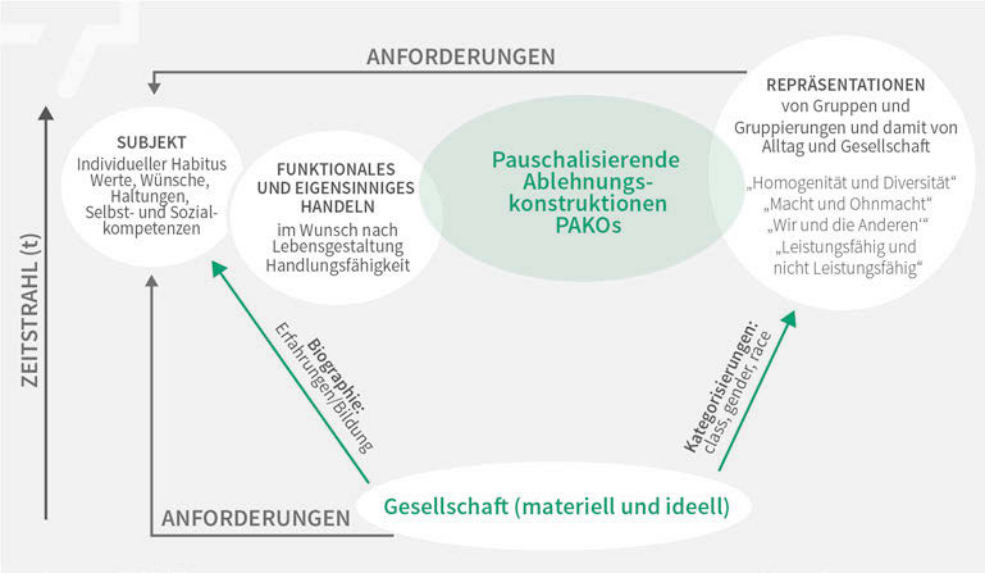

Abbildung 1: Aufbau von Ablehnungskonstruktionen bei Jugendlichen
Anmerkung: Die Abbildung ist angelehnt an einen Seminarentwurf aus dem Projekt „Land in Sicht" (Dietrich, Kai/Glaser, Enrico/Nolde, Kai 2018)

Die Basis des Herstellungsprozesses ist im Modell als **Gesellschaft** beschrieben. Diese verstehen wir einerseits als materialisierte Form von Gesellschaft, das heißt eine Gesellschaft mit ihren spezifischen Strukturen (z. B. Form der Erwerbsarbeit, Gesetze). Hinzu kommt die ideelle Seite von Gesellschaft, u. a. mit Normen, Wertvorstellungen, Traditionen und kulturellen Referenzen.

Hiervon ausgehend sind zwei Prozesse relevant. Der erste Prozess ist die Herstellung der **Subjekte**, also individueller Positionierungen der einzelnen Personen in der Gesellschaft. Dies ist als biografischer Prozess von **Erfahrungen und/oder Bildung** und deren Verarbeitung zu verstehen. Aus der persönlichen Biografie leiten sich demnach Selbst- und Sozialkompetenzen und Formen des Habitus ab, also Dispositionen wahrzunehmen und neue Erfahrungen zu verarbeiten. Hinzu kommen persönliche Wünsche und Wertvorstellungen. Als zweiter Prozess ist die Herstellung von **Repräsentation** zu nennen. Dabei strukturiert sich Gesellschaft einerseits entlang der Kategorien von class, race und gender. Diese werden weitergehend entlang unterschiedlicher Diversitätsdimensionen vervielfältigt. Als gesellschaftliche Abbilder dieser Dynamik entstehen Repräsentationen von scheinbaren Gruppen bzw. Gruppierungen (z. B. „den Frauen", „den Migrant*innen", „den Arbeitslosen"). Die Abbilder weisen unterschiedliche Qualitäten auf, bspw. in den Spektren „Homogenität und Diversität", „Macht und Ohnmacht", „Wir und ‚die Anderen'", „Leistungsfähig und nicht Leistungsfähig". Sie sind vielfältig und gleichzeitig unterschiedlich wirkmächtig. Sie treffen

entsprechend auf die oben benannten, individuellen Muster der Erfahrungsverarbeitung. So erlangte bspw. die Repräsentation der ‚sexuell grenzverletzenden, migrantischen Männer' nach Köln eine besondere Relevanz in den bundesdeutschen Debatten und ergänzte Bilder von ‚gefährlichen Fremden' um eine weitere Facette, während positive Repräsentationen von geflüchteten Menschen aus dem Fokus gerieten.

Die Individuen erfahren nun abgeleitet aus der Gesellschaft selbst sowie aus den zur Verfügung stehenden Repräsentationen unterschiedliche **Anforderungen**, also Hinweise auf ein entsprechendes „richtiges" Sein und Verhalten. Für Jugendliche leiten sich bspw. allgemeine, gesellschaftliche Anforderungen ab: erfolgreiche Ausbildung, „richtige Berufswahl" und angemessene Leistungsorientierung. Aus gesellschaftlichen Repräsentationen lassen sich weitergehende Orientierungen entnehmen, bspw. als Junge, spezifisch männliche Leistungsfähigkeit zu zeigen um sichtbare Männlichkeit zu inszenieren, welche aktuell auch mit Anrufungen nationalistisch-wehrhafter Männlichkeit einhergehen kann. Auch Mädchen erhalten aus den Repräsentationen von Weiblichkeit Orientierungen sich „richtig" zu verhalten. Dabei kann bspw. Anerkennung daraus gezogen werden, mit Jungen gegen Geflüchtete auf die Straße zu gehen.

In der Auseinandersetzung des Subjekts mit den zur Verfügung stehenden Repräsentationen aufgeladen mit biographischen Erfahrungs- und Wissensbeständen formieren sich pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKO).

Wie von den Subjekten tatsächlich auf die bestehenden Anforderungen reagiert wird, lässt sich aus deren konkretem Alltag herleiten. Hier haben sie gelernt, sich einerseits in der Hoffnung auf Erfolg und Anerkennung funktional zu verhalten und zu entwickeln. Andererseits reflektieren und kontrastieren sie durch eigensinnige Haltungen die alltäglichen Herausforderungen. Das heißt, rassistische Haltungen kann ich einerseits als funktional erleben, in dem ich dafür Anerkennung bekomme und daher mein Leben angemessen bzw. erfolgreich gestalte. Anderseits kann ich dies auch als subjektiven Eigensinn erleben, in dem ich „denen da oben", welche mir sonst scheinbar Anerkennung und Gestaltungsspielräume versagen, zeige, dass ich auch gegen sie meine Interessen durchsetzen kann.

In der Auseinandersetzung des Subjekts mit den zur Verfügung stehenden Repräsentationen aufgeladen mit biografischen Erfahrungs- und Wissensbeständen formieren sich pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKO). Sie verknüpfen einerseits individuelle Haltungen und bestehende Abbilder eigener Erfahrungen mit den zur Verfügung stehenden Abbildern von Gesellschaft – Repräsentationen aus persönlichen Interaktionen oder Medien. Diese werden wiederum in den eigenen, konkreten Alltag mit seinen bestehenden Anforderungen übersetzt.

Prozesse der Demokratiebildung sind daher so anzulegen, dass vor Interventionsprozessen, die jeweiligen Adressat*innen im besten Fall nachfolgenden Punkten zu analysieren sind:

1. Welche zentralen, biographischen Erfahrungen spielen aktuell eine Rolle für den Prozess? Beispielfragen zur Analyse: Bestehen Begegnungserfahrungen mit Menschen die von Adressat*innen abgelehnt werden? Wie beschreibe ich meine aktuelle gesellschaftliche Position? Habe ich Erfahrungen mit erlebter und/oder ausgeübter Gewalt?

2. Welche Repräsentationen werden aktuell im Diskursraum von den Jugendlichen als relevant erfahren? Beispielfragen zur Analyse: Bestehen lokale Initiativen gegen die Unterbringung geflüchteter Menschen? Werden lokale Traditionen als Gegenpol zur Migrationsgesellschaft beschrieben? Wie beschreibt sich der Lokalraum in seiner Entwicklung nach 1989?

3. Welche Herausforderungen und Anforderungen haben sie in ihrem aktuellen Alltag zu meistern? Beispielfragen zur Analyse: Sind die Jugendlichen aktuell angehalten, eine spezifische Form von Männlichkeit oder Weiblichkeit zu inszenieren? Müssen sie sich als Teil des lokalen „Wir"-Kollektivs beweisen? Wie zufrieden sind sie in ihrer Ausbildung?

4. Welche Ablehnungskonstruktionen werden hierfür konkret herangezogen? Beispiele: „Muslimische Gefährder", „benachteiligte Ostdeutsche", „Migration als gesteuerter Bevölkerungsumbau"

Demokratische Bildung in den „Arenen der Jugend"

Repräsentationen von Gesellschaft und hier wahrgenommene Gruppierungen sind als Teil des Alltags junger Menschen auch in den Einrichtungen der Jugendarbeit vorhanden bzw. werden in ihnen gestaltet. Dabei ist es vom Wirken der Fachkräfte abhängig, wie vielfältig die präsentierten Erfahrungen, Deutungen und Praxen innerhalb ihrer Einrichtung sind. Ebenso ist es wichtig, wie attraktiv jene Vielfalt innerhalb der Einrichtung von Jugendlichen wahrgenommen wird und wie hoch die Schwelle ist, entsprechende neue Erfahrungen und Repräsentationen in den Alltag außerhalb der Einrichtung zu transferieren. Jugendarbeit hat eine wichtige Funktion bei der Herstellung des sozialen Zusammenlebens im Sinne demokratischer Bildung, denn hier können Jugendliche „ihre eigenen Anliegen einbringen und Einfluss nehmen" (BMFSFJ 2017: 34). Zentral ist das Erlernen von „‚Teilhabe und Verantwortung', ‚Wirksamkeit des eigenen Handelns und Veränderbarkeit der Verhältnisse', ‚Aneignung und Gestaltung von Räumen', ‚Kulturelle Praxis', und ‚Lebensbewältigung'" (Münder et al. 2012: 146).

Jugendarbeit hat eine wichtige Funktion bei der Herstellung des sozialen Zusammenlebens im Sinne demokratischer Bildung.

Sie fördert Kompetenzen, „which also enables them to recognise and manage the risks they are likely to encounter, including violent radicalization"[2] (Council of the European Union 2016). Dabei ist Jugendarbeit „Teil einer auf Emanzipation, Partizipation und Integration abzielenden Erziehung und Bildung" (Münder et al. 2012: 149).

In ihrer Studie zur Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit schreiben Cloos und Kolleg*innen: „Kinder- und Jugendarbeit [...] ist als Handeln in einer sozialpädagogischen Arena zu beschreiben" (2009: 15). Hier finden Wettkämpfe und Spiele statt, welche unterschiedliche Schichten von Zugehörigkeit repräsentieren und herstellen. Ein weiteres für die Gestaltung demokratiepädagogischer Strategien relevantes Merkmal ist die diskontinuierliche Teilnahme der Adressat*innen am pädagogischen Prozess. Sie macht es notwendig, den Schwerpunkt der Arbeit auf die Gestaltung des pädagogischen Rahmens zu legen (vgl. ebd.: 15f.). Diese kann in den Einrichtungen vor allem darauf hin untersucht werden, inwiefern durch die räumliche Anordnung, die reellen Nutzer*innengruppen oder Themen, welche bspw. durch Dekoration im Raum präsentiert werden, demokratische und vielfaltpädagogische Positionen präsent werden oder nicht. Wird also eine Einrichtung bspw. ausschließlich von einer älteren Gruppe deutscher Jungen besucht und von diesen auch als „ihr Club" gelabelt, verengt sich der Raum für den Kontakt unterschiedlicher junger Menschen. Dies geschieht ebenfalls durch die „Hoheit" über den Eingangsbereich, die Theke, die Spielgeräte und die Musik.

Für einzuflechtende Interventionen demokratischer Bildung benötigt es eine permanente Aufmerksamkeit gegenüber den Geschehnissen im Raum sowie eine professionelle gestaltete, belastbare Beziehung zu den Adressat*innen.

Fachkräfte sind daher angehalten, die Räume tatsächlich offen zu halten, das heißt Beteiligung immer wieder vielfältig zu ermöglichen und bestehende Anspruchshaltungen zu transformieren. Grenzsetzungen gegen diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen sind immer auch demokratische Referenzen für die Umstehenden. Gleichzeitig können gezielte Repräsentationen im Raum neue Sichtweisen und damit Aushandlungsprozesse mit und unter den Nutzer*innen anregen. Einrichtungen, welche mit „refugees welcome-Postern" experimentierten, konnten einerseits feststellen, wann diese in der Toilette heruntergerissen wurden. Andererseits wurden durch die Poster im Gemeinschaftsraum aber auch neue Themen in den Club getragen bzw. bis dahin nicht sichtbare, bestehende Haltungen bei den Jugendlichen abgerufen und in Auseinandersetzung gebracht.

Dass die Konkurrenzen um den Raum (bspw. gegen geflüchtete Jugendliche) auch für reale Auseinandersetzungen stehen (vgl. ebd.: 17) zeigte sich in einer Einrichtung u. a. daran, dass nicht spezifisch Rassismus das Thema der männlichen Besucher war, sondern die vermeintliche Konkurrenz mit den neu hinzukommenden Jungen um „unsere Mädels". Dies eröffnete den Jugendarbeiter*innen

[2] „welche sie auch dazu befähigen, die Risiken, denen sie höchstwahrscheinlich begegnen – gewaltvolle Radikalisierung eingeschlossen – zu erkennen und zu managen" (Übersetzung des Beitragsautors).

den Blick auf bestehende Repräsentationen lokaler wie patriarchaler Anspruchshaltungen sowie konkurrierender Männlichkeiten als Themen, über die sich aktuell auseinandergesetzt werden konnte und sollte. Gleichzeitig konnte die Arena dergestalt arrangiert werden, dass konkurrenzfreie Begegnungserfahrungen produziert und damit bestehende Repräsentationen in Frage gestellt werden können. Für einzuflechtende Interventionen demokratischer Bildung benötigt es eine permanente Aufmerksamkeit gegenüber den Geschehnissen im Raum sowie eine professionelle gestaltete, belastbare Beziehung zu den Adressat*innen.

Lebensgestaltungserfahrungen als Schutz gegen Ablehnungshaltungen

Jugendarbeit lebt davon, dass hier eingebettete Maßnahmen der Demokratiebildung „den lebensweltlichen Zusammenhang herstellen und Bildungsprozesse ermöglichen, die im Sinne von Kompetenz zur Lebensbewältigung einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung leisten können“ (Münder et al. 2012: 146). Im Umkehrschluss bedeutet dies, gerade weil die Räume der Jugendarbeit höchst dynamische und diskontinuierliche Prozesse vorgeben, dass die Fachkräfte Kontakt zur alltäglichen Lebenswelt der Jugendlichen bekommen. Sie sind dazu angehalten, Interventionen alltagslogisch und mit den Dynamiken im Raum adäquat zu verknüpfen. Dies kann gelingen, wenn sich Fachkräfte einlassen, Interventionen an den Erfahrungen der Adressat*innen entlang zu generieren. Bedeutsam bei der Betrachtung des Zusammenhangs von Ablehnungskonstruktionen und Sozialisationserfahrungen erscheinen im Rahmen der Forschung wie der jugendarbeiterischen Auseinandersetzungen Erfahrungen von Kontrolle, Integration, Sinnlichkeit und sinnliches Erleben sowie Sinnzuschreibungen (KISS; vgl. Möller et al. 2016: 110f.).

Kontrolle über den Club, Integration in eine Gruppe derer, die geflüchtete Jugendliche ablehnt, und die Wahrnehmung, Teil eines lokalen und nationalen „Wir“ zu sein, können starke Motive sein, sich rassistischer Ablehnungskonstruktionen zu bedienen.

Dabei kann aus der gemeinsamen Interaktion und über Erzählungen der Adressat*innen ein Bild entstehen, wo bisher im Leben der Jugendlichen individuelle Kontroll-, Integrations-, Sinnlichkeits- und Sinnerfahrungsbedürfnisse begrenzt und verwehrt wurden. Sie zeigen auch, welche Strategien junge Menschen gefunden und als funktional für ihre Lebensgestaltung erschlossen haben, Erfahrungen von Kontrolle, Integration, Sinn und Sinnlichkeit zu generieren (vgl. ebd.: 112). Auch Sequenzen von Ruhe und Chillen als gefühlt dominante Formen des Tuns und die dahinterliegenden Motive müssen in den Einrichtungen in den Blick genommen werden (vgl. Cloos et al. 2009: 21). So können Einrichtungen als Regenerationsräume auch für überfordernden Leistungsansprüche aus der Gesellschaft (z. B. aus Schule, Elternhaus) gestaltet werden.

Gleichzeitig können Raumansprüche von Nutzer*innen genau hierin begründet sein und damit einen Versuch darstellen, direkte Auseinandersetzungen mit anderen Jugendlichen im Lokalraum im Club zu entgehen. Kontrolle über den Club, Integration in eine Gruppe derer, die geflüchtete Jugendliche ablehnt, und die Wahrnehmung, Teil eines lokalen und nationalen „Wir“ zu sein,

können starke Motive sein, sich rassistischer Ablehnungskonstruktionen zu bedienen. Dabei zeigt sich ihre Funktionalität, im eigenen Alltag mit individuell präsenten Anforderungen „erfolgreich aktiv zu werden“. Gute Erfahrungen wurden von Fachkräften berichtet, denen es in solchen Dynamiken gelungen ist, neue Erfahrungen zu ermöglichen, welche neue Verortungen in unterschiedlichen Gruppenkontexten anbahnten. Diese fanden neben dem Freundeskreis im Club und der Teilnahme mit allen Nutzer*innen an kommunalen Kulturaktionen auch durch die Integration in die Ballspielgruppe mit geflüchteten Jugendlichen statt. Hinzu kam eine deutliche Positionierung des Teams im Rahmen des lokalen Willkommensbündnisses sowie transparente Haltungen der Solidarität durch die Fachkräfte.

Prozesse mit jugendlichen Adressat*innen, welche bereits Ablehnungshaltungen aufweisen, müssen so angelegt sein, dass sie unmittelbar im Alltag dieser eingelagert sind und als langfristige Prozesse von Beziehungsarbeit mit biografiebezogenen Anteilen angelegt sind (vgl. Möller et al. 2016: 782). Ziel muss es sein, alternative, erfahrungsproduzierende Momente in der sozialpädagogischen Interaktion anlegen zu können.

Alltagseinbettung und -transfer erfordern Präventions- und Interventionsstrategien, welche Sicherheit in der Lebensgestaltung anbieten, pädagogisch so strukturiert, dass sie nicht auf Ablehnung stoßen oder hiermit in Verbindung stehenden Kontrollbedürfnissen rekurrieren. Vielmehr sollten diese dysfunktional erscheinen (vgl. ebd.: 785). Dabei ist in diesem Rahmen darauf hinzuweisen, dass sozial- bzw. lokalräumliche Dynamiken in den Blick genommen werden müssen. Gerade in hoch belasteten Sozialräumen darf angenommen werden, dass alltagseingelagerte Kontroll- und Identifikationspotenziale gerade nicht im pädagogischen Jugendraum entstehen, sondern im als „echtes Leben“ wahrgenommenen Alltag außerhalb der Einrichtung. Aus der Kompetenz, die Arena strategisch, vielfaltpädagogisch anzulegen und hier situationsbezogen angemessen zu reagieren, lässt sich jugendarbeiterische Professionalität ableiten und auch auf KISSeS-bezogene Interventionen und Prozesse zu Ablehnungshaltungen übertragen.

Einrichtungen und Fachkräfte sind über ihren alltagsnahen Kontakt zu den Adressat*innen in der Lage auf spezifische Ablehnungshaltungen zu reagieren und diese in ihren Räumen demokratisch zu kontrastieren.

Fazit

Bisherige Fachbegleitungen von modellhaft angelegten Interventionsstrategien legen den Schluss nahe, dass die KISSeS-Perspektive Fachkräften die Möglichkeit bietet, an den Interessen ihrer Adressat*innen entlang niedrigschwellige Angebote zu gestalten. Hierbei werden bspw. Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen und die Erweiterung von Sozial- und Selbstkompetenzen im Rahmen von Kreativ- und Sportangeboten ermöglicht. Diese tragen dazu bei, PAKOs und damit einhergehende Abwertungsinszenierungen mindestens in den Räumen der Projekte selbst abzubauen (vgl. Möller et al. 2017: 58). Einrichtungen und Fachkräfte sind über ihren alltagsnahen

Kontakt zu den Adressat*innen in der Lage auf spezifische Ablehnungshaltungen zu reagieren und diese in ihren Räumen demokratisch zu kontrastieren. Miteinander verknüpfte, rassistische, nationalistische wie heterosexistische Ablehnungshaltungen können – und müssen – daher nicht allein durch die Fachkräfte hinterfragt und kritisiert werden. Sie spielen auch eine Rolle in Raum und Angeboten. Demokratische Haltungen werden präsent durch eine diversitätssensible Sprache und Bebilderung im Raum, durch hürdenarme Zugänge zu den Angeboten, durch Beteiligung und Schaffung von Begegnung sowie durch die transparente Haltung und Offenheit für Konflikte im Raum, welche es möglich machen, demokratische Aushandlungsprozesse mitzugestalten und individuelle wie kollektive Interessen junger Menschen zu definieren.

Damit eröffnet sich als aussichtsreiche Bearbeitungsstrategie pauschalisierender Ablehnungskonstruktionen: „die Vermittlung von funktionalen Äquivalenten für KISSeS-Defizite“ (Möller et al. 2016: 785). Dies verweist auf drei Aspekte, auf welche auch der Begriff der Funktionalität im Einzelnen zu prüfen ist:

1. Wenn Interventionen nicht als gekünstelt, befremdlich und pädagogisierend wahrgenommen werden sollen, ist eine eingehende Analyse der alltäglichen Themen, Bedarfe und lebensweltbezogenen Logiken von Ablehnungshaltungen und ihrer Konstruktionsmechanismen nötig.

2. Um bei den Adressat*innen einen haltungsbezogenen Alltagstransfer demokratischer Bildungsmomente aus den Räumen der Einrichtungen in die alltägliche Umwelt absichern zu können, muss es Partner*innen im Alltag geben, welche genau jene gemachten Erfahrungen in anderen alltäglichen Settings zulassen, bestärken und ergänzen können.

3. Es kann immer wieder relevant werden, gerade in Regionen, welche soziokulturell mit wenig Infrastruktur ausgestattet sind, vor allem Schutz- und Inklusionsräume für betroffene, junge Menschen (z. B. geflüchtete, alternative, queere Jugendliche) vorzubehalten.

Übergreifende, breit und dauerhaft anzulegende Strategien könnten dabei helfen, Jugendarbeit als relevanten Bildungsakteur im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ein Netzwerk Verbündeter zu integrieren und damit alltagseingebettete Demokratiebildung zu etablieren.

Kai Dietrich koordiniert den Arbeitsbereich *MUT – Fortbildung, Beratung, Strategieentwicklung* bei der AGJF Sachsen e.V. Er ist aktuell tätig in Modellprojekten zur geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen sowie zur Fort- und Weiterbildung professioneller und zivilgesellschaftlicher Akteure in der Auseinandersetzung mit gruppierungsbezogenen Ablehnungshaltungen.

Literatur

BMFSFJ (2017): Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht. Online: https://www.bmfsfj.de/blob/jump/114190/jugend-ermoeglichen-jugendbroschuere-zum-15-kinder-und-jugendbericht-data.pdf [30.07.2018].

Cloos, Peter/Köngeter, Stefan/Müller, Burkhard/Thole, Werner (2009): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Springer VS: Wiesbaden.

Council of the European Union (2016): Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on the role of the youth sector in an integrated and cross -sectoral approach to preventing and combating violent radicalisation of young people; Online: http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9041-2016-INIT/en/pdf [20.04.2018].

Demirovic, Alex (2018): Autoritäter Populismus als neoliberale Krisenbewältigung. In: Prokla 190, Jg. 48, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 27 – 42.

Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: Prokla 190, Jg. 48, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 43 – 54.

Keil, Daniel (2015): Die Erweiterung des Resonanzraums. Pegida, die Aktualisierung des Völkischen und die Neuordnung des Konservativismus. In: Prokla 180, Jg. 45, Nr. 3. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 371 – 386.

Lessenich, Stephan (2017): Probleme der Klassenanalyse. In: Prokla 186, Jg. 47, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 111 – 116.

Möller, Kurt/Lempp, Marion/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2017): Abschlussbericht zum Projekt ‚Rückgrat!' – Eine Wissenschaft-Praxis-Kooperation gegen Rechtsextremismus und gruppierungsbezogene Ablehnungen. Esslingen.

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab!" – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Springer VS: Wiesbaden.

Münder, Johannes/Meysen, Thomas/Trenczek, Thomas [Hrsg.] (2012): Frankfurter Kommentar SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe. Nomos: Baden-Baden.

Opratko, Benjamin (2017): Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung. Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ. IN: Prokla 186, Jg. 47, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster.

PROKLA Redaktion (2018): Editorial: Autoritärer Populismus. Strategie und politische Ökonomie rechter Politik. In: Prokla 190, Jg. 48, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 2 – 8.

PROKLA Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: Prokla 185, Jg. 46, Nr. 4. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 506 – 542.

Sablowski, Thomas/Thien, Hans-Günter (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem? In: Prokla 190, Jg. 48, Nr. 1. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 55 – 72.

Schmidt, Ingo (2016): Kapitalistische Krisen mit und ohne systemischer Herausforderung. Ein Vergleich der Stagnationsperioden der 1930er Jahre und der Gegenwart. In: Prokla 185, Jg. 46, Nr. 4. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 543 – 560.

Wendt, Peter-Ulrich (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. Juventa: Weinheim/Basel.

„GRENZSETZUNGEN GEGEN DISKRIMINIERENDE ÄUSSERUNGEN UND VERHALTENSWEISEN SIND IMMER AUCH DEMOKRATISCHE REFERENZEN FÜR DIE UMSTEHENDEN.“

TEIL V

ALTE UND NEUE RECHTE

„DIE GRÜNDE DES AFD-WAHLERFOLGS LIEGEN VOR ALLEM IN DER POLITISCHEN KULTUR DER WAHLKREISE.“

„Die NPD hat der AfD den Weg geebnet“ – Analyse des AfD-Mobilisierungserfolgs zur Bundestagswahl 2017

Die NPD hat der AfD den Weg geebnet: Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, besonders in wirtschaftlich abdriftenden, aber auch in prosperierenden Regionen profitiert die AfD von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten. Dies zeigt eine statistische Mehrebenenanalyse des Bundestagswahlergebnisses unter Einbeziehung von lokalen Kontextdaten auf Wahlkreisebene.

AfD-Wahlerfolg: „Eine merkwürdige Wohlstandskritik“

Pirna in Sachsen, einen Tag nach der Wahl: 35,5 Prozent der Zweitstimmen konnte die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme (vgl. Quent 2017) AfD hier im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge für sich verbuchen. Die Region galt lange als Hochburg der rechtsextremen NPD. Neonazis verfügen hier über starke Strukturen, Angriffe auf Geflüchtete und deren Unterstützer_innen häufen sich bis heute. Dabei ist der Landkreis eine der am stärksten touristisch geprägten Regionen in Sachsen und gehört mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent zu den wirtschaftlich stabileren Regionen. Im Interview mit einem Radiosender beschreibt ein Mitarbeiter einer karitativen Einrichtung in Pirna eine „merkwürdige Wohlstandskritik“, die die Menschen in der Region zur AfD-Wahl bewegt habe. Viele Menschen, die die AfD aus Unzufriedenheit gewählt hätten, hätten ein Haus, ein regelmäßiges Einkommen, zum Teil mehrere Autos. Von einem „Aufstand der Abgehängten,“ den viele Politiker_innen und Medienvertreter_innen nach der Wahl für den – in diesem Ausmaß unerwarteten – Rechtsruck verantwortlich machten, kann hier offenbar keine Rede sein. Im öffentlichen Diskurs machte sich Ratlosigkeit breit. Hatte es eine plötzliche Radikalisierung innerhalb der Wählerschaft oder eine Aktivierung von zuvor Wahlverdrossenen gegeben? Oder zeigte sich in Deutschland eine tiefgehende

Im öffentlichen Diskurs machte sich Ratlosigkeit breit. Hatte es eine plötzliche Radikalisierung innerhalb der Wählerschaft oder eine Aktivierung von zuvor Wahlverdrossenen gegeben?

politisch-kulturelle Konfliktlinie zwischen nationalistischen und chauvinistischen Einstellungen einerseits und einer offenen, liberalen Gesellschaft andererseits? Eine Analyse der Bundestagswahlergebnisse[1] in allen Wahlkreisen zeigt: Die Rechtspopulist_innen konnten nicht nur in relativ abgehängten, sondern auch in einkommensstärkeren Regionen erfolgreich mobilisieren. Die Gründe des AfD-Wahlerfolgs liegen vor allem in der politischen Kultur der Wahlkreise: Die AfD konnte dort erfolgreich mobilisieren, wo sich schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt hatte oder stärker rechtsextrem gewählt hatte als in Wahlkreisen mit niedrigeren Anteilen an Nichtwähler_innen und Wähler_innen der rechtsextremen NPD.

Eine Analyse der Bundestagswahlergebnisse zeigt: Die Rechtspopulist_innen konnten nicht nur in relativ abgehängten, sondern auch in einkommensstärkeren Regionen erfolgreich mobilisieren.

Theorien, Thesen und Operationalisierung

Der Forschungsstand zu rechtspopulistischem und rechtsextremistischem Wahlverhalten ist groß und die empirischen Befunde variieren über Länder, Forschungsansätze und inhaltliche Schwerpunkte stark in ihren Ergebnissen. Nach Peter Lösche (1933: 22) etablieren sich neue Parteien anhand verschiedener und im jeweiligen Kontext aktueller gesellschaftlicher Konfliktlinien. Zwei relevante Konfliktlinien, welche die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion in der Phase vor der Bundestagswahl in Deutschland allgemein und hinsichtlich der AfD im Speziellen geprägt haben, sind die sozioökonomische einerseits und die kulturell-politische Konfliktlinie andererseits (u. a. Inglehart/Norris 2016).

Sozioökonomische Theorien (häufig *Modernisierungsverlierertheorien*) beziehen sich auf die wirtschaftliche Lebenslage der Menschen. Diese Theorien nehmen an, dass vorrangig gesellschaftliche Gruppen mit geringem Zugang zu Bildung, geringerem Einkommen sowie in Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsverhältnissen stehend, betroffen sind. Sie seien Deprivations- und Konkurrenzdruck ausgesetzt und könnten sich aus Frust über ihre materielle und soziale Lage verstärkt populistischen und extremistischen Lösungsversprechen zuwenden (Lipset 1984, Betz 1993, Anastasakis 2000, Spier 2010). Während viele Studien europaweit Effekte im Sinne der sozioökonomischen Modernisierungsverlierertheorie bestätigen (Lubbers et al. 2002, Arzheimer/Carter 2006, Spier 2010, Dippel et al. 2017), gibt es gerade hinsichtlich der AfD in Deutschland unterschiedliche Befunde. Einige Studien verweisen auf eher niedrige Einkommens- und Bildungswerte der potenziellen Wähler_innen (u. a. Brähler et al. 2016, Brenke/Kritikos 2017), andere wiederum verorten die Partei eher in mittleren bis höheren Einkommenslagen mit relativ geringen sozioökonomischen Sorgen (Bergmann et al. 2016, Lengfeld 2017).

[1] Die Wahlkreisanalyse hat das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft im November 2017 unter dem Titel „Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017“ veröffentlicht. Online: http://www.idz-jena.de/pubdet/demokratieferne-raeume-wahlkreisanalyse-zur-bundestagswahl-2017/.

In der Studie wird untersucht, ob mit steigender Arbeitslosenquote, sinkendem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und sinkendem Einkommen, höhere Wahlerfolge der AfD in den Wahlkreisen einhergehen. Die Variablen zu Bildung, zu Alter und Bevölkerungsstruktur dienen der Kontrolle der Variablen der sozioökonomischen und politisch-kulturellen Dimension.

Einen zweiten Erklärungsansatz bieten **politisch-kulturelle Theorien** die sich auf Wertorientierungen und ihren Wandel beziehen. Entscheidend für die Parteienpräferenz sind demnach vordergründig politische und kulturelle Einstellungsmuster. Besonderer Beliebtheit erfreut sich die These einer kulturellen Konfliktlinie. Liberalisierung, Flexibilisierung und globale Vernetzung im Zuge der strukturellen Veränderungen durch Modernisierungsprozesse führen demzufolge hinsichtlich der normativen Werteorientierungen zu neuen Konfliktlinien (Götz 1997, Binder 2005, Gabriel 2000, Inglehart/Norris 2016). Menschen, die im Modernisierungsprozess abgehängt werden oder normativ beispielsweise bei den Themen Familie, Sexualität oder nationale Identität im Konflikt dazu stehen, mobilisieren demnach als eine Art kulturelle Gegenbewegung gegen liberale und kosmopolitische Wertvorstellungen.

In den direkt nach der Bundestagswahl verfügbaren Aggregatdaten finden sich keine Variablen, die kulturelle und politische Merkmale direkt abbilden. Um dennoch Merkmale der politisch-kulturellen Dimension untersuchen zu können, wurde auf die *NPD-Zweitstimmen* in den Wahlkreisen zu den vorangegangenen Bundestagswahlen im Jahr 2013 und 2009 zurückgegriffen, da viele Studien zeigen, dass die rechtsextreme NPD und die AfD im Spektrum der Parteien hinsichtlich der Wertorientierungen nah beieinanderliegen (Bergmann et al. 2016, Brähler et al. 2014, 2016, Kroh/Fetz 2016). Da die Untersuchung nicht auf individuelles Wahlverhalten der NPD-Wähler_innen und mögliche Wählerwanderungen zur AfD abzielt, wird der Anteil der NPD-Wähler_innen von 2013 von den AfD-Wählerstimmen 2017 abgezogen. So lässt sich Annahme prüfen, dass der erhöhte Zuspruch zu rechtsextremen Parteien als Indikator für ein allgemeines, den einzelnen Wähler_innen und einzelne Wählergruppen übergreifendes Raumklima von Demokratieentfremdung und Demokratiefeindlichkeit dienen kann. Es ist anzunehmen, dass im Umfeld hoher NPD-Wähleranteile, zumindest teilweise ein höherer Zuspruch zu menschenfeindlichen Einstellungsmustern existiert, über bessere Mobilisierungsinfrastruktur verfügt wird und dass die NPD trotz ihrer bundesparlamentarischen Bedeutungslosigkeit die politische Kultur vor Ort stark beeinflusst. Rund 360 NPD-Mandatsträger_innen sind besonders in ostdeutschen Kommunen in ihrer politischen Funktion auf Stadtrats- und Gemeinderatsebene sowie in den Kreistagen verankert. Dort, wo über längere Zeit die rechtsextremen Inhalte der NPD Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs fanden, kann davon ausgegangen werden, dass hier in höherem Umfang Prozesse der Normalisierung und Relativierung mit sinkenden Widerstand gegen rechtsextreme Positionen im tagesaktuellen politischen Diskurs einhergehen.

Menschen, die im Modernisierungsprozess abgehängt werden oder normativ bspw. bei den Themen Familie, Sexualität oder nationale Identität im Konflikt dazu stehen, mobilisieren als eine Art kulturelle Gegenbewegung gegen liberale und kosmopolitische Wertvorstellungen.

Als weitere Variable[2] der politisch-kulturellen Konfliktlinie wird der Nichtwähleranteil zur Bundestagswahl 2013 untersucht. Trotz sehr unterschiedlicher Befunde zu den Motiven des Nichtwählens erscheint es sinnvoll, den Anteil der Nichtwähler_innen in den Wahlkreisen als Indikator der politischen Entfremdung zu verwenden. Politische Entfremdung kann sich dabei auf höchst unterschiedliche Weise äußern, ohne zwangsläufig mit einer höheren Bereitschaft zu antidemokratischen Einstellungen und Handlungen einherzugehen. Da sich viele Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen gleichzeitig als sozioökonomisch stark benachteiligte Regionen zeigen, ist von einer hohen sozialen Exklusion der Nichtwähler_innen auszugehen. Dass sich einige Teile derer, die von sozialer Teilhabe ausgeschlossenen sind, autoritären Angeboten (im Falle des AfD- Wahlprogramms weniger materiell-ökonomische als vielmehr politisch-kulturelle Identitätsangebote) zuwenden, kann vor dem Hintergrund, dass das programmatische Angebot der AfD stark auf populistische Kritik der bisherigen „Eliten“ und eine vermeintliche Sprachrohrfunktion des schweigenden, nicht eingebundenen „Volkes“ abzielt, angenommen werden. Ausgehend von diesen Überlegungen wird erwartet, dass mit steigenden NPD- und oder Nichtwähleranteilen zur Bundestagswahl 2013, steigende Erfolge der AfD bei der Bundestagswahl 2017 einhergehen.

Da sich viele Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen gleichzeitig als sozioökonomisch stark benachteiligte Regionen zeigen, ist von einer hohen sozialen Exklusion der Nichtwähler_innen auszugehen.

Die Studie

In einer multivariaten Analyse wurden zehn Mehrebenenmodelle hinsichtlich des Einflusses von unterschiedlichen Variablen im sozioökonomischen (Arbeitslosenquote, BIP, Verfügbares Einkommen), soziodemografischen (Alter, Schulabschlüsse, Bevölkerungsdichte, Migrationsanteile, und politisch-kulturellen Kontext (NPD-Zweitstimmen und Nichtwähleranteile zur Bundestagswahl 2013) in allen 299 Wahlkreisen untersucht. Die Datengrundlagen sind Angaben des Bundeswahlleiters sowie öffentlich einsehbare Daten der regionalen Statistikbehörden. Die multivariate Regressionsanalyse erlaubt es, mehrere unabhängige Variablen innerhalb eines Modells gleichzeitig hinsichtlich der Wirkung auf eine abhängige Variable und der Variablen untereinander zu testen.

Ergebnisse der Wahlkreisanalyse

Die sozioökonomischen Annahmen der Modernisierungsverlierertheorie lassen sich in der Wahlkreisanalyse zunächst weitestgehend bestätigen. Die AfD hat vor allem in Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem BIP erfolgreich mobilisiert. Besonders im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 war die Partei 2017 in sozioökonomisch abgehängten Wahlkreisen erfolgreich. Ungleiche Verteilung wirtschaftlicher Leistungskraft, verfügbarer Einkommen und des Arbeitsmarktzugangs zieht nach wie vor große Gräben durch das Land. Am offensichtlichsten zeigen sie sich zwischen

[2] Zusätzlich wurden soziodemografische Indikatoren wie die durchschnittlichen Altersanteile, Schulabschlüsse, Migrationshintergrund und Bevölkerungsdichte der Wahlkreise in die Untersuchung einbezogen, von denen bekannt ist oder erwartet wird, dass sie im Zusammenhang zur Parteienwahl stehen können.

ost- und westdeutschen Wahlkreisen, aber auch außerhalb dieser Regionen, z. B. auf der Nord-Süd-Achse und innerhalb der Bundesländer (hier z. B. deutlich sichtbar im Stadt-Land-Gefälle). Allerdings ist die Erklärungskraft der sozioökonomischen Indikatoren für sich genommen sehr gering. Es gibt aber auch Wahlkreise mit mittleren und hohen Einkommen, in denen die AfD gut abschneiden konnte. Zudem konnte gezeigt werden, dass Wahlkreise mit hohen NPD- und oder Nichtwähleranteilen im Vergleich zu den anderen Parteien am stärksten von wirtschaftlicher Deprivation betroffen sind.

Im Hinblick auf soziodemografische Indikatoren zeigt die Analyse, dass mit steigendem Altersdurchschnitt in den Wahlkreisen höhere Wahlergebnisse (hier besonders innerhalb der Gruppe der 35-59-Jährigen) der AfD einhergehen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die AfD in ländlichen Wahlkreisen erfolgreicher mobilisieren konnte, als in großen Städten. Auf der politisch-kulturellen Ebene zeigen die Ergebnisse, dass mit steigenden NPD- und/oder Nichtwähleranteilen 2013 auch der Wahlerfolg der AfD zur Bundestagswahl 2017 deutlich und signifikant ansteigt. Die beiden Indikatoren haben die mit Abstand höchste Erklärungskraft unter allen Variablen. Hierbei ist der NPD-Zusammenhang der stärkste über alle Bundesländer hinweg. Der Nichtwählerzusammenhang dagegen ist deutlich schwächer und gilt auch nicht für alle Wahlkreise. Das zeigt, dass die relevanten Grundlagen, die den Wahlerfolg der AfD erklären, bis mindestens 2013, im Fall des NPD-Effekts, sogar bis zur Bundestagwahl 2009 zurückgehen.

Die AfD war besonders dort erfolgreich, wo sich schon vor Jahren ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt oder stärker rechtsextrem gewählt hatte.

Dies belegt die These, dass die AfD besonders dort erfolgreich war, wo sich schon vor Jahren ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt oder stärker rechtsextrem gewählt hatte. Ein Effekt, der sich in allen Bundesländern Deutschlands findet. Um zu unterstreichen, dass es sich hierbei nicht um Effekte der Wählerwanderung handelt, wurden die Zweitstimmenanteile der NPD 2013 von denen der AfD 2017 abgezogen.

Zusammenfassung und Diskussion

Insgesamt zeigt sich, dass die politisch-kulturelle Ebene im Vergleich zu den anderen Indikatoren am stärksten zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs beiträgt. Die Erklärungskraft der sozioökonomischen und soziodemografischen Indikatoren beläuft sich auf ca. 25 Prozent, während sich die restlichen 75 Prozent unter Hinzunahme der politisch-kulturellen Indikatoren ergeben. Für sich genommen können also Arbeitslosenquote, das BIP und die Einkommen nur in geringem Umfang Antworten auf den Mobilisierungserfolg geben. Gleichzeitig zeigt sich, dass die AfD auch in einkommensstärkeren Wahlkreisen profitieren konnte. Hier kommt eine ausschließlich sozioökonomisch begründete Deprivationsthese an ihre Grenzen, denn offensichtlich bestehen auch unabhängig von einer sozioökonomisch prekären Lage starke ideologische Motive, rechtspopulistisch zu wählen. Insgesamt deutet also viel darauf hin, dass die relevantere Dimension des Wahlerfolgs der

Rechtspopulist_innen tatsächlich in einer Mobilisierung der Wählerschaft entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu suchen ist, die zwischen einer offenen, liberalen und pluralistischen und einer eher homogenen, autoritären und nationalistischen Konzeption von Gesellschaft verläuft. Die erfolgreiche Besetzung dieses Konflikts scheint der inhaltliche Schlüssel zum Wahlerfolg der Rechtspopulist_innen; von hier aus ist es der Partei gelungen, in viel größerem Maße als es der NPD je gelang, sowohl sozioökonomisch deprivierte, aber eben auch wohlständigere Wählergruppen zu mobilisieren. Die sozioökonomische Heterogenität der Wählerschaft und die Unmöglichkeit, diese konstruktiv wirtschafts- und sozialpolitisch zu binden, gibt Anlass zur Sorge, dass die Partei auch weiterhin auf radikale populistische Ausbeutung dieser politisch-kulturellen Konfliktlinie setzen wird, um die soziostrukturelle Gegensätzlichkeit ihrer Wählerschaft zu überbrücken.

Die Unterteilung in die sozioökonomische und die politisch-kulturelle Ebene ist methodisch sinnvoll, sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Dimensionen in der Realität überschneiden. Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien gehen in vielen Regionen Hand in Hand. Aber die Tatsache, dass besonders die wirtschaftlich schwächeren Wahlkreise hohe Nichtwähleranteile und rechtsextremes Wählerpotenzial aufweisen, deutet auf eine enge Verzahnung zwischen dem Ausschluss von sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe und dem Rückzug aus der demokratischen Kultur bis hin zu ihrer offenen Verneinung. Die demokratische und die soziale Frage sind eng miteinander verflochten. Im gesellschaftspolitischen Diskurs über Gleichwertigkeit zu sprechen, ohne Gleichwertigkeit und Chancengleichheit herzustellen, führt zumindest Teile der Bevölkerung in den Rechtsextremismus. Dieser gibt vor, den Widerspruch durch nationalen und rassistischen Egoismus, durch Antipluralismus und die Negierung der demokratischen Gleichheitsversprechen aufzulösen. Allerdings lässt sich der starke Einfluss der politisch-kulturellen Indikatoren eben auch nicht erschöpfend aus der sozioökonomischen Lage erklären, denn der NPD- und der Nichtwähler-effekt trägt auch dann sehr stark, wenn die moderierenden Effekte von Einkommen, Arbeitslosigkeit, BIP, Bevölkerungsdichte, Migration, Alter und Bildung kontrolliert werden. Das verweist auf einen starken eigenständigen Aspekt des politisch-kulturellen Raumklimas. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, besonders in wirtschaftlich abgehängten, aber auch in prosperierenden Regionen, kann die AfD von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten, profitieren.

Die wirtschaftlich schwächeren Wahlkreise, die hohe Nichtwähleranteile und rechtsextremes Wählerpotenzial aufweisen, deuten auf eine enge Verzahnung zwischen dem Ausschluss von sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe und dem Rückzug aus der demokratischen Kultur bis hin zu ihrer offenen Verneinung hin.

Insgesamt wird deutlich, dass es sich um einen langfristigen Prozess handelt, der nicht über Nacht kam und sich auch nicht politisch mit einem einfachen „Weiter so“ stoppen lässt.

Fazit: Herausforderungen für Zivilgesellschaft und eine progressive Sozialpolitik

Der inflationäre Verweis auf die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 als Erklärung des AfD-Erfolgs verkennt Anlass und Ursache. Vielmehr handelt es sich hierbei eher um einen den Rechtspopulist_innen willkommenen Anlass, der Artikulations- und Mobilisierungsmöglichkeiten für länger existierende Einstellungen bietet. Viele Studien, (u. a. Heitmeyer 2012, Zick/Klein 2014, Brähler et al. 2014/2016), untersuchen in regelmäßigen Abständen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen und zeigen insgesamt ein relativ hohes und kontinuierliches Potenzial menschenfeindlicher Einstellungen quer durch die Gesellschaft auf. Diese Einstellungsmuster, das zeigt auch die vorliegende Studie, sind die Grundlage des Mobilisierungserfolgs der AfD. In diesem Kontext ist eine ausschließlich auf außerordentliche Ereignisse bezogene öffentliche Diskurskultur problematisch, weil sie die Kontinuität rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen quer durch die gesellschaftlichen Schichten ignoriert. Mehr noch: Werden die langfristigen Einflussfaktoren ignoriert, wird der Anlass schnell zur Ursache verklärt und damit läuft der demokratische Diskurs Gefahr, zum Zugpferd rechtspopulistischer Diskursstrategien zu werden. Da der AfD-Wahlerfolg im öffentlichen Diskurs meist ausschließlich durch die „Flüchtlingskrise“ begründet wird, wenden sich die Parteien vermehrt dem restriktiveren Umgang mit Einwanderung zu, anstatt eine nachhaltige Debatte über Ursachen und Umgang menschenfeindlicher Einstellungen zu führen.

Hinsichtlich der Frage des Umgangs scheint es erfolgversprechender, die Aufmerksamkeit insbesondere auf die große Gruppe der Nichtwähler_innen zu richten, als sich mit inhaltlichen Angeboten ausschließlich an jene zu wenden, die sich ohnehin entschieden haben. Der Anteil an Nichtwähler_innen repräsentiert mit rund 23 Prozent in etwa ein Viertel der Wahlberechtigten insgesamt. Besorgniserregender als die Anzahl der Nichtwähler_innen ist der Umstand, dass die Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen ein relativ klares sozioökonomisches Muster aufweisen: mit steigender Deprivation steigt auch der Anteil der Nichtwähler_innen in den einzelnen Wahlkreisen signifikant an. Dieser Umstand ist alarmierend, weil so ganze Wählergruppen systematisch im demokratischen Prozess außen vor bleiben. Innerhalb der Parteien Konzepte zu entwickeln, die über die soziale und materielle Teilhabe Nichtwähler_innen wieder in den demokratischen Diskurs integrieren, scheint daher dringend notwendig. Angesichts des deutlichen Zusammenhangs zwischen dem AfD-Wahlergebnis, der politischen Kultur und der wirtschaftlichen Lage ist es nötig, die soziale Frage und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht den extremen Rechten zu überlassen. Der Staat muss beweisen, dass er fähig ist, notwendige Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zu regulieren und zu moderieren. Eine Debatte über soziale und materielle Teilhabe ist notwendig und muss universalistisch, d.h. unter Einschluss aller sozialer Gruppen und jenseits ethnischer oder religiöser Zuschreibungen, öffentlich diskutiert werden.

Eine Debatte über soziale und materielle Teilhabe ist notwendig und muss universalistisch, d.h. unter Einschluss aller sozialer Gruppen und jenseits ethnischer oder religiöser Zuschreibungen, öffentlich diskutiert werden.

Insgesamt handelt es sich bei dem rechtspopulistischen Wahlerfolg also um einen langfristigen Prozess, der langfristige Gegenstrategien erfordert. In manchen Regionen haben in diesem Jahr mehr Menschen rechtsradikal und/oder rechtspopulistisch gewählt als demokratisch oder gar nicht ihre Stimmen abgegeben. Demokratische Errungenschaften müssen immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Dazu zählt, menschen- und verfassungsfeindliche, rassistische und völkische Positionen konsequent als solche zu benennen, ihrer Normalisierung entgegen zu wirken und diejenigen Akteure zu stärken, die sich vor Ort für demokratische Kultur einsetzen.

Die Zäsur des Rechtsrucks, den die Bundestagswahl 2017 darstellt, kann insofern auch als Chance für eine radikale Neubestimmung demokratischer und sozialer Teilhabe gesehen werden.

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung der Studie "Demokratieferne Räume - Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017" von Christoph Richter und Lukas Bösch im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Demokratieferne_Raeume_AfD_Bundestagswahl_2017.pdf

Christoph Richter hat Soziologie, Journalistik und Ethnologie an der Universität Leipzig studiert. Er ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Seine Forschungsschwerpunkte: Sozialer Wandel, Soziale Ungleichheit, Konfliktforschung.

Literatur

Anastasakis, Othon (2000): Extreme Right in Europe. A Comparative Study of Recent Trends. In: Discussion Paper 3. London School of Economics & Political Science.

Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth (2006): Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success. In: European Journal of Political Research 45, S. 419 – 443.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judtih (2016): Parteipräferenz und Einkommen. Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? In: IW-Kurzberichte 19. Institut der deutschen Wirtschaft: Köln.

Betz, Hans-Georg (1993): The New Politics if Resentmment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. In: Comparative Politics 25.4, S. 413 – 427.

Binder, Tanja (2005): Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien. Eine Folge von Modernisierungsprozessen? Discussion Papers. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung: Berlin.

Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (2014): Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung: Leipzig.

Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“- Studie 2016. Psychosozial Verlag: Gießen.

Brenke, Karl/Kritikos, S. Alexander (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: DIW Wochenbericht Nr. 29/2017, S. 595 – 606.

Dippel, Christian/Gold, Robert/Heblich, Stephan/Pinto, Rodrigo (2017): Instrumental Variables and Causal Mechanisms: Unpacking the Effect of Trade on Workers and Voters. Online: http://www.anderson.ucla.edu/faculty/christian.dippel/DGHP.pdf.

Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen/Rattinger, Hans (2000): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Leske & Budrich: Opladen.

Götz, Norbert (1997): Modernisierungsverlierer oder Gegner einer reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. In: Zeitschrift für Soziologie 26.6, S. 393 – 413.

Heitmeyer, Willhelm (2012): Das entsicherte Jahrzent. Deutsche Zustände Folge 10. Suhrkamp: Berlin.

Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic havenots and cultural backlash. Harvard Kennedy School faculty research working paper series, RWP16-026.

Kroh, Martin/Fetz, Karolina (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34.2016.

Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologe (KZSS). Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Lipset, Seymour M. (1984): Der Faschismus, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, Ernst [Hrsg.]: Theorien über Faschismus. Königstein, S. 449 – 491.

Lösche, Peter (1993): Kleine Geschichte der deutschen Parteien. Kohlhammer: Köln.

Lubbers, Marcel/Gijsbert, Merove/Scheepers, Peer (2002): Extreme right-wing voting in Western Europe. In: European Journal of Poliltical Research 41, S. 245 – 378.

Quent, Matthias (2017): Rechter Populismus oder populärer Rechtsextremismus? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2017/01, Amadeu Antonio Stiftung: Berlin, S. 198 – 209.

Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Springer VS: Wiesbaden.

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Rechtsextreme Einstellungen in der fragilen Mitte. In: Melzer, Ralf [Hrsg.]: Fragile Mitte, Feindselige Zustände. Dietz: Bonn.

„DIE IDENTITÄREN SIND WEDER INTELLEKTUELLE NOCH HABEN SIE RECHTES DENKEN NEU ERFUNDEN.“

Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) gilt als jugendlicher Teil der neurechten Bewegung, der rechte Propagandainhalte öffentlichkeitswirksam inszeniert. Im Zentrum der „Identitären“ stehen dabei klassische rechte Schlagworte wie Volk, Identität und Heimat – im Unterschied zu ihren Vorbildern in den 1920er Jahren ist die intellektuelle Fundierung dieser Konzepte aber nur rudimentär gegeben, die meisten Verlautbarungen aus identitären Kontexten sind geradezu trivial. Der identitäre Heimatbegriff steht gleichwohl im Zentrum – wenn auch vor allem als Ideologie der Praxis.

Nein, sie sind weder Intellektuelle noch haben sie rechtes Denken neu erfunden, sie sind rechtsextreme Aktivistinnen und Aktivisten, die es verstanden haben, in einer dauerbeschleunigten Medienöffentlichkeit technischen Fortschritt für die Mobilisierung von gesellschaftlichem Rückschritt zu nutzen: die Postulate von Identität, Heimat und Volk dienen den „Identitären“ für ihre Inszenierung und Propaganda. Eine intellektuelle Substanz haben sie nur rudimentär. Und lebten wir in einer tatsächlich aufgeklärten Gesellschaft, würde man sie auch einfach öffentlich ignorieren, weil ihr mit Uniformen und Transparenten inszenierter Klamauk weit entfernt ist von innovativen Kunstformen, so dass das meiste, was die „Identitären“ tun, eigentlich faktisch nur vor dem Hintergrund der Frage interessant ist, ob es eine strafrechtliche Dimension hat oder nicht.

Man kann sämtliche Erkenntnisse über Rechtsextremismus allein durch intensive Lektüre von Primärquellen und systematische Recherche erlangen, ohne dafür auch nur ein einziges Wort mit Rechten wechseln zu müssen.

Es wird sich aber viel zu selten noch die Mühe gemacht, theoretisch anspruchsvolle Literatur zu rezipieren, so dass phrasenhafte Halbbildung schon als intellektuell gilt. Deshalb kommt man auch nicht auf die Idee, dass man sämtliche Erkenntnisse über Rechtsextremismus allein durch intensive Lektüre von Primärquellen und systematische Recherche erlangen kann, ohne dafür auch nur ein einziges Wort mit Rechten wechseln zu müssen

– und diese damit aufzuwerten und scheinbar satisfaktionsfähig zu machen. Und so erscheinen schon diejenigen, die selbstbespiegelndes Geraune über Martin Heidegger als Flugschrift in rechten Kleinstverlagen veröffentlichen (vgl. Sellner/Spatz 2015), allein deshalb als gebildet, weil sie sich auf den – aufgrund von dessen umständlicher und verquaster Sprache bereits durch Nennung seines Namens für gemeinhin Ehrfurcht einjagenden – Heidegger beziehen. Insofern ist ein Blick auf das intellektuelle oder theoretische Potenzial der „Identitären" eigentlich grundsätzlich verfehlt, weil sie als aktivistische Strömung der „Neuen Rechten" ebenso wenig an intellektuellen Neuerfindungen beizutragen haben, wie fast alle gegenwärtigen neurechten Akteure und Akteurinnen. Und einer der wenigen, die man intellektuell ernst nehmen müsste, nämlich Karlheinz Weißmann, ist in der aktivistischen Szene in Ungnade gefallen, vielleicht auch, weil er den selbstinszenierten Denkerinnen und Denkern zu präsent vor Augen gehalten hat, dass ihre intellektuellen Fähigkeiten letztlich doch auf Küchentischhöhe rangieren.

Dennoch gelten die Propagandist(inn)en und Aktivist(inn)en um Götz Kubitschek und seine identitären Claqueurinnen und Claqueure dem deutschen Feuilleton als tiefgründig und intellektuell, kaum ein Magazin hat sie noch nicht umfangreich portraitiert. Und dabei gleichermaßen bis heute nicht erklären können, was denn neben der morbiden und destruktiven Faszination, die von dem Bauernhof eines sachsen-anhaltinischen Provinznestes offenbar ausgeht, überhaupt porträtierenswert ist. Ein spannender Bericht über Ziegenzucht und kärglich-primitive Selbstversorgung ließe sich auch über so ziemlich jeden verarmten Landbauern schreiben, der dann allerdings vielleicht noch zu berichten wüsste, warum das neurechts inszenierte Elend, wenn es als wirkliches Elend existiert, vor allem traurig ist – und man insofern sehen könnte, warum man lieber nicht auf neurechte Selbstinszenierungen hereinfallen sollte.

Identitäre Ideologie hat im Verfall bürgerlicher Öffentlichkeit in radikalster Weise Ernst gemacht mit dem Abgesang auf Intellektualität und Verstand – bei sich selbst.

Um das Weltbild der Identitären zu verstehen, muss man insofern zu allererst genau das verstehen: es ist Fassade, die manchmal zur Inszenierung reicht, die aber nicht mit anspruchsvollen Theorien oder gar Intellektualität verwechselt werden darf. Der Kern der völkischen Rebellion der identitären Ideologie ist repressive, aktionistische Praxis, das Denken ist zum Handeln degeneriert, der Streit zum Kampf, der Pluralismus zur Identität – und das ist auch das zentrale, was die „Identitäre Bewegung" (IB) mit der „Konservativen Revolution" verbindet: die Hoffnung auf die Zerstörung von Vernunft und Rationalität, die Suspendierung des Verstandes und die reine Fokussierung auf die Ideologie der Praxis – mit dem Unterschied, dass die Vordenker des NS in den 1910er und 1920er Jahren um Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler noch dazu in der Lage waren, ihre Verachtung für die Aufklärung und ihren Hass auf das freie Individuum und selbstbestimmende Subjekt in theoretische Formulierungen zu bringen.

Die Kapitulation vor Vernunft und Verstand ist nun bei ihren „Wiedergangstern" – in Anlehnung an Karl Kraus' gegen Spengler gerichtete Formulierung von den „Konservativen Revolutionären"

als „Untergangster des Abendlandes“ formuliert (vgl. Goetz u. a. 2017, S. 25) – am Beginn des 21. Jahrhunderts real geworden. Die Vernunft wird nicht nur verachtet, sondern sie ist auch tatsächlich aufgegeben, hinter dem völkischen Raunen identitärer Bewegung verbirgt sich kein intellektuelles Weltbild mehr, das auch nur annähernd als diskussionsfähig erachtet werden könnte. Gut hundert Jahre nach ihren großen Vorbildern haben sie sich selbst des Denkens entledigt und betreiben nichts Anderes mehr als das wiederholte Raunen von Parolen, die mäanderhaft ihres Inhalts entleert wurden und zur rein instrumentellen Referenz auf Zerstörung und Vernichtung geworden sind. Identitäre Ideologie hat im Verfall bürgerlicher Öffentlichkeit in radikalster Weise Ernst gemacht mit dem Abgesang auf Intellektualität und Verstand – bei sich selbst.

Neurechte Ideologie der Praxis

Um diese Praxeologie zu verstehen, muss man die „Identitären“ als funktionale Bewegung innerhalb der „Neuen Rechten“ kontextualisieren. Das politische Ziel der „Neuen Rechten“ lässt sich seit ihrer Entstehung in den 1970er Jahren im Wesentlichen mit zwei Schlagworten zusammenfassen: die Intellektualisierung des Rechtsextremismus und die Erringung einer (rechten) „kulturellen Hegemonie“. Beim Begriff der Intellektualisierung mag sich, aus einer gesellschaftskritischen Perspektive, spontan Unbehagen einstellen, weil mit ihm umgangssprachlich ein aufgeklärtes, reflektiertes, selbstkritisches Denken verbunden wird – allesamt Kategorien, die nicht nur im Widerspruch zum Rechtsextremismus stehen, sondern auch von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten abgelehnt werden. „Intellektualisierung“ kann aber eben auch, in einem wertneutralen Sinn verwandt, meinen, dass die eigenen Positionen formal nachvollziehbar formuliert sein sollen und dass sie in ihrer Bezugnahme auf dritte Referenzen dem Anspruch einer intellektuellen Auseinandersetzung genügen. Dies meint Intellektualisierung auch im Sinne der „Neuen Rechten“: dass die völkischen Positionen, die (auch) von der „Neuen Rechten“ vertreten werden, umfangreich begründet und mit Referenzen aus der Geistes- und Ideengeschichte fundiert werden sollen – dass dieser Anspruch auf Intellektualisierung in der Gegenwart passé ist, ist eine andere Frage. Dabei geht es der „Neuen Rechten“ um „kulturelle Hegemonie“, d.h. sie ist eine lose Bewegung, die politische Macht gerade nicht durch Erringung von parteipolitischer Regierungsverantwortung erreichen will, sondern ihre Positionen gesellschaftlich als hegemonial durchsetzen möchte. Das kann dann auch bedeuten, dass eine Partei ihre Positionen (schleichend) übernimmt, orientiert aber mehr darauf, Einstellungen und Werthaltungen auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene zu beeinflussen.

Der Antiuniversalismus mündet nicht wie in der NS-Ideologie in der Vernichtungs-, sondern einer Segmentierungsvorstellung, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien („Ethnopluralismus“).

Die „Neue Rechte“ geht dabei, wie alle Teilsegmente des Rechtsextremismus, von einer Ungleichheit der Menschen aus, die nach wie vor ethnisch, aber nicht mehr explizit rassistisch zu begründen versucht wird und deren Antiuniversalismus nicht wie in der NS-Ideologie in der Vernichtungs-,

sondern einer Segmentierungsvorstellung mündet, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien („Ethnopluralismus"). Diese ethnische Kategorialtrennung basiert auf einem homogenisierenden und soziobiologischen Differenzdenken, in dem einerseits Menschen nur in ihrer ethnisch-kulturellen Identität – und nicht in ihrer Subjektivität – gedacht werden, immer nur als Teil eines (unabänderlichen) Kollektivs, das anderen Kollektiven gegenüber- und entgegensteht, im Sinne einer auch kämpferisch und kriegerisch gedachten Freund-Feind-Dichotomie, die sich mit einem homoerotisch-heroischen Männlichkeitsideal zur „männlichen Nation" (Kämper 2005) amalgamiert. Im identitären Jargon liest sich das folgendermaßen:

> *Ein kollektives Merkmal unserer Identität bildet hierbei der ethnokulturelle Aspekt, der für uns den Kern des politischen Handelns darstellt und für dessen Erhalt und Bewahrung wir als Identitäre Bewegung tagtäglich aktiv sind. Wir glauben, dass sich jedes Volk dieser Erde durch seine besondere Verschiedenheit auszeichnet und in seiner Lebensart, seinen Wertvorstellungen, seiner Kultur, Herkunft, Religion und seinen sozialen Praktiken immer etwas Einzigartiges ist. Jedes Volk hat demnach auch das Recht, diese Eigenschaften und Merkmale seiner ethnokulturellen Identität zu bewahren und zu verteidigen. (IBD 2018a)*

Thorsten Mense hat mit Blick auf die Identitären hierbei besonders betont, dass deren Vorstellung von „kollektiver Identität" eine strukturell gewaltförmige und optional auch gewalttätige Dimension umfasst, da sie mit dem „ethnischen Abstammungsglauben" verbunden wird (Mense 2017, S. 237) – genau jene fiktionale Verbindung bedingt die Aggressivität der identitären Vorstellungen, bei denen sich (völkische) Kollektive im permanenten Kampf befänden und dementsprechend jede Form von Migration, Integration oder gar nur demoskopischer Veränderung vehement abgelehnt und abgewehrt wird. Antisemitismus ist dabei, trotz gelegentlicher formaler Abgrenzungen, auch wesentlicher Bestandteil identitärer Ideologie geblieben (vgl. Rajal 2017) wie auch insgesamt bei der „Neuen Rechten" (vgl. Salzborn 2017, S. 78ff. u. 101ff.). Die mit der völkischen Identitätsvorstellung und dem Surrogat eines fortgesetzten (Abwehr-) Kampfes verbundene „Endzeitstimmung", in der man sich in eine wahnhafte Panik vor dem „Großen Austausch" in Europa fantasiert, rückt die IB ein heteronormativ-patriarchales Gemeinschaftsverständnis in den Mittelpunkt, in dem feministische Emanzipation nicht nur abgelehnt, sondern im Sinne einer völkischen Geschlechtervorstellung bekämpft wird: Gleichheit ist insofern nicht nur mit Blick auf ein universalistisches Menschenbild im Fokus identitärer Feindbilder, sondern auch mit Blick auf Geschlechtergleichberechtigung oder gar Geschlechtergleichheit (vgl. Goetz 2017, S. 255 u. 263ff.).

Das Ziel des (neu)rechten Kampfes um kulturelle Hegemonie ist, die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen und die politische Kultur […] schleichend nach rechts zu verschieben.

Das Ziel des (neu)rechten Kampfes um kulturelle Hegemonie ist, die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen und die politische Kultur der Bundesrepublik auf diese Weise schleichend nach rechts zu verschieben. Die Positionierungen erfolgen jeweils lautstark und medienwirksam und werden – wenn sie dann als völkisch oder rassistisch kritisiert werden – nicht zurückgenommen, sondern nur relativiert und so im Diskurs gehalten. Es geht darum, möglichst viele Halb- und Unwahrheiten zu streuen, dabei um jeden Preis zu provozieren und das aggressive Gefühl zu schüren, es gebe keine Wahrheit, sondern nur noch „postfaktische" Emotionen, um so in einem dichten Nebel der Gerüchte das eigene völkische, rassistische und antisemitische Weltbild schleichend zu verankern.

Ein Teil dieses Kampfes um kulturelle Hegemonie sind visuelle Strategien: mit kurzen Parolen die Öffentlichkeit durch einprägsame Bilder zu erobern. Die politische Gruppe, die sich diesen rechten Kampf um die visuelle Realität zum Hauptanliegen gemacht hat, ist eben die „Identitäre Bewegung". Die Entstehung der IB in Deutschland, wurde – wie schon die „Neue Rechte" bei ihrer Entstehung in den 1970er Jahren – zentral von den Entwicklungen in Frankreich inspiriert. Die IB in Deutschland entstand im Oktober 2012 zunächst virtuell – auf Facebook. Sie begriff sich als Ableger der französischen Jugendorganisation Génération Identitaire und proklamierte, getreu der neurechten Strategie der Mimikry, eine formale Abgrenzung gegenüber offen nationalsozialistischen Positionen –und auch gegenüber linken Positionen, aber da dies inhaltlich offensichtlich und evident ist, handelt es sich hierbei auch um eine bewusste Strategie der analogisierenden Gleichsetzung, bei der es mit Blick auf die Rezipient(inn)en vor allem darum geht, nicht den Eindruck einer Nähe zum Rechtsextremismus zu erwecken, die inzwischen nicht nur von der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch von vielen Behörden erkannt worden ist.

Ziel ist die öffentlichkeitswirksame Inszenierung, […] so […] dass virtuell […] der Eindruck entsteht, eine Handvoll identitärer Aktivist(inn)en sei eine große, machtvolle Masse von Menschen.

Gudrun Hentges u. a. (2014) haben in einer systematischen Untersuchung die Aktivitäten der IB untersucht, die diese virtuell und im wirklichen Leben durchgeführt hat. Der Schwerpunkt der „Identitären" ist das Internet, das heißt von einer *wirklichen* sozialen Bewegung kann schon allein aufgrund mangelnder Realpolitik nicht gesprochen werden, gleichwohl ist das Internet als Medium für die Agitation von partizipationsfernen Personen, die allerdings grundsätzlich über eine rechte Weltanschauung verfügen, der ideale Ort für die intensivere Einbindung in neurechte Denkweisen. Carina Book hat beschrieben, dass die „Identitären" sich in ihren Selbstbeschreibungen dabei an einer metapolitischen Strategie orientieren und den Implikaten der „Konservativen Revolution" folgen wollen, hierfür aber vor allem den virtuellen Raum besetzen und dort den vorpolitischen Kampf führen (vgl. Book 2017, S. 113ff.).

Dabei hat man sich eine visuelle Strategie korrumpierter Trivialisierung zu eigen gemacht, wie die zahlreichen nur für die Bild- oder Videoaufnahme inszenierten Aktionen der Identitären zeigen – deren Strategie aufgeht, sobald über sie visuell in den Medien berichtet wird. Denn ihr einziges Ziel ist die öffentlichkeitswirksame Inszenierung von auf Plakaten und Transparenten formulierten

völkischen und antidemokratischen Politikinhalten, die so inszeniert und dargestellt sind, dass virtuell zudem der Eindruck entsteht, eine Handvoll identitärer Aktivist(inn)en sei eine große, machtvolle Masse von Menschen, die filmisch so dargestellt werden, als seien sie eine große Bewegung:

> *Das Internet ermöglicht mit einem geringeren Organisationsaufwand die Simulation eines kontinuierlichen Protestgeschehens, das überregional – gar transnational und international vernetzt – aufrechtgehalten wird, so dass eine Diskrepanz zwischen den eigentlichen Aktionen ‚auf der Straße', die bisweilen von nicht mehr als einem Dutzend Aktivisten durchgeführt werden, und dem virtuellen Echo, das diese Aktionen aufgrund viraler Verbreitung im Internet erfahren, entsteht. (Hentges u. a. 2014, S. 9)*

Die IB stellt somit so etwas wie den aktionistischen Arm der Neuen Rechten dar (siehe auch: Blum 2015), der neurechte Themenfelder wie Identitäts- und Heimatpolitik oder Antimigrationsagitation besonders für Jugendliche attraktiv machen soll mit ihrem Primat der Praxis.

Die Ideologie der identitären Heimat

Das Zentrum der völkischen Ideologie der Identitären ist der Fokus auf das soziale Konstrukt Heimat:

> *Wir brauchen endlich wieder ein gesundes Verhältnis zu Patriotismus und Heimatliebe sowie echte Meinungsfreiheit. Viele Jahre dominierte die politische Linke den Medien- und Kulturbetrieb. Jetzt ist es Zeit, dass eine identitäre Gegenstimme auf die Bühne tritt. Heimatliebe ist kein Verbrechen, sondern etwas völlig Normales. Wir wollen, dass sich jeder offen und ehrlich zu seiner eigenen Kultur und Tradition bekennen kann, ohne dabei Ausgrenzung oder Diskriminierung erfahren zu müssen. (IBD 2018b)*

Die identitäre Agitation für den Begriff „Heimat" als spezifische Sozialkategorie hebt diese von anderen in ihrer historischen Bedeutungsdimension genuin ab und verbindet stets eine integrative Verbindung von geografischem Ort und bevölkerungspolitischer Zuschreibung. Insofern inkorporiert der Heimatbegriff eine strukturell völkische Dimension, da Menschen eine nicht-soziale und damit vorpolitische Verbindung mit einem konkreten Raum zugeschrieben wird, der zugleich nicht das subjektive Zugehörigkeitsgefühl betont, sondern eine kollektive Bindung von Menschengruppen an geografische Orte unterstellt. Dass der neurechte Begriffskampf dabei zu einer erheblichen Anschlussfähigkeit rechtsextremer Positionen geführt hat, zeigt sich daran, dass selbst Teile der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2017 meinten, über eine Reaktualisierung des Heimatkonzepts nachdenken zu müssen in dem Irrglauben, der Begriff könne fortschrittlich besetzt werden. Aber auch die Tatsache, dass das Bundesinnenministerium im Frühjahr 2018 um das Aufgabenfeld

„Heimat“ ergänzt wurde, verdeutlicht, dass ein rechtes Politikkonzept, für dessen Popularisierung insbesondere die „Identitären“ mit ihren Aktionen gekämpft haben, in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, also ein zentrales neurechtes Anliegen an dieser Stelle erfolgreich war: durch Begriffslancierung die Gesellschaft objektiv nach Rechts zu verschieben.

Die Heimat als „ein in keine andere Sprache übersetzbares deutsches Wort“ (Kohl 1984) ist als politische Parole wie als soziologisches Scheidungskriterium ein bis ins Innerste vergifteter Begriff. Der Begriff der Heimat und das damit verknüpfte Heimatgefühl stehen stellvertretend für das imaginierte kollektive Gedächtnis eines sozialen Zusammenschlusses, der zugleich zwanghaft den aggressiven Willen nach Realisierung des Gefühls in sich birgt. Das Gefühl der Heimat ist nicht eine Empfindung im Sinne eines produktiven Erlebens, sondern der Drang und die Aufforderung nach seiner materiellen Umsetzung außerhalb der Lebensrealität der Individuen oder deren sozialen Gruppen. Wenn Heimatbewusstsein im Gegensatz zu anderen Gefühlen über Generationen hinweg tradierbar ist, wie von rechten Ideologen postuliert, zeigt sich hier der zentrale Unterschied: Ist ein Gefühl wie beispielsweise persönliche Zuneigung an reale zwischenmenschliche Interaktion einerseits und sich im Zuge individueller Entwicklungen stetig wandelnden Wahrnehmungen andererseits geknüpft, so ist das Heimatgefühl gänzlich frei davon, denn es basiert auf der Unterscheidung von vermeintlich Gleichem und Ungleichem. Dabei ist es zwangsläufig vom realen Leben abgekoppelt, denn dieses wiederum besteht aus ständig aufs Neue stattfindenden Erlebnissen und Erfahrungen, die stets sich modifizierende Wahrnehmung und Interpretation erforderlich machen. Heimatgefühl steht allerdings nicht für eine dergestalt Vorurteilen gegenüber sich als resistent erweisende oder von ihnen freie Wahrnehmung, sondern ist in seiner Interaktionslosigkeit auf Identitätsbildung und somit Ab- und Ausgrenzung angelegt: „Heimat ist ein Fantasie- und Wertkonstrukt, mehr Erinnerung, Imagination und Magie als wahrgenommene Gegenwart, mehr Sehnsucht, Hoffnung und Utopie als erfahrene Wirklichkeit und berechenbare Zukunft.“ (Winter 1996, S. 13).

Auch die Tatsache, dass das Bundesinnenministerium im Frühjahr 2018 um das Aufgabenfeld „Heimat“ ergänzt wurde, verdeutlicht, dass ein rechtes Politikkonzept […] in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Im Mittelalter sicherte das *Heimatrecht* dem ansässigen Dorfarmen die Hilfe seiner Gemeinde und stellte somit den Einbezug des (sozial schwachen) Individuums in die personale und genossenschaftliche Ordnung sicher. Es war allgemein üblich, der politischen oder kirchlichen Gemeinde die Verpflichtung aufzuerlegen, alte, arme und gebrechliche Menschen zu unterstützen. Diese konnten sich im Bedarfsfall an die Gemeinde wenden, die durch die Schaffung dieses Unterstützungsverhältnisses zu seiner Heimatgemeinde wurde (vgl. Buy 1974, S. 27). Der Begriff „Heimat“ bezog sich somit auf das menschliche Individuum und hatte dessen Schutz und Integration zum Inhalt. Heimat beschrieb damit den realen und überschaubaren Nahhorizont der Menschen, in dem die zwischenmenschliche Interaktion sich weitgehend im Rahmen des unmittelbaren Verkehrs vollzog. Heimatrecht war ein sozial-ökonomisch motiviertes Recht mit dem Ziel der Übernahme von genossenschaftlicher Verantwortung in diesem gemeinsam von Menschen bewohnten Raum, wobei die Wechselbarkeit der Heimatgemeinde auch zeigt,

dass dieser Nahhorizont freilich auch als wechsel- und änderbar angesehen wurde (vgl. Bastian 1995, S. 98ff.). Erst im 18. Jahrhundert wurden die Heimatvorstellungen im deutschen Sprachraum konzeptionell auf den Geburtsort bzw. das Faktum der langen Niederlassung an einem Ort bezogen (vgl. Buy 1974, S. 27). Insbesondere im Rahmen der deutschen Nationswerdung wandelte sich damit der soziale Heimatbegriff in einen kulturellen. Die Heimat galt nun als bestimmbarer und festgefügter geografischer Raum mit regionalen und kulturellen Besonderheiten, als – in den Worten des Volkstumstheoretikers Theodor Veiter (1981, S. 15) – „räumlich eng begrenzte Lebenssphäre". Hatten bestimmte Momente dieser „heimatlichen Identität" zuvor einen praktischen Nutzen erfüllt (beispielsweise als Arbeitskleidung, die später zur allein ideologisch sinnstiftenden, aber real nutzlosen Tracht wurde), wandelten sie sich nun zu einer die Vergemeinschaftung und kollektive Identität fördernden Ideologie. In gleichem Maße, wie der reale Nutzen schwand, gewann die sinnstiftende Komponente an Bedeutung. In die historische Begriffsdimension hat sich insofern dieser kulturpolitische Sinn eingeschrieben, der einen „natürlichen" Zustand der Verknüpfung einer bestimmten Menschengruppe und ihrer „besonderen" Kultur mit einem fest definierten geografischen Raum unterstellt, also vom individuellen Identitätsangebot (dessen zentraler Kern wie bei jedem Angebot darin besteht, dass man es auch ablehnen kann) zum kollektiven Identitätszwang geworden ist.

Das rechte Heimatparadigma steht nicht nur im Widerspruch zu modernen Migrationsbewegungen, sondern opponiert auch gegen zentrale völkerrechtliche Grundlagen Europas.

Die im Heimatbegriff kulminierende Verknüpfung eines ethnischen Moments kollektiver Prägung mit der kulturschöpfenden Implikation konstituiert somit eine ethno- und raumpolitische Vorstellung, bei der das jeweilige Kollektiv („Volk", „Nation", „Volksgruppe" etc.) zum integrativen und unverzichtbaren Element der entsprechenden Regionen verklärt wurde und dessen kulturbringende Tätigkeit als untrennbar an den jeweiligen Raum gekoppelt erscheinen sollte. Aus der vormodernen Heimat als einem individuellen Raum zum Leben wurde so der völkisch-kollektive Lebensraum, in dem Heimat zur Narration und Fiktion geworden ist. Insofern spiegelt sich in den identitären Heimatvorstellungen, wie Judith Goetz und Alexander Winkler (2017, S. 63) sagen, insbesondere ein „Bedürfnis nach Grenzziehung und damit verbundenem Ausschluss" wider, zugleich aber auch „das Verlangen nach Herstellung von Eindeutigkeit durch Unterordnung in ein harmonisches, wärmendes Kollektiv".

Die rechte Heimatideologie greift insofern auf eine über Jahrhunderte hinweg konstruierte, partikularistisch orientierte Geschichte und Gesinnung als Grundlage zurück. Volk und Territorium gehören in diesem Sinne unmittelbar zusammen. Dieser Partikularismus geht davon aus, dass es Völker und Volksgruppen gibt, die erstens völkisch und damit „rassisch" oder kulturell bestimmt über eine gemeinsame Identität verfügen (in Wahrheit stellt er diese her, denn ethnisch definierte Gruppen sprechen sich selbst ihre kollektive Identität zu, sind folglich also imaginierte Konstrukte); die zweitens in einer Jahrhunderte langen und damit als natürlich und unabänderbar betrachteten Tradition und Geschichte stehen; die drittens schützens- oder wiederbelebenswert sind und viertens in der Ausübung ihres so verstandenen Rechtes auf Selbstbestimmung und ihres – nun völkisch-kollektiv und antidemokratisch verstandenen – Heimatrechtes behindert werden. Das rechte Heimatparadigma setzt die historische Anti-Versailles-Ideologie der „Konservativen Revolution" in einer Anti-Potsdam-Ideologie des europäischen

Nachkriegsrechtsextremismus fort: als revisionistischer und geopolitischer Wille zur Zerstörung einer demokratischen Ordnung Europas, die völkerrechtlich mit dem Potsdamer Abkommen unter einem antinazistischen Primat entstanden war. Damit steht das rechte Heimatparadigma nicht nur im Widerspruch zu modernen Migrationsbewegungen, sondern opponiert auch gegen zentrale völkerrechtliche Grundlagen Europas.

Prof. Samuel Salzborn ist Gastprofessor für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Fachbeirat des IDZ.

Literatur

Bastian, Andrea (1995): Der Heimat-Begriff. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung in verschiedenen Funktionsbereichen der deutschen Sprache, Niemeyer-Verlag: Tübingen.

Book, Carina (2017): Mit Metapolitik zur ‚Konservativen Revolution'? Über Umfeld und Strategie der ‚Identitären Bewegung' in Deutschland, In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph M./Winkler, Alexander [Hrsg.]: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären', Marta Press: Hamburg, S. 113–131.

Buy, Frans H. E. W. du (1974): Das Recht auf die Heimat im historisch-politischen Prozeß, VZD-Verlag für zeitgenöss. Dokumentation: Euskirchen.

Goetz, Judith (2017): „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt …". Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären', In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph M./Winkler, Alexander [Hrsg.]: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären', Marta Press: Hamburg, S. 253–284.

Goetz, Judith/Winkler, Alexander (2017): „Identitäre Grenzziehungen" – Bedeutung und Funktion von Identitätsangeboten im modernisierten Rechtsextremismus (am Beispiel der Identitären), In: Psychologie & Gesellschaftskritik 41, Heft 3/4, S. 63–86.

Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph M./Winkler, Alexander [Hrsg.] (2017): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären', Marta Press: Hamburg.

IBD/Identitäre Bewegung Deutschland (2018a): Was heißt für euch eigentlich „Identität"?. Online: https://www.identitaere-bewegung.de/category/faq/ [14.02.2018].

IBD/Identitäre Bewegung Deutschland (2018b): Verteidigung des Eigenen. Online: https://www.identitaere-bewegung.de/category/politische-forderungen/ [14.02.2018].

Kohl, Helmut (1984): Rede beim „Tag der Heimat" 1984, zit. n. Hermann L. Gremliza: Gremliza's Express, In: konkret, Heft 10.

Mense, Thorsten (2017): „Jugendliche ohne Migrationshintergrund". Ethnische Identität und völkischer Nationalismus bei den ‚Identitären', In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph M./Winkler, Alexander [Hrsg.]: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären', Marta Press: Hamburg, S. 227–251.

Rajal, Elke (2017): Offen, codiert, strukturell. Antisemitismus bei den ‚Identitären', In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph M./Winkler, Alexander [Hrsg.]: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären', Marta Press: Hamburg, S. 309–349.

Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Beltz Juventa: Weinheim.

Sellner, Martin/Spatz, Walter (2015): Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Antaios Verlag: Schnellroda.

Veiter, Theodor (1981): Sprache als Heimat, In: ders. [Hrsg.]: Volk und Volkstum im Donauraum. Festgabe für Prof. Dr. Franz H. Riedl zum 75. Lebensjahr, Braumüller-Verlag: Wien.

Winter, Gerhard (1996): Heimat, was ist das? In: Berg, Wolfgang/Göllner-Scholz, Antje/ Orlovius-Wessely, Anita [Hrsg.]: Identität und Heimat – interkulturelle Zugänge, SSIP-Verlag: Hilden.

„SEIT 2010 HAT IN DEUTSCHLAND EINE DISKURSVER-SCHIEBUNG NACH RECHTS(-AUSSEN) STATTGEFUNDEN. POLITISCH PROFITIEREN DAVON DIE AKTEUR_INNEN DER ‚NEUEN RECHTEN'."

„Ein Prozent“ – Eine extrem rechte Organisation im Kampf um „kulturelle Hegemonie“

Die „Neue Rechte“ befindet sich im Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ gegen die parlamentarische Demokratie. Ein Kernziel ist dabei die Delegitimierung etablierter politischer Akteure wie Gewerkschaften, Parteien oder zivilgesellschaftlicher Gruppierungen. Der Beitrag beleuchtet am Beispiel der Initiative „Ein Prozent“ diesen „Kulturkampf von rechts“.

Seit 2010 hat in Deutschland mit der sogenannten Sarrazin-Debatte eine Diskursverschiebung nach rechts(-außen) stattgefunden, die mit der als Krise empfundenen Steigerung der Migrationsbewegungen seit 2015 weiter zugenommen hat. Politisch profitieren dabei nicht die Parteien und Organisationen der neonazistischen Szene – wie die NPD –, sondern die Akteur_innen der „Neuen Rechten“ (NR). Der historische Entstehungskontext der NR ist einerseits das Scheitern der NPD auf parlamentarischem Weg Ende der 1960er-Jahre und andererseits stellt sie einen Gegenpol zur Entstehung der Neuen Linken zur gleichen Zeit dar (vgl. Salzborn 2014: 61). Der Begriff der „Neuen Rechten“ wird in der Rechtsextremismusforschung nicht einheitlich verwandt (vgl. ebd.: 60). Die Publikationen zum Thema sind zahlreich und vielfältig (z. B. Fetscher 1983, Feit 1987, Greß/Jaschke/Schönkäs 1990, Gessenharter 1994, Gessenharter/Pfeiffer 2004). Seit der neuen Präsenz jenes politischen Spektrums kamen weitere wichtige Publikationen hinzu (vgl. Weiß 2017). Für den hier dargelegten Bereich bietet sich am ehesten die Begriffsbestimmung von Armin Pfahl-Traughber an, der die NR folgendermaßen umreißt:

> *‚Neue Rechte‘ ist eine Bezeichnung für eine bestimmte Ideologie oder geistige Strömung des Rechtsextremismus, die sich aus heutiger Sicht in erster Linie an das Gedankengut der Konservativen Revolution anlehnt, also an jene Intellektuellen, die als Vertreter eines ‚antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik‘ (Kurt Sontheimer) gelten. Als weitere wichtige ideologische Anknüpfungspunkte wären darüber hinaus die erwähnten intellektuellen Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus zu nennen.*
> *(Pfahl-Traughber 1998: 161f.)*

Außerdem sieht er in der NR ein „Brückenspektrum“, welches eine Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischem Konservatismus und der extremen Rechten beschreibt (vgl. ebd.: 160). Strategisch verfolgt die NR eine „metapolitische“ Ausrichtung. Ihre Akteur_innen setzen auf ein Konzept, welches angelehnt an den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891–1937)[1] die Erlangung der „kulturellen Hegemonie“ forciert. Es geht dabei um die Meinungsführung im „vorpolitischen Raum“, der die Erringung der politischen Macht folgen soll (vgl. Brauner-Orthen 2001: 114ff.). Zentral für die Gramsci-Rezeption der NR in Deutschland waren die Publikationen des „neurechten“ französischen Vordenkers Alain de Benoist (vgl. Benoist 1985). Er schreibt:

> *Anders gesagt, um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubröckeln beginnen. Dann wird man die Situation auf der politischen Ebene ausnutzen können: Die historische Aktion oder die Volksabstimmung werden eine Entwicklung, die sich in den Mentalitäten bereits vollzogen hat, bestätigen und die auf der Ebene der Institutionen und des Regierungssystems umsetzen. (Ebd.: 46f.)*

Zentral für das Verständnis dieser strategischen Ausrichtung ist die an Gramsci anschließende Sicht der NR auf die Unterteilung ihres politischen Kampffeldes in die „bürgerliche Gesellschaft“, also den „vorpolitischen Raum“, und die „politische Sphäre“, also Parlamente, Verwaltungen etc. Der Thüringer Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Björn Höcke, formulierte seine an Gramsci angelegte Strategie im Januar 2018 ähnlich. Mit direktem Bezug auf den italienischen Kommunisten verwies Höcke darauf, dass „jenseits der Parlamente und Verwaltungsapparate der „Zeitgeist“ geprägt werde und nur, wenn man diesen „beherrsche, kann man die kulturelle Hegemonie erwerben“. Dazu forderte er seine Zuhörer auf, in die Schützenvereine, Jagdgenossenschaften oder Kirmesgesellschaften einzutreten, „um [sich] die bürgerliche Gesellschaft zurückzuholen“[2]. Die Aktualität dieser Strategie zeigt sich nicht nur in Reden wie der von Höcke, sondern auch bei zahlreichen Kongressen und Publikationen der NR. So referierte der Jurist und ehemalige NPD-Funktionär Thor von Waldstein nicht nur 2015 auf dem „Staatspolitischen Kongreß [sic]“ des *Instituts für Staatspolitik* in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) zum Thema „Metapolitik und Parteipolitik“, sondern veröffentlichte auch ein Buch im *Antaios Verlag* von Götz Kubitschek.Pfahl-Traughber sieht in eben jener Strategie eine Bedrohung demokratischer

Die Neue Rechte ist ein „Brückenspektrum“, welches eine Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischem Konservatismus und der extremen Rechten beschreibt.

[1] Zur instrumentalisierten und fehlerhaften Gramsci-Adaption der französischen und deutschen „Neuen Rechten“ (siehe Pfahl-Traughber 1998: 26ff).

[2] Vgl.: Aufzeichnung der Rede auf Youtube. Online: https://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw [19.04.2018].

Verfassungsstaaten, welche von einer ideologischen Delegitimierung von Demokratie, Konstitutionalismus und Menschenrechten ausgeht und über eine Diffamierung oder Umdeutung von demokratischen Werten die eigene geistige Meinungsführerschaft erreichen will (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 77). Für jenes Ziel der NR gibt es mittlerweile zahlreiche Taktiken und Organisationen, welche die (metapolitische) Vorarbeit leisten sollen, um darauf aufbauend die politische Macht zu erringen. Dazu Thor von Waldstein bereits 2015:

> *Durch spektakuläre Aktionen und einprägsame Bilder, wie sie etwa von der Konservativ-Subversiven Aktion (KSA) oder der Identitären Bewegung (IB) vorexerziert wurden, kann überhaupt erst wieder der Boden bereitet werden, auf dem metapolitisch gesät und anschließend politisch geerntet werden kann. (Waldstein 2015, S.47)*

Und eben in jene mittlerweile existierende Riege des „neurechten“ Netzwerkes ist neben der „Identitären Bewegung“ auch die Initiative „Ein Prozent“ einzuordnen.

„Ein Prozent“ – Netzwerk der extremen Rechten

Zum weitverzweigten Netzwerk der NR zählen Verlage wie der *Antaios Verlag*, Publikationen wie die *Blauen Narzisse* und auch aktivistisch ausgerichtete Organisationen wie die „Identitäre Bewegung“ (IB).[3] Die Initiative „Ein Prozent“ gehört seit 2015 ebenfalls dazu und ist dabei eine Art Mischorganisation: Sie versucht einerseits durch ein seriöses Auftreten und vermeintlich investigative Recherchen die Delegitimierung politischer Gegner voranzutreiben und andererseits durch bildgewaltige Aktionen (wie beispielsweise dem Aufstellen von Holzkreuzen in Erfurt-Marbach) Arbeit im „vorpolitischen Raum“ zu leisten und entsprechende Bilder für eine virale Verbreitung zu produzieren. Darüber hinaus fungiert sie als Vernetzungsplattform für zahlreiche extrem rechte Initiativen und Gruppierungen.

In der Selbstbeschreibung heißt es, man verstehe sich als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“[4] und wolle Widerstand „gegen eine politische Klasse [leisten], die längst nicht mehr die Interessen der eigenen Bevölkerung schützt, die sogar behauptet, es gäbe überhaupt kein ‚eigenes‘ Volk“.[5] Diese pathetische Selbstbeschreibung lässt neben der Konstruktion als „Kämpfer für den Normalbürger“[6] schon die omnipräsente Delegitimierung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form erahnen. In der Selbstdarstellung heißt es unter der Frage „Was wollen wir?“ weiter: „Wir brauchen die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen, nicht mehr. Ein Prozent reicht aus!“[7] Daraus ergibt sich auch der Name der Organisation. Öffentlich formuliert werden nur wenige Ziele wie

[3] Zur Spaltung innerhalb des jungkonservativen Lagers siehe Kellershohn 2016.

[4] Ein Prozent (o.D.): Wir sind viele. Online: https://einprozent.de/ueber-uns [19.04.2018].

[5] Ebd.

[6] Ebd.

[7] Ebd.

„Grenzsicherung“, „konsequente Abschiebung“ und „Schutz des Volks- und Privateigentums“. Daneben ist das langfristige Ziel offenbar die Ablösung der gewählten demokratischen Regierung: „Wer die Auflösung des Rechtsstaats und unserer Lebensordnung zu verantworten hat, muss abtreten.“[8]

„Ein Prozent“ ist außerdem Schnittstelle zwischen der AfD, der „Neuen Rechten“ und dem klassischen Neonazi-Spektrum. So wurde die Gründung der Initiative bereits Mitte 2015 auf dem Blog der *Sezession*, einer von Kubitschek verantworteten Publikation, bekannt gegeben. Der zu Beginn aktive Vorstand zeigt gut die netzwerkartige Struktur der Initiative. So waren neben Kubitschek auch Jürgen Elsässer (Chefredakteur des verschwörungsideologischen „COMPACT“-Magazin), Hans-Thomas Tillschneider (AfD-Sachsen-Anhalt) und der emeritierte Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider an der Gründung beteiligt. Mittlerweile werden als Vorstand Helge Hilse und der extrem rechte Burschenschaftler Philip Stein benannt. Stein referierte im April 2016 u. a. auch beim „Leser- und Autorentreffen“ des NPD-nahen Magazins *Umwelt & Aktiv* in der Gedächtnisstätte Guthmannshausen im Landkreis Sömmerda.[9] Und auch andere Aktivist_innen der „Ein Prozent“-Initiative entstammen der extremen Rechten bzw. der Neonazi-Szene. So leitete beispielsweise der ehemalige Neonazi-Kameradschafter und Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation, Michael Schäfer, 2017 die Wahlbeobachter-Kampagne von „Ein Prozent“.[10] Auch der aus Thüringen stammende „Ein Prozent“-Mitarbeiter Simon Kaupert nahm mindestens 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation teil.[11] Dies zeigt die enge Verbindung zur klassischen Neonazi-Szene und die in der Realität nicht vorhandene Abgrenzung der NR zu dieser.

„Ein Prozent“ ist Schnittstelle zwischen der AfD, der „Neuen Rechten“ und dem klassischen Neonazi-Spektrum.

Aktivitäten von „Ein Prozent“: gegen den Moschee-Bau in Erfurt-Marbach

Um die Arbeit von „Ein Prozent“ beispielhaft aufzuzeigen, werden im Folgenden zwei Aktionen als Fallbeispiele beleuchtet. Seit im Jahr 2016 bekannt wurde, dass die islamische Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach eine eigene Moschee errichten möchte und ein entsprechendes Baugrundstück erworben hat, begannen in Erfurt auch Proteste gegen diese Bestrebungen. Unter dem Namen „Bürger für Erfurt“ formierte sich bereits 2016 eine Protestgruppe. Ein Sprecher und einige Mitglieder verließen aber bereits Anfang 2017 die Gruppe wegen der zunehmenden Radikalisierung der internen Diskussionen.[12] Bei „Ein Prozent“ fanden sich bereits ab Sommer 2016 erste Erwähnungen der „Bürger für Erfurt“. Im Dezember folgte ein erstes kurzes Video ganz im Inszenierungsstil der „Identitären“ und vorangegangener Projekte der Initiative: Im Video wird die kitschig inszenierte Marbacher

[8] Ebd. Online: https://einprozent.de/ueber-uns [19.04.2018].

[9] Vgl. Speit, Andreas (2016): Die können alle zu uns kommen. Online: http://www.taz.de/!5345807/ [19.04.2018].

[10] Vgl. Neumann, János (2017): Das ‚Ein Prozent‘ Recherchenetzwerk. In: Der Rechte Rand. Online: http://www.der-rechte-rand.de/archive/2813/ein-prozent-recherchenetzwerk/, [19.04.2018].

[11] Vgl.: ebd.

[12] Vgl. ZDF heute plus (2017): „Kreuze gegen Moschee: Umstrittenes Projekt in Erfurt“. Sendung vom 16. März 2017.

Dorfidylle den angeblich zu erwartenden Negativfolgen eines Moscheebaus entgegengestellt. Gleichzeitig wird der Bau der Moschee mit einer Delegitimierung aktueller politischer Verantwortungsträger_innen verknüpft und diese als „undemokratisch“ dargestellt. Im Sprechtext des Videos heißt es:

> *Sie [Ahmadiyya-Gemeinde] will 100 Moscheen in ganz Deutschland errichten. Eine davon hier in Erfurt Marbach. Die Bürger hat man dazu nicht gefragt. Die etablierten Parteien, allen voran Erfurts Oberbürgermeister, wollen diese Moschee unbedingt durchwinken. Damit setzen sie Kultur, Lebensweise und Sicherheit aller Erfurter aufs Spiel. Sie haben vergessen, wem sie wirklich verpflichtet sind. […]. ‚Ein Prozent' ist heute hier vor Ort, um Oberbürgermeister Andreas Bausewein daran zu erinnern, wer das Volk ist.*[13]

Hier wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Bau der Moschee und dem konstruierten Volkswillen der „Erfurter Bürger“ behauptet. Im Duktus des Videos handelt es sich also bei den etablierten Parteien um „Anti-Demokraten“, weil diese eine Moschee gegen den Willen einer behaupteten Mehrheit genehmigt haben. Das Vorhaben, eine bereits auf dem Rechtsweg genehmigte Moschee im Namen „des Volkes“ verhindern zu wollen, gilt als legitim. Dabei scheint schon die reine Existenz einer Moschee – wohl im Bruch mit der von der NR geforderten homogenen Gesellschaft – negative Folgen für die Erfurter Bevölkerung zu haben: Gefahr für „Kultur“, „Lebensweise“ und „Sicherheit“. Vertreter_innen der islamischen Gemeinde werden nicht zum „Volk“ gezählt. Die Verknüpfung zwischen Moschee-Bau und den beschriebenen Negativfolgen ist dabei der Versuch, die Deutungshoheit über den Fall zu erlangen und somit die Verhinderung zu legitimieren bzw. den Bau zu delegitimieren. Die virale Verbreitung eben solcher Botschaften ist das zentrale Ziel zahlreicher „neurechter“ Organisationen. Daher dienen Videos – wie auch in diesem Fall – oft als bevorzugtes Medium. In einem internen Strategiepapier aus den Kreisen der „Neuen Rechten“ bzw. der IB heißt es bereits 2015:

Die Verknüpfung zwischen Moschee-Bau und den beschriebenen Negativfolgen ist der Versuch, die Deutungshoheit über den Fall zu erlangen und somit […] den Bau zu delegitimieren.

> *Die Identitäre Bewegung ist eine metapolitische Kraft, die versucht, Ideen, Parolen und Bilder in das metapolitische Feld zu führen. Mit Aktionen schaffen wir einen medialen Hype und eine Viralität, die unsere Parolen und Bilder so schnell und breit wie möglich streuen. Die ganze Arbeit, die wir in eine Aktion reinstecken, wird nutzlos, wenn die Bilder, die es transportiert, nicht klar und von guter Qualität sind. Wir müssen Wörter und Bilder wählen, die der Mehrheit gefallen und für sie verständlich sind.*[14]

[13] Propaganda-Video von „Ein Prozent“. Online: https://www.youtube.com/watch?v=G_PFnd0J5_I [19.04.2018].

[14] Internes Strategiepapier: Identitäre Sommerakademie – 2015. Von Karl Martell bis Charles de Gaulle, o.S.

Diesen strategischen Maßgaben folgend organisierte „Ein Prozent“ im März 2017 eine Aktion, die es genau auf solche verbreitbaren Bilder anlegte. Mehrere Aktivist_innen aus dem Umfeld der IB und von „Ein Prozent“ errichteten ein mehrere Meter hohes („christliches“) Holzkreuz neben dem Moschee-Baugrundstück. Rund zehn weitere Kreuze folgten. Die Instrumentalisierung christlicher Symbolik gegen „den Islam“ ist bereits seit 2014 von „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) bekannt. Ein wenig später folgendes Propaganda-Video und zahlreiche Bilder dienten dann zur viralen Verbreitung der Aktion. Die inszenierte Provokation[15] hatte Erfolg: Bundesweit berichteten Medien – bis zur *Tagesschau* – über die Aktion. „Ein Prozent“ wurde die Möglichkeit gegeben, sich breit und oft ohne kritische Recherche zur Einordnung der Organisation zu inszenieren. Damit hat sich auch in Erfurt die von Kubitschek bereits 2007 formulierte Strategie der Provokation als erfolgreiches Mittel erwiesen, die eigenen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen:

> *Und so führt an der Provokation kein Weg vorbei. Sie ist oft das einzige Mittel des Schwachen: Wer über Machtmittel verfügt, der drückt, was er möchte, einfach durch, erzählt, was er möchte, einfach auf allen Kanälen. Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexe des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öffentliche Wahrnehmung. (Kubitschek 2007: 23f.)*

Provokation ist dabei eine strategische Option, um die eigenen Themen zu setzen und die Diskursgrenzen weiter nach rechts zu verschieben. Sie dient zur Erzwingung von Wahrnehmung und nach innen der Mobilisierung (vgl. Kellershohn 201: 230).

„Werde Betriebsrat“ – mit Neonazis zur Interessenvertretung

Eine weitere Kampagne von „Ein Prozent“ startete im November 2017. Auf einer Konferenz des COMPACT-Magazins stellte Simon Kaupert die Kampagne „Werde Betriebsrat“ vor. Sie wird zusammen mit dem COMPACT-Magazin und der Organisation „Zentrum Automobil“, einer „alternativen Arbeitnehmervertretung“, die 2009 im Umfeld des Daimler-Werkes in Stuttgart gegründet wurde, durchgeführt. Deren Personal und Funktionäre stammen in Teilen aus Organisationen der Neonazi-Szene wie der Wiking-Jugend, der RechtsRock-Szene oder anderen extrem rechten Skinheadgruppen.[16] Die Gallionsfigur der Kampagne, Oliver Hilburger, war beispielsweise

Provokation ist eine strategische Option, um die eigenen Themen zu setzen und die Diskursgrenzen weiter nach rechts zu verschieben.

[15] Ausführlich zur Strategie der Provokation: siehe Kellershohn 2010.

[16] Vgl.: Ullenbruch, Sven (2018): Rechte wollen Einfluss im Betriebsrat ausbauen. Online: https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.9f907699-829f-4ff1-84d4-d71e109a5004.html [19.04.2018].

jahrelang Gitarrist der Neonazi-Band „Noie Werte“.[17] Auf der Homepage der Kampagne finden sich keine konkreten arbeitsmarktpolitischen Forderungen, sondern lediglich dubiose Behauptungen, im eigenen Klientel durchgeführte Umfragen und die Inszenierung, „Ein Prozent“ würde nun die zahlreichen aus politischen Gründen gekündigten Arbeitnehmer_innen vertreten. So wird u. a. behauptet: „Neun von zehn Arbeitnehmern haben Angst, aufgrund kritischer Äußerungen ihren Arbeitsplatz zu verlieren“ oder „Durchschnittlich 95 Prozent würden eine Arbeitnehmervertretung, die sich wirklich für die Interessen der Belegschaft einsetzt, aktiv unterstützen“. Die mitschwingenden Botschaften: Man dürfe in Deutschland nicht mehr offen seine Meinung sagen und die Betriebsräte der etablierten Gewerkschaften verträten nicht die Interessen der Arbeitnehmer_innen. Der „Ein Prozent“-Mitarbeiter Simon Kaupert gab auf die Frage eines Journalisten sogar absurderweise an, die Umfrage sei „repräsentativ“, um dann bei genauer Nachfrage einzuräumen, man habe lediglich im eigenen Unterstützungsnetzwerk herumgefragt.[18]

Die Propaganda-Kampagne ist ein Beispiel, wie durch die „Ein Prozent“-Initiative eine Delegitimierung politischer Gegner_innen bzw. demokratischer Organisationen erreicht werden soll und gleichzeitig die eigene Inszenierung als ‚Heilsbringer‘.

Die Propaganda-Kampagne ist ein Beispiel, wie durch die „Ein Prozent“-Initiative eine Delegitimierung politischer Gegner_innen bzw. demokratischer Organisationen erreicht werden soll und gleichzeitig die eigene Inszenierung als ‚Heilsbringer‘. Diese Ausrichtung zeigt sich auch in der eigens für die Kampagne herausgegebenen Zeitschrift „Alternative Gewerkschaft“, die vom COMPACT-Magazin, dem „Zentrum Automobil“ und „Ein Prozent“ gemeinsam verantwortet wird. Zu Themen wie Tarifverträge, Arbeitnehmerrechte oder Kündigungsschutz findet sich nichts Konkretes. Stattdessen gibt es rechtpopulistische Angriffe auf Gewerkschaften, Demokratie-Initiativen und etablierte Parteien in der bekannten Konstruktion „Die da oben gegen den einfachen Bürger“. So heißt es beispielsweise:

> *Während die obersten Schichten profitieren und weiter kräftig verdienen; während die etablierten Gewerkschaftsfunktionäre freudig Konzernmanagerhände schütteln und die eigene Tasche aufhalten; während die Regierung das hart erarbeitete Geld überall dort ausgibt, wo es definitiv am wenigsten benötigt wird; während all dieser bundesdeutschen Unannehmlichkeiten schaut genau einer in die Röhre: der geschröpfte ‚Normalbürger‘.*[19]

[17] Ebd.

[18] Vgl.: Steinau, Marc (2018): Bei Daimler zeigt sich, wie Rechtsextreme deutschlandweit Einfluss in Konzernen gewinnen wollen. In: Business Insider Deutschland. Online: http://www.businessinsider.de/bei-daimler-zeigt-sich-wie-rechtsextreme-deutschlandweit-einfluss-in-konzernen-gewinnen-wollen-2018-1 [19.04.2018].

[19] Ein Prozent (2018): Alternative Gewerkschaft, Frühjahr 2018: 1.

Aber auch die Lösung liefert die Propaganda-Publikation direkt mit: „Das unabhängige COMPACT-Magazin, die alternative Arbeitnehmervertretung ‚Zentrum Automobil' und das patriotische Bürgernetzwerk ‚Ein Prozent' präsentieren gangbare Wege der Opposition" (ebd.). Das langfristige Ziel solcher Publikationen formulierte Elsässer in einem Streitgespräch mit Kubitschek deutlicher aus: „Aufgabe der oppositionellen Medien ist es, zum Sturz des Regimes beizutragen […]."[20]

Fazit und Empfehlungen: extrem rechte Strategien erkennen und die eigene Position schärfen

Die „Neue Rechte" hat in den vergangenen Jahren wie keine andere extrem rechte Strömung von der politischen Situation in Deutschland profitieren können. Diese neue politische Situation und veränderten Strategien der extremen Rechten stellen auch politische Akteure wie Gewerkschaften, demokratische Parteien und andere Verbände ebenso wie die menschenrechtsorientierte Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen. Gegenstrategien gegen einen intendierten Rechtsruck der Debatten und der Gesellschaft insgesamt müssen aber auf mehreren Ebenen ansetzen und sind daher sehr komplex. Auf der Ebene der demokratischen Zivilgesellschaft stellt sich in Bezug auf die Konfrontation mit den nun stärker in Erscheinung tretenden extrem rechten Akteuren vor allem die Frage nach dem Umgang. Hier ist eine professionelle Aufklärung über Akteur_innen, Ideologie und Strategien der NR von zentraler Bedeutung, um extrem rechte Strategieansätze zu entzaubern und einen regional angepassten Handlungsansatz zu schaffen. Gleichzeitig gilt es die eigene Position zu schärfen, um in den aktuellen Debatten die eigenen Vorstellungen deutlich vertreten zu können und Grenzen deutlich zu machen, die es ohne jede Frage im demokratischen Diskurs geben muss. Demokratie heißt nicht Beliebigkeit, sondern muss – besonders im Bereich der Zivilgesellschaft – an Menschenrechten und Menschenwürde orientiert sein. Rassismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus – um nur einige Beispiele zu nennen – können keine Grundlage für demokratische Debatten sein. Diesen Demokratiebegriff zu verteidigen und sich nicht aus der Hand nehmen zu lassen, ist ein wichtiger Aufgabenbereich der Zivilgesellschaft. Die demokratischen politischen Akteur_innen sollten die Zivilgesellschaft in dieser Form deutlich unterstützen.

Eine professionelle Aufklärung über Akteur_innen, Ideologie und Strategien der NR ist von zentraler Bedeutung, um extrem rechte Strategieansätze zu entzaubern und einen regional angepassten Handlungsansatz zu schaffen.

[20] Auszüge aus dem Gespräch finden sich auf Elsässers Blog (Elsässer, Jürgen 2018: Ellwangen ist überall! Was tun? Streitgespräch Kubitschek/Elsässer, Online: https://juergenelsaesser.de/2018/05/05/ellwangen-ist-ueberall-was-tun-streitgespraech-kubitschek-elsaesser/ [01.06.2018].

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen: Für Demokratie und gegen Rechtsextremismus berät und unterstützt alle, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen.

Beratungsteam MOBIT
Schillerstraße 44
99096 Erfurt

Telefon: 03 61 – 219 26 94
E-Mail: mail@mobit.org
Web: www.mobit.org

Literatur

Brauner-Orthen, Alice (2001): Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen. Leske & Budrich: Opladen.

Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite. Sinus Verlag: Krefeld.

Feit, Margret (1987): Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Organisation-Ideologie-Strategie. Campus: Frankfurt am Main.

Fetscher, Iring [Hrsg.] (1983): Neokonservative und ‚Neue Rechte‘. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Verlag C.H.Beck: München.

Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Springer-Verlag: Wiesbaden 2004.

Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. Droemer-Knaur: München.

Greß, Franz/Jaschke, Gerd/Schönekäs, Klaus (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Kellershohn, Helmut (2016): Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik. In: Kellersohn, Helmut/Katrup, Wolfgang [Hrsg.]: Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast-Verlag: Münster, S. 92 – 106.

Kellershohn, Helmut (2010): Provokationselite von rechts: Die Konservativ-subversive Aktion. In: Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin [Hrsg.]: Rechte Diskurspiraten. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Unrast-Verlag: Münster, S. 224 – 241.

Kubitschek, Götz (2007): Provokation, Verlag Antaios: Schnellroda.

Pfahl-Traughber, Armin (1998): Die Erben der ‚Konservativen Revolution‘. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der ‚Neuen Rechten‘. In: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut [Hrsg.]: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Leske & Budrich: Opladen.

Pfahl-Traughber, Armin (1998): ‚Konservative Revolution‘ und ‚Neue Rechte‘. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Leske & Budrich: Opladen.

Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Nomos-Verlag: Baden-Baden.

Waldstein, Thor v. (2015): Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. Verlag Antaios: Schnellroda.

Weiß, Volker (2017): Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart.

QUINT CZYMMEK

„NEBEN RASSISTISCHEN DISKURSEN ÜBER MIGRATION UND ISLAM SPIELEN ANTIFEMINISTISCHE DISKURSE EINE ZENTRALE ROLLE IN DER IDEOLOGIE DER EXTREMEN RECHTEN WELTWEIT.“

Das Geschlechterbild der Neuen Rechten: Gleichberechtigung als Bedrohung

Der Text gibt einen Überblick über das Geschlechterbild der Neuen Rechten. Zunächst wird kurz die Geschichte und Strategie der Neuen Rechten und ihr Verhältnis zur „Alternative für Deutschland“ geschildert. Dann werden anhand von Beiträgen der Zeitschrift „Sezession“ neurechte Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit herausgearbeitet.

Einleitung

Derzeit leben rechte Denkmuster und Ideologien europaweit wieder auf. In Polen und Ungarn sind nationalistische Regierungen mit charismatischen Führungspersönlichkeiten an der Macht. Rechtsstaatliche und demokratische Institutionen wie die Verfassungsgerichtsbarkeit werden entmachtet und eine unabhängige Presse gerät zunehmend unter Druck (vgl. Birsl 2018: 376). Auch in vielen anderen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien immer mehr an Boden. Neben rassistischen Diskursen über Migration und Islam spielen antifeministische Diskurse eine zentrale Rolle in der Ideologie der extremen Rechten weltweit. Trotzdem wurde das Thema Geschlecht in der Rechtsextremismusforschung lange Zeit kaum berücksichtigt (vgl. Bitzan 2016: 329ff.). In den letzten Jahren sind jedoch einige Veröffentlichungen erschienen, die die Dimension Geschlecht im Rechtsextremismus ausleuchten.[1] Extrem rechte und konservative Bewegungen verfolgen die Absicht, die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiet der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau zurückzudrehen. Außerdem wird die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz für von der heterosexuellen Norm abweichende Identitäten und Orientierungen angegriffen.

[1] Einen Forschungsüberblick zu Geschlechterkonstruktionen im Rechtsextremismus in Deutschland liefert Bitzan (2016). Einen vergleichenden Blick auf extrem rechte und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen hinsichtlich Geschlecht geben Köttig und Kolleginnen (2017). Geschlechterdiskurse der Neuen Rechten in Deutschland arbeitet Salzborn heraus (2017: 177ff.).

Gerade die sogenannte Neue Rechte[2] (NR) ist in Deutschland maßgeblich daran beteiligt, die vermeintlich ‚natürliche Geschlechterhierarchie' und das durch den angeblich ‚liberalen Zeitgeist' und Feminismus bedrohte Ideal heroischer Männlichkeit zu verteidigen. Um die Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in der NR zu veranschaulichen, werden im vorliegenden Text Debattenbeiträge zum Thema Geschlecht in der Zeitschrift Sezession analysiert.

Die Neue Rechte in der Bundesrepublik

Zunächst soll hier kurz skizziert werden, was unter der NR überhaupt zu verstehen ist. Diese Eigenbezeichnung rechter Intellektueller tauchte in den 1970er Jahren auf. Sie suchten vor allem nach der Niederlage der NPD in der Bundestagswahl 1969 nach neuen Wegen, um die damalige extreme Rechte zu modernisieren. Die NR hat sich vor allem dem Konzept der Intellektualisierung des Rechtsextremismus, also der Fundierung völkischer Positionen „aus der Geistes- und Ideengeschichte" (Salzborn 2017: 36), sowie der „Metapolitik" verschrieben. Dieses Konzept wurde vom französischen Philosophen und Vordenker der NR Alain de Benoist entwickelt und zielt darauf ab, auf der Ebene der Kultur und der Werte die „ideologische Mehrheit" (Benoist 1985: 46) zu erringen. Das „Institut für Staatspolitik" (IfS), mit der im Jahr 2003 gegründeten Zeitschrift Sezession und dem Verlag Antaios, ist eine der wichtigsten Institutionen der NR in Deutschland (vgl. Kellershohn 2016: 440). Laut Eigenbeschreibung widmet es sich vor allem der „Forschung und Wissenschaft, Fortbildung und Politikberatung" (ebd.). Bei der Sezession steht die rechte Theoriebildung und Traditionspflege (vgl. Weiß 2015) relativ losgelöst vom tagespolitischen Geschehen, welches eher auf dem Web-Blog der Sezession kommentiert wird.

Das „Institut für Staatspolitik" (IfS), mit der im Jahr 2003 gegründeten Zeitschrift Sezession und dem Verlag Antaios, ist eine der wichtigsten Institutionen der NR in Deutschland.

Lange Zeit fehlte der NR der gesellschaftliche Resonanzboden, auf dem ihre Metapolitik hätte wirken können. Die Entstehung der AfD im Jahr ab 2013 und die Demonstrationen von PEGIDA in Dresden ab 2014 wurden in diesem Milieu deshalb begeistert aufgenommen und von Anfang an wohlwollend begleitet. Die AfD ist seit ihrer Entstehung durch heftige Flügelkämpfe und Konflikte gekennzeichnet. Anfangs als Partei gegen den Euro positioniert, wobei rassistische Töne durchaus schon in dieser Phase zu hören waren, bewegte sich die AfD konstant nach rechts. Man hat es mit einem „schwelenden Konflikt zwischen Realos und Fundis zu tun" (Friedrich 2017: 80), der in erster Linie nicht um Inhalte, sondern eher um die richtige Strategie geführt wird. Während der realpolitisch orientierte Flügel auf Wahlsiege setzt und einen langsamen ‚Marsch durch die

[2] Der Begriff Neue Rechte, der sich für dieses Spektrum der Rechten durchgesetzt hat, ist mit Vorsicht zu lesen, da er eine Trennung zwischen „alter" und „neuer" Rechter suggeriert, die keineswegs so trennscharf zu ziehen ist. Gerade in der Zielvorstellung sind sich die Strömungen der Rechten weitgehend einig und nur in der Frage der Strategie und der umworbenen Milieus verschieden (vgl. Weiß 2015: 116).

Institutionen' befürwortet, sind für den völkischen Flügel, der die AfD als eine „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei" ansieht, „Parlamente nicht mehr als eine Plattform" (ebd.: 81). Das IfS ist momentan bestrebt, aus den verschiedenen rechten Akteuren, wie der „Identitären Bewegung", PEGIDA, dem völkischen Flügel der AfD und rassistischen Bürgerinitiativen ein „Widerstandsmilieu" (Kubitschek 2016: 26) zu formen. Dieses solle in der Lage sein, eine politische „Wende" (ebd.: 28) herbeizuführen. In diesem Beitrag werden die Debattenbeiträge zum Thema Geschlecht in der Zeitschrift Sezession analysiert. Die Geschlechterkonstruktionen der NR werden für diesen Beitrag anhand der Sezession analysiert, da das IfS großen Einfluss auf den völkischen Flügel der AfD und außerparlamentarische Gruppen (z. B. Identitäre Bewegung, PEGIDA) ausübt.

Geschlechterkonstruktionen der Neuen Rechten

In Anlehnung an den Politikwissenschaftler Kurt Lenk kann man davon sprechen, dass die Geschlechterdiskurse der NR im Zeichen einer „Konstantenanthropologie" (1989: 31) stehen. Diese geht von einer Mängelnatur des Menschen aus, die durch Schwäche und Unvollkommenheit charakterisiert sei. Der Mensch sei deshalb auf Schutz durch und Bindung an starke Institutionen angewiesen (vgl. ebd.: 31). Wie es der konservative Philosoph Arnold Gehlen, der die Theorie des Menschen als Mängelwesen entwickelte, ausdrückte, schützen „die Institutionen den Menschen vor sich selber" und sind „Bändigungen der [menschlichen] Verfallsbereitschaft" (Adorno/Gehlen 1965: 245). Zu solchen Institutionen wird beispielsweise vom neurechten Publizisten Siegfried Gerlich die „abendländische Ehe" (2013: 25) gezählt. Gerlich geht im Anschluss an Gehlen davon aus, dass die patriarchale Familie die „Grundlagen jeder höheren Kultur sichern" (ebd.) würde, da der Mensch ansonsten seinen ungezügelten Trieben unterlegen sei. Die patriarchale Familie wird von Gerlich als eine sich geradezu evolutionär entwickelte Form der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern dargestellt, die nur durch die allmähliche Entlastung der Menschheit von schwerer Arbeit in Folge der industriellen Revolution überhaupt infrage gestellt würde. Durch diese Entlastung von schwerer Arbeit und der dadurch vermeintlich überflüssig werdenden Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau wird in der neurechten Erzählung der Beginn der Nivellierung der vermeintlich ‚natürlich entwickelten' Geschlechterunterschiede gesehen. Spätestens seit 1968 seien allerdings die Institutionen der Ehe und Familie im Niedergang begriffen und dadurch der Fortbestand der europäischen Kultur an sich gefährdet. An die Stelle einer festen Bindung in der Ehe und Familie sei seit 1968 eine Sexualisierung der gesamten Gesellschaft getreten, in der bindungs- und orientierungslose Menschen individualistisch vor sich hinvegetierten (vgl. Kositza 2008: 28). Die Institutionen der Ehe und Familie sind in dieser Lehre jeglicher menschlicher Gestalt- und Veränderbarkeit entzogen. Die Menschen sind in diesem Weltbild den starren Institutionen unterworfen und werden dazu verpflichtet, sie zu erhalten. Die Möglichkeit, diese nach ihren Bedürfnissen umzuformen und in demokratischen Prozessen zu verändern, wird negiert.

Die Institutionen der Ehe und Familie sind in dieser Lehre jeglicher menschlicher Gestalt- und Veränderbarkeit entzogen. Die Menschen sind in diesem Weltbild den starren Institutionen unterworfen und werden dazu verpflichtet sie zu erhalten.

Männlichkeit in rechten Debatten

Das in der extremen Rechten spektrenübergreifend postulierte Männlichkeitsbild ist das der soldatischen Männlichkeit. Diese Form von Männlichkeit ist durch Härte, Disziplin sowie Kampf- und Opferbereitschaft für das eigene Kollektiv gekennzeichnet. Bis 1945 war die soldatische Männlichkeit gesellschaftlich hegemonial[3] und wurde danach von anderen Formen der Männlichkeit abgelöst. Die soldatische Männlichkeit ist in der extremen Rechten allerdings nach wie vor hegemonial (vgl. Virchow 2010). Ein Beispiel, zu welchen Taten diese Form der Männlichkeit führen kann, zeigt der Suizid des französischen Rechtsextremisten Dominique Venner, der sich 2013 in Paris aus Protest gegen die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen erschoss. Die Tat Venners wurde in der deutschen Rechten spektrenübergreifend glorifiziert und als Fanal des Widerstands gegen den prognostizierten Verfall westlicher Kultur gedeutet. So schreibt Götz Kubitschek in der Sezession, dass die Tat „symbolisch, männlich, frei und hart" gewesen und schockierend für all jene sei, die „das Leben quantitativ und nicht qualitativ, individualistisch und nicht eingebettet, hedonistisch und nicht in erster Linie als Dienst auffassen" (Kubitschek 2013). In diesen kurzen Zeilen finden sich im Grunde alle Elemente des Idealbilds soldatischer Männlichkeit, die bereit ist das eigene Leben für „das Ganze" zu opfern.

Männlichkeit der Neuen Rechten konstituiert sich einerseits in Abgrenzung zu Frauen und andererseits in Abgrenzung zu homosexueller und migrantischer Männlichkeit.

Diese soldatische Männlichkeit konstituiert sich einerseits in Abgrenzung zu Frauen und andererseits in Abgrenzung zu homosexueller und migrantischer Männlichkeit (vgl. Virchow 2010: 49; Connell 2015: 1680). Der homosexuelle Mann, der seine sexuelle Orientierung offen zeigt und auslebt, wird von Martin Lichtmesz[4] als zur körperlichen Verteidigung unfähig und feige charakterisiert (Lichtmesz 2010: 30). Er ist das Gegenteil einer „archetypisch heroischen Männlichkeit", die auf dem Prinzip des Männerbundes basiere (ebd.: 31). Zunehmend sei der erste Typus der Männlichkeit in westlichen Gesellschaften verbreitet, während der andere durch das Wirken des Feminismus bei Jungen schon von klein auf „ausgegendert" (ebd.: 31) werde. Der Feminismus habe in Deutschland seit 1968 die Diskurshoheit gewonnen und feministische Positionen seien „über metapolitische Schleichwege tief in die Kapillaren der Institutionen, bis hinauf zum Familienministerium eingedrungen" (Lichtmesz 2009: 10). Man hat es hier mit einer antifeministischen Verschwörungstheorie zu tun, bei der postuliert wird, dass die Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in den letzten Jahrzehnten hinterrücks von einer kleinen Minderheit linker Feministinnen durchgesetzt wurden.

Der homosexuellen Männlichkeit, die sich zunehmend in westlichen Gesellschaften gegenüber der „heroischen Männlichkeit" durchgesetzt habe, wird die migrantische Männlichkeit gegenübergestellt, die in rassistischer Weise als aggressiv und raumnehmend charakterisiert ist (vgl. Virchow

[3] Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit stammt von Raewyn Connell. Sie geht davon aus, dass Männlichkeit nicht fest vorgegeben, sondern stets in unterschiedlichen sozialen Kontexten hergestellt wird („doing maskulinity"). Die in einem sozialen Umfeld kulturell dominante Form der Männlichkeit wird hegemoniale Männlichkeit genannt (vgl. Connell 2015: 1679).

[4] Lichtmesz schreibt unter Pseudonym und heißt eigentlich Martin Semlitsch.

2010: 49). Es wird hier ein äußerer Feind konstruiert, der gleichzeitig gefürchtet und bewundert wird, da dieser angeblich willens sei sich für die eigene Sache zu opfern (vgl. Goetz/ Klammer 2017: 87). Die postulierte „Umvolkung" sei Resultat der Schwächung westlicher Gesellschaften durch den Feminismus, welcher „der „Schwächung" der Nation durch die „Zersetzung" ihrer natürlichen Geschlechterordnung beschuldigt" (ebd.; vgl. Lichtmesz 2009: 11)[5] wird. Der westliche Mann müsse seine Männlichkeit wieder gegen die Frauen und den Feminismus behaupten, da Frauen sonst als die „freiwilligen oder unfreiwilligen Trophäen der Sieger" im Kampf mit den „richtigen" Männern aus „exotischen Ländern" (ebd.) enden würden. Frauen werden als Objekte und Besitztum („Trophäen") des (weißen) Mannes imaginiert, welche es gegen „die Fremden" zu verteidigen gelte. Dieser Diskurs erhielt nach den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 innerhalb der Rechten, aber auch gesamtgesellschaftlich, starken Auftrieb. Sexualisierte Gewalt wird in diesem Diskurs ausschließlich thematisiert, wenn diese Taten von Migranten begangen werden. Sexuelle Belästigung, Vergewaltigungen und Morde an Frauen werden in diesem Diskurs ethnisiert und als „importiertes" Phänomen „den Anderen" zugeschrieben (vgl. Aigner 2017: 2). Besonders medienwirksam wird dieses Thema von der im Januar 2018 gestarteten 120db[6]-Kampagne der Identitären Bewegung aufgegriffen. Die Kampagne inszeniert ein Bedrohungsszenario, demzufolge Frauen in Europa durch massenhafte sexualisierte Gewalt von Migranten ihres Lebens nicht mehr sicher sein könnten. Sexualisierte Gewalttaten oder Morde an Frauen, die nicht von Migranten begangen wurden, werden von der Kampagne bewusst ausgeblendet. Dieser „Ethnisierung von Sexismus" (vgl. ebd.) und dem in der Rechten beliebten Narrativ der „Verteidigung der eigenen Frauen" vor „den Fremden" sollte eine Perspektive entgegengestellt werden, die sich sowohl gegen sexualisierte Gewalt als auch gegen Rassismus richtet.[7]

Exkurs: Neue Rechte und Islam

Für die Geschlechterdebatten innerhalb der NR ist die Bezugnahme auf den Islam von entscheidender Bedeutung. Der Islam wird in diesen Debatten als ein auf Tradition und Werten basierender Glaube charakterisiert. Dieser basiere auf der klaren Trennung von Mann und Frau, welche auch durch Kleidung und räumliche Trennung der Geschlechter gestützt werde. Der Islam wird hier zum zentralen Antagonisten des vermeintlich schwächlichen, weil individualistischen und materialistischen Westens. So schreibt Ellen Kositza in einem Artikel über das Kopftuch, dass dieses auch in der germanischen und christlichen Tradition eine wichtige Rolle gespielt habe. Kleidungsvorschriften für Männer und Frauen im Islam dienten dazu, „die Würde und Achtung voreinander zu schützen" (Kositza 2011: 25). Der Islam sei also der natürliche Verbündete der Rechten „gegen liberalistische, westliche Dekadenz, gegen den europäischen Atheismus" (ebd.: 24). Wünschenswert für Kositza wäre ein „potenteres Christentum",

Der Islam wird zum zentralen Antagonisten des vermeintlich schwächlichen, weil individualistischen und materialistischen Westens.

[5] Zitat übersetzt vom Autor.

[6] 120 Dezibel ist die Lautstärke eines Taschenalarms, der den Initiatorinnen zufolge Grundausstattung einer jeden Frau geworden ist.

[7] Als Beispiel für diese Perspektive steht die feministische Kampagne #ausnahmslos, die im Zuge der Debatten um die Kölner Silvesternacht 2015/16 gestartet wurde. Online: http://ausnahmslos.org/ [13.06.2018].

welches die Trennung des „männlichen und weiblichen Lebensprinzips“ (ebd.) zur Grundlage habe. Der Islam ist für die NR also nicht wegen der ihm innewohnenden anti-emanzipatorischen Tendenzen hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse problematisch, sondern in diesem Punkt eher ein Verbündeter. Der Islam wird vielmehr deshalb abgelehnt, da er im rassistischen Weltbild der NR als „raumfremd“ charakterisiert wird. Er steht im neurechten Weltbild also für „das Fremde“, dessen vermeintliche Stärke „furchtvolle Faszination“ (Salzborn 2017: 87f.) auslöst.

Weiblichkeit in neurechten Debatten

Neurechte Debatten zu Weiblichkeit und Familie schließen an Diskussionen um den gesellschaftlichen Stellenwert der Reproduktionsarbeit, die auch von Feminist_innen und gesamtgesellschaftlich kontrovers geführt werden. Bis in die 1970er Jahre war das sogenannte „Ernährermodell“ hegemonial, nach dem der Mann mit einem Familienlohn die ganze Familie ernährte und die Frau unbezahlt die Reproduktionsarbeit erledigte (vgl. Winker 2013: 120). Im Zuge der Wirtschaftskrisen in den 1970er Jahren veraltete dieses Modell, welches aus Wirtschaft und Politik wegen zu hohen Kosten und aus der feministischen Bewegung wegen der Abhängigkeit von Frauen kritisiert wurde (ebd.). An dessen Stelle tritt das sogenannte „Zwei-Verdiener_innen-Modell“, bei dem der Familienlohn des Mannes nicht mehr für die Familie reicht und die Frau ebenfalls einer Lohnarbeit nachgeht (ebd.). Allerdings wird die Haus- und Familienarbeit dennoch weiterhin hauptsächlich von Frauen erledigt, weshalb sie einer „Doppelbelastung“ von Lohn- und Reproduktionsarbeit ausgesetzt sind (ebd.: 127).

Die neurechte Antwort auf das existierende Problem der Doppelbelastung von Frauen durch Lohn- und Reproduktionsarbeit besteht in der Trennung dieser Sphären, bei der die Lohnarbeit (wieder) von Männern und die Reproduktionsarbeit von Frauen erledigt wird.

Die NR deutet die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen als einen Bedeutungsverlust „des Weiblichen“ um, dem die Pflege und Aufzucht von Kindern angeblich wesenhaft zukomme (vgl. Kositza 2010: 4). So würden die Kindererziehung bei Berufstätigkeit der Mutter und die damit verbundene Vermittlung von Werten an die Kinder, aber auch andere Tätigkeiten wie das Pflegen der Großeltern, zunehmend an den Sozialstaat delegiert (vgl. Kositza 2007a: 41). Die Familie komme als Wertevermittlerin zunehmend abhanden und der staatlichen Beeinflussung von Kindern werde Tür und Tor geöffnet (vgl. Kositza 2012: 9). Eine Frau sei gesellschaftlich nur anerkannt, wenn sie, dem Mann gleich, eine berufliche Karriere mache. So werde die „heimische Sphäre“ gesellschaftlich immer mehr entwertet und die Hausfrau zum „dämlichen Klischeebild“ degradiert (Kositza 2007b: 30). Die neurechte Antwort auf das existierende Problem der Doppelbelastung von Frauen durch Lohn- und Reproduktionsarbeit besteht in der Trennung dieser Sphären, bei der die Lohnarbeit (wieder) von Männern und die Reproduktionsarbeit von Frauen erledigt wird. Dieser rückwärtsgewandten Perspektive der (Wieder-)Herstellung der patriarchalen Familie mit starrer Verteilung von Aufgaben und Positionen für Männer und Frauen sollte eine Debatte entgegengestellt werden, die die Reproduktionsarbeit, die bislang von Frauen im familiären Kontext geleistet wurde, als allgemeine gesellschaftliche Aufgabe aller Geschlechter verallgemeinert (vgl. Winker 2013: 130f.).

Fazit

Wie in der obigen Analyse gezeigt, erscheinen Männlichkeit und Weiblichkeit sowie damit angeblich wesenhaft verbundene Eigenschaften in neurechten Debatten als überhistorische natürliche Gegebenheiten. Die Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in den letzten Jahrzehnten, die von der feministischen Bewegung erkämpft wurden, gelten der NR als Zeichen des Verfalls und der Dekadenz. Dem Feminismus wird die Schwächung der Gesellschaft durch die Infragestellung der vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung vorgeworfen. Damit verzahnt sich der antifeministische Diskurs sehr eng mit der rassistischen Verschwörungstheorie der „Umvolkung der europäischen Völker". Männliche Migranten, besonders Muslime, werden als scheinbar übermächtiges Kollektiv konstruiert, welches die geschwächten, „dekadenten" europäischen Länder übernehmen wolle. Eine starre Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern und die Wiederherstellung der patriarchalen Familie sollen der Gemeinschaft die nötige innere Stärke geben, um sich der vermeintlichen Bedrohung durch die „Masseneinwanderung" erwehren zu können. Gender-bezogene Kampagnen wie der Kampf gegen Feminismus und Gendermainstreaming fungieren als „verbindende Mobilisierungsthemen zwischen extremer Rechter und Konservatismus der Mitte" (Bitzan 2016: 337). So finden hier christliche Fundamentalist*innen, „Männerrechtler", Pick-Up-Artists, neonazistische und extrem rechte Gruppen sowie neurechte Intellektuellenzirkel zusammen, die das Ziel verfolgen, die erreichte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zurückzudrehen. Auch die AfD beschreibt in ihrem Programm Ehe und Familie als „Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft" (AfD 2016: 40). Sie wendet sich gegen „die Umsetzung des Gender-Mainstreaming"-Projekts sowie die angebliche „Diskriminierung der Vollzeit-Mütter" (ebd.: 43) und setzt sich für eine „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene" (ebd.: 44), also letztlich eine Erschwerung von Abtreibungen, ein (vgl. Salzborn 2017: 177ff.). Die NR fungiert im rechten Milieu als Stichwortgeberin, indem sie vor allem publizistisch in gesellschaftliche Debatten eingreift und theoretische Konzepte sowie Strategien erarbeitet. Somit sind die in der Sezession vertretenen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit durchaus eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da mit der AfD die antifeministische Agenda der NR nun auch parlamentarisch vorangetrieben werden kann.

Die Neue Rechte fungiert im rechten Milieu als Stichwortgeberin, indem sie vor allem publizistisch in gesellschaftliche Debatten eingreift und theoretische Konzepte sowie Strategien erarbeitet.

Quint Czymmek, M.A., studierte Sozialwissenschaften an der Universität Siegen (2016). Er befasst sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus, Neue Rechte und rechter Gewalt. Seit 2017 ist er bei einer Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt tätig.

Literatur

Adorno, Theodor/Gehlen, Arnold (1965): Ist die Soziologie eine Wissenschaft vom Menschen. Ein Streitgespräch. In: Grenz, Friedemann (1974): Adornos Philosophie in Grundbegriffen. Auflösung einiger Deutungsprobleme. Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 224 – 251.

AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

Aigner, Isolde (2017): Autoritarismus im Namen der Frauenrechte. Die gesellschaftlichen Folgen der Silvester-Ereignisse. In: Diss-Journal Heft 33, S. 2 – 3.

Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Sinus Verlag: Krefeld.

Birsl, Ursula (2018): Die Demokratie und ihre Gegenbewegungen: eine kritische (Selbst-)Reflexion zu Begriffen und Referenzrahmen in der Rechtsextremismusforschung. In: Politische Vierteljahreszeitschrift, 59, Heft 2, S. 371 – 384.

Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Rechtsextremismus. Springer VS: Wiesbaden, S. 325 – 373.

Connell, Raewyn (2015): Männlichkeit. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (8/II). Argument Verlag: Hamburg, S. 1675 – 1688.

Friedrich, Sebastian (2017): Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Bertz und Fischer: Berlin.

Gerlich, Siegfried (2013): Zur Anthropologie der Geschlechter. In: Sezession, Heft 57, S. 22 – 25.

Goetz, Judith/Klammer, Carina (2017): Between German Nationalism and Anti-Muslim Racism: Representations of Gender in the Freedom Party of Austria (FPÖ). In: Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Petö, Andrea [Hrsg.]: Gender and Far Right Politics in Europe. Palgrave Macmillan: Cham (CH).

Kellershohn, Helmut (2016): Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: Braun, Stefan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin [Hrsg.]: Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 439 – 467.

Kositza, Ellen (2007a): Familienmanager Peter Mersch. In: Sezession, Heft 20, S. 40 – 41.

Kositza, Ellen (2007b): Gender ohne Ende. In: Sezession, Heft 17, S. 30 – 33.

Kositza, Ellen (2008): Im Schwarzen Loch. Masse und Sexus. In: Sezession, Heft 24, S. 24 – 28.

Kositza, Ellen (2010): Autorenporträt Camille Paglia. In: Sezession, Heft 36, S. 2 – 5.

Kositza, Ellen (2011): Kopftuchmädchen. In: Sezession, Heft 40, S. 22 – 26.

Kositza, Ellen (2012): Die Ostfrau als Avantgarde. In: Sezession, Heft 51, S. 6 – 9.

Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Petö, Andrea (2017): Gender and Far Right Politics in Europe. Palgrave Macmillan: Cham (CH).

Kubitschek, Götz (2013): Dominique Venner und die 54. Sezession. In: Sezession im Netz. Online: https://sezession.de/39004/dominique-venner-und-die-54-sezession/2 [31.05.2018].

Kubitschek, Götz (2016): Schlingen im Widerstandsmilieu. In: Sezession, Heft 72, S. 26 – 29.

Lenk, Kurt (1989): Deutscher Konservatismus. Campus Verlag: Frankfurt/New York.

Lichtmesz, Martin (2009): Der kalte Schweiß der Lebensschwäche. In: Sezession, Heft 33, S. 8 – 11.

Lichtmesz, Martin (2010): Vom schwulen Eros. In: Sezession, Heft 36, S. 28 – 31.

Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz Juventa: Weinheim.

Virchow, Fabian (2010): Tapfer, stolz, opferbereit. Überlegungen zum extrem rechten Verständnis „idealer Männlichkeit“. In: Claus, Robert/ Lehnert, Esther/ Müller, Yves [Hrsg.]: „Was ein rechter Mann ist“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Karl Dietz Verlag: Berlin, S. 39 – 52.

Weiß, Volker (2015): Die ‚Konservative Revolution‘. Geistiger Erinnerungsort der ‚Neuen Rechten‘. In: Martin Langebach [Hrsg.]: Erinnerungsorte der extremen Rechten. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 101 – 120.

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart.

Winker, Gabriele (2013): Zur Krise sozialer Reproduktion. In: Denknetz Jahrbuch 9, S. 119 – 132.

„DIE VERÄNDERUNGEN DER GESCHLECHTER-VERHÄLTNISSE IN DEN LETZTEN JAHRZEHNTEN GELTEN DER NR ALS ZEICHEN DES VERFALLS UND DER DEKADENZ.“

„ZU OFT WURDEN RECHTSROCK-KONZERTE ALS HARMLOSE UND UNPOLITISCHE VERGNÜGUNG VON MENSCHEN VERHARMLOST, DIE EHER ZUFÄLLIG AUCH EIN NEONAZISTISCHES WELTBILD PFLEGEN.“

RechtsRock-Konzerte in Thüringen: Entwicklung, Funktionen und Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Erfahrungen aus elf Jahren Praxis

Im vorliegenden Artikel werden Zahlen und Analysen zur RechtsRock-Situation in Thüringen vorgestellt. Dabei stützt sich MOBIT auf seit 2007 kontinuierlich erstellte Jahreschroniken, in denen die bekannt gewordenen Konzerte der Neonazi-Szene aufgeführt sind, und auf die Erfahrungen aus der Beratungsarbeit seit 2001. Im Einzelnen werden die Zählungskriterien, verschiedene Konzertformate, begünstigende Faktoren in Thüringen sowie die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft beschrieben. Der Beitrag benennt Auswirkungen, die fehlende Gegenproteste haben.

Auf hohem Niveau

Seit elf Jahren veröffentlicht die *Mobile Beratung in Thüringen: Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus (MOBIT)* eine Zählung extrem rechter bzw. neonazistischer Konzerte, sogenannter Rechts-Rock-Konzerte. Zwischen 2007 und 2014 bewegte sich die jährliche Anzahl im Durchschnitt bei 25 Konzerten. Thüringen befand sich damit bereits im vorderen Drittel im bundesweiten Vergleich. Im Jahr 2015 verdoppelte sich die Anzahl nahezu auf 46. Auch in den folgenden zwei Jahren setzte sich diese Entwicklung fort. Im Jahr 2016 wurden 54 und im Jahr 2017 sogar 60 Konzerte gezählt. Aus Sicht der Mobilen Beratung dürften im bundesweiten Vergleich die meisten kommerziellen RechtsRock-Konzerte in Thüringen stattgefunden haben. Höchststände zeigen sich auch bei einem näheren Blick auf die Teilnehmendenzahlen. Beispielsweise fanden 2016 und 2017 in Thüringen je fünf Großveranstaltungen/Open-Air-Konzerte statt. Bei diesem Konzertformat der extrem rechten Szene lassen sich die meisten Besucher*innen mobilisieren. Diese öffentlichen Veranstaltungen verzeichneten bereits 2016 insgesamt einen Höchststand an Teilnehmenden (ca. 4.800 Personen) in Thüringen. Im vergangenen Jahr besuchten sogar fast 10.000 Neonazis die fünf organisierten Groß-Events.

Am 07.05.2016 kamen rund 3.500 Neonazis zum sogenannten *Rock für Meinungsfreiheit/Live-Hate 4* nach Hildburghausen. Am 15.07.2017 nahmen etwa 6.000 Personen an einem Konzert mit dem Namen *Rock gegen Überfremdung 2* in Themar teil (siehe Bild). Damit war es eines der größten Neonazi-Konzerte Europas.

6.000 Teilnehmende auf dem Rock gegen Überfremdung 2 im südthüringischen Themar am 15.07.2017 (Foto erschienen in der Broschüre „Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen", MOBIT 2018).

Beide Konzerte waren in dem jeweiligen Jahr die meistbesuchten neonazistischen Konzertveranstaltungen in der Bundesrepublik. Entscheidend für den Anstieg der RechtsRock-Konzertzahlen ist jedoch vor allem der Zuwachs an sogenannten Liederabenden. Der Anteil dieses Konzertformats stieg im vergangenen Jahr 2017 auf 32 Termine an.

Was zählt MOBIT als RechtsRock-Konzert?

Mitte der 2000er Jahre beobachtete MOBIT bei der Recherche und Dokumentation extrem rechter Ereignisse eine stärker werdende Bedeutung von Musik. Dabei beschränkte sich die Szene nicht auf einen Musikstil. Ein einheitliches Genre „Nazi-Rock" gab es nie. So ist die Bezeichnung „RechtsRock" stilistisch irreführend. Tatsächlich müssen alle Stilrichtungen extrem rechter Musik gezählt werden.

Mit dem Zählen von RechtsRock-Konzerten verfolgt MOBIT das Ziel, alternativ zu staatlichen Angaben, eine zivilgesellschaftliche Quelle anzubieten. Die Beratungserfahrungen zeigen: Zu oft wurden RechtsRock-Konzerte als harmlose und unpolitische Vergnügung von Menschen verharmlost, die eher zufällig auch ein neonazistisches Weltbild pflegen. Daher sollte auf die politische Nutzung von Musik in der Szene hingewiesen werden.

Der Wegbereiter des sogenannten RechtsRocks, Ian Stuart Donaldson, beschreibt die Funktion so:

> *Man geht auf ein Konzert und hört sich eine Gruppe an, der man recht gibt. Das ist viel angenehmer als zu einer politischen Versammlung zu gehen. Und wir können viel mehr Leute erreichen auf diese Weise. Und vielleicht, wenn sie sich die Texte anhören und daran glauben, was gesagt wird, beginnen sie sich in einer nationalistischen Gruppierung in ihrem eigenen Land zu engagieren. Und das kann doch wirklich nur gut sein.[1] (Käfer 1994)*

Demnach können Konzerte als musikalische Propagandaveranstaltungen begriffen werden, um einerseits „Menschen jenseits jeglicher Parteien-Politik zu politisieren und andererseits als gestalterische Kraft eine eigene Erlebniswelt für die bereits politisch Aktiven zu schaffen“ (Dornbusch/Raabe 2002: 20). Daher sind sie eben keine harmlosen, vernachlässigbaren Begleitveranstaltungen, sondern haben eine zentrale Funktion in der extrem rechten bzw. neonazistischen Szene. MOBIT weist jährlich nach, wie intensiv dieses Mittel von der extremen Rechten genutzt wird, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten und zu festigen.

Daraus lassen sich die entscheidenden Kriterien ableiten, was MOBIT als RechtsRock betrachtet – Texte der dargebotenen Musik, die Zuordnung der Musiker*innen, der Teilnehmenden und des Veranstaltungsorts zur extrem rechten Szene. Es gibt jedoch jedes Jahr Fälle, die genauer geprüft werden müssen, weil eines der Kriterien nicht oder nicht eindeutig erfüllt ist. Dann muss abgewogen werden, ob die anderen Kriterien so schwer wiegen, dass diese Konzerte in die Chronik aufgenommen werden.

Konzertformate

In Thüringen waren in den vergangenen Jahren alle gängigen Konzertarten zu finden. Das gilt sowohl für Musikstile und deren Mix, als auch für die Formate. RechtsRock-Konzerte sind hierbei unterscheidbar hinsichtlich ihrer Öffentlichkeit bzw. öffentlichen Bewerbung, der üblichen Teilnehmendenanzahl oder der Wahl des Ortes. Unabhängig vom Format oder dem jeweilig angebotenen Musikstil sind RechtsRock-Konzerte Veranstaltungen, bei denen der Nationalsozialismus glorifiziert wird, bei denen rassistische und antisemitische Ideologie verbreitet sowie Demokratie, Menschenwürde und Humanismus abgelehnt werden.

Unabhängig vom Format oder dem jeweilig angebotenen Musikstil sind RechtsRock-Konzerte Veranstaltungen, bei denen der Nationalsozialismus glorifiziert wird, bei denen rassistische und antisemitische Ideologie verbreitet sowie Demokratie, Menschenwürde und Humanismus abgelehnt werden.

[1] Käfer, Karl-Heinz (1994): Lieder der Verführung. Online: https://www.youtube.com/watch?v=468RLa9swxw [05.06.2018]. Übersetzung des Beitragsautors aus englischem Original.

„Lieder- oder Balladenabende“

Häufig finden in Thüringen sogenannte Balladen- bzw. Liederabende statt. Sie machen in den letzten Jahren etwa die Hälfte aller RechtsRock-Konzerte in Thüringen aus. Diese Veranstaltungen können ohne großen Aufwand organisiert werden und eignen sich insbesondere für kleine, überschaubare Kreise von Teilnehmenden. Um diese zu erreichen, wird wenig öffentliche Werbung benötigt. Ein kleiner Personenkreis findet sich auch über unverbindliche und kurzfristige Absprachen zusammen. Zuweilen finden gerade im Sommer solche kleineren Lieder- oder Balladenabende auch unter freiem Himmel auf Privatgrundstücken statt. Zudem begünstigen Liederabende eine intime, vertraute Atmosphäre und eignen sich daher gut als Anschluss an Propaganda- oder Parteiveranstaltungen als „Abendprogramm“. Aufgrund der geringen Größe dürfte dieses Format nur sehr bedingt finanzielle Gewinne verbuchen.

Balladen- bzw. Liederabende machen in den letzten Jahren etwa die Hälfte aller RechtsRock-Konzerte in Thüringen aus.

„Klassische“ RechtsRock-Konzerte

Der Aspekt der Gewinnerzielung ist eher bei Konzerten zu vermuten, bei denen mehrere RechtsRock-Bands auf der Bühne stehen. Hier ist das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben komplexer. Zu erwartende Teilnehmende müssen mit öffentlicher Werbung angesprochen, ein attraktives Bandprogramm zusammengestellt, die Bands entlohnt sowie Saal und Musikanlage gemietet werden. Die momentan hierfür größte Konzertlokation ist das *Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz* in Kirchheim bei Arnstadt. Seit 2009 hat MOBIT hier 62 Konzertveranstaltungen gezählt. Oft wird für diese Konzerte im Internet geworben. Bei einem Eintrittspreis von bis zu 25 € und etwa 200 Besucher*innen sind Einnahmen in Höhe von bis zu 5.000 € möglich. Eine umfassende Kalkulation dieser RechtsRock-Konzerte bleibt jedoch spekulativ, zu viele Einnahme- und Ausgabeposten sind unbekannt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass diese Konzerte ein Einnahmeplus erwirtschaften können.

Daher eignet sich dieses Format auch als „Soli-Party“, um Geld für inhaftierte Neonazis, Prozesskosten oder eigene Immobilienprojekte zu sammeln. Die bundesweiten Kontakte der thüringischen Konzertveranstalter*innen erlauben es mittlerweile sogar auf öffentliche Werbung zu verzichten. Trotz fehlender oder geringer öffentlicher Werbung im Internet fanden gut besuchte Veranstaltungen in Kirchheim statt.

Zu der hier beschriebenen, eher „klassischen“ Konzertart werden hin und wieder kleinere Konzertberichte verfasst. Denen ist zu entnehmen, dass die Verfasser*innen das RechtsRock-Konzert mit einem politischen Bewusstsein besuchen. Man lobt politische Aussagen der Bands, das Vorhandensein von Infoständen politischer Gruppen oder freut sich über das Treffen von „Gleichgesinnten“. Gleichzeitig motivieren aber auch das Gemeinschaftserlebnis und das Vergnügen.

Großveranstaltungen – die Massenevents der Szene

Die sogenannten Großveranstaltungen unterscheiden sich deutlich von den anderen Konzertformaten: Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal bildet die Anmeldung nach dem Versammlungsrecht bei den zuständigen Ordnungsämtern. Daher werden diese Veranstaltungen behördlich als Kundgebungen behandelt und bewertet. Nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gelten als Versammlungen im Sinne des Gesetzes Veranstaltungen, die „auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung" (BVerfG 2001) zielen. Es handelt sich demnach um Versammlungen, bei denen der Austausch über politische Ansichten befördert werden soll. Dieser kommunikative Zweck lässt dabei offen, wie die Verständigung zwischen Redner*innen und Publikum oder im Publikum selbst geschieht. Die zum Versammlungsmotto passende Botschaft darf daher auch durch Gesang artikuliert und die Meinungskundgabe durch Mitsingen des Publikums bestärkt werden. Ungeachtet einer juristischen Bewertung als politische Versammlung erfüllen diese Großveranstaltungen die RechtsRock-Konzertkriterien von MOBIT.

Diese Events haben zudem eine deutlich größere Anziehungskraft für neonazistische Konzertbesucher*innen als andere Formate. Konzerte als Großveranstaltungen finden in Thüringen seit 2002 statt. Damals protestierten Neonazis in Jena mit einer Mischung aus Redebeiträgen und musikalischen Anteilen für ein eigenes „Nationales Jugendzentrum" (Nationaler Widerstand Jena 2002). Seither fanden in Thüringen insgesamt 49 derartige Versammlungen mit erheblichem musikalischen Anteil statt, in den letzten beiden Jahren sogar je fünf. Die meisten dieser Großveranstaltungen zogen einige hundert Teilnehmende an, neun überschritten die Eintausend-Marke. Offensichtlich stört der zwangsläufig öffentliche Charakter der RechtsRock-Großveranstaltungen die Besucher*innen nicht. Entscheidend für die Mobilisierung ist ein attraktives Angebot an Bands, Redner*innen und Verkaufs- bzw. Informationsständen.

Die Events haben eine deutlich größere Anziehungskraft für neonazistische Konzertbesucher*innen als andere Formate. Konzerte als Großveranstaltungen finden in Thüringen seit 2002 statt.

Dieses Konzertformat eignet sich aufgrund seiner hohen Teilnehmendenzahlen besonders als Einnahmequelle. Der Zuschnitt des RechtsRock-Konzerts als Open-Air mitsamt den Begleiterscheinungen wie Essens- und Getränkeversorgung ließ in den letzten Jahren steigende Eintrittspreise zu. Inzwischen werden diese auch als solche öffentlich kommuniziert, während früher eher von „Spenden" die Rede war. Jedoch berichteten Augenzeugen beispielsweise vom sogenannten *Rock für Deutschland* 2009 in Gera davon, dass die Konzertbesucher*innen zuweilen recht deutlich zur Spende gedrängt worden sein sollen. All dies verdeutlicht, dass bei dieser Mischung aus kommerziellem Konzert und Kundgebung auch starke finanzielle Interessen bestehen. Die chronisch unterfinanzierte NPD, die den Großteil dieser Konzerte im öffentlichen Raum durchgeführt hat, setzte Anfang der 2010er Jahre auf Spenden, um ihre Finanzen aufzubessern.[2]

[2] NPD Thüringen (2011): Antrag des Landesvorstandes „Haushalt des Landesverbandes für 2011. Den Landtagswahlkampf finanziell im Blick".

2012 veröffentlichte die Partei, sie habe im zurückliegenden Jahr insgesamt 21.385,00 € als Spenden bei den Großveranstaltungen eingenommen.[3] Die Einnahmen allein aus Eintrittszahlungen dürften in den letzten Jahren allgemein angestiegen sein, werden doch Eintrittsgelder in Höhe von bis zu 35 € im Internet kommuniziert. Mit den drei Veranstaltungen in Themar im letzten Jahr (*Rock gegen Überfremdung 2, Rock für Identität/Live-Hate 5, Rock gegen Links)* könnten mehr als 250.000 € an Einnahmen durch Eintrittsgelder erzielt worden sein. Diese dürften jedoch nicht mehr in NPD-Kassen geflossen sein. Wahrscheinlicher ist, dass diese beträchtlichen Summen eher für Geschäfte, Projekte und Immobilien der Veranstalter*innen verwendet werden.

Begünstigende Faktoren für RechtsRock-Konzerte

Der wichtigste Faktor für die Zunahme der RechtsRock-Konzerte in Thüringen sind die Immobilien, die der Szene gehören oder zur Verfügung stehen. In den letzten zehn Jahren fanden insgesamt mehr als die Hälfte aller Konzerte in Neonazi-Immobilien statt. Der Anteil der RechtsRock-Konzerte in den Szene-Immobilien lag anfangs der MOBIT-RechtsRock-Chronik bei rund 20 Prozent. Er ist jedoch kontinuierlich ausgebaut worden und stieg in den letzten drei Jahren auf fast 80 Prozent an.

Eine gleichgültige oder verharmlosende Haltung bei den zuständigen Behörden, aber auch bei Anwohner*innen bzw. lokaler Zivilgesellschaft, begünstigt, dass sich Szene-Immobilien als Veranstaltungsorte für RechtsRock-Konzerte etablieren können. Es ist eine weit verbreitete Haltung in der extremen Rechten und auch bei Neonazis, dass sie für sich in Anspruch nehmen, für eine „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung zu sprechen. Daher deuten Neonazis ausbleibenden Widerspruch oder Protest schnell als Zustimmung zu ihrem Handeln. Beispielsweise spricht der damalige NPD-Landesvorsitzende Patrick David Wieschke dies in einem Flugblatt anlässlich eines Parteitags an:

> *Wir wissen freilich, daß kaum mehr als ein Dutzend Kirchheimer diesen Protesten beiwohnten. Daher möchte ich mich im Namen der Nationaldemokraten bei allen Bürgern des Ortes für die Gastfreundschaft bedanken […]. Nach dem Parteitag werden Medien und linke Gruppen wieder behaupten, daß sich der gesamte Ort erneut gegen die NPD gewehrt habe. Sie und ich wissen, daß dies nicht so ist.*[4]

Analog kann auch für Veranstalter*innen von neonazistischen Konzerten das Fehlen von strengen Auflagen oder einer Gegenkundgebung als implizite Einladung aufgefasst werden. In gleicher Weise werden polizeiliche Maßnahmen eingeordnet. In Konzertberichten wird das Verhalten der Polizei oft thematisiert. Engagiertes, repressives Vorgehen von Einsatzkräften erscheint darin dem Konzerterlebnis abträglich. Hingegen werden oberflächliche Maßnahmen zwar erwähnt, aber letztlich hingenommen und nicht als Problem angesehen.

[3] NPD Thüringen (2012): Leitantrag des Landesvorstandes „Gemeinsam. Entschlossen. Erfolgreich“.

[4] NPD-Thüringen (2014): Wir laden Sie ein! Flugblatt verteilt am 14.03.2014. Rechtschreibfehler im Original.

Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

So unterschiedlich die Konzertformate, so differenziert könnten auch die Formen zivilgesellschaftlicher Gegenwehr sein. Tatsächlich gibt es jedoch nur unmittelbaren Protest gegen die neonazistischen Großveranstaltungen. Gegen die große Anzahl an Lieder- bzw. Balladenabende und gegen die anderen RechtsRock-Konzerte in Thüringen sind MOBIT keine Protestaktionen bekannt. Diese Konzerte finden zumeist in den Abendstunden an Wochenenden statt. Nicht selten stellen sich Aktive aus den diversen Bündnissen und Initiativen gegen Rechts deshalb die Frage, ob von einer Gegenveranstaltung überhaupt jemand Notiz nehme. Bisher zumindest konnte sich kein Bündnis in Thüringen dafür entscheiden, wirklich regelmäßig gegen RechtsRock-Konzerte und Liederabende zu protestieren. Vor den meistgenutzten Konzert-Immobilien hätte dies bis zu 13 Protestaktionen im vergangenen Jahr bedeutet. Dazu kommt, dass nach Einbruch der Dunkelheit auch Erwägungen zur körperlichen Unversehrtheit eine stärkere Rolle spielen, sodass direkter Protest ausbleibt.

Aufgrund begrenzter Kräfte konzentrieren sich die meisten lokalen (Aktions-) Bündnisse und Initiativen auf die Auseinandersetzung mit den Großveranstaltungen der extremen Rechten.

Bei sehr aktiven lokalen Bündnissen spielen die RechtsRock-Konzerte in der Arbeit aber durchaus eine Rolle. Allerdings existiert kein Bündnis und keine Initiative ausschließlich, um Widerstand gegen RechtsRock-Konzerte zu leisten. Die Engagierten verfolgen allgemeinere Zielstellungen. Die meisten analysieren die extreme Rechte als ein sich ausbreitendes gesamtgesellschaftliches Problem und wollen dem auch in allen Facetten entgegentreten. Da bildet die Beschäftigung mit RechtsRock nur einen Teilaspekt. Regelmäßige Aktionen würden womöglich nur die vorhandenen Kräfte verschleißen.

Aufgrund begrenzter Kräfte konzentrieren sich die meisten lokalen (Aktions-)Bündnisse und Initiativen auf die Auseinandersetzung mit den Großveranstaltungen der extremen Rechten. Gegen diese Events der neonazistischen Szene ist meist ein mittel- oder sogar langfristiges Mobilisierungskonzept nötig und möglich. Es besteht in diesen Fällen ausreichend Zeit, um das Für und Wider einzelner Aktionsvorschläge zu diskutieren. Auch neue, kreative Ideen können einbezogen werden. Wenn zwischen Bekanntwerden des Termins der Großveranstaltung und dem Termin selbst ein paar Monate liegen, ist ebenso Zeit für inhaltliche Veranstaltungen, wie Expert*innenvorträge, Podiumsdiskussionen, Bürger*innenversammlungen, Aktionskonferenzen oder Transferveranstaltungen für eine breitere Öffentlichkeit. Ein Beispiel dafür ist das Bürgerbündnis in Gera, in dem Menschen bereits seit mehr als zehn Jahren gemeinsam Gegenaktionen gegen das sogenannte „Rock für Deutschland“ organisieren. Über die Jahre haben sich auch kontinuierliche, inhaltliche Veranstaltungen als sinnvoll herausgestellt. So wird die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erscheinungsformen der extremen Rechten verstetigt. Dafür hat Gera begünstigende Faktoren: erstens die Größe der Stadt (etwa 100.000 Einwohner*innen), zweitens meist nur eine große Neonaziaktion pro Jahr und drittens findet diese planbar im gleichen Zeitraum statt, d.h. die Engagierten wissen, was auf sie zukommt. Im südthüringischen Themar waren die Einwohner*innen hingegen

im zurückliegenden Jahr 2017 in relativ kurzen Abständen mit drei derartigen Großveranstaltungen konfrontiert, von denen gleich das erste versprach, die teilnehmendenstärkste RechtsRock-Veranstaltung seit Jahren zu werden. Zudem musste sich das Bündnis in Themar überhaupt erst einmal konstituieren. Angesichts einer Einwohner*innenzahl von knapp 3000 Menschen verteilten sich die notwendigen Organisationsaufgaben auf einen deutlich kleineren Personenkreis. Allerdings konnten hier viele Absprachen auch direkter und unkomplizierter getroffen werden. Es bleibt eine schwierige Herausforderung für ein Bündnis wie das in Themar, obwohl von vergleichsweise vielen Aktiven getragen, dieser Schlagzahl an neonazistischen Konzerten und Versammlungen in Zukunft stetig etwas entgegenzusetzen.

Wenn von Behörden die Gefahr für die Demokratie eher bei der Zivilgesellschaft statt bei den Neonazis verortet wird und folglich zivilgesellschaftlicher Protest eher erschwert oder gar verhindert wird, begünstigt dies die Feind*innen von Demokratie und Menschenrechten.

Vielfältige Gegenveranstaltungen haben den Zweck, öffentlich Widerspruch gegen diese Neonazi-Konzerte zu demonstrieren. Sie dienen aber auch dazu, gesellschaftlichen Druck bei den zuständigen Ämtern, lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen und der Politik aufzubauen. Wenn jedoch von Behörden die Gefahr für die Demokratie eher bei der Zivilgesellschaft statt bei den Neonazis verortet wird und folglich zivilgesellschaftlicher Protest eher erschwert oder gar verhindert wird, begünstigt dies die Feind*innen von Demokratie und Menschenrechten. Es ist daher notwendig, nicht beim direkten Protest stehen zu bleiben. Eine entschieden antirassistische und antifaschistische Haltung muss medialen, öffentlichen und politischen Druck aufbauen, um die demokratische Gesellschaft gegen deren Feind*innen zu verteidigen.

Stefan Heerdegen ist Berater bei MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus).

Hass und Kommerz – RechtsRock in Thüringen.

Stefan Heerdegen | MOBIT [Hrsg.], 2018 | 44 Seiten
Mobit: Erfurt. | Online zum Download:
www.mobit.org/neue-rechtsrock-broschuere-online

Literatur

BVerfG (2001): Beschluss des Ersten Senats vom 24. Oktober 2001 - 1 BvR 1190/90. Online: http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2001/10/rs20011024_1bvr119090.html [16.03.2018].

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2002): 20 Jahre RechtsRock. Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur. In: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan [Hrsg.]: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. rat – Reihe antifaschistischer Texte. UNRAST-Verlag: Münster.

MOBIT e.V. (2018): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Online: https://mobit.org/Material/Mobit-Heft-RechtsRock18-G-web.pdf [28.06.2018].

MOBIT e.V. (o.D.): Chroniken extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. Online: https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen [05.06.2018].

Nationaler Widerstand Jena (2002): Der "1. Thüringentag der nationalen Jugend" – ein Bericht. Online: https://web.archive.org/web/20070518044924/http://fuer-thueringen.de/ [19.03.2017].

LAURA GEY, KONRAD ERBEN &
JONAS KÖRBACH

REZENSIONEN AUSGEWÄHLTER NEUERSCHEINUNGEN

Rezensionen

‚Weltbürgertum statt Vaterland' Antisemitismus im RechtsRock

Timo Büchner, 2017 | 112 Seiten | 12,80 Euro
Edition Assemblage: Münster | ISBN 9783960420330

Als sich im Sommer 2017 rund 6.000 Neonazis im thüringischen Themar versammelten und die Musik einschlägig bekannter RechtsRock-Bands unter dem Titel ‚Rock gegen Überfremdung II' mit Hitlergrüßen feierten, war das vielleicht das öffentlichkeitswirksamste, aber weder das erste noch das letzte Ereignis dieser Art. Darauf nimmt Timo Büchner Bezug, wenn er in seinem Buch ‚Weltbürgertum statt Vaterland – Antisemitismus im RechtsRock' einleitend auf die Relevanz von Musik für die extrem rechte Szene hinweist.

Seine antifaschistische Motivation erörtert der Autor zu Beginn: Das Buch soll ein Beitrag für eine offene, friedliche Gesellschaft ohne Faschismus und Krieg sein. Nach dem persönlichen Vorwort folgt eine Definition des RechtsRocks und seine Einordnung in die rechtsextreme Szene, die mit einer Beschreibung der vielfältigen neonazistischen Feindbilder und der Rolle des rassistischen Freund-Feind-Schemas abschließt, bevor sich der Autor intensiv mit den antisemitischen Inhalten auseinandersetzt. Er unterscheidet hier zwischen Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärem Antisemitismus und Antizionismus, was eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Facetten ermöglicht, ohne in irgendeiner Form zu verharmlosen.

Das im populärwissenschaftlichen Stil gehaltene Buch stellt einen sehr gelungenen Überblick über den Antisemitismus der extremen Rechten in Deutschland dar.

Dabei klärt das Buch nicht nur über offenen Antisemitismus und seine Codes im RechtsRock auf, sondern gibt auch einen allgemeinen Überblick über Geschichte und Entwicklung, wissenschaftliche Einordnung und strafrechtliche Relevanz der Neonazi-Musik. Für Menschen, die sich bisher nicht umfassend oder gar nicht mit der Thematik auseinandergesetzt haben, bleibt das Buch verständlich und bietet zudem eine knappe Einführung in die Strukturen und Agitationsformen rechtsextremer Organisationen. Antisemitismus wird ebenfalls grundständig definiert, in seinen unterschiedlichen Facetten aufgezeigt und seine Erzählungen dekonstruiert, sodass ein Verständnis auch verschlüsselter antisemitischer Codes möglich wird. Damit stellt das im populärwissenschaftlichen Stil gehaltene Buch einen sehr gelungenen Überblick über den Antisemitismus der extremen Rechten in Deutschland dar – anschaulich verdeutlicht am Beispiel ihrer Musik als Sprachrohr, Mobilisierungs- und Politisierungsinstanz.

Im Bemühen, einen möglichst weiten Überblick zu geben und viele ausführliche Zitate zu analysieren, geht die Tiefe der Interpretation etwas verloren. An einigen Stellen wäre eine intensivere Auseinandersetzung wünschenswert, um die neonazistischen, antisemitischen Narrative fundiert zu widerlegen und somit auch Gegenargumente zu liefern. An einigen Stellen werden die rechtsextremen Narrative erfolgreich dekonstruiert und ihre Absurdität sarkastisch aufgezeigt. Davon wünscht man sich mehr, u. a. da die explizit und großzügig vorgebrachten Zitate sonst kaum auszuhalten sind. Das ist allerdings nicht nur eine Frage der Bequemlichkeit, besteht doch auch die Gefahr, dass am Ende die antisemitischen Klischees und Aussagen eher im Gedächtnis bleiben als ihre Gegenrede. Umso dankbarer ist die Leserin angekommen beim – leider viel zu knappen – letzten Kapitel, denn hier wird noch einmal die Zielsetzung des Buches deutlich: durch Wissen um das ideologische Fundament der Nazi-Musik eine Basis schaffen, die es möglich macht, sich „im Netz, auf der Straße und natürlich in der Musik“ (S.101) rechten Inhalten, Personen und Organisationen entgegenzustellen.

Rezensentin **Laura Gey** hat an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Politik und Gesellschaft im Bachelor studiert und das IDZ als Praktikantin unterstützt.

Das Land, in dem wir leben wollen – wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen

Jutta Allmendinger, 2017 | 271 Seiten | 16,99 Euro
Pantheon Verlag: München | ISBN 978-3570553473

Eigentlich ist immer Vorsicht geboten, wenn ein*e Autor*in ein Buch mit einem Titel veröffentlicht, der verspricht zu sagen, was „die Deutschen“ wollen. Glücklicherweise handelt es sich bei dem vorliegenden Werk nicht um in Seiten gebundenen Zunder für den ‚Volkszorn‘, sondern die Zusammenfassung einer Studie aus den Jahren 2015/2016.

Seinerzeit wollten das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und die Wochenzeitung DIE ZEIT wissen, was die Menschen in Deutschland in den Bereichen soziales Leben, Wohnen, Lebensstil, Berufsleben, Besitz, Liebe und Partnerschaft, Ernährung, Gesundheit sowie Kommunikation und Technik den kommenden Generationen mitgeben wollen und bewahrt wissen wollen – in ihren Worten eine „Vermächtnisstudie –, ausgehend von drei Fragestellungen an die 3.104 Teilnehmenden: „Wie ist es heute?“, „Wie soll es werden?“ und „Wie wird es sein?“

Die Gesellschaft kann nur zusammenhalten, wenn den Bedürfnissen Aller Rechnung getragen wird. Das Wissen darüber, wie diese Bedürfnisse aktuell aussehen und in Zukunft aussehen könnten, gibt dieses Buch preis.

In einem Spagat zwischen akademischem Anspruch und Lesbarkeit verzichtet die Autorin weitgehend auf theoretische und methodische Ausführungen, verschafft dem*der Lesenden aber im ersten Teil des Buches zumindest eine Einführung des Aufbaus der Untersuchung. Spannend hier ist u. a., dass die Befragung in Verbindung mit Geruchs-, Tast- und Hörsinn stattfand. Darüber hinaus differenziert die Studie nach sozio-ökonomischen und demografischen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Migrationserfahrung, Bildung, Region (Ost/West), Kinder, Erwerbstätigkeit und Einkommen. Alles in allem ist der Autorin eine gut lesbare Aufbereitung der Studie gelungen, die sich perfekt für jene eignet, die sich zwar vor dem Zubettgehen inhaltlich beschäftigen wollen, aber eben nicht mehr die Energie haben für allzu akademische Ergüsse. Allen anderen sei die zugrunde liegende Studie der Autorin und ihres Teams empfohlen, auf die auch das Buch verweist.

Rezensent **Konrad Erben** studiert an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena Soziale Arbeit im Schwerpunkt Delinquenz, soziale Kontrolle und Resozialisierung und unterstützt das IDZ als wissenschaftliche Hilfskraft.

Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror

Jennifer Schnellhöh, Jo Reichertz, Volker M. Heins, Armin Flender [Hrsg.], 2018 | 214 Seiten | Transcript: Bielefeld | ISBN: 9783837641196 | 24,99€

Vor dem Hintergrund, dass vor allem die neuere westliche Geschichte von den ‚großen Ideologien' beziehungsweise Großerzählungen wie dem Faschismus beherrscht wurde und sich die Bezeichnung des ‚Zeitalters der Extreme' durchsetzte, erscheint es fragwürdig, dass diese Großerzählungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einfach verschwunden seien, auch wenn beispielsweise Francois Lyotard selbiges behauptet (siehe S. 8). Dies wollen die Autor_innen des Sammelbandes „Großerzählungen des Extremen" widerlegen. So existiert für sie zwar keine übergeordnete große Erzählung mehr, die den internationalen Frieden gefährdet. Sie wollen aber zeigen, dass es weiterhin übergreifende Narrative gibt, die eine vorgefertigte und unflexible Erklärung auf die Welt bieten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausfordern. Es werden vier verschiedene Gruppen von Akteur_innen vorgestellt, die solche Großerzählungen als Ausgangspunkt von ihrem Handeln nutzen. Der Sammelband entstand aus einer Veranstaltungsreihe an der Universität Essen und wurde um wichtige Aspekte erweitert. Gesammelt sollen die Fragen beantwortet werden, wie Großerzählungen konstruiert und in den gesellschaftlichen Diskurs eingeführt werden und welche Handlungsmöglichkeiten daraus resultieren.

Im ersten Abschnitt des Sammelbandes analysieren Jennifer Schnellhöh, Daniel-Pascal Zorn und Thomas Pfeiffer den Ethnopluralismus als Großerzählung der ‚Neuen Rechten'. Hierbei wird auf der einen Seite das strategische Kalkül beleuchtet, mit welchem die Akteur_innen der ‚Neuen Rechten' das Konzept des Ethnopluralismus nutzen, um gesellschaftsfähiger zu werden und Rassismus zu chiffrieren. Auf der anderen Seite geht es um das Konzept des Ethnopluralismus an sich, seine Entstehung und die verschwörungstheoretischen Verbindungen, die damit einhergehen.

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich Armin Flender mit den Wechselwirkungen zwischen Populismus und Demokratie und zeigt dabei die lange Tradition auf, in der Demokratien immer wieder mit Populist_innen zu kämpfen hatten. Claus Leggewie beschreibt den Radikalisierungsprozess von Nichtwähler_innen zu Antidemokrat_innen und gibt klare Handlungsempfehlungen gegen Populismus. Er sieht diesen sogar als eine positive Herausforderung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Kultur stärken könnte. Paula Diehl beschäftigt sich mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Populismus und Massenmedien und zeigt die Auswirkungen auf die politische Kultur der betroffenen Länder auf. Florian Hartleb beleuchtet die jüngsten Entwicklungen des Populismus und kommt zu dem Schluss, dass der Anti-Populismus-Bewegung eine große Erzählung fehle, die diese einen könnte.

Insgesamt bietet der Sammelband einen guten Überblick über die Diskurse von Akteur_innen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt (zer-)stören wollen.

Jo Reichertz, Susanne Schröter und Aladin El-Mafaalani analysieren im dritten Abschnitt die Ideologie des Dschihadismus. Der Dschihad wird dabei als eine ‚Ideologie des Krieges' beschrieben, die in der gesamten muslimischen Welt verbreitet sei und der nur entgegengewirkt werden könne, wenn eine reflektierte Lesart des Korans die Oberhand gewinne. Des Weiteren wird der Dschihadismus als eine Jugendbewegung untersucht, die zwischen Provokation und Plausibilität steht und deswegen für junge Menschen sehr interessant ist. Der dritte Artikel beschäftigt sich mit dem Islam in den sozialen Medien und zeigt, welche Auswirkungen dieses neue Phänomen auf Jugendliche haben kann.

Der vierte und letzte Abschnitt widmet sich der Großerzählung des ‚War on Terror', die vor allem unter den amerikanischen Neocons weit verbreitet ist, aber auch immer wieder den Weg in den gesellschaftlichen Diskurs findet „in so unterschiedlichen Ländern wie Frankreich, Myanmar und der Türkei" (S.172). Volker M. Heins, Susanne Kirchhoff, Hannah Pfeifer und Alexander Spencer betrachten dabei vor allem Rhetorik, die zur Verbreitung des Konzepts des ‚War on Terror' genutzt wird. Der zweite Text beschäftigt sich mit der Vermischung des westlichen Lebensstils und des Dschihadismus. Dies wird anhand der Analyse eines Mobilisierungsvideos von ISIS gezeigt, das mit den typischen romantischen Eigenschaften der amerikanischen Literatur produziert wurde.

Insgesamt bietet der Sammelband einen guten Überblick über die Diskurse von Akteur_innen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt (zer-)stören wollen. Neu sind die Erkenntnisse, die darin vorgestellt werden, aber nicht und es wurde auch verpasst, die Gemeinsamkeiten der Großerzählungen genauer zu analysieren. So bleibt das Buch eine Sammlung von Texten zu einzelnen Themenbereichen der ‚Extremismusforschung'. Auch die unhinterfragte Verwendung des Extremismusbegriffs in allen Artikeln zeigt, dass die ‚gute demokratische Mitte' als Mythos weiter im Forschungsdiskurs bestehen bleibt und von den Autor_innen reproduziert wird.

Jonas Körbach studiert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Politikwissenschaft und Soziologie. Er unterstützt das IDZ als Praktikant.

Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung

Hier zu leben, hat mich sehr wachsen lassen

Lebenssituationen von einheimischen und geflüchteten Muslim*innen aus Mecklenburg-Vorpommern

Alltagserzählungen und Fotografien, die Einblicke in die Lebensrealitäten von Muslim*innen in Mecklenburg-Vorpommern geben, setzen den allgegenwärtigen Stereotypen von „den Muslimen“ ein positives Bild der Individualität und Selbstbestimmung entgegen. Die Autor*innen haben bewusst weitestgehend darauf verzichtet, die Aussagen der Interviewpartner*innen zu kommentieren, einzuordnen oder zu bewerten. Die Broschüre richtet sich zuallererst an interessierte Leser*innen. Die Sammlung individueller muslimischer Perspektiven auf das Leben in Deutschland bietet zudem Journalist*innen eine Unterstützung, die sich angesichts der lauter werdenden Hetze gegen Geflüchtete und Muslim*innen um eine differenzierte Berichterstattung und perspektivische Vielfalt bemühen.

Le_rstellen im NSU-Komplex

Geschlecht • Rassismus • Antisemitismus

Die Erkenntnisse aus dem Münchener Gerichtsprozess gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) machen das erschreckende Ausmaß von Gewalt und Menschenverachtung rechtsextremer Gruppierungen und ihrer Mitglieder deutlich. Sie zeigen aber auch, dass Wahrnehmung und öffentliche Aufarbeitung von rechter Gewalt und Hass viele Leerstellen aufweisen, die zum Gelingen der rechten Terrorserie beigetragen haben. Dazu zählt vor allem die jahrelang erfolgreiche Inszenierung der Hauptangeklagten Beate Zschäpe als „friedfertige Frau“ und bürgerliche Tarnkappe des NSU. Unterschätzt wurde der Einfluss von weiteren Frauen im Umfeld des NSU. Übersehen

wird die Rolle von Antisemitismus bei der Radikalisierung der NSU-Mitglieder und die Perspektive von Betroffenen auf Rechtsextremismus bleibt bei der Aufarbeitung nach wie vor unberücksichtigt. Nicht zuletzt ist das Zusammenspiel von einem Gender-Bias und strukturellem Rassismus in Sicherheitsbehörden, Medien und Gesellschaft nicht aufgearbeitet worden. In der vorliegenden Broschüre werden diese Themen aufgegriffen, analysiert und Vorschläge für Gegenstrategien gemacht.

„Einen Gleichwertigkeitszauber wirken lassen ...“

Empowerment in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verstehen

Die ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit bietet in dieser Handreichung eine Einführung in ein grundlegendes Verständnis des Empowermentansatzes gegen Antisemitismus und Rassismus. Alltagsorientierte und analytische Einblicke in die Lebensrealität von Jugendlichen und Erwachsenen mit Antisemitismus- und/oder Rassismuserfahrungen werden ergänzt durch wirksame Strategien und Handlungsmöglichkeiten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

„Die letzten von gestern, die ersten von morgen“?

Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen

Der Nordosten Niedersachsens ist ein Sammelbecken der rechten Szene. Eine Vielzahl völkischer Sippen haben hier ihre Höfe. In der Öffentlichkeit treten die völkischen Akteur_innen meist harmlos und „unpolitisch“ auf. Tatsächlich aber folgen sie einem klar rassistischen, antisemitischen Weltbild und nutzen die Abgeschiedenheit des ländlichen Raums, um ihre Netzwerke zu festigen, zu erweitern und ihre Kinder zu Eliten in der rechtsextremen Szene zu erziehen. Nachbar_innen, Pädagog_innen und zivilgesellschaftlich Aktive sind oft unsicher, wie sie damit umgehen sollen. Aus Gesprächen mit ihnen bündelt diese Broschüre das Wissen der Akteur_innen vor Ort und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, die bei der Konfrontation mit Akteur_innen der völkischen Szene helfen können.

Diese und weitere Publikationen finden Sie auf: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE ZUR STÄRKUNG LOKALER DEMOKRATIE

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert und unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Bereichen engagieren.

Zu den bereits über 1.200 unterstützten Projekten der Amadeu Antonio Stiftung gehören zum Beispiel:

- die Begegnungsstätte des MIG e.V. in Weida, der sich für die interkulturelle Öffnung und Verständigung im Landkreis Greiz einsetzt
- die Konferenz „Koloniale Verantwortung: Quo Vadis, Hamburg?“ im April 2018, auf der sich Wissenschaftler*innen, lokale Politiker*innen, Kulturschaffende sowie Mitglieder der Hamburger Museen und von Bildungsinitiativen mit Deutschlands und speziell Hamburgs kolonialer Vergangenheit, dem Genozid an den Herero und Nama in Namibia und adäquaten Erinnerungs- und aktuellen Kooperationsformen auseinandersetzten
- die Arbeit von *ezra* in Erfurt und anderer Beratungsstellen für Betroffene rassistischer und antisemitischer Gewalt bundesweit

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird u. a. von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Wir sind Mitglied von:

Bundesverband Deutscher Stiftungen

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030 - 240 886 10
Fax: 030 - 240 886 22
E-mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Web: amadeu-antonio-stiftung.de

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

twitter.com/AmadeuAntonio

facebook/AmadeuAntonioStiftung

Impressum

Herausgeber:
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) –
Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit

Redaktion:
Dr. Janine Dieckmann, Dr. Daniel Geschke, Dr. Matthias Quent, Anne Tahirovic

Unter Mitarbeit von (in alphabetischer Reihenfolge):
Susann Bischof
Christine Eckes
Lennart Elias
Konrad Erben
Tobias Fernholz
Maik Fielitz
Laura Gey
Dorothea Gläßer
Jonas Körbach

Verleger und Träger:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Gideon Botsch (Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam), Dr. Kemal Bozay (Fachhochschule Dortmund), Dr. Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin), Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Vorsitz, Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Nicole Harth (Ernst-Abbe-Hochschule Jena), PD Dr. Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden), Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu (Universität Bremen), Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), Prof. Dr. Thomas Ley (Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Meiningen), Prof. Dr. Lars Rensmann (University of Groningen), Prof. Dr. Samuel Salzborn (Technische Universität Berlin), Dr. Britta Schellenberg (Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München), Prof. Dr. Susanne Schröter (Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt am Main), Dr. Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung, Berlin), Dr. Milena Uhlmann (Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg)

Redaktionsanschrift:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) –
Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit

Talstr. 84
07743 Jena

Telefon: 03641 - 27 19 403
Fax: 03641 - 27 18 307

E-Mail: mail@idz-jena.de
Web: www.idz-jena.de

Bezug:
Die Publikation kann unter bestellung@idz-jena.de bestellt und unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Gestaltung:

timespin Digital Communication GmbH

Finanziert durch:

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

ISBN:

978-3-940878-35-9

ISSN für Print- und Online-Ausgabe:

ISSN (Online) 2512-9716

ISSN (Print) 2512-9732

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat Thüringen
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

IDZ
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

„Gelingender Zusammenhalt ist kein Selbstläufer.“ Dieses Zitat bringt die Intention der Beiträge im 3. Band der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunktthema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ auf einen Nenner. Immer deutlicher werden in unserer Gesellschaft Symptome sichtbar, welche die Frage nach dem inneren Zusammenhalt aufwerfen: zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, Verrohung der Sprache, anhaltend hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Migrant_innen und Geflüchteten, hohe Virulenz von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen etc. Um Ursachen für diese Entwicklungen zu erkennen und um gegenzusteuern, ist es notwendig, einen genauen Blick auf aktuelle Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu werfen.

Im Band werden einige dieser Herausforderungen sichtbar gemacht, analysiert und diskutiert. Themen der Beiträge sind unter anderem Rassismus, Diskriminierung, soziale Ungleichheit, Demokratie, Jugend, Protest und die ‚Alte und Neue Rechte‘. Durch Wissensvermittlung, aber auch Handlungsempfehlungen, will dieser Band Menschen unterstützen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie der Zusammenhalt unserer Gesellschaft gelingen kann.

twitter.com/idz_jena facebook.com/idzjena www.idz-jena.de

In Trägerschaft der

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR